

**Osteuropäische Forschungen**

**Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas  
herausgegeben von Otto Hoetzsch**

---

**Neue Folge / Band 18**

# **Die Estländische Ritterschaft**

**vornehmlich zwischen 1710 und 1783**

**Das erste Jahrhundert russischer Herrschaft**

**Von**

**Hasso von Wedel**



**1935**

---

**Ost-Europa-Verlag, Königsberg Pr.  
und Berlin W. 35**

# Osteuropäische Forschungen

Herausgegeben im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas  
von Professor Dr. Otto Hoetzsch

*Neue Folge.*

---

Bisher erschienen:

- Bd. 1: *Peter Jakowlewitsch Čadaev*.** Ein Beitrag zur russischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts. Von Dr. Martin Winkler, Professor der Geschichte an der Universität Königsberg Pr. Gr. 8°, 108 S. Karton. RM. 4.90.
- Bd. 2: *Hryhorij Skomoroda 1722—1794*.** Der ukrainische Philosoph des 18. Jahrhunderts und seine geistig-kulturelle Umwelt. Von Dr. Domet Oljančyn. Gr. 8°, 168 S. und eine Abbildung Skoworodas. Karton. RM. 5.85.
- Bd. 3: *Die russische öffentliche Meinung und ihre Stellung zu den Großmächten 1878—1894*.**  
Von Dr. Irene Grüning. Gr. 8°, 220 Seiten. Karton. RM. 6.30; Ganzln. RM. 7.65.
- Bd. 4: *Rußland und Frankreich in den ersten Regierungsjahren der Kaiserin Katharina II. 1762—1772*.**  
Von Dr. Ljubow Jacobsohn. Gr. 8°, VIII und 76 Seiten. Karton. RM. 3.60.
- Bd. 5: *Die russische Baummollindustrie nach dem Kriege*.**  
Von Diplomkaufmann Dr. Woldemar Adermann. Gr. 8°, XII und 120 Seiten. Karton. RM. 5.40.
- Bd. 6: *Aus der historischen Wissenschaft der Sowjet-Union*.**  
Vorträge ihrer Vertreter während der „Russischen Historikerwoche“, veranstaltet in Berlin 1928 von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas. Herausgegeben von Otto Hoetzsch. Gr. 8°, XII und 200 Seiten. Karton. RM. 7.20.
- Bd. 7: *Die russisch-ukrainische Zuckerindustrie seit dem Weltkrieg (1914—1930)*.**  
Von Dr. Ewsey Rabinowitsch. Gr. 8°, VIII u. 188 S. Karton. RM. 6.75.
- Bd. 8: *Die Kollektivbewegung in der Sowjetunion*.** Ein Beitrag zu den Gegenwartsfragen der russischen Landwirtschaft. Von Diplom-Landwirt Dr. phil. Dr. rer. pol. Otto Schiller. Gr. 8°, VIII und 124 Seiten. 2. vermehrte und verbesserte Auflage. Karton. Vergriffen.
- Bd. 9: *Die deutsche Frage und der Krimkrieg*.**  
Von Professor Dr. Franz Eckhart. VIII und 216 Seiten. Karton. RM. 8.—.

Ausführliche Prospekte über osteuropäische Literatur kostenlos  
vom Verlag!

---

Ost-Europa-Verlag, Königsberg Pr. und Berlin W.35

# **Osteuropäische Forschungen**

**Neue Folge / Band 18**

# Osteuropäische Forschungen

Im Auftrage der  
Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas  
herausgegeben von  
Otto Hoetzsch

---

Neue Folge / Band 18

---



**1935**

---

Im Ost-Europa-Verlag, Königsberg Pr. und Berlin W.35

# Die Estländische Ritterschaft

vornehmlich zwischen 1710 und 1783

Das erste Jahrhundert russischer Herrschaft

Von

Dr. Hasso von Wedel

4-A  
5348



1935

---

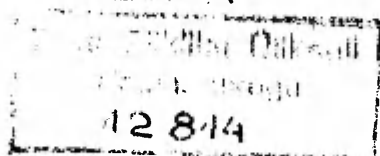
Im Ost-Europa-Verlag, Königsberg Pr. und Berlin W. 35

Alle Rechte, besonders das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen  
werden vorbehalten

Printed in Germany



Est-A



## Vorbemerkung

Die vorliegende Arbeit beruht auf Forschungen in den Archiven der Estländischen Ritterschaft, der Landesgerichte und der staatlichen Gouvernementsverwaltung, die jetzt in dem Reichsarchiv der Republik Eesti in Dorpat sich vereinigt befinden. Die Ritterschafts-Protokolle der Jahre 1710 bis 1720 waren während meiner Anwesenheit (Sommer 1927) nicht benutzbar, sei es, daß sie sich unausgepackt in den zahlreich aufgestapelten Kisten befanden, oder überhaupt verloren gegangen sind. Die Benutzung der Ritterschafts-Protokolle von 1721—1801 wurde sehr erleichtert durch ausführliche Auszüge, die der Landrat Gustav Wilhelm Samson v. Himmelstjerna (1781—1858) angefertigt hat. Bei Heranziehung der gedruckten Literatur wurde Vollständigkeit erstrebt.

Die Darstellung ist systematisch. Innerhalb der einzelnen Sachgebiete wurde die Entwicklung bis zum Jahre 1783 verfolgt, also bis zu der Einführung der Statthalterschaftsverfassung und der Aufhebung der ständischen Institutionen durch Katharina II. Insofern kann die Arbeit als eine Einleitung in Bienemanns lebendige und ausführliche Schilderung der Umsturzjahre von 1783—1796 gelten. Eine zusammenhängende Darstellung der Periode von 1710—1783 fehlte bisher.

Allen Persönlichkeiten und Behörden, die meine Arbeit gefördert und unterstützt haben, sage ich auch an dieser Stelle herzlichen Dank, an erster Stelle meinem verehrten Lehrer, Professor Dr. Otto Hoetzsch, Berlin. Außerordentlich wertvolle Hilfe auf genealogischem Gebiet wurde mir zuteil durch Herrn Nikolai K. von Essen in Reval, ehem. K. Russ. Garde-Obersten, auf dessen ungemein sorgfältiger Forschungsarbeit auch der Teil Estland des im Erscheinen begriffenen „Genealogischen Handbuchs der baltischen Ritterschaften“ wesentlich beruht. Weiter gedenke ich gern der stets hilfsbereiten Damen und Herren des Dorpater Archivs.

Die Arbeit war im Jahre 1929 abgeschlossen; die Drucklegung konnte erst jetzt erfolgen, seither erschienene Literatur nur noch in geringem Umfange verwertet werden.

Berlin-Lichterfelde, im November 1934.

*Hasso v. Wedel.*

# Inhalt.

	Seite
Vorbemerkung . . . . .	V
Übersicht über die Entwicklung bis 1710 . . . . .	1
1. Alt-Livland bis 1561 . . . . .	1
2. Innere Verfassungsentwicklung der estländischen Territorien bis 1561 . . . . .	3
3. Die schwedische Zeit (1561—1710) . . . . .	6
Der Anschluß an Rußland . . . . .	13
1. Die Kapitulation von 1710 und ihre allgemeine Bedeutung als Rechtsquelle . . . . .	13
2. Die Kapitulationspunkte der Ritterschaft im einzelnen und ihre Bedeutung als Grundlage des Landesstaats im 18. Jahrhundert . . . . .	23
Wesen und Zusammensetzung der Ritterschaft . . . . .	27
Die Rittergüter als Grundlage der Ständemacht . . . . .	39
1. Entstehung und Wesen der Rittergüter . . . . .	39
2. Besitzverhältnisse der Rittergüter in Beziehung auf das Staatsrecht . . . . .	43
3. Privatrechtliche Verhältnisse der Rittergüter in Beziehung auf das Erbrecht . . . . .	51
4. Rechtsverhältnisse der Rittergüter in Beziehung auf den Stand des Inhabers . . . . .	58
5. Die Rittergüter als Rechtsgrundlage der Landstandschaft . . . . .	62
Die beschließenden Organe der Selbstverwaltung . . . . .	65
1. Landtag und Ausschuß . . . . .	65
2. Das Landratskollegium . . . . .	81
3. Über die praktische Kompetenz der ständischen und der Reichsgesetzgebung . . . . .	87
Die ständische Zentralverwaltung und ihre Arbeitsgebiete . . . . .	92
1. Ritterschaftshauptmann und Kanzlei . . . . .	92
2. Finanzverwaltung . . . . .	96
3. Postverwaltung . . . . .	103
4. Die Verwaltung der Verkehrswege . . . . .	107
Die staatlichen Provinzialbehörden . . . . .	115
Anhang: Die staatlichen Zentralbehörden in der Residenz . . . . .	130
Die öffentlichen Lasten . . . . .	135
1. Der Haken als Steuereinheit . . . . .	135
2. Die Reichslasten . . . . .	138
a) Die ordentlichen Reichslasten . . . . .	138
b) Die außerordentlichen Reichslasten . . . . .	144
3. Die Provinziallasten . . . . .	151
4. Die ständischen Lasten . . . . .	152
5. Die Kirchenlasten . . . . .	152



	Seite
Die Organisation der Justiz und Polizei . . . . .	154
1. Die Patrimonialgerichtsbarkeit . . . . .	156
2. Der Oberkirchenvorsteher . . . . .	158
3. Der Hakenrichter . . . . .	159
4. Das Manngericht . . . . .	165
5. Das Niederlandgericht . . . . .	167
6. Das Landwaisengericht . . . . .	168
7. Das Oberlandgericht und die Revisionsinstanzen . . . . .	168
8. Die kirchliche Gerichtsbarkeit . . . . .	171
Urteil Katharina II. . . . .	172
Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .	173
Personenverzeichnis . . . . .	177

# Übersicht der Entwicklung bis 1710.

## 1. Alt-Livland bis 1561.

Das alte Livland in der Periode seiner Selbständigkeit war eine lose Vereinigung geistlicher Glieder des Heiligen Römischen Reiches, eine Art Staatenbund. Sein Territorium entsprach fast genau dem der heutigen Republiken Estland und Lettland. Die am finnischen Meerbusen gelegenen Landschaften Harrien mit Reval und Wierland gehörten bis 1347 dem König von Dänemark, fügten sich aber auch in diesem Zeitraum durchaus dem Rahmen der politischen Notwendigkeiten Gesamt-Livlands ein.

Der Erzbischof (bis 1255 Bischof) von Riga galt seit 1207 als Reichsfürst, schon im 13. Jahrhundert auch die Bischöfe von Dorpat und Ösel, erst gegen Ende der Periode die Bischöfe von Reval und Kurland (Pilten). Der livländische Zweig des Deutschen Ordens erlangte erst 1527 nach der Säkularisation Preußens in der Person seines großen Meisters<sup>1</sup> Wolter v. Plettenberg die Reichsstandschaft. Doch gerade der Orden, formell für den größten Teil seines livländischen Gebiets Vasall des Erzbischofs, zeigte sich schon im 13. Jahrhundert als die Seele der jungen Gründung, und zu Beginn des 15. Jahrhunderts schien das Ziel, die Bildung eines straffen Bundesstaates, unter seiner Leitung nicht mehr unerreichbar. Doch der Widerstand der Bischöfe und der Kurie, die hier über die Missionstheorie hinaus<sup>2</sup> lange Zeit die Bildung eines weltlich-päpstlichen Staates erstrebte, war zu groß und nachhaltig, die innere Festigkeit des Ordens nicht mehr stark genug, ein neues Element, Ritterschaften und Städte, schon zu bedeutend geworden. Während Rußland, Polen, Schweden zu gewaltigen Blocks mit starker Spitze zusammenwuchsen, blieb Livland eine lockere

---

<sup>1</sup> Die übliche baltische Bezeichnung „Heermeister“ ist korrumpiert aus „Herr Meister“. Der Titel lautet etwa: „Nos Wolterus de Plettenberge incliti ordinis militiae gloriosissimae virginis Mariae theutonicorum per Livoniam magister“ (1501; zitiert nach Rußwurm, Stael v. Holstein, II, 6). Oder: „Wy broder Wolter von Plettenberg, meyster to Lifflande dutsches Ordens“ (1506; zitiert nach Zöge-Notbeck 123).

<sup>2</sup> Vgl. Adolf Rein in H. Z. 137 p. 31.

Föderation. Sein Landtag mit den vier Kurien der Bischöfe, des Ordens, der Ritterschaften und der Städte zeigt durch den Wegfall der territorialen Gliederung und das gleichberechtigte Nebeneinander von Landesherren und Ständen wohl äußerlich ein unitarisches Bild, innerlich hat er mehr den Charakter eines Friedenskongresses, ergänzt durch Verträge, die „den Nachteilen der territorialen Zersplitterung für die (straf- und privatrechtliche) Exekution“<sup>3</sup> vorbeugen sollen, als den eines Bundesorgans. Die letzte Gelegenheit zur Schaffung eines starken livländischen Gesamtstaates ging vorüber, als Plettenberg 1526 auf dem Landtage zu Wolmar seine Schilderhebung durch die Ritterschaften und Städte ablehnte, nicht bereit, als alter Mann sein Ordensgelübde zu brechen und in der vielleicht richtigen Überzeugung, als treuer Vermittler unter Gleichen dem Lande mehr nützen zu können: 30 Jahre später wurde Livland zur Beute der Nachbarn.

Am 4. Juni 1561 unterwarfen sich nach langen Verhandlungen die Ordensvasallen der Landschaften Harrien, Wierland und Jerwen<sup>4</sup> dem König Erich XIV. von Schweden, um Schutz zu finden gegen den Zaren von Moskau, am 6. Juni folgte die Stadt Reval. Der Siegeszug des großen Feldherrn Pontus de la Gardie 1580—81 brachte Schweden den gesicherten Besitz dieser Gebiete, worauf im August 1582 auch die Vasallen des Stifts Ösel in der terra maritima oder Wiek<sup>5</sup> König Johann III. huldigten. Auf Vorschlag des Gouverneurs Pontus de la Gardie beschloß eine Vasallenversammlung zu Reval am 20. März 1584<sup>6</sup>, den König um die Vereinigung der schwedischgewordenen Landschaften zu einem politischen Körper und um die Ausdehnung der harrisch-wierischen Privilegien auf Jerwen und die Wiek zu bitten. Die Bestätigung erfolgte am 25. August 1584. Seitdem lautet die amtliche Bezeichnung „Fürstenthum Esthen in Livland“, seit etwa 1670 auch „Herzogtum“; bis Ende des 16. Jahrhunderts kommt aber noch vielfach die einfache Bezeichnung „Livland“ vor.<sup>7</sup>

<sup>3</sup> v. Below, Rezeption 65.

<sup>4</sup> Die Landschaft um Weissenstein.

<sup>5</sup> Die Landschaft um Hapsal mit den Inseln Dagden, Worms, Kassar u. a. Nach dem „Abriß einer geographischen und genealogischen Geschichte sämtlicher Staaten“, Reval 1858 p. 87, und noch nach Georges Bar. Wrangell, harr.-wier. Rrschft. 10 kam Dagden erst 1645 mit dem Frieden von Brömsebro an Schweden; dem widersprechen aber die schwedischen Lehnbücher von 1586 u. 1589 (Beitr. VIII), 1615 Jb. 1911/13 p. 477) und 1639—51 (Jb. 1909/10 p. 133), alle herausgegeben von Paul Bar. Ungern-Sternberg.

<sup>6</sup> Bunge, Archiv V 195.

<sup>7</sup> Beitr. VIII 161; Arbusow, Grundriß 336.

## 2. Innere Verfassungsentwicklung der estländischen Landschaften bis 1561.

Alt-Livland war die um 1350 abgeschlossene Staatsgründung einer deutschen Herrschicht auf der Grundlage unterworfenen Eingeborener, hauptsächlich der finnischen Esten im Norden, der baltisch-preußischen Letten im Süden. Auch die große Masse der dänischen Lehnsträger in Harrien und Wierland kam aus Niedersachsen und bewahrte völlig ihren deutschen Charakter. Die weite Entfernung des Oberherrn beförderte hier am ersten das Entstehen einer Ständemacht, die Notwendigkeit der Verteidigung gegen Angriffe der Russen (z. B. 1268, 1323, 1343) und Aufstände der Esten zwang früh zu straffer Organisation und engem Anschluß an die südlichen Territorien. Eine Vereinigung der harrisch-wierischen Vasallen (*universitas* oder *communitas vasallorum regis per Estoniam constituta*) ist bereits 1252 nachweisbar,<sup>8</sup> mindestens seit 1284 trägt sie den Charakter einer dauernden Einrichtung, einer Korporation.<sup>9</sup> Der 1282 zuerst erwähnte Landesrat (*duodecim iurati regni, consules terrae, consilarii regis Daciae per Estoniam constituti, universi consilarii*) entwickelt sich sehr bald aus einem Kollegium königlicher Räte einerseits zum inappellablen Obergericht, andererseits zur ständigen Vertretung der Ritterschaft beim königlichen Statthalter (*capitaneus*).<sup>10</sup> Wie sehr das staatsrechtliche Verhältnis zu Dänemark den Interessen der Vasallen entsprach, beweist der hartnäckige und lange erfolgreiche Widerstand, den sie mehrfachen Versuchen des Königs, die abgelegene Kolonie zu verkaufen, entgegensetzten. Erst der große Estenaufstand 1343, der die harrisch-wierische Ritterschaft an Menschen und Mitteln außerordentlich schwächte, und der nur mit Hilfe des Ordens niedergeschlagen werden konnte, gab dem dänischen König die Möglichkeit, das Land für 19 000 Mark reinen Silbers dem Hochmeister zu verkaufen, der es 1347 dem Meister von Livland verpfändete. Wenn diese Verpfändung auch nicht effektiv geworden zu sein scheint, Harrien und

---

<sup>8</sup> Zu diesem und dem folgenden vgl. v. Gernet, harr.-wir. Rrschft., und G. Bar. Wrangell, harr.-wier. Rrschft. 6.

<sup>9</sup> „...an einer aus dem Jahre 1284 stammenden Urkunde hängen die Siegel domini episcopi et consiliariorum et totius terrae. Das letztere Siegel kann... nur auf universitas vasallorum bezogen werden. Ein eigenes Siegel besitzt die communitas vasallorum auch 1306, 1308 und 1325“ (Gernet, harr.-wir. Rrschft. 5). Die Ausdrücke „totius terrae“ und „communitas vasallorum per Estoniam constituta“ weisen auch äußerlich deutlich auf den territorialen Zwangsverband als Grundlage der landständischen Verfassung hin, vgl. Below, Territorium u. Stadt 59 Anm. 2.

<sup>10</sup> Die 24 nachweisbaren Statthalter waren meist dänischer Nationalität.

Wierland vielmehr bis zum 16. Jahrhundert der Marienburg direkt unterstanden,<sup>11</sup> so waren die Vasallen praktisch nun doch in einer Lage, gegen die sie sich so lange gesträubt hatten: Unter der straffstorganisierten Landesherrschaft Europas, deren Vertreter, der Komtur zu Reval und der Vogt zu Wesenberg (Wierland), an der in gefährlichster Nähe wachsenden Macht des Meisters von Livland stets Rückhalt finden konnten. Die nächsten 50 Jahre zeigen auch wirklich ein gewisses Zurücktreten des politischen Einflusses der Ritterschaft, dann aber mit dem Beginn des Polenkampfes in Preußen ein stetiges Anwachsen bis zum selbstständigen Handeln von 1561. Als König Erich XIV. am 2. August 1561 der harrisch-wierischen Ritterschaft ihre „alte freyheit“<sup>12</sup> bestätigte, da umfaßte diese im vollen

<sup>11</sup> Das Gericht wurde bis 1520 gehegt „van wegenn unses Hochwerdigen gnedigen hern Homeisters tho Prutzen“ (1489, Bfl. I 365), erst nach der Säkularisation Preußens „van weldiger macht halven unses hochmechtigen und gnedigen heren und vorsten her Wolter van Plettenberch, meyster tho Lyfflande dutsches ordens“ (1531, Zöge, Nottbeck 139).

<sup>12</sup> Aus dem Reversale der schwedischen Bevollmächtigten 4. 6. 1561 (Winkelman, Kapitulationen 4):

„... nachdem auch ihre königl. maytt... sie alle... in der alten freyheit, die sie als freye ritter und knechte von oldinges bis anhero... gehabt, ... bleiben zu laßen bedacht: ... Als haben wir aus mithabender königl. maytt. volmacht dieselbe ihre privilegia... besichtigt und ihnen den obgenanten räthen, ritterschaft und gemeinen adel der lande Harrien, Wierland und Jerwen wegen der königl. maytt. sonderiger zuneigung und gnaden, darmit dieselbige ihnen als unterthanen und ehrlichen vom adel für andern bewogen, solche ihre rechte, wohlhergebrachte privilegia, freyheiten, besitzung und löbliche zu vorn gehabte gebräuche... confirmiret..., sunderlichen den Jerwischen, die i. königl. maytt. in gleicher gnade und freyheit der Harrischen und Wierischen auf- und angenommen... ..demnach haben wir... der königl. maytt. zu Schweden... und dero reichsräthen hierauff eine weitere ratification unter ihre königl. maytt. und der reichsräthe einsiegel zu befurdern und auszubringen... gelobet...“

Aus König Erich XIV. „Privilegium“ oder Ratifikation vom 2. 8. 1561 (nach Winkelman, Kapitulationen 9):

„Wier Erich der vierzehent von Gottes gnaden zu Schweden, der Gohten und Wenden... König... Nachdem... die landt zu Liefflandt... durch den grosfürsten aus der muscou... nunmehr in das vierdt jehr angegriffen, verheret und verdorben, also daß fast alle vom adel des ihren entsetzet, von ihren haab und gütern vertrieben und zum eusersten verdarben seyn, und aber die ritterschaft und gemeiner adel der lande Harrien, Wierland und Jerwen, die der großfürst sich noch nicht unterthänig gemacht hat, zusampt der stadt Reval in solchem ihren drangsahl... als die von ihrer Obrigkeit, dem herr meister teutsches ordens zu Liefflandt, und andern hülff- und trostloos gelaßen, uns um berrettung... angeruffen und sich uns zu untergeben begehret haben: So haben wir... (sie)... in unser schutz und schirm, auch für unsere unterthanen und liebe getreuen vermittels ihres eydes an- und aufnehmen laßen... Bekennen...

Sinn des Wortes die Autonomie einer Landschaft deutscher Nation und deutschen Rechts auf der gesicherten Grundlage fast unbeschränkt vererblicher Lehen.

Wie sehr die „berühmte harrisch-wierische Ritterschaft“<sup>13</sup> ihre Stellung der hundertjährigen Zugehörigkeit zu Dänemark verdankt, beweist die Tatsache, daß es in den übrigen livländischen Ordensgebieten zur Bildung korporativer Ritterschaften überhaupt nicht gekommen ist: Die Ordensvasallen in Jerwen schlossen sich 1561 als Einzelpersonen der harrisch-wierischen Ritterschaft an; auch das Reversale der schwedischen Bevollmächtigten betont den Unterschied durch Zusicherung gleicher Rechte mit den Harrisch-Wierischen.<sup>12</sup>

Günstiger lagen die Verhältnisse für die Stiftsvasallen, die am Orden in seinem Hegemoniekampf gegen die

---

daß wir alle...zusagen...in nahmen und unsertwegen geschehen...nachfolgender gestalt ratificiren...

- a) Anfänglich wollen wir, daß die lande Harrien, Wierland und Jerwen... nicht allein bei der heilsahmen lehre des evangelii, wor dieselbige bey ihnen rein und aufrichtig gelehret und geprediget, sollen bleiben..., sondern wollen auch, daß nach ihrer persohnen geschicklichkeit abzusetzen und andere tüchtige an ihre statt zu nehmen, unser und der stadt superintendenten zu Reval die pfarren und kerspel der lande visitiren und, wan es nötig, tüchtige praedicanten... verordnen und einsetzen, die untüchtigen aber und falschen lehrer absetzen sollen.
- b) Darnach auff dem geleisteten eydt der ritterschaft und adel, so verlehnen wir sie als unsere unterthanen und lieben getreuen mit allen ihren väterlichen erben, gekauften und wohlgewunnenen gütern und allen, worzu sie berechtigt seyn.
- c) Sie sollen, auch ihre erben und nachkommen, in der alten freyheit... bleiben... also... daß sie dieselbigen privilegien, freyheiten, gerichte und gerechtigkeiten jederzeit ohne jemandes eindrang und hinderung, an hand- und halsgerichte ein jeder in den seinen nach dem alten zu richten, — doch daß unser stadthalter so wohl in selben als andern gerichte, wie von alters gebräuchlich, praesidire und miturtheile, — sich auch sonst in aller maßen und weise, wie sie von herrn zu herrn damit verlehnet, ...auch von alters gebraucht, so weit und ferne eines jeden grenzt und scheidung wendet, ...zu genießen haben...
- d) So wollen wir so viel möglich die ritterschaft... deswegen, daß sie dem herr meister ihren eydt auffgekündigt... und unter uns und der crownen zu Schweden sich ergeben, von aller fahr... enthaben und nicht weniger als andere unsere ererbte unterthanen... verthädigen...“.

Die Urkunde trägt nur Unterschrift und Siegel des Königs; die im Reversale versprochene Mitbesiegelung der Reichsräte fehlt. — Erich XIV. ergänzte seinen Titel durch die Bezeichnung „Herr über die livländischen Landmarken“ (Geijer II 161).

<sup>13</sup> Agathon Hammarskjöld in „Historisk Tidskrift“ 1888, zit. nach B. M. 38 p. 654.

Bischöfe eine starke Stütze fanden und ohne die ihr Lehnsherr über eine militärische Macht nicht verfügte, mindestens über keine Offensivkraft. Schon um 1300 protestieren Kapitel und Vasallen des Stifts Ösel dagegen, daß der Bischof „buten sins capittels und gudermanne willen“ Krieg mit dem Orden angefangen habe, auch die Konföderation von Dorpat 1304 gegen den Erzbischof wird von Landesherren und Vasallen (universi vasalli) geschlossen;<sup>14</sup> doch aber ist die Macht der Kirche und besonders der moralischen Waffen des Papstes, die seit Mitte des 13. Jahrhunderts meist gegen die Einigungsbestrebungen des Ordens eingesetzt werden, so groß, daß die Stellung der harrisch-wierischen Ritterschaft von den Stiftischen in der Selbständigkeitsperiode nie erreicht wird. Die öselschen Vasallen insbesondere, auf dem unfruchtbarsten Boden Alt-Livlands finanziell schwach, können vor Ende des 14. Jahrhunderts kaum als Landstände angesprochen werden. Gegen diese Auffassung spricht auch nicht das Auftreten einzelner sehr mächtiger Geschlechter, wie der Uexküll, die ähnlich den überragenden Tiesenhausen im Erzstift und im Stift Dorpat, gestützt auf die drei Schlösser Fickel, Felx und Werder in der Wieck (festländischer Teil des Bistums), gleichzeitig auch in Harrien angesessen, zur Geltendmachung ihres Einflusses einer organisierten Ständemacht gar nicht bedurften.<sup>15</sup> Ein dem harrisch-wierischen Landesrat in gewisser Weise entsprechender Stiftsrat aus Domherren und Vasallen ist im Bistum Ösel-Wieck erst 1524 nachweisbar.<sup>16</sup>

### 3. Die schwedische Zeit (1561—1710).

Der ältere deutsche Territorialstaat kennt nicht den Begriff der einheitlichen Souveränität; Landesherr und Land, letzteres repräsentiert durch die Stände, stehen sich in ihm als zwei Rechtssubjekte gegenüber.<sup>17</sup> Die Struktur der livländischen Territorien des ausgehenden Mittelalters entspricht in besonders umfassendem Maße dieser Staatsauffassung. Der in allen Fällen nicht erbliche, oft<sup>18</sup> landfremde Landesherr, nirgends an der Interessengemeinsamkeit dy-

<sup>14</sup> Gernet, Livl. Ritterschaften 28, 33.

<sup>15</sup> Vgl. Gernet, Livl. Ritterschaften 98, 105, 131; Hansen, Uexküll I 7, 10, 40 f.

<sup>16</sup> Gernet, Agrarrecht 9; vgl. die Bemerkung in dem Protokoll der Eidesleistung an König Sigismund von Schweden-Polen 1594: „Otto Uxküll zu Vicküll und Aßa ist wegen des Hofes Aßa in Wirlandt Landrath, weil in der Wieck keine Landrätthe zu sein pflegen“ (Jb. 1911/13 p. 451).

<sup>17</sup> Vgl. Below, Territorium und Stadt 129.

<sup>18</sup> Der Orden nahm Einheimische nicht auf, die Bischöfe waren vielfach providierte Ausländer.

nastischer Fürstenpolitik eine Stütze findend, die eigensüchtige, den Lebensnotwendigkeiten des Landes und seiner dauernden Bewohner oft entgegenwirkende, von der Kurie gestützte Machtpolitik der Bischöfe, alles das forderte heraus zu der Entwicklung, die in der Gleichberechtigung von Landesherren und Ständen auf den Landtagen ungefähr um dieselbe Zeit ihren Abschluß fand, als der preußische Ordensstaat durch den Abfall der Vasallen und Sädte seine Selbständigkeit an Polen verlor. Auch die Stände der livländischen Bistümer arbeiteten am Fall ihrer Landesherren, darüber hinaus aber erstrebten sie größtenteils nicht den Anschluß an eine auswärtige Macht, sondern Stärkung und Ausbau der Hegemoniestellung des Ordens. Die estländischen Vasallen hielten bis zuletzt an ihm fest und gaben den Orden erst auf, nachdem er in vierjährigem Russenkrige das Land der Verwüstung schutzlos überlassen, durch schamlose Intrigen seinen inneren Verfall gezeigt und sie schließlich der glaubens- und stammfremden polnischen Großmacht in die Hände zu spielen versucht hatte; daß auch ein volles Maß eigener Schuld der Ritterschaften, Disziplinmangel, Sorglosigkeit und Nichtstun zu diesem Ende beitrug, hat uns der Pastor Balthasar Rüssow in seiner allerdings nicht tendenzfreien Chronik überliefert.<sup>19</sup> Jetzt, nachdem der Gegensatz zwischen Land und Landesherren allzu deutlich, der letzteren Auffassung von ihrem Fürstentum immer persönlicher geworden war — auch der letzte Bischof von Reval, Moritz Wrangell, verkaufte sein wenn auch minimales Territorium an Dänemark, das seinen Anspruch an des Königs jüngeren Bruder Magnus, den Verbündeten des russischen Landesfeindes, abtrat —, nachdem so mit dem materiellen Ruin auch das Ende einer dreihundertjährigen inneren Verfassungsentwicklung germanischen Charakters in Gefahr stand, kündigte das Land durch den Mund seiner Stände den als Vertrag aufgefaßten Eid an den Landesherrn<sup>20</sup> und ging zu seiner Errettung eine neue Verbindung mit Schweden ein, „aus hochgedrängter ehehafft und euserster

---

<sup>19</sup> B. R., 1525—1600, Pastor zu Reval, schildert in seiner „Chronik der Provintz Liffland“ die moralischen Zustände in den schwärzesten Farben; ihm widerspricht u. a. Heinrich Tiesenhausen zu Berson, dessen hinterlassene Schriften R. Hasselblatt 1890 herausgegeben hat. R.s Chronik erschien zuerst 1578 in Rostock; die 1584 in Barth herausgekommene 2. Auflage wurde mit durch freiwillige Geldbeiträge des estländischen Adels ermöglicht, wie aus R.s hinterlassenem Verzeichnis (1594—1600) der geleisteten und ausstehenden Zahlungen hervorgeht (Jb. 1911/13 p. 457 f.).

<sup>20</sup> Schon der Landtag 1472 hatte das Widerstandsrecht der Stände anerkannt (Bunge, Standesverhältnisse 88 und 102 Anm. 83); vgl. Below, Territorium und Stadt 130.



noht“, wie es in der Privilegienbestätigung durch den König heißt.<sup>12</sup>

Zum Verständnis der Kapitulation von 1710 muß hier kurz dargestellt werden die Bedeutung des Unterwerfungsvertrages und das staatsrechtliche Verhältnis Estlands zu Schweden.<sup>21</sup> Der schwedische Gesandte Claus Horn af Aminne kommt am 15. März 1561 mit wenig mehr als einer Leibwache nach Reval, unterhandelt fast ein Vierteljahr mit den Ständen und diese schließen ab, nachdem sie die anderen Bewerber, Polen, Dänemark, Herzog Magnus-Moskau, geprüft und verworfen haben, trotzdem der Landesherr seinen Drohungen durch die Besetzung des Revaler Schlosses immerhin auch einigen Nachdruck verleihen konnte. Von einer Eroberung durch Schweden kann nicht die Rede sein; noch 120 Jahre später hat ein schwedischer König ausdrücklich anerkannt, daß Estland sich „gutwillig und per pacta“ der Krone Schweden ergeben habe.<sup>22</sup> Die Privilegienbestätigung ist nur die übliche Form der Ratifikation des Vertrages durch den König. Sie enthält im wesentlichen das Versprechen des Schutzes der lutherischen Religion, der Verteidigung gegen äußere Feinde, Bestätigung der Lehen und des Landesstaats, d. h. der Selbstverwaltung einschließlich Rechtsprechung. Der Vergleich mit der Kapitulation eines Wahlmonarchen liegt nahe, nur bezieht sich die Wahl nicht auf eine Person, auch nicht auf die Dynastie Wasa, sondern auf den rechtmäßigen Träger der Krone Schweden. Die Verbindung nähert sich also formell einer Realunion, und der Anspruch der estländischen Stände ging auch in dieser Richtung; sie haben das staatsrechtliche Verhältnis Estlands zu Schweden immer als das voller Gleichberechtigung bei Gemeinsamkeit gewisser Staatseinrichtungen aufgefaßt. Aber die Geschichte der nächsten 150 Jahre beweist zu deutlich, daß zwar in allen nicht rein lokalen Angelegenheiten Estland und Schweden gemeinsame Organe hatten, eine staatsrechtliche Gleichberechtigung aber durchaus nicht bestand. Wohl finden wir Estländer für ihre Person in den höchsten Reichsstellungen, auch als Vertreter der Kriegsmacht, des „Heerbefehls“<sup>23</sup> im Reichstag, in diesem nach 1617 schließ-

<sup>21</sup> Eine vorzügliche Darstellung dieser Frage gibt Arnulf v. Mühlendahl in seiner bisher ungedruckten Dissertation „Die Kapitulationen Estlands und Livlands 1710“, der juristischen Fakultät der Universität Dorpat vorgelegt 1925.

<sup>22</sup> Als Estland, dessen Gouverneur seit 1622 dem livländischen General-Gouverneur unterstellt war, 1673 zu einem selbständigen General-Gouvernement erhoben wurde, tat Karl XI. das „in... Betrachtung dessen, daß unser Herzogthum E. nicht allein die älteste Provinz unter der Krone Schweden ist, sondern auch sich selbst gutwillig und per pacta ergeben hat...“ (Wrangells Chronik 60).

<sup>23</sup> Nordenflycht 127, 141.

lich auch eine Anzahl im Stockholmer Ritterhaus introduzierter Häupter estländischer Adelsfamilien; aber diese Zweige ließen sich meist bald ganz in Schweden nieder und konnten ebensowenig als Vertreter Estlands gelten wie die schwedischen Magnaten, etwa Stenbock und de la Gardie, denen dort umfangreiche Güter verliehen waren. Weder die estländische Ritterschaft<sup>24</sup> noch die Stadt Reval waren im Reichstag ipso jure vertreten, wohl aber trotz Protest seinen Beschlüssen unterworfen, wie es sich namentlich bei der Güterreduktion am Ende des 17. Jahrhunderts zeigte. Es kann daher praktisch nicht von einer Realunion, ebensowenig allerdings wegen der Autonomie von einer einfachen Einverleibung gesprochen werden. Auch der von Mühlendahl<sup>21</sup> gewählte Ausdruck „unvollkommene Incorporation“ scheint das Wesentliche nicht deutlich genug zu kennzeichnen. Den tatsächlichen Zustand, nicht den Anspruch des Landes, gibt vielleicht am besten wieder der Ausdruck „privilegierte Kolonie“, etwa im Sinne der englischen Dominien des 19. Jahrhunderts.

Estland, glücklicher als das 1622 von Schweden eroberte Livland, bewahrte seinen Landesstaat unversehrt bis in das 18. Jahrhundert. Die ersten 120 Jahre schwedischer Herrschaft fallen zusammen mit dem Aufstieg dieses Landes zur Großmacht und zu weltgeschichtlicher Bedeutung, sind erfüllt von siegreichem Waffengeklirr und sehen auch den estländischen Adel auf allen Schlachtfeldern Livlands, Polens, Dänemarks und Deutschlands, in einem bald gewonnenen Gefühl freiwilliger Hingabe an das stammverwandte Schweden und die kraftvollen Persönlichkeiten seiner Herrscher. Die Widerstandskraft der Heimat reichte in dieser kriegerischen, innerpolitischen Unternehmungen ungünstigen Zeit aus, um gelegentliche Angriffe auf Schlüsselpunkte der Selbstverwaltung abzuwehren. Dabei widersetzte sich die Ritterschaft gesunden Reformen ebensowenig wie den materiellen Anforderungen der Regierung für Zwecke der Kriegführung. Im ganzen muß diese Periode in wirtschaftlicher Beziehung wie im Hinblick auf die Entwicklung der sittlichen Kräfte als eine der glücklichsten in

<sup>24</sup> Die Ritterschaft lehnte dahinzielende Vorschläge Johann III. und besonders des Erbfürsten Karl (IX.) mehrfach ab. Sie befand sich bei dem heraufziehenden Kampf um die schwedische Krone in (auch geographisch) sehr schwieriger Lage und wollte eine vorzeitige Festlegung vermeiden. Andererseits scheute sie die Kosten der Reichstagsbeschiedung und vor allem die bei einer völligen Union angesichts der eigenen Schwäche kaum zu vermeidende Angleichung der heimatlichen Rechts- und Agrarinstitutionen an Schweden. Die Wirkungsmöglichkeiten im Reichstag wurden auch wohl unterschätzt, ein Kampf um die Lebensgrundlage, wie ihn die Reduktion auslöste, war nicht vorauszusehen. Vgl. Bienemann, Vorzeit 133; Seraphim II 238, 250.

der Geschichte Estlands bezeichnet werden, nur etwa der Zeit um 1500 und der ersten größeren Hälfte des 19. Jahrhunderts vergleichbar. Ein immer stärker werdendes seelisches Band verknüpfte Schweden mit seiner „ältesten Provinz“.<sup>22</sup>

Eine kurze Friedensperiode von 20 Jahren genügte um zu erschüttern, was in einem Jahrhundert gemeinsam bestandener Kriegsstürme an warmherziger Loyalität in den Herzen der Estländer erwachsen war. Die Stellung des Reiches Schweden am baltischen Meer und unter den großen Mächten Europas ruhte nicht fest in sich auf der Grundlage von Volkskraft und wirtschaftlicher Ergiebigkeit des Kernlandes; sie aufrechtzuerhalten gegen den wachsenden Druck der vom Meere abgeschnittenen Kontinentalmächte war nur möglich durch eine ständige Kriegsbereitschaft, die bei weitem die Kräfte des Reiches überstieg. Das Auskunftsmittel ausländischer und namentlich französischer Subsidienzahlungen, von dem Genie Gustav Adolfs ohne Beeinträchtigung der politischen Zielsetzung gebraucht, wurde in den Händen seiner Nachfolger schließlich zum Selbstzweck; die Kriegführung der Jahre 1673—1679, den Interessen Schwedens fremd, war wesentlich ein Abdienen der Subsidien im Dienste Frankreichs, verminderte das Prestige der schwedischen Waffen und vermehrte doch die Finanznot gewaltig.

„Nun sah König Karl wohl, daß es weder seine Bestimmung noch auch sein Talent sei, als Kriegsheld in der Welt zu brilliren und durch Eroberungen von seinen Nachbarn seine Macht zu vergrößern. Er wandte also die ihm gleichwohl angeerbte Eroberungsbegierde gegen seine eigenen Untertanen, als deren Güter und Rechte viel leichter, ohne Gefahr... erobert werden konnten...“, mit diesen bitteren Worten beginnt der livländische Edelmann Karl Friedrich Freiherr Schoultz von Ascheraden, einer der liberalsten, wohlmeinendsten Köpfe seines Standes und seiner Zeit, bekannt durch die freiwillige Beschränkung seiner grundherrlichen Rechte im „Ascheraden-Römershofschen Bauer-gesetzbuch“ (1764), die Schilderung der Reduktion<sup>25</sup> in seiner „Geschichte von Liefland und dessen Staatsrecht“ (1773). „Reduktionen waren auch vorher und in anderen Ländern vorgegangen, wenn nämlich Domainen, entweder während einer Anarchie, oder sonst durch unrechtmäßige Wege, abhanden gekommen waren. Aber nehmen, was man selbst, entweder als einen Sold für genossene außerordentliche Dienste, oder als ein Equivalent für empfangene baare Gelder, zum Eigentum übergeben und so vielfältig confir-

---

<sup>25</sup> Dieser Abschnitt gedruckt bei Ernst Hermann „Beiträge zur Geschichte des Russischen Reiches“, Leipzig 1843 p. 83 f.

mirt hatte, auch das nehmen, was man nicht gegeben hatte, sondern was schon auch durch Capitulationen zu einem ewigen Privateigenthum sancirt war, und diese Ungerechtigkeiten noch dazu mit den unanständigsten und der Majestät recht unwürdigen Kunstgriffen<sup>26</sup> verknüpfen: eine solche Reduktion... sollte nur die Regierungszeit König Karl XI. bezeichnen...“.

Von allen Teilen des schwedischen Reiches litt Livland am furchtbarsten unter einem System, das die Methoden römischen Provinzstatthalter an brutaler Findigkeit übertraf, ohne doch wegen der fortdauernden Verschwendung der Regierung und der zahlreichen Unterschleife der Exekutoren die Finanzen des Staates auf eine gesunde Grundlage stellen zu können. Fünf Sechstel des privaten Grundbesitzes (eingeschlossen die Güter der Ritterschaft und der Stadt Riga) zog der König ein, mit einer jährlichen Rente von einer Million Reichsthaler, fast ebensoviel wie im eigentlichen Schweden;<sup>27</sup> die hinderliche Verfassung wurde zertrümmert, ihre Verteidiger ins Gefängnis geworfen. Estland, „nicht mit dem Schwerte erobert...“, sondern durch freiwillige Unterwerfung an Schweden gekommen“,<sup>28</sup> wurde schonender behandelt, aber auch hier feierlich beschworenes Recht rücksichtslos gebeugt. Von 7800 Privathaken verfielen 2900 der Reduktion,<sup>29</sup> 100 000 Reichsthaler Einnahmen waren der Preis für Elend und verlorenes Vertrauen.<sup>27</sup> Als unter dem letzten Wittelsbacher das Verderben über Schweden hereinbrach, mitentflammt und geschürt von dem livländischen Edelmann Patkul, da kämpften zwar wieder auf allen Schlachtfeldern, bei Narwa und Klissow, bei Ljesna, Poltawa und Helsingborg, in Stade und Stralsund, Dänemark und Norwegen Liv- und Estländer

<sup>26</sup> Etwa die Herabsetzung des Zinsfußes für dem Staat vorgestreckte Summen von 8 Prozent auf 5 Prozent jährlich mit rückwirkender Kraft, wodurch in vielen Fällen Gläubiger des Staates zu seinen Schuldnern wurden; vgl. Carlson V 349, 479.

<sup>27</sup> Vgl. a. Carlson V 518, Seraphim II 291.

<sup>28</sup> Carlson V 160.

<sup>29</sup> Errechnet unter Zugrundelegung der Hakenzahlen von 1696 (Revision 1694—95) aus Bfl. II 935, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Reduktion 1688 noch nicht abgeschlossen war. 1688 waren (in runden Zahlen) reduziert oder für einlösbar erklärt in

Harrien	von 2500 Privathaken	930 = 37 %
Wierland	„ 2150 „	560 = 26 %
Jerwen	„ 1150 „	670 = 58 %
in der Wieck	„ 2000 „	740 = 37 %
zusammen in Estland	„ 7800 „	2900 = 37 %

1695 (Bfl. II 995) waren in Harrien (Hakenzahlen nach der alten Revision, vor 1694) von 1545 Privathaken: 450 Privathaken reduziert = 29 %, außerdem 270 Privathaken für einlösbar erklärt = 17,5 %, zusammen 720 Privathaken = 46,5 %, also wesentlich mehr als 1688.

unter den schwedischen Fahnen mit gewohnter Tapferkeit und ritterlicher Treue, aber ihre Herzen konnten unmöglich einer Sache schlagen, deren Vertreter bei aller strahlenden Begeisterungswürdigkeit als Soldat doch gleich seinem Vater für Recht hielt, was sie nur für schweres Unrecht halten konnten.

Als vollends die Heimat dieser Männer neun Jahre einem furchtbaren Feinde preisgegeben wurde, als sie dem starren Willen des Königs für nichts zu gelten schien gegenüber dem Wunsche, einen persönlichen Feind bis zum äußersten zu demütigen und den schlesischen Protestanten einige Kirchen zu gewinnen, als endlich mit Poltawa für absehbare Zeit auch die Möglichkeit für eine Befreiungstat schwand, zu der bisher nur Einsicht und guter Wille gefehlt hatten,<sup>36</sup> da zerriß das einst so freudig geknüpfte Band zwischen Schweden und seinen ältesten Provinzen: Ritterschaften und Städte, stolze Stände, die zu willenslosen Untertanen herabzudrücken dreißigjährigem Absolutismus nicht gelungen war, in denen das Bewußtsein, bodengewachsene Vertretung des Landes zu sein, seit Jahrhunderten lebte, da schlossen sie neue Verträge, nachdem die alten ihnen formell und moralisch gebrochen waren. Was politische Klugheit und Heldenmut der Wasa dem Reiche Schweden gewonnen, es ging verloren durch die starrsinnige Intransigenz der letzten Wittelsbacher.<sup>30</sup>

---

<sup>36</sup> Neuerdings versucht Otto Haintz in den Preußischen Jahrbüchern Bd. 215 den Beweis, daß der Plan Karl XII., „mit dem zarischen Despotismus die neue westliche Orientierung in Rußland zu brechen und die altrussische Bojarenherrschaft wieder aufzurichten“, militärisch also Rußland völlig niederzuwerfen, „noch im Bereiche der militärischen und politischen Möglichkeiten gelegen“ habe. Dieser Meinung kann ich mich nicht anschließen. Zur Begründung ist hier nicht der Ort.

<sup>30</sup> Vg. a. Bienemann, Vorzeit 168, 177.

## Der Anschluß an Rußland.

### 1. Die Kapitulation 1710 und ihre allgemeine Bedeutung als Rechtsquelle.

Literatur (ohne allgemeine Darstellungen der baltischen Geschichte): 1. Winkelmann, Kapitulationen<sup>31</sup> (nur Urkundentexte); 2. Wrangells Chronik;<sup>31</sup> 3. Ostensacken, Kapitulationen (mit Text der Kapitulation und Photographie des russischen Textes der Konfirmationsurkunde); 4. Vollständige Sammlung; 5. Bunge, Repertorium (besonders I p. LVII f.); 6. Grundlagen; 7. Mühlendahl; 8. Ssamarins Anklage; 9. Livländische Antwort; 10. Livl. Beiträge; 11. Engelmann, Staatsrecht; 12. Nolde, Abhandlungen.

Die völlige Eroberung Liv- und Estlands war die Frucht des vernichtenden Sieges von Poltawa. Schon bald nach dem Abzug Karl XII. zum polnischen Feldzug hatte Peter Ingermanland erobert, die neue Hauptstadt gegründet und sie 1704 durch Wegnahme der starken Bollwerke Narwa und Dorpat nach Westen gesichert. Mehr zu erreichen hoffte er ernsthaft zunächst nicht, war sogar bereit, gegen Überlassung nur eines einzigen Ostseehafens das Eroberte dem unüberwindlich scheinenden Schwedenkönig zurückzugeben. Unterdes brachen die Russen, wie sie es selbst von den Taren seit Jahrhunderten gewöhnt waren, Jahr für Jahr in Liv- und Estland ein, verwüsteten alles Erreichbare auf dem platten Lande und zogen meist unbehelligt wieder ab. An eine Belagerung der großen Seestädte konnten sie nicht denken. Diese Art der Kriegführung, vom Zaren ausdrücklich befohlen, beraubte zwar den fernen König der Hilfsmittel dieser Provinzen an Geld, Korn und Menschen, auf die Absicht dauernder Festsetzung ließ sie aber kaum schließen. Diesen Tatsachen gegenüber fallen alle diplomatischen Projekte der Alliierten über die Teilung der ungemachten Länderbeute nicht ins Gewicht. Nach Poltawa wurde es anders. Die schwachen schwedischen Streitkräfte in Liv- und Estland hatten auf Hilfe nicht mehr zu rechnen. Am 4. Juli 1710 kapitulierte Riga nach monatelanger Belagerung, am 14. August folgte Pernau und Peter sah sich

<sup>31</sup> Bei 1 und 2 auch das Universal Peters des Großen, außerdem bei 1 die Begleitschreiben Bauers und Menschikoffs.

„nunmehr die Waffen nach Ehstland zu transportiren... und insonderheit der Stadt Reval durch Göttlichen Beystand zu bemächtigen... nezessitiret“, wie er in seinem zur Unterwerfung auffordernden Universal am 16. August von Petersburg aus verkündete. Dieser Aufruf gelangte spätestens am 26. August mit einem Begleitschreiben Menschikoffs, seit 1704 „Generalgouverneur aller Zarischen Länder an der Ostsee“, <sup>32</sup> in die Hände des schwedischen Generalmajors und Vize-Gouverneurs Dietrich Friedrich Patkul, <sup>33</sup> der für den 1709 ernannten, aber nicht mehr nach Estland gekommenen General-Gouverneur Graf Karl Nieroth in Reval kommandierte. Schon vorher hatte die Blockade der Stadt begonnen. Von Süden, aus der Gegend von Oberpahlen rückte der Oberst Sotoff mit drei Dragonerregimentern, von Narwa der Brigadier Iwanitzki mit sechs Regimentern Infanterie heran; der Oberst Hans Heinrich Tiesenhausen mit seinem estländischen Kavallerieregiment und den vielleicht noch 300 Reitern der estländischen Adelsfahne <sup>34</sup> konnte sie trotz aller Tapferkeit nicht aufhalten, am 15. August sperrte der Feind die Ostfront der Festung zwischen dem Jerwekülschen oder Oberen See und dem Meer und unterbrach gleichzeitig die aus dem See durch einen Kanal gespeiste, besonders für den Mühlenbetrieb wichtige städtische Wasserleitung. Am 18. August näherte sich von Südwesten unter Generalmajor Fürst Aleksei Wolkonski die Vorhut des Kavalleriekorps Bauer, das Pernau erobert hatte, und einige Tage später traf Generalleutnant Felix Bauer selbst mit sechs Dragonerregimentern ein. Er übernahm den Oberbefehl über die Einschließungstruppen. Sein Hauptquartier wurde Hark, ein sieben bis acht Kilometer südwestlich der Stadt gelegenes Gut des schwedischen Oberstleutnants Otto Konstantin Uexküll. Neun bis zehn Dragonerregimenter, sechs Infanterieregimenter, bestenfalls 6000 zu Fuß und 5000 zu Roß, <sup>35</sup> ohne die Kasaken, keine nennenswerte Belagerungsartillerie, das war recht wenig gegen eine bedeutende Festung wie Reval, deren Werke in Ordnung, deren Besatzung von etwa 4000 Mann zur Not ausreichend war und deren Verbindungen wegen der vollen schwedischen Seeherrschaft auf der Ostsee nie ganz abgeschnitten werden konnten. Bauer dachte auch gar nicht an eine Belagerung; selbst die Blockade außer-

---

<sup>32</sup> Arbusow, Grundriß 338.

<sup>33</sup> A. d. H. Posendorf/Livl., Vetter 3. Grades des Berühmten.

<sup>34</sup> Etatsmäßig 479 Mann, durch die vom Landtag im September 1700 bewilligte „Doublirung“ 958 Mann, eine Stärke, die wahrscheinlich nie erreicht worden ist. Vgl. Richter 2 II 169 und Gernet, Agrarrecht 62.

<sup>35</sup> Die Dragoner der damaligen Heere waren allerdings auch zum Fußkampf ausgebildet und ausgerüstet.

halb der Waffenwirkung wurde so unvollkommen durchgeführt, daß noch Mitte September von dem zehn (!) Kilometer südöstlich gelegenen Stadtgut Johannishof Vieh nach Reval gebracht werden konnte. Für die Russen stritt, wie in Riga und Pernau so auch hier die „Contagion“, die Pest. Um den 10. August war sie in der Stadt ausgebrochen, trotz allen Vorbeugungsmaßnahmen, wie Räuchern der einkommenden Bauern mit Wacholder, die der Rat schon im Juli auf die Nachricht von Pestfällen in Nordlivland getroffen hatte. Erst einmal in der enggebauten und bald auch blockierten Stadt, spottete sie jedes Widerstandes. An Isolierung der Erkrankten war schon aus Raummangel nicht zu denken, bald fehlten auch die Hände selbst zum begraben der Toten.

„In der Stadt Reval wurde eß alle tage elender und trauriger, die Häuser lagen voller todter Leichname undt war eß nicht müglich mehr Särge zu bekommen, noch weniger konten die vielen Leichen mehr begraben werden; eß fehlte allenthalben an Volck. Die Geistlichen waren meisstentheils todt, wie ingleichen auch alle Medici. Von dem zur Stadt geflüchteten Adell wahren ihrer gar wenige noch übrig. Die Garnison mit der Bürgerschaft war hin, undt konten die rotten nicht gehalten, noch die Stücke auf denen Wällen, auß Mangel der AttollerieOfficiers undt Constapels mehr regieret werden.“<sup>37</sup>

Aus der zuerst ergriffenen Garnison starben schon Anfang September täglich 50 bis 60 Mann, ohne die Weiber und Kinder, deren Gesamtzahl fast 2000 betrug. Das stärkste der sechs Regimenter (ohne die Adelsfahne) zählte am 26. September noch 90, die anderen 60 bis 70 Köpfe.<sup>38</sup> Der ganze Rest der schwedischstämmigen Garnison, der sich am Tage nach der Kapitulation zur Einschiffung versammelte, betrug wenig mehr als 400 Mann; rechnet man auf die Adelsfahne sowie auf die Offiziere „natione Lief- und Ehstländer“, die nach dem Akkord zurückbleiben mußten, auch noch 100 Köpfe, so bleibt die erschütternde Tatsache, daß sieben Achtel der Garnison an der Pest, denn die blutigen Verluste waren minimal, tot oder im Sterben lagen. „Von der vorhingewesenen nombreusen Bürgerschaft“ blieb nach Wrangell<sup>39</sup> „nicht einmahl der neunnte Teil... beleben“. Dieser ungeheure Prozentsatz an Toten könnte unglaublich scheinen, er findet aber in sehr genauen, auf Befragung der Grundherrn und Bauern jedes Dorfes beruhenden Verlustangaben des flachen Landes seine Bestätigung. Die „Inqui-

---

<sup>37</sup> Wrangells Chronik 83.

<sup>38</sup> Wrangells Chronik 86 Anm.

<sup>39</sup> Wrangells Chronik 87.



sition“ der Güter Estlands 1712<sup>40</sup> ergab für Harrien 23 300 Tote gegen 5700 Lebende, zu denen man allerdings noch einige Tausend solcher Bauern zählen muß, die sich nach den Worten des zarischen Universal „in die Wälder und Büsche retiriret“ und noch nicht wieder nach Hause gewagt hatten. Es ergibt sich dann auch für die günstigeren Verhältnisse des flachen Landes eine Sterblichkeit von über 70 Prozent. —

Neben diesem Verbündeten hatte Bauer weder Bombardement noch Sappeurarbeit nötig. Reval, und damit ganz Estland wurde gewonnen durch die Pest; hinzu kam das Beispiel Rigas und die Versicherung des zarischen Universal, die „unter der schwedischen Regierung eine Zeithero Weltkündig violirten ... (Privilegia) ... nach ihrem wahren Sinn und Verstand heylich zu conserviren... (und) ... mit noch amplern und herlichern, nach gelegenheit zu vermehren“. Bauer schickte dem schwedischen Kommandanten schon am 24. August das zarische Universal und forderte ihn zur Kapitulation auf. Aus der Tatsache, daß Patkul weder seine (nicht erhaltene) Antwort noch die Bauerschen Schriftstücke den Obersten der Garnison oder den Ständen bekanntmachte, ist geschlossen worden, daß er heimlich und illoyal schon jetzt über die Übergabe verhandelt habe.<sup>41</sup> Diese Folgerung scheint nicht stichhaltig. Weder für den Festungskommandanten noch für den Provinzialgouverneur Patkul bestand die Verpflichtung, das zarische Universal bekanntzugeben, da es nichts anderes darstellt als eine Aufforderung zur Meuterei an die Stände und, soweit Glieder dieser Stände im aktiven Heeresdienst standen, auch an die Garnison, und da es infolgedessen geeignet war, den Widerstandswillen der anvertrauten Festung und Provinz zu schwächen. Vier Wochen später war die Lage durch das Fortschreiten der Pest fast verzweifelt geworden. Patkul verhinderte nun nicht mehr, daß ein Schreiben Bauers mit dem Universal am 21. September der Ritterschaft übergeben wurde. Am 24. September ließ er in einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern der Garnison, Ritterschaft und Stadt das Universal offiziell bekanntmachen, offenbarte damit die Notwendigkeit der Kapitulation und ermächtigte gleichzeitig die Stände zu gesonderten Verhandlungen. Die nächsten Tage vergingen mit Einzelberatungen der Stände, während Bauer von der prinzipiellen Kapitulationsbereitschaft verständigt wurde. Die Hauptverhandlungen auf der Grundlage des Universal begannen nach gegenseitiger Geisellstellung am 28. September in Hark. Sie wurden geführt

---

<sup>40</sup> Beitr. VII 15 f.

<sup>41</sup> Zuletzt bei Osten-Sacken, Kapitulation 20.

für die Garnison — der Kommandant war an der Pest erkrankt und starb am nächsten Tage — durch die vier ältesten Obersten Magnus Wilhelm Frhr. v. Nieroth, Otto Frhr. v. Rehbinder, Bogislav Frhr. v. der Pahlen und Berend Johann Graf Mellin, alle Glieder der estländischen Ritterschaft, für die Stadt von dem ältesten Bürgermeister Reimers, dem Syndikus Gernet und dem Ältesten der Großen oder Kaufmannsgilde Lanting, für die Ritterschaft von dem Landrat und Obersten Reinhold Frhrn. v. Ungern-Sternberg und dem stellv. Ritterschaftshauptmann<sup>22</sup> Fabian Ernst Stael v. Holstein. Am 29. September wurden die drei Kapitulationsinstrumente unterzeichnet. Sie enthalten auf der einen Seite die Forderungen der Belagerten, auf der anderen Seite zu jedem einzelnen Punkt die meist zustimmende, durch ein kurzes „accordatur“, „consentiret“, „völlig placediret“ ausgedrückte Stellungnahme des Generals Bauer. Nur wenige Forderungen, fast allein militärische, werden ganz oder teilweise abgelehnt, in einigen Fällen die zarische Entscheidung vorbehalten.

Die Kapitulation der Garnison war sehr ehrenvoll: Freier Abzug mit klingendem Spiel, fliegenden Fahnen und Standarten, Kugeln im Munde, acht fertigen Patronen und sechs Geschützen, auch mit allem Privateigentum. Nicht bewilligt wurde der Abmarsch der Adelsfahne, und überhaupt sollten „alle und jede hohe und niedrige Militair und Civilbediente, welche natione Lief- und Ebstländer seyn, sub confiscatione bonorum, auf ihre höffte, Häuser und Wohnungen zurück bleiben“.

Die Kapitulation der Stadt, volle Garantie der überkommenen Autonomie, Gerichtsbarkeit und Begüterung enthaltend, ist bemerkenswert durch die einleitenden Worte, die in besonders klarer Form den Vertragscharakter der Unterwerfung zum Ausdruck bringen: „Puncta worauf die unter Ihre Königl. Maytt. und des Reichsz Schweden biszherigem Schutz gestandene Stadt Reval unter Ihrer Groß Czarischen Maytt. Schutz sich zu ergeben gesonnen, wenn dieselbe ratificiret werden und vollkömmlieh derselben fest zu halten, die gnädigste Versicherung gegeben wird, selbige bestehen darin...“

Die Kapitulation der Ritterschaft zeigt eine auffallend schwache, von dem kategorischen Wenn-Dann der städtischen Kapitulation stark verschiedene Fassung der grundlegenden Einleitungsworte: „Nachdemmahlen E. W. Ritter- und Landschafft aus höchstnothdringlichen und unabkehrlichen Ursachen resolviren müssen, Ihrer Groß

<sup>22</sup> Zwei Ritterschaftshauptleute, Jürgen Detloff Uexküll und Fromhold Johann Taube, waren nacheinander an der Pest gestorben.

Czarischen Maytt... hohen Protection anzunehmen, und sich Deroselben zu submittiren, nicht zweifelnde, Ihre Gr. Cz. M. werden E. E. Ritter- und Landschafft dieses Hertzogthumbs Ehsten, laut Einhalt dero allergnädigsten ausgegangenen Universals de dato S. Petersburg den 16. Aug. Anno 1710 gethanen Hohen Zusage, mit Confirmirung aller Landes Privilegien und Praerogativen, Selbige eher zu-mehren als zu vermindern, allergnädigst genisen lassen; so hat E. E. Ritter- und Landschafft folgende Puncta dem Zufolge allergnädigst zu confirmiren, hiermit unterthänigst bitten wollen.“

Bedarf es wirklich böswilliger Auslegungskünste, um den Vertragscharakter zu leugnen, den ersten Satz als voraussetzungslose Unterwerfung, das Folgende als nachträgliche Bitten aufzufassen, wie etwa Samarin es tut? Und doch gehört zu solcher Auslegung nicht nur eine ganz äußerliche Interpretation des Textes, sondern darüber hinaus noch die Ansicht, daß eine Vereinbarung, zu deren Eingehung der schwächere Kontrahent auch unter schlechteren Bedingungen gezwungen werden oder deren Früchte der stärkere Kontrahent auch ohne Vereinbarung erlangen konnte, für diesen stärkeren Kontrahenten überhaupt nicht den Charakter einer rechtsgültigen Bindung hat. Zunächst ist also zu untersuchen, ob der Zar den Vertragszweck, dauernde Behauptung Estlands im weitesten Sinne, auch ohne Vertrag nur mit der Gewalt der Waffen erreichen konnte.

Der Zar hatte noch 1709 versprochen, alle in Liv- und Estland gemachten Eroberungen beim Friedensschluß an Polen abzutreten. Das war ein völkerrechtlicher Vertrag, den er nicht ohne weiteres brechen konnte. Selbst angesichts der schon damals offenbaren politischen und militärischen Nichtigkeit der Republik mußte es ihm bedenklich scheinen, dasselbe Europa, dessen Vertrauen, nicht nur der Höfe, auch der öffentlichen Meinung (etwa bei der Anwerbung von Fachleuten) er dringend brauchte, durch einen offenbaren Vertragsbruch vor den Kopf zu stoßen. In diesem Zusammenhang gewann der freiwillige, aus Verhandlungen hervorgegangene Anschluß der baltischen Stände an Rußland die Bedeutung eines wichtigen Faktors der europäischen Politik. Ferner: Selbst noch in seinem türkischen Wundbett war der schwedische Löwe ein Gegenstand des Schreckens für seine Feinde. Erschien er bald wieder auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, so war alles zu befürchten. König Karl und der geniale Magnus Stenbock, eben erst glänzender Sieger über die dänische Invasion bei Helsingborg, waren Feldherren, die unter den Generalen der Koalition nicht ihresgleichen fanden. Poltawa konnte zur Episode werden, wenn der König rechtzeitig seinen Starrsinn über-

wand. Dann aber war die Stellung der baltischen Stände zu einer schwedischen Wiedereroberung des Landes auch militärisch nicht ohne Bedeutung. Dem ersehnten Befreier konnte die Bevölkerung auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens, der Verpflegung, der Heeresergänzung wichtige Dienste leisten. Ein oktroyierter Quasi-Vertrag war auch in dieser Hinsicht nicht geeignet, den Zaren zu sichern, dazu mußte er innerlich die Stände an sein Reich gefesselt haben. Nicht Gnaden also verschenkte Peter, indem er die Kapitulationen mit ihrer Beschränkung der selbstherrlichen Gewalt, ihrer Beeinträchtigung des fiskalischen Interesses (Güterrestitutionsen) einging, sondern er gab um zu empfangen. Ferner: Nachdem der Zar durch die Eroberung Ingermanlands und Kareliens seinem Reiche den seit 1617 versperrten Zugang zur Ostsee gebrochen hatte, handelte es sich für ihn bei Estland mindestens ebensosehr um die Menschen wie um das Land, das sie bewohnten, um Menschen, die aus sich selbst heraus alles das an Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen, ausländischen Handelsverbindungen und anderen Grundlagen wirtschaftlicher Blüte und fiskalischer Ergiebigkeit geschaffen hatten, was seinen Russen aufzuzwingen er seit 20 Jahren mit harter Energie, aber geringem Erfolge bemüht war, um Menschen auch, die ihm Offiziere, Verwaltungsbeamte, Richter, Lehrer, Kaufleute, Fabrikanten und Handwerker mit Ehrlichkeit, Kenntnissen, organisatorischer Erfahrung, freiem Verantwortungsgefühl und innerem Tätigkeitsdrang in Fülle liefern konnten, nach denen er bisher halb Europa hatte abgrasen lassen,<sup>43</sup> ohne doch im ganzen viel mehr als den Ausschuß zu erhalten. Zwingen aber konnte er diese Menschen nicht, weder die Belagerten in den Seestädten, sich ihm bedingungslos zu ergeben, noch die Hunderte unter den schwedischen Fahnen und in den Ämtern, nach dem Friedensschluß in eine rechtlose Heimat zurückzukehren. Nicht das trotz enger Blockade, tagelangem Bombardement und beginnendem Hunger noch lange nicht sturmreife Riga, viel weniger Reval, dessen eigentlicher Gegner die Pest war: Bestand man hier darauf, durch Fortsetzung der Blockade eine bedingungslose Kapitulation zu erzwingen, so konnte es leicht geschehen, daß beim Fortwirken der Pest in der engen Stadt niemand mehr zu ihrem Abschluß sich vorfand, auch bedurfte es nur eines günstigen Windes, um Hundernten die Überfahrt nach Schweden zu ermöglichen.

Da also der Zar den Vertragszweck gewaltsam nur in bezug auf das Land, nicht aber in bezug auf die Menschen

<sup>43</sup> Vgl. dazu auch den Namentlichen Ukas an den Senat vom 9. 8. 1717, V. S. V 3101, „Über die Einladung an die schwedischen Kriegsgefangenen zum Eintritt in den Zivildienst bei den Kollegien“.

erreichen konnte, so ist es selbst mit den logischen Hilfsmitteln der Panslavisten nicht möglich, den Sinn der durch die Kapitulationen zugestandenen Rechte in unverbindliche Gnadengeschenke umzubiegen. Die gegenüber dem städtischen Instrument schwächlich klingende Einleitungsformel in der Kapitulation der estländischen Ritterschaft erklärt sich ohne weiteres aus der größeren Gewöhnung der Unterhändler an den Devotions-Stil der Zeit, die Betonung der „unabkehrlichen Ursachen“ aber ist eine bewußte Rücken- deckung gegen eine mögliche schwedische Restauration. Wie weit dieses Argument der Zwangslage und des unterlassenen Schutzes in Übereinstimmung war mit dem Unterwerfungsvertrage von 1561, ist den Zeitgenossen vielleicht gar nicht zum Bewußtsein gekommen: Wenn Schweden 1561 aus der Tatsache, daß die Ritterschaft „von ihrer Obrigkeit . . . hülf- und trostlos gelassen“,<sup>12</sup> das Recht geschöpft hatte, sie in seinen Schutz zu nehmen, so konnte es 1710 dieselben Argumente mindestens theoretisch nicht für nichtig erklären.

Nach Feststellung des Vertragscharakters der Kapitulationen ist die Frage nach ihrer staatsrechtlichen Natur von minderer Bedeutung. Für die Beurteilung ist wesentlich, daß die germanisch-rechtliche Idee vom dualistischen Staat 1710 in Est- und Livland noch durchaus lebendig war. Die Stände, Vertreter des Landes aus eigenem Recht, nicht durch Übertragung, fühlten sich noch immer als Subjekt des Staatsrechts, während in vielen anderen Staaten Europas der vordringende Absolutismus politisches Leben schon getötet hatte. Diese Auffassung hatte Schweden 1561 und 1600 anerkannt, ihr Fortbestand im 17. Jahrhundert war begünstigt durch die Analogie der verfassungsrechtlichen Zustände in den benachbarten Staaten, Polen, Kurland, Preußen, im Deutschen Reich und selbst einigen seiner Gliedstaaten, schließlich Schwedens selbst, in dessen Geschichte ja der Absolutismus immer nur Episode war. Durch die Kapitulationen erkannte auch der Zar diese Staatsauffassung als einen noch lebendigen, wirkungsfähigen politischen Faktor an. Konnte aber der Unterwerfungsvertrag von 1561 noch als ein völk e r r e c h t l i c h e r P a k t gelten, die Kapitulationen von 1710 nicht mehr. Zu sehr hatte sich unterdessen durch die Entwicklung des Geldwesens, der Verwaltungsbürokratie, der stehenden Heere das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Monarchen und Ständen zugunsten der ersteren verschoben, zu weit war unter dem Einfluß dieser Entwicklung und mit Hilfe des römischen Rechts die Ausprägung des Begriffs der einheitlichen Souveränität in der großen Politik des durch monarchische Solidarität verflochtenen europäischen Systems vorgeschritten. Die Kapitulationen konnten daher in diesem Zeitpunkt nur noch wenn

auch höchst wichtige Mittel zur Vorbereitung völkerrechtlicher Verträge sein, nicht aber mehr solche selbst. Die den Ständen durch die lokale Obrigkeit erteilte Ermächtigung zum gesonderten Paktieren konnte nur die Erlangung von Erleichterungen für die Dauer einer vorübergehenden feindlichen Okkupation bezwecken, nicht aber den Zusammenhang mit dem Staatsverband rechtsverbindlich lösen. Auch in den zu gleichem Zweck von der baltischen Publizistik oft herangezogenen Friedensschlüssen von Nystädt 1721 und Abo 1741 ist von den Kapitulationen oder sonst dem Selbstbestimmungsrecht der Stände nicht die Rede. Der Zar verspricht mit Artikel 9 und 10 des Nystädter Friedens ganz einfach, die „cedirten Länder“ bei ihren „unter der schwedischen Regierung gehabt Privilegien, Gewohnheiten, Rechten und Gerechtigkeiten beständig und unverrückt zu conserviren“. An keiner Stelle findet sich eine Bezugnahme auf die ständischen Willensakte, selbst die Existenz politischer Stände ist hinter Ausdrücken wie „sämtliche Einwohner, ... adelige und unadelige, ... Städte, Magistrate, Gilden und Zünfte ...“ völlig verborgen; der die Abtretung begründende Artikel 4 spricht nur von den „in diesem Kriege durch Seiner Czarischen Majestät Waffen von der Krone Schweden eroberten Provinzen“.<sup>44</sup>

Die baltischen Kapitulationen sind demnach zwar keine völkerrechtlichen Verträge,<sup>45</sup> ebensowenig aber unverbindliche Gnadengeschenke,<sup>46</sup> sie sind vielmehr typische Rezesse oder nach Mühlendahls guter Definition „Verträge staatsrechtlichen Charakters im Sinne des früheren ständisch-mittelalterlichen Staatsrechts“.<sup>47</sup> —

Die Kapitulation der estländischen Ritterschaft schließt mit dem Versprechen der zarischen Ratifikation: „Alle diese obangeführten Punkten ... versichere ich festiglich, daß dieselbe in allen und jeden stücken und Clausuln, ohne einige Exception unverbrüchlich gehalten, auch Ihre Grosz Czarische Maytt. Selber allergnädigst zu ratihibiren geruhen werden.“ Das ist nicht eigentlich geschehen. Die estländischen Stände haben im Gegensatz zu den livländischen formelle, auf die Kapitulationen direkt Bezug nehmende zarische Ratifikationen oder Bestätigungs-urkunden nicht erhalten, wohl aber sogenannte General-Konfirmationen der Privilegien. Nachdem die

<sup>44</sup> Ghillany I 238.

<sup>45</sup> So Woldemar v. Bock, Livl. Beitr. I 139 und Theodor v. Bunge, Zivil-prozeß I 31.

<sup>46</sup> So Samarin, Anklage 43 f., 154 f.

<sup>47</sup> Mühlendahl 31.

Ritterschaft dem Zaren während seiner ersten Anwesenheit in Reval „das ganze Corpus Privilegiorum, desgleichen auch einen Extrakt von allen“ überreicht hatte,<sup>48</sup> folgten ihm die Landräte Reinhold U n g e r n und Bengt Heinrich B i s t r a m nach St. Petersburg, wo Peter am 1. März 1712 die Generalkonfirmation ohne jede Majestätsklausel<sup>49</sup> unterschrieb.<sup>50</sup>

---

<sup>48</sup> Memorial des Oberlandgerichts vom 31. 5. 1721, gedruckt bei Ewers, Ritter- und Landrechte 43; Osten-Sacken, 1. Jahr 15.

<sup>49</sup> In der zarischen Ratifikation der Kapitulation der livländischen Ritterschaft, dd. Riga 30. 9. 1710, finden sich die einschränkenden Sätze „so weit sie derselben auf jetzige Herrschaft und zu Zeiten appliciren lassen“ und „Doch Uns und Unserer Reiche Hoheit und Recht in allen vorbehaltenlich und sonder Nachteil und Praejudiz“ (Bunge, Repertorium I 17, 18; Grundlagen I 101).

B u n g e, Repertorium LXIV, folgert daraus, „daß Peter der Große sich und seinem Reiche, folglich auch seinen Nachfolgern das Recht und die Befugnis vorbehalten, an diesen bestätigten Rechten, wenn es für gut befunden würde, etwas abzuändern, denselben etwas Neues hinzuzufügen usw.“; Mühlendahl, Kapitulationen 35, sagt noch unbedingt: „welche Clausel die russischen Zaren jederzeit zur Abänderung der der livländischen Ritterschaft gewährten Rechte befugte“.

Dieser Meinung kann ich mich nicht anschließen, da sie die Kapitulation sinnlos machen würde. Ich halte beide Klauseln für rein formellhaft und zufällig. Will man ihnen aber durchaus einen Sinn unterlegen, so wäre der erste Satz als ein Vorbehalt aufzufassen für den Fall, daß etwa aus Gründen der Kriegführung die bestätigten Verfassungsinstitutionen nicht sofort hätten in Kraft gesetzt werden können; unter „jetzige Herrschaft“ wäre die allerdings kaum nötige Feststellung zu verstehen, daß alle auf Schweden bezüglichen Bezeichnungen von Orten, Obrigkeiten oder Institutionen sich entsprechend dem Wechsel der Staatshoheit nun auf Rußland beziehen. In dem zweiten Satz, der eigentlichen Majestätsklausel, sehe ich weiter nichts als eine Verwahrung für den Fall, daß sich in den im einzelnen ja nicht durchgesehenen Privilegien auch noch solche befinden sollten, durch welche die Ritterschaft reine Souveränitätsrechte in Anspruch nehmen konnte: Etwa das Recht der Mitbestimmung über Krieg und Frieden, wie es die Vasallen des Stifts Ösel (s. Text S. 6) 1304 beansprucht hatten. Daß von den vier baltischen Privilegienkonfirmationen nur eine die Majestätsklausel enthält, spricht m. E. für die Formelhaftigkeit; möglich wäre ja aber auch, daß das von der livländischen Ritterschaft als Grundlage ihrer Rechte bezeichnete Privilegium Sigismundi Augusti von 1561 in dem Zaren gewisse Gedankenverbindungen mit polnischer Libertät hergestellt hat, der er mit der Klausel vorbeugen wollte.

<sup>50</sup> Die Biographie des Landrats Reinhold U n g e r n (Familiengeschichte) erzählt, daß dieser den Zaren kurz vor der Unterschrift mit den stolzen Worten „Wenn Eure Majestät unsere Privilegien nicht halten wollen, dann unterschreiben Sie auch nicht!“ zum Innehalten veranlaßt, worauf dieser mehr ergriffen als betroffen auf Holländisch geantwortet habe: „Bei Gott, ich will sie halten.“ Nach Osten-Sacken, Kapitulation 37, nimmt auch die Familientradition der B i s t r a m diesen Vorgang für sich in Anspruch. Die Szene ist sonst unbeglaubigt, bei der doppelten Überlieferung aber vielleicht historisch und jedenfalls dem bekannten Charakterbild des Zaren wohl einzufügen.

Dem russischen Original ist eine amtliche deutsche Übersetzung durch die Siegelschnur angeheftet. Obwohl in dieser Urkunde auf die Kapitulationen kein Bezug genommen wird, vielmehr Bitten „getreuer Unterthanen (вѣрные подданные)... aus Kays. Gnaden und Hulden (милостиво)“ bewilligt werden, ist sie doch wegen ihres inneren Zusammenhangs mit der Kapitulation und besonders deren Schlußworten nicht als Gnadenbezeugung, sondern als Ratifikationsurkunde des Vertrages von 1710 anzusehen. Inhaltlich ist sie ziemlich formelhaft: Der Zar konfirmiert „der sämtlichen Ritter- und Landschaft des Herzogthums Ehistland (всѣ шляхта Княженія Эстляндского) ... das freye öffentliche Evangelische exercitium Religionis, und danebst Ihre uhralte Privilegia, sowohl auch Ihre uhralten Verträge, Beliebungen, Rechten, Gerichte, Recesse, Statuten, Christliche Landes Gewohnheiten und Gebräuche (полное евангельской вѣры отправленіе, и притомъ все ихъ отдревле полученные привилій, помнреніе, соизволеніе, права, правосудіе, грамоты, уложенія и христіанскіе достохвалныя обыкности)“ und verspricht, „Sie und Ihre Nachkommen bey dem allen immerwährend zu erhalten (обнадеживаемъ, ихъ самихъ, и наслѣдниковъ ихъ непремѣнно присемъ содержать и защищать).“

## 2. Die Kapitulationspunkte der Ritterschaft im Einzelnen und ihre Bedeutung als Grundlage des Landesstaats im 18. Jahrhundert.

Bei einer ersten Durchsicht der Akkordpunkte fällt die schlechte Redaction, der Mangel an System, das zusammenhanglose Abwechseln von Wichtigem und weniger Wichtigem, von Augenblickswünschen und grundlegenden Rechten in die Augen. Leider sind wir über die Entstehungszeit und -art des Dokuments gar nicht unterrichtet. Gab es unter der Ritterschaft bis zuletzt eine nennenswerte schwedische Partei? Fast könnte man es annehmen, da der Landrat Bengt Gustav Rosen<sup>51</sup> sich gegen Ende der Belagerung nach Stockholm begab und 1715 noch nicht zurückgekehrt war.<sup>52</sup> In einer nicht mehr übergebenen Supplik vom 22. September<sup>53</sup> bittet die Ritterschaft unter dem Eindruck des tags zuvor erhaltenen zarischen Universals den Vize-Gouverneur nur um die Erlaubnis, sich auf die Güter zu begeben, „allwo wir uns still und als eidverbundene Unterthanen verhalten wollen“. Der entscheidende Meinungsdurchbruch zu politi-

<sup>51</sup> Aus der jüngeren Familie dieses Namens (weiße Rosen); vgl. Beitr. VII 35.

<sup>52</sup> Paucker, Oberlandgericht 135.

<sup>53</sup> Osten-Sacken, Kapitulation 22.



sehen Verhandlungen kann also frühestens am 23. September erfolgt sein. Nimmt man hinzu, daß viele führende Persönlichkeiten der Ritterschaft an der Pest starben,<sup>54</sup> im vollen Besitz ihrer Kräfte nur wenige geblieben sein werden, so leuchtet ein, daß bei der Kürze der Zeit nicht gerade ein wohldurchdachtes Meisterwerk herauskommen konnte.

Die 41 Kapitulationspunkte lassen sich nach ihrem Sinn und ihrer Bedeutung in vier große Gruppen scheiden, nämlich:

- a) Anerkennung des lutherischen Glaubens und seiner Organisation als Landeskirche (Artikel 1 und 33);
- b) Bestätigung und Erweiterung der Selbstverwaltung und ihres rein deutschen Charakters (Art. 2, 4—10, 21, 22, 29, 31, 37);
- c) Bestätigung, Erweiterung oder Wiederherstellung der individuell-ständischen Rechte der Ritterschaft (Art. 3, 11, 17, 19, 27, 28, 36);
- d) Garantien, die sich angesichts der politisch-militärischen Lage aus den Bedürfnissen des Augenblicks und der nächsten Zukunft ergaben (Art. 12—16, 18, 20, 23—26, 30, 32, 34, 35, 38, 39, 40 [Bezugnahme auf die Rigaer und Pernauer Kapitulation], 41).

In dem 2. Artikel wird „ohne einige exception völligst accordiret undt bewilliget“ die Erhaltung „aller Privilegia, Donationes, Statuten, Immunitäten, alte wohlhergebrachte Landes Gewohnheiten, von denen gloriwürdigsten Königen in Dennemarck, item denen Hoch- und Herr Meistern dem Lande und Adel gegebene und von Zeiten zu Zeiten confirmirte Praerogativen“. Für den Fortbestand der historisch gewordenen Landesverfassung ist dieser Artikel der wichtigste, insofern die folgenden nur seiner Erläuterung und näheren Ausführung dienen, ohne doch naturgemäß alle Einzelheiten berücksichtigen zu können; seine Worte finden sich mit geringen Änderungen in der General-Konfirmation von 1712 wieder, wobei die übereinstimmende Bestätigung der (wohlhergebrachten, christlichen, löblichen) Landes-Gewohnheiten von Bedeutung ist für die Anerkennung der Autonomie als unter Umständen selbständigen Faktor der Rechtsfortbildung und Rechtskodifikation.

Von der Landesverfassung im einzelnen handeln folgende Artikel der Kapitulation:

---

<sup>54</sup> Zwei Ritterschaftshauptleute (s. Anm. 42), Landrat Fabian Tiesenhäusen u. a.

## VIII.

Es hat auch E. E. Ritterschafft von Königl. dänischen, wie auch Heer Meister und Königl. Schwedischer Regierung die Freyheit gehabt und behalten, Landt-Täge und Versammlungen mit Vorbewust der hohen Landes Obrigkeit zuhalten, wann Sie Ihre Angelegenheiten abzuhandeln gehabt, auch wann die hohe Obrigkeit etwas denen Landes-Ständen anzusehen gehabt: So ist selbige Proposition von dem HE. General-Gouverneurn nach vorhero ausgeschriebenem Land Tage, denen Landt Räthen Land Marschall und sämptl. Ritterschafft übergeben, darüber deliberiret, und der erfolgte Schluß dem HE. General-Gouverneurn dieses Hertzogthumbs; und so weiter der höchsten Obrigkeit, im fall etwas wichtiges abhanden gewesen, zur ferneren Resolution übergeben; worbey E. E. Ritterschafft Selbiges zu conserviren und als ein principal Stück Ihrer Privilegien bey zubehalten unterthänig bittet.

Wirdt in allen Stücken placidiret.

## V.

Und diesem nach, denen 12 Landt-Räthen und Landt Marschall, Ihre vorige Würde, dignität und Rang, die der Rahtstuhl von denen Königen in Dennemarck, und Hoch- und Heer Meistern gehabt und genossen, wiederzugeben, und Ihren Rang bey zubehalten.

Accordatur.

## IV.

Die Landes Policey und Jurisdiction wie von Alters und Herr-Meisters Zeiten, als das Oberlandgericht und alle davon dependirende Niedergerichte als Manngerichte und Hackenrichter in Ihren alten Würden und Wesen zulassen.

Dießer Punct wird der Billigkeit nach völlig accordiret.

## XXXI.

Daß auch sowohl in den Ober- als in den Unter-Gerichten keine andere Richter als bisher gewesen, noch bey der Cantzeley oder sonst einige andere mehr, als die bisherige Teutsche Sprache introduciret, und das Land mit keiner Chart: Sigill: beschwert werden möge.

Dießer Punkt wirdt völlig gestanden, undt accordiret, nur daß die Sublevation der Chartae Sigillatae bis zu Ihro Großzaarischen Maytt. allergnädigsten Disposition außgesetzt bleibet.

## VI.

Im Selben Oberlandgerichte als ins Künftige Ihrer Groß Czarischen Maytt. Höchste Jurisdiction dieses Hertzogthumbs niemanden zugestatten zu praesidiren, als den Ihre Gr. Cz. M. zum Regenten oder General-Gouverneurn hier verordnen werden;

Dießes wirdt gleichsam völlig accordiret.

darbey unterthänigst bittende, dem Lande zur großen Gnade einen Teutschen und Evangelischer Religion zugehörigen General-Gouverneur zuverordnen, nachdem das Ober-Landtgericht von etlichen hundert Jahren her und von Anfang her nicht anderst als in Teutscher Sprache gehalten worden, und die Justice in teutscher Sprach administrirt worden, wie denn auch daß in absence des K. En. General-Gouverneur im Oberlandtgerichte der älteste Land-Rath das Praesidium Judicii führe, wie es bis dato gebräuchlich gewesen und von vorigen Regenten indulgirt worden.

Diese fünf Artikel der Kapitulation kann man in Verbindung mit dem umfassenden Artikel 2 als die Verfassungs-urkunde bezeichnen, auf deren Grundlage der Ständestaat der deutschen estländischen Ritterschaft als eines der wenigen Denkmäler einer versunkenen Geschichtsperiode inmitten einer absolutistischen oder demokratisch-parlamentarischen Welt mit einer kurzen Unterbrechung noch 170 Jahre bestanden hat.

## Wesen und Zusammensetzung der Ritterschaft.

Literatur: 1. Bunge, Standesverhältnisse; 2. Gernet, harr.-wir. Ritterschaft; 3. Gernet, livl. Ritterschaften (darin auch die Ritterschaft des Stifts Osel-Wieck); 4. Wrangell, harr.-wier. Ritterschaft; 5. Lieven,<sup>55</sup> estl. Adelsgeschichte; 6. Anrep; 7. Dolgoruki; 8. Rummel-Golubzoff; 9. Lobanoff-Rostoffski; 10. Gritzner; 11. Elgenstjerna; 12. Huene; 13. Gothaische Taschenbücher; 14. Jahrbücher für Genealogie; 15. Klingspor; 16. Thode, Wappenkalender. — Außerdem zahlreiche Einzeldarstellungen und Urkundenbücher estländischer Familien, u. a. der Bellinghausen, Benckendorff, Brevern, Budberg, Buxhöwden (Hopf, Genealogischer Atlas II), Fersen, Grünewaldt, Kursell, Lode, Maydell, Pistohlkors, Rosen, Stackelberg, Stael v. Holstein, Taube, Tiesenhausen, Uexküll, Ungern, Wrangell, Zöge-Manteuffel, schließlich der von Otto Magnus Frhr. v. Stackelberg bearbeitete Teil Estland des „Genealogischen Handbuchs der baltischen Ritterschaften“ (Görlitz 1930–34), das aber nicht alle seit dem 18. Jahrhundert ausgestorbenen Familien oder Zweige behandelt.

Die estländische Ritterschaft im weiteren Sinne, d. h. die Gemeinschaft der landtagsfähigen Familien, war gegen Ende des 17. Jahrhunderts als Korporation noch nicht unbedingt geschlossen. Schon in dieser Zeit kam es zwar vor, daß Edelleute aus bisher im Lande nicht angesessenen Familien durch förmliche Indigenatsdiplome aufgenommen wurden,<sup>56</sup> andererseits aber wuchsen seit 1584 viele neue Familien deutscher, russischer und schwedischer Herkunft als Inhaber von privilegiertem Grundbesitz ganz von selbst in die Korporation hinein. Wenn die Vasallen schwedischer Nationalität im allgemeinen an den Landtagsverhandlungen nicht teil-

<sup>55</sup> Friedrich Georg v. Lieven, geboren in Neu-Selburg/Kurl. 1732, gestorben in Kürbis/Livl. 1815; seit 1749 in österreichischen, 1752 in russischen Kriegsdiensten, Teilnehmer am Siebenjährigen, am ersten Türkenerkrieg und am Kriege gegen Schweden 1790–92; nahm den Abschied als Brigadier und beschäftigte sich mit urkundlichen Forschungen zur Geschichte des baltischen Adels, deren genealogische Ergebnisse teilweise in Hupels Miszellen gedruckt sind. Lückenhaft, aber im allgemeinen zuverlässig. Vgl. Urkunden Lieven II.

<sup>56</sup> Ritter- und Landrechte, Marginale S. 556 zu 4 XIV 1; Paucker, Oberlandgericht 54.

nahmen,<sup>57</sup> so ist damit keineswegs gesagt, daß sie nicht das Recht dazu gehabt hätten.<sup>58</sup> Viele besaßen gleichzeitig Güter in Finnland oder Schweden, der Schwerpunkt ihrer Interessen lag im Stockholmer oder Helsingforscher Ritterhaus, andere wird die mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache und die geringe Aussicht auf Erlangung von Ämtern durch das rein deutsche Landratskollegium vom Besuch der Landtage abgehalten haben. Praktisch kann man daher für die schwedische Zeit wohl sagen, daß nur der deutsche oder deutschgewordene grundgesessene Adel die Ritterschaft ausmachte, rechtlich gehörten dazu auch die angesessenen Familien schwedischer Nation und Sprache. Für diese Ansicht spricht auch ein Blick auf die gleichzeitigen Zustände in Livland: Hier, wo der nationalschwedische Adel verhältnismäßig zahlreicher war, auch alle Ämter einschließlich der Landratsposten durch direkte Wahl der Ritterschaft besetzt wurden, übte er sein Landtagsrecht ganz selbstverständlich und in sehr maßgeblicher Weise aus.<sup>59</sup> Der Adel mußte im Zweifelsfalle durch acht Ahnen oder ein Diplom bewiesen werden.<sup>60</sup> Eine listenmäßige Festlegung oder Matrikel der berechtigten Geschlechter gab es zu schwedischer Zeit nicht, Bestrebungen nach einer solchen machten sich aber schon in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts bemerkbar. Das Bedürfnis ergab sich weniger aus dem im allgemeinen anerkannten Anspruch des Adels auf das alleinige Recht zum Besitz privilegierter Güter (s. D. 4.), als aus dem Streben der deutschsprachigen Ritterschaft nach formeller Durchsetzung ihrer ausschließlichen Landtagsfähigkeit und ihres Indigenatsrechts. Entgegen dem Sinne des Antrags, den die Ritterschaft in Stockholm um die Erlaubnis zur Errichtung einer Matrikel gestellt hatte, erkannte die Vormundschaftsregierung am 31. August 1643<sup>61</sup> nur das Bedürfnis an, „verschiedene Mißbräuche abzustellen und in Zukunft bloß diejenigen als Edelleute anzuerkennen, die durch Abstammung von alten Adelgeschlechtern oder für eigene oder ihrer Vorfahren Verdienste die adlige Würde erlangten und dies durch Königliche Diplome beweisen können“, verschob aber auch die dafür nötigen Anstalten bis zur Volljährigkeit der Königin. Diese erlaubte am 17. Januar 1651 dem estländischen Adel die Errichtung einer Matrikel, da „einige Konfusion und Unordnung darinnen ein-

<sup>57</sup> Grundlagen II 171; Gernet, Agrarrecht 11.

<sup>58</sup> Vgl. Ritter- und Landrechte 3 VII 1!

<sup>59</sup> Vgl. z. B. Astaf v. Transehe-Roseneck, „Gutsherr und Bauer in Livland im 17. und 18. Jahrhundert“ (Abhandlungen a. d. staatswissenschaftlichen Seminar zu Straßburg VII (1890)) 47.

<sup>60</sup> Ritter- und Landrechte 6 IV 8 und Marginale S. 572.

<sup>61</sup> Grundlagen II 171.

gerissen, daß viele, so nicht von Adel sind, gleichwohl davor respectirt seyn“;<sup>62</sup> Karl XI. wiederholte die Erlaubnis am 16. Oktober 1675. Alle diese Resolutionen biegen das Verlangen der Ritterschaft nach einem wirklichen Indigenatsrecht um in die Genehmigung zur Aufstellung einer gewöhnlichen Liste der Adelsberechtigten ohne politischen Sinn; es ist daher nicht weiter verwunderlich, wenn die Ritterschaft in der schwedischen Zeit davon keinen Gebrauch gemacht hat.

Mit dem Anschluß an Rußland wurde die Frage der Matrikel im Sinne eines wirklichen Indigenatsrechts brennend. Die Ritterschaft war durch den zwanzigjährigen Krieg, die Verwüstung der Höfe, das Sterben der Bauern, die fortwährenden Lieferungen an Getreide, Holz, Arbeitern für Festungs-, Hafen- und Wegebauten, Fuhrenstellung und Einquartierung in furchtbarer Weise verarmt. Es bestand die Gefahr, daß ein großer Teil der Güter in fremde Hände geraten, auch das eben erlangte Vorrecht<sup>63</sup> auf Krons-Arrenden für den „Adel im Lande“ wertlos bleiben, dadurch aber und bei offenem Zutritt zur Ritterschaft die Landesverwaltung ihren einheitlichen und deutschen Charakter verlieren würde. Wenn auch zu schwedischer Zeit nicht wenige Offiziere, Beamte oder reiche Kaufleute geadelt und mit Gütern im Lande belehnt wurden, so waren das doch größtenteils Deutsche guter Herkunft, etwa Angehörige alter Revaler Bürgerfamilien gewesen, die sich bald mit Familien des Landadels verschwägerten und in die Ritterschaft, ihre Auffassungen und ihren Lebensstil hineinwuchsen. Jetzt drohte das Eindringen einer wesensfremden Nation und des adeligen Proletariats der Rangtabelle. Wie Treitschke sagt, muß ein Adel politisch sein, um diesen Namen zu verdienen. Politisch sein heißt nicht, sich auftragsgemäß oder von Amts wegen mit Politik beschäftigen, Akten füllen oder Intrigen spinnen, sondern es bedeutet den Besitz eigener, auf Grundbesitz und Hintersassen gestützter Macht und die daraus entspringende Möglichkeit und moralische Verpflichtung, zum Nutzen des Landes und Volkes zu wirken. Es gehört dazu Liebe zum Boden und zum Volk, Kenntnis der wahren Bedürfnisse des Landes aus überkommener und selbstgewonnener Erfahrung, also Bodenständigkeit und Tradition, schließlich generationenlange Züchtung zum Herrsein und Führen durch möglichst viele Blutströme.<sup>64</sup> Aus allen diesen Gründen kann ein städtisches Patriziat sehr wohl als Adel gelten, niemals aber eine Beamtenhierarchie. Adel kann

---

<sup>62</sup> Grundlagen II 116, 172, 173; Bunge, Privatrecht I 84.

<sup>63</sup> Kapitulation XIX.

<sup>64</sup> Darin liegt die Berechtigung der Ahnenaufschwörungen, wenn sie nicht ganz formalistisch und engherzig gehandhabt werden.

überhaupt nicht gemacht werden, er bildet sich organisch und ganz von selbst, und ebenso geht er verloren: Zweige dem Titel nach adeliger Familien, die ihr Blut überwiegend mit ganz anderen Volksschichten oder Rassen verbinden, die vom Boden und damit von den Quellen der Macht, aber auch von den Triebfedern der wahren Liebe zum Volk sich gelöst haben, können nicht mehr als Adel im soziologischen Sinne gelten, auch wenn sie noch so hohe Ämter im Staat bekleiden; denn sie sind nicht mehr „das natürliche Element, dem gerechten Widerstande gegen die Regierung sowohl Nachdruck als Maaß zu geben“.<sup>65</sup>

Peter der Große befahl in der Erläuterung zur Rangtabelle vom 24. Januar 1722,<sup>66</sup> daß „russischer als ausländischer Offizianten eheliche Kinder und Nachkömmlinge, deren Väter von den ersten acht Klassen sind, oder wirklich gewesen sind, zu ewigen Zeiten den Besten und ältesten Adel in aller Würde und Preference gleich geachtet werden sollen“, ferner daß „die vom Militäretat, so nicht von adlicher Extraction, wenn sie sich bis zum Oberoffiziers-Karakter aufdienen, alsdann wirkliche Edelleute sind zusammt ihren Kindern, so sie als Oberoffiziere gezeugt haben. Falls sie aber in diesem Stande keine Kinder erzeugen würden, wohl aber schon zu vor einige gezeugt hätten, soll auch von solchen Kindern eins, und zwar für welches die Väter Ansuchung thun würden, nobilitirt werden“. Durch den letzten Satz wurden Kinder desselben Vaters mit ihrer Geburt ohne jeden inneren Grund in zwei Klassen geschieden, eine offenbar auch in Beziehung auf den Geist der Rangtabelle unlogische Maßnahme. An sich widersprach die Rangtabelle gar nicht so sehr den Begriffen von Adel, wie sie sich auf russischem Boden bis zum Ende des 17. Jahrhunderts gebildet hatten. Die Wurzeln des Adels sind in Westeuropa und Rußland die gleichen: Gefolgschafts- oder Dienstverhältnis zum Fürsten und eine auf den Erfordernissen der Naturalwirtschaft beruhende Verleihung von Land als Entgelt für geleistete und zu leistende, vorwiegend militärische Dienste. Aus der westeuropäischen Lehnssritterschaft, die ursprünglich nur ein Berufsstand war, entstand gegen Ende des Mittelalters ein wirklicher Adel erst dadurch, daß mit dem Wachsen der lokalen Bodenverbundenheit die Bedeutung des persönlichen Dienstverhältnisses zurücktritt vor der Empfindung eigenen Herrentums auch dem Fürsten gegenüber. Dieser politische oder wirkliche Adel, dessen wesentliches Merkmal seit dem 14. Jahrhundert die

<sup>65</sup> Friedrich Julius Stahl, Rede in der 1. Kammer am 22. 9. 1849 gegen die Aufhebung der Fideikomisse (17 parlamentarische Reden 50).

<sup>66</sup> Hupel, N. M. 3. Stück 72, 97, nach einer wahrscheinlich amtlichen deutschen Übersetzung aus dem Jahre 1722.

Standschaft ist, erhielt sich etwa in den Territorien des Deutschen Reiches auch während der Blütezeit des Absolutismus, wenn auch teilweise in stark verkümmerter Form; daneben entstand, vornehmlich seit dem 16. Jahrhundert, aus diplomierten Familien und bodengelösten Zweigen wirklicher Adelsgeschlechter ein Pseudo-Adel von Hofdienern, Beamten und Offizieren, dessen wesentliches Merkmal der Dienst war. Wenn die Grenzen zwischen beiden Schichten auch genealogisch fließend blieben, festzuhalten ist jedenfalls, daß ein von dem Dienstadel funktionell verschiedener politischer Adel in den deutschen Territorien tatsächlich bestand. Eine ähnliche Entwicklung wurde in Rußland verhindert einerseits durch die unter dem Einfluß des Mongolenjochs vollzogene Ausbildung des moskowitischen Despotismus, dem auch alle Teilfürstentümer zum Opfer fielen, andererseits durch einen dem Rusen eigenen Mangel an lokalem Heimatgefühl. Der gemeinhin als Adel bezeichnete Stand des vorpetrinischen Rußland war zwar rangmäßig gegliedert und mit Grundbesitz ausgestattet, aber die Ränge bezogen sich auf den Zarendienst, den Fürstentiteln entsprachen keine Herrschaftsbezirke, der Grundbesitz gab wohl Reichtum, aber, zum Teil mangels seelischer Beziehungen des Herrn zum Boden und seinen Bebauern, keine echte politische Macht. In diesen Stand der dienstpflichtigen Leute, aus dem alle Staatsstellen vom Türsteher, Schreiber und gemeinen Soldaten bis zum Hofmarschall, Minister und Feldherrn besetzt wurden, waren auch die dynastischen Nachkommen Rjuriks unbeschadet ihrer Fürstentitel vollkommen aufgegangen. Es gab in Rußland keine Träger selbständigen politischen Willens, sondern in öffentlichen Angelegenheiten nur Exekutoren zarischer Befehle; die Bojarenduma und der gelegentlich (zuletzt 1682) berufene Landtag (semski ssobor) waren beratende Körperschaften im Sinne einer Verpflichtung, nicht eines Rechts,<sup>67</sup> nur ganz vorübergehend, etwa zur Zeit der Wirren nach dem Aussterben der regierenden Linie des Hauses Rjurik, erlangten sie wirkliche politische Macht, sanken aber mit der Konsolidierung des Thrones sofort wieder in ihre dienende Stellung zurück.<sup>68</sup> Es gab in Rußland keinen politischen Adel, keine wahre Aristokratie. So betrachtet war die Rangtabelle

<sup>67</sup> Entsprechend der Pflicht, auf Verlangen dem Fürsten Rat zu geben, die den westeuropäischen Vasallen oblag, als sie sich noch nicht zu einem Adel und zu Ständen entwickelt hatten.

<sup>68</sup> Vgl. aber die etwas bedingtere Beurteilung dieser Frage durch Otto Hoetzsch, „Staatenbildung und Verfassungsentwicklung in der Geschichte des germanisch-slawischen Ostens“, Zeitschrift für osteuropäische Geschichte I (1911) 381—388.



Peters des Großen, durch die alle Offiziere und die Beamten vom Hofrat<sup>69</sup> aufwärts zu erblicken, die unteren Beamten, angefangen mit den Registratoren und Buchhaltern der Kollegien, zu persönlichen Edelleuten erhoben wurden, weniger eine grundsätzliche Neuerung, als eine allerdings sehr umfassende Vermehrung des Bestandes der dienenden Klasse, des sogenannten Adels. Ganz anders mußten die baltischen Ritterschaften, dieser ausgesprochen politische Adel, die Rangtabelle beurteilen: Ein Schwarm von Russen oder Ausländern dunkler Herkunft, ohne Kultur und politisches Verantwortungsgefühl, ohne Tradition und innere Bindungen, in seinen Entschlüssen gewohnheitsmäßig bestimmt durch die Furcht vor dem Vorgesetzten oder Ranghöheren, dessen Eindringen die Selbstverwaltungsinstitutionen von innen aushöhlen, schließlich zum Einsturz bringen konnte.<sup>70</sup> Die oft als Ausfluß unberechtigten Standesdünkels beurteilte und verurteilte Abschließung der baltischen Ritterschaften in den Matrikeln ist wesentlich als Abwehr der befürchteten Entpolitisierung durch den russischen Dienstadel zu verstehen. Eine entpolitisierte Ritterschaft hätte aber auch nicht mehr die Kraft gehabt, der Entnationalisierung Widerstand zu leisten, und so ist die strenge Handhabung des Indigenatsrechts seitens der Ritterschaften, in Einzelfällen gewiß anfechtbar, im ganzen seiner Leistung für das Land und für das Deutschtum<sup>71</sup> sehr hoch zu bewerten.

Die Arbeiten zur Aufstellung der estländischen Matrikel begannen fast gleichzeitig und in stetem Einvernehmen mit der livländischen Ritterschaft, gingen aber sehr langsam vorwärts. Die Landtage 1728 und 1729 faßten nur ganz allgemein den Beschluß, daß die landtagsfähigen Familien kreisweise alphabetisch und ohne Rücksicht auf Titulaturen aufgezeichnet, auch niemand neu in die Ritterschaft auf-

<sup>69</sup> „Regierungsräte in den Gouvernementern, Oberkommissärs und Assessoren der Kollegien, Obersekretärs der Provinzen und Kollegien, Sekretärs bei dem Senat, u. s. w. — Majors der Armee — Kapitänleutnants der Garde“ (N. M. III 84).

<sup>70</sup> Lehrreich sind in dieser Beziehung Peters des Großen völlig mißlungene Versuche, den russischen lokalen Adel durch das Institut der *Wojewodengehilfen* und später der nach baltischem Vorbild geschaffenen „Landratore“ an eine beschränkte Selbstverwaltung zu gewöhnen: Entweder war der Adel überhaupt nicht zur Ausübung seines Präsentations- oder Wahlrechts zu bewegen; oder seine Vertreter faßten ihr Amt als Sinekure auf und erschwerten die Verwaltung durch passiven Widerstand, anstatt sie zu erleichtern und zu beleben; oder aber, in der Mehrzahl der Fälle, sie ließen sich von den bürokratischen Beamten in eine völlig subalterne Stellung hinabdrücken, von den Gouverneuren „gebieterisch, nicht aber präsidentisch“ behandelnd. Vgl. V. S. V 2673, 2762, 2879 (S. 139); Kliutschewskij IV 160, 165, 168.

<sup>71</sup> Letzten Endes auch für die Erhaltung des nationalen Charakters der Esten und Letten.

genommen werden und ihre Privilegien genießen solle, der nicht seine vier<sup>72</sup> Ahnen erwiesen und 200 Rheinische Goldgulden in die Ritterkasse gezahlt habe. Das Indigenatsrecht wird hier also einfach vorausgesetzt. Der Landtag von 1734 beschloß auf Vorschlag des Ritterschaftshauptmanns Baron Löwen, seine Glieder zur Sammlung von Nachrichten über ihre Familien als Vorbereitung der Matrikel zu verpflichten, der Landtag von 1740 endlich setzte fest, daß bis Ostern 1742 alle, die in die „Ritterbank“ aufgenommen zu werden wünschten, ihre Adelsbeweise dem Ritterschaftshauptmann einzureichen hätten. Da bis zum 1. September 1740 sich noch niemand gemeldet hatte, wurde der Gouverneur Graf Löwendal gebeten, den Landtagsbeschluß durch Plakat bekanntzugeben, und als dieser einige Schwierigkeiten machte, erhielten die nach St. Petersburg zum Begräbnis der Kaiserin Anna deputierten beiden Landräte den Auftrag, eine besondere „Koncession“ für die Einrichtung der Matrikel zu erwirken. Unterdes aber ließ sich der Gouverneur von dem Recht der Ritterschaft überzeugen und machte durch Patent vom 12. Januar 1741 den Landtagsbeschluß bekannt; gleichzeitig bestätigte er die aus dem Ritterschaftshauptmann Adam Friedrich Frhrn. v. Stackelberg und zwei Mitgliedern aus jedem Kreise bestehende Matrikelkommission. Der Landtag von 1744 mußte noch einmal den Anmeldetermin bis zum 20. Januar 1745 verlängern. Die Masse der Eintragungen erfolgte zwischen dem Februar 1745 und dem Juni 1746, aber trotz dem lange verstrichenen Termin hatten noch im Februar 1747 einige notorisch zur Ritterschaft gehörende Familien sich nicht bei der Matrikelkommission gemeldet, so daß der Landtag allen, die während der laufenden Session sich ihr Recht vorbehalten würden, den Termin noch einmal bis Johanni verlängerte. Endlich nach dem Landtage von 1756 konnte der Ritterschaftshauptmann Friedrich Johann v. Ulrich dem Gouverneur melden, daß ein vollständiges Verzeichnis der zur Ritterschaft gehörenden Familien fertig sei. Bis zur Einführung der Statthalterschaftsverfassung wurden noch 40 Familien durch offene Landtagsabstimmung aufgenommen, so daß 1783 im ganzen 163 Familien in der Matrikel verzeichnet waren.<sup>73</sup>

Die estländische Ritterschaft war nun eine geschlossene, sich selbst ergänzende Korporation, auch rechtlich nicht

<sup>72</sup> D. h. eigentlich acht, je vier von väterlicher und mütterlicher Seite. „Nobilitas in nobilitate incipit, in filiis pubescit, in nepotibus adolescit, in pronepotibus tandem maturam et perfectam aetatem consequitur“; vgl. Anm. 60 (Beckmann, dissertatio de nobilitate).

<sup>73</sup> R. Prot. 1728, 34, 40, 41, 42, 44, 45, 47, 53, 1756, 63, 65, 66, 68, 71, 73, 74, 77, 79, 80, 1783; Grundlagen II 123, 177; Klingspor 22, 24; Bunge, Privatrecht I 84.

mehr identisch mit der Gesamtheit des grundbesitzenden Adels wie zu schwedischer Zeit. Das Indigenatsrecht der Ritterschaft ist direkt erst 1841 und 1845 durch seine Aufnahme in das Provinzialgesetzbuch<sup>74</sup> anerkannt, praktisch aber seit Errichtung der Matrikel von der Krone nicht mehr bezweifelt worden. Als eine indirekte Anerkennung des Indigenatsrechts ist Artikel 1 des 2. Titels der durch den General-Gouverneur bestätigten Landtagsordnung von 1756 anzusehen, wonach nur „eingeborene oder durch ein indigenats diploma der hiesigen Ritterschaft incorporierte Edelleute“ am Landtag teilzunehmen berechtigt sind. Als eine indirekte Allerhöchste Bestätigung des Indigenatsrechts kann der Namentliche Ukas vom 4. März 1764 gelten, auf Grund dessen der Landtag am 31. Januar 1765 augenscheinlich gegen seinen Willen 15 Personen (s. u.) in die Brüderschaft aufnehmen mußte: Der Landesherr verleiht nicht etwa selbst das Indigenat, sondern er befiehlt nur der berechtigten Korporation, gewissen Personen das Indigenat zu erteilen; ein gewöhnlicher Übergriff, nicht eine gesetzbegründende Handlung der Krone.

Die 163 immatrikulierten Familien lassen sich nach dem Grade ihrer Verbundenheit mit dem Lande in drei große Gruppen<sup>75</sup> teilen, nämlich

- A. 51 Familien, die schon in der Selbstständigkeitsperiode zu einer der livländischen Ritterschaften gehörten: Aderkas, Albeyll, Anrep, Bellinghausen, Berg (Kattentack), Berg (Jöggis), Bock (Suddenbach), Bremen, Brümmer, Buxhöwden, Clodt v. Jürgensburg, Delwig, Derfelden, Dücker, Engelhardt, Ermes, Essen, Fersen, Grünewaldt, Hastfer, Hoyningen-Huene, Knorring, Koskull, Kursell, Lode, Löwen, Maydell, Mellin, Nieroth, Pahlen, Patkul, Payküll, Pfeilitzer gen. Frank, Rosen (rote), Saltza, Scharenberg, Schilling, Schlippenbach, Schulmann, Stackelberg, Stael v. Holstein, Stryk, Taube, Tiesenhausen, Toll, Uexküll (Ue.-Gyllenband, Meyendorff),<sup>76</sup> Ungern, Vietinghoff, Wrangell, Zöge (Graf Manteuffel).<sup>77</sup>

<sup>74</sup> Provinzialrecht II §§ 10 f., 890 f.

<sup>75</sup> Verschieden von der erst im 19. Jahrhundert erfolgten amtlichen Einteilung in die drei Klassen der „heermeisterlichen“ (s. Anm. 1), aus schwedischer und aus russischer Zeit stammenden Familien. Diese Einteilung beruht auf etwas stark äußerlichen Gesichtspunkten; so ist die seit 1500 ununterbrochen im Lande ansässige Familie Delwig in die III. (russische) Klasse placiert worden, weil sie zufällig erst 1759, also nach Abschluß der ersten Matrikel, sich immatrikulieren ließ.

<sup>76</sup> Ein Zweig der Familie Uexküll nahm 1679 den Namen Meyendorff an, in der irrthümlichen Meinung, von der (ausgestorbenen) magdeburgischen Familie dieses Namens abzustammen. Vgl. Hansen, Uexküll I Einl. XXVI.

<sup>77</sup> Der estländische Landrat Gotthard Johann Zöge, der noch 1756 die

- B. 50 Familien, die während der schwedischen Herrschaftsperiode adlig und in Estland im Besitz privilegierter Güter waren, also rechtlich zur Ritterschaft gehörten: Adlerberg, Baggehufwudt, Baranoff, Bistram, Brandt, Bönningshausen gen. Budberg, Brömbesen, Erdtmann, Fischbach, Fock, Gersdorff, Gramann, Graß, Grotenhjelm, Hagemeister, Helffreich, Kaulbars, Klick, Klugen, Köhler, Krusenstern, Lantingshausen, Lilienfeld, Löschern v. Hertzfelt, Mohrenschildt, Müller (Kunda), Nasacken, Nolden, Pilar, Pistohlkors, Pohlmann, Pröbsting, Ramm, Richter, Ritter, Rosen (weiße), Rosenbach, Rosenthal, Ruden, Schwengelm, Silberarm, Staal (Stahl), Stenbock, Straelborn, Ulrich, Wartmann, Wachtmeister, Wangersheim, Wasemann, Wrede.
- C. 62 Familien, die zwischen 1710 und 1783 in die estländische Ritterschaft aufgenommen wurden, und zwar
- a) 25 Familien, die wirklich im Lande ansässig wurden: Baer v. Huthorn, Benckendorff, Bielsky, Brevern, Clapier de Colongue, Ditmar, Douglas, Friederici, Handtwich, Hedemann, Korbmacher, Manderstern, Meiners, Peetz, Raß, (Berens v.) Rautenfeld, Rennenkampf, Riesenkampf (Rehekampf), Reutern, Sievers, Silberharnisch, Sivers, Traubenberg, Wolff, Zimmermann.
  - b) 26 Familien, denen aus Courtoisie das Indigenat verliehen wurde, die aber im Lande nicht Wurzel schlugen: Bars, Biron, Breda(hl), Browne, Brückendahl, Dolgoruki, Emme, Fick, Friesell, Holstein-Beck, Koltowskoi, Kurakin, Löwendal, Maßlow, Michelson, Murawiew, Münnich, Olitz, Orlow, Ostermann, Panin, Passek, Sherebzwow, Schultz, Simolin, Tschitscherin.
  - c) 11 Familien (= 15 Personen), die 1765 auf Allhöchsten Ukas (s. o.) das Indigenat erhielten, von denen aber nur drei (Drewnik, Heller, Kirchner) auf kurze Zeit im Lande Fuß faßten: Biel, Cahdeus, Dietz, Drewnik, Heller, Hildebrandt, Kalmann, Kirchner, Klingstedt, Linden, Taubert und ein Zweig der schon unter a genannten Familie Handtwig.

Von den 163 in die Matrikel eingetragenen Familien ge-

---

Landtagsordnung als „G. J. Zöge“ unterschreibt, erlangte 1759 ein Reichsgrafendiplom unter dem Namen „Gr. Manteuffel“; aus ebenso unerforschlichen Gründen hatten andere Linien des Geschlechts schon einige Jahre früher begonnen, sich „Zöge v. Manteuffel“ zu nennen.

hörten demnach nur 129 (A, B, Ca und drei Familien von Cc) Familien wirklich zur Ritterschaft, insofern sie im Lande angesessen waren und ihre politischen Rechte ausübten. Dieser Zahl sind aber noch diejenigen angesessenen Familien hinzuzufügen, die vor Errichtung der Matrikel erloschen oder ausgewanderten, zwischen 1710 und 1745 aber sicher zur Ritterschaft gehörten; nimmt man als Kriterium Bekleidung von Landesämtern oder häufigere Teilnahme an Landtagen, so sind es die

Burt, Elffring, Gantzkauw, Gröning, Hüninkhusen, Lieven, Leslie, Orten, Schütz (Skytte af Kurküll), Woldeck.

Eine genaue Festlegung dieser Familien ist nicht möglich, da nachträgliche Immatrikulierung, wie es in Kurland geschah, in Estland nicht stattgefunden hat; aus nur gelegentlicher Teilnahme an Landtagen kann auf rechtmäßige Zugehörigkeit zur Ritterschaft nicht geschlossen werden, da auch solche Familien (wie die Scheurmann wegen mangelnden Adelsbeweises) später von der Matrikel ausgeschlossen blieben.

Als eine besondere Kategorie sind schließlich noch zu nennen diejenigen in Estland Rittergüter besitzenden Familien, die auf Grund ihrer Eintragung in die livländische Matrikel infolge des Kartellverhältnisses zwischen beiden Ritterschaften jederzeit und ohne besondere Prüfung ihre Aufnahme auch in die estländische Matrikel beanspruchen konnten, den Antrag aber aus Scheu vor den Kosten oder wegen des geringen Umfangs ihrer estländischen Interessen unterließen; in der Zeit von 1710 bis 1783 sind es die Familien

de la Barre, Bohn, Buddenbrock, (Kocken v.) Grünblatt, Helmersen, Hirschheydt, Järmerstedt, Klebeck, Krüdener, Liphart, Reutz, Rosenkampff, Rothkirch, Schreiterfeldt, Guillemot de Villebois, Zeddelmann.

Wenn man diese 16 Familien als eine Art stille Mitglieder hinzurechnet, ferner die zehn oder mehr ausgestorbenen Familien, so ergibt sich für die estländische Ritterschaft der Jahre 1710—1783 ein Bestand von 155 Familienstämmen oder einige mehr. —

Wir haben (o. S. 28) gesehen, daß zu schwedischer Zeit alle adeligen Besitzer von Rittergütern rechtlich zur Ritterschaft gehörten, daß aber schon damals Bestrebungen zur Beschränkung der Zugehörigkeit auf einen bestimmten Teil des Adels im Gange waren, und zwar vornehmlich auf den deutschsprachigen Adel. Die Spitze dieser Bestrebungen wendet sich seit 1710 vorwiegend gegen den neuen russischen Dienstadel. Neuartig ist das Mittel und der Weg zur

Erreichung des Ziels: Die Ritterschafterkannte den Dienstadel, mit gelegentlicher Ausnehmung der im Generalsrang stehenden Personen, einfach nicht als Adelan. Man sprach von „nichtadeligen Officiers, welche nach dem Rang-Placat das Indigenat praetendiren“.<sup>78</sup> Derselbe Standpunkt kommt zum Ausdruck, als es sich um das alleinige Güterbesitzrecht des Adels handelt. Obwohl der Senat zweimal den adeligen Stand des Fähnrichs Hausen anerkannt hat, erklärt die Ritterschaft nach Prüfung seiner Dokumente, daß ihm nicht einmal der ausländische, geschweige denn der „ingesessene“ Adel zustehe.<sup>79</sup> In diesem Meinungskonflikt hat die Ritterschaft insofern gesiegt, als sie zwar die von der Staatsgewalt anerkannte Adelseigenschaft einer bestimmten Personenklasse nicht aus der Welt schaffen konnte, wohl aber ihrem niemals aufgegebenen Standpunkt mit der Durchsetzung des Indigenatsrechts auch eine eminent praktische Bedeutung zu geben vermochte. Der Zutritt zu den lokalen politischen Rechten blieb für den Dienstadel fast völlig versperrt. In den baltischen Provinzen bildete er seitdem zusammen mit allen anderen nichtmatrikulierten Besitzern oder Arrendanten von privaten oder staatlichen Rittergütern, gleichgültig ob adeligen oder bürgerlichen Standes, die Klasse der Landsassen. In Estland war der Besitz dieser Klasse im Vergleich zur Ritterschaft immer nur gering, eine eigene Korporation, wie es in Livland zeitweise der Fall war,<sup>80</sup> haben sie nicht gebildet.<sup>81</sup> — Von den 500 Rittergütern Estlands be-

---

<sup>78</sup> R. Prot. 1745.

<sup>79</sup> R. Prot. 1740, Instruktion an den nach St. Petersburg deputierten Ritterschaftshauptmann Adam Friedrich Stackelberg.

<sup>80</sup> Grundlagen II 127, 139; B. M. XXXVII (1890) p. 673.

<sup>81</sup> Zu den estländischen Landsassen gehörten bis 1783 u. a. folgende Familien:

Balck, Barlöwen, Baumgarten, Black, Borge, Borning, Buchau, Bühl, B(o)urghausen, Dannenstern, Dehn, Dellingshausen, Eberhard, Ehinger, Faß, Frensdorff, Gernet, Götte, Haffstein, Hagemann, Hahn, Harpe, Hausen, Hueck, Jörst, Klostermann, Königsfelt, Wenge gen. Lambsdorff, Liebsberg, Lunggreen, Loën, Lübben, Märtens, Marselius, Manstein, Mathias, Melissino, Meyer, zur Mühlen, Pfütznern, Poppen, Reimers, Renteln, Römer, Römlingen, Rubenau, Ruckteschell, Scheurmann, Sabler, Schonert, Schwaan, Schwebs, Sparreuter, Stauden, Steinheil, Udarn, Vehe, Wennrich, Weymarn, Weyrauch, Westphalen zu Fürstenberg, Wieckhardt, Wieckhorst, Wilcken, Wrede, Wulff, Yhrmann, Ziliacus; die durch Sperrsatz gekennzeichneten beantragten ein oder mehrere Male vergeblich das Indigenat. Die im Vergleich zur Ritterschaft große Zahl dieser Familien täuscht über ihre wirkliche Bedeutung, da viele nur ganz vorübergehend im Lande ansässig waren. Andere dagegen wurden im Lauf des 19. Jahrhunderts immatrikuliert, nämlich die Dellingshausen (1812), Mühlen (1824), Renteln (1857), diese drei uralte Revaler Ratsfamilien, ferner die Barlöwen (1841), Baumgarten (18), Dehn (60), Gernet (27),

saßen (eigentümlich oder als Pfand) im Jahre 1765 indigee-  
nierte Edelleute 433 mit 5565 Haken (Durchschnitt 13 Haken),  
Landsassen 67 mit 464 Haken (Durchschnitt nur 7 Haken).

---

Hagemann (54), Hahn (a. d. H. Ladigfer, nicht die bekannte kurländi-  
sche Familie, 1864), Harpe (1809), Ruckteschell (24), Scheurmann (27),  
Schonert (39), Schwebs (21), Steinheil (18), Wenndrich (39), Weymarn  
(39), Wilken (41).

Auf eine mit den Auffassungen der Ritterschaft vom Wesen des  
Dienstadels übereinstimmende Äußerung Nikolai I. sei hier kurz  
hingewiesen: „...Diejenigen, welche blanke Knöpfe haben, mögen  
sich nicht einbilden, daß sie dadurch den Adel erlangt haben. Das  
ist kein Adel. Ich bin Edelmann und Ritter und weiß, was Adel ist,“  
s. A. Buchholtz, „50 Jahre russischer Verwaltung in den baltischen  
Provinzen,“ Leipzig 1883, p. 19.

# Die Rittergüter als Grundlage der Ständemacht.

## 1. Entstehung und Wesen der Rittergüter.

Die Esten lebten, wie noch heute und im Gegensatz zum Einzelhofsystem der benachbarten Letten, zur Zeit ihrer Unterwerfung in großen Sippendörfern, von denen aus sie das nächstgelegene Land durch Brennwirtschaft nutzten. Einzeleigentum an Äckern und Heuschlägen war bekannt. Der größte Teil des Landes, wohl neun Zehntel oder mehr, lag als Wildnis, d. h. Sumpf oder Wald.

Die dänisch-deutschen Eroberer legten den Eingeborenen neben der Verpflichtung zur Kriegsfolge eine Abgabe auf in Gestalt des kirchlichen Zehnten von den Erträgen der Landwirtschaft, gleichzeitig oder sehr bald darauf außerdem noch einen festen Zins. Einen Teil dieser Einnahmen, aus ganzen Dörfern oder auch einzelnen Bauerhöfen (Gesinden, Haken) in verschiedenen Dörfern, verliehen die Landesherren ihren Vasallen weiter.<sup>82</sup> In Harrien, Wierland und Jerwen, wo der Bischof (von Reval) nicht gleichzeitig Landesherr war, lösten die Vasallen und der Orden den Anspruch des Bischofs auf den Zehnten durch Überlassung mehrerer ganzer Dörfer ab, doch blieb das Sendkorn als eine feste Jahresabgabe der Bauern an den Bischof bestehen.<sup>83</sup>

Die Nutznießer der bäuerlichen Abgaben, Landesherren, Klöster, Städte und Vasallen, legten zur Sammlung und Verwertung der Naturaleinkünfte Wirtschaftshöfe oder Vorwerke (alodia) an, von denen aus sie nach der ersten Befriedung des Landes unbebauten Boden in eigene Bearbeitung zu nehmen begannen. Natürlich kam es auch vor, daß den Eingeborenen bebautes Land mit Gewalt abgenommen wurde, andererseits traten die Esten gelegentlich auch freiwillig gegen Geld oder Erlaß des Zehnten dem Grundherrn

<sup>82</sup> Vgl. im allgemeinen zu diesem Abschnitt Hermann Frhr. v. Engelhardt „Beitrag zur Entstehung der Gutsherrschaft in Livland während der Ordenszeit“ (Diss. Leipzig 1897); Bunge, Standesverhältnisse 4; Gernet, Agrarrecht 21; vgl. auch die Stelle im Waldemar-Erichschen Lehnrecht bei Ewers, Ausgabe der Ritter- und Landrechte 47: „met tegenden, met tinsen.“

<sup>83</sup> 1281, 1253, s. Bfl. I 18, 8.



Teile ihres Acker- und Wiesenbodens ab.<sup>64</sup> Die Bewirtschaftung der Vorwerke geschah anfangs wohl ganz überwiegend durch Sklaven (sogenannte Drellen, nämlich Kriegsgefangene, Verbrecher oder Schuldknechte), doch sind die im übrigen freien Eingeborenen schon sehr früh, vielleicht von der Unterwerfung an, zu Dienstleistungen an den Zehnteninhaber verpflichtet gewesen;<sup>65</sup> diese wurden, namentlich seit dem niedergeschlagenen Aufstand von 1343, allmählich gesteigert und ermöglichten eine bedeutende Ausdehnung der grundherrlichen Eigenwirtschaft, vorwiegend auf Neuland. Das Bedürfnis der Grundherren, Einnahmen und Arbeitskräfte zu sichern, führte seit dem Anfang des 15. Jahrhunderts zur Schollenpflichtigkeit und in Verbindung mit der den Vasallen zustehenden Gerichtsbarkeit über ihre Hintersassen allmählich zur persönlichen Unfreiheit der Bauern. Gleichlaufend mit dieser Entwicklung bildete sich die Auffassung von dem Eigentum des Grundherrn an dem bäuerlichen Lande, wobei in vielen Fällen Schuldhaftung der Bauern die Rechtsgrundlage gegeben hat. Die Verlegung von Dörfern auf Neuland und Gründung von Hoflagen auf dem alten Lande war im 17. Jahrhundert nichts Ungewöhnliches, im 18. Jahrhundert kam die Sprengung von Dörfern seltener vor. Die Rechtslage der Bauern erreichte unter dem Einfluß der Kriegsfolgen und der innerrussischen Verhältnisse im 18. Jahrhundert ihren Tiefpunkt; sie muß als volle Leibeigenschaft charakterisiert werden.

Das estländische Rittergut des 18. Jahrhunderts bestand also aus zwei wirtschaftlich, nicht aber mehr besitzrechtlich getrennten Teilen, nämlich

- a) aus dem grundherrlichen Hof mit dem Hofsland und
- b) aus den dazugehörigen, von einzelnen Wirten (Bauerhofinhabern) selbständig bewirtschafteten „Gesinden“ (Bauerhöfen, in Dorf-, aber auch in Streulage), die dem Hof den baren Zins, den meist ebenfalls durch feste Lieferungen abgelösten Zehnten, schließlich die Arbeitskräfte an Menschen und Vieh lieferten.

Die Verpflichtungen der Bauern, übrigens auf den einzelnen Gütern sehr verschieden, waren in sogenannten Wackenbüchern<sup>66</sup> verzeichnet, die aber den Grundherrn

<sup>64</sup> Bfl. I 18; Gernet, Agrarrecht 22 Anm. 3: Ich muß mich gegen Gernet durchaus der Ansicht von Engelhardt (32—34) anschließen, daß eine gewaltsame Verdrängung der Eingeborenen von ihrem Kulturboden im 13. und wohl auch in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts kaum stattgefunden hat.

<sup>65</sup> Engelhardt 31.

<sup>66</sup> Über den Ausdruck vgl. Hupel, Top. I 64, Gernet, Agrarrecht 38.

rechtlich nicht banden. Der Steuerwert eines Rittergutes oder „Gebiets“ wurde seit Beginn der russischen Zeit an der vorhandenen menschlichen Arbeitskraft gemessen und in „Haken“ ausgedrückt; auf einen dieser fiktiven Haken wurden fünf „arbeitsfähige Kerle“ zwischen 15 und 60 Jahren gerechnet, ungerechnet Aufsichtspersonal und herrschaftliches Gesinde. Daneben erhielt sich bei Verkäufen, Abtrennungen und Belastungen noch der ältere Begriff des wirklichen Hakens: Das normale, besetzte Gesinde mit einer bestimmten Aussaatfläche in jeder „Lotte“ (Schlag, Feld der Dreifelderwirtschaft), „da man den Junkern mit ein Paar Ochsen oder ein Paar Pferden und Arbeitern die Woche durch Dienst leistet“, <sup>87</sup> entsprechend gab es halbe, viertel oder achte Haken. Der Wert eines unbesetzten oder wüsten Hakens wurde im allgemeinen mit der Hälfte eines besetzten angenommen. <sup>88</sup>

Unter den staatsrechtlich <sup>89</sup> privilegierten eigentlichen Landgütern <sup>90</sup> oder Rittergütern kann man nach dem Eigentümer folgende Kategorien unterscheiden: <sup>91</sup>

- A. **Güter der Krone**, seit der Restitution der reduzierten Güter durch Peter den Großen (s. D. 2.) nur noch wenige, unter diesen nach der Verwendung
  - a) **Besoldungsgüter**, nämlich das Tafelgut Taibel des Oberkommandanten von Reval und das Tafelgut Wichtisby des Kommandanten von Narwa, zusammen 26¼ Steuerhaken <sup>92</sup> mit einer Fläche von etwa 8000 ha; <sup>93</sup>
  - b) **verpachtete Güter (Arrende-Güter)**: Laakt, Saage (Kirchspiel Jeglecht), Merreküll (Ksp. St. Jakobi), Buxhöwden, Heidmetz, Metzacken, Röl,

---

<sup>87</sup> Ritter- und Landrechte 6 IV 3 und Marginale S. 572 oben.

<sup>88</sup> Ritter- und Landrechte 3 VIII 8, Marginale S. 531.

<sup>89</sup> Über die privatrechtlichen Vorrechte der Rittergüter (Brennerei, Brauerei, Krug-, Mühlen-, Marktrecht usw.) vgl. Gernet, Agrarrecht 16.

<sup>90</sup> Im Gegensatz zu den sog. Gelegenheiten oder Landstellen, abgeteilten Stücken von Rittergütern ohne deren Rechte, aber auch ohne die Pflichten der Bauerhöfe.

<sup>91</sup> Bunge, Privatrecht I § 77; Gernet, Agrarrecht 17.

<sup>92</sup> Dieses und die folgenden Angaben von Steuerhaken nach der Landrolle 1765.

<sup>93</sup> In Ermangelung besserer Quellen sind alle Flächenangaben dieser Arbeit errechnet aus dem nichtamtlichen, aber zuverlässigen Güteradreßbuch für Estland 1913. Da im Lauf von 150 Jahren sich die Zusammensetzung einiger Güter geändert hat, können die Zahlen nur als annähernd richtig gelten. Trotzdem glaubte ich sie geben zu sollen, da die Steuerhakenzahlen allein doch ein zu einseitiges Bild vermitteln. Daß allerdings der Wert der Güter auch beiden Zahlen zusammen nicht zu entnehmen ist, muß einleuchten.

Nyby, Pardas, Kertel und Orjack.<sup>94</sup> Diese Güter wurden gegen eine sehr mäßige Pachtsumme an Geld und Naturalien, nicht gegen Meistgebot, im allgemeinen auf zwölf Jahre an Personen aus dem Adel vergeben, „die Armut und Verdienste distingiren“, wie Katharina II. sich in einem Brief vom 4. März 1763 an den livländischen General-Gouverneur Graf Browne ausdrückt.<sup>95</sup> Der indigene Adel hatte nach der Kapitulation<sup>96</sup> „für andern“ ein Recht auf diese Arrenden,<sup>96</sup> doch wurde es selten eingehalten oder durch Zwangsindigenierungen (s. S. 35) umgangen. — Zusammen 73<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Steuerhaken und etwa 21 000 ha Fläche;

## B. Güter im Besitz von Korporationen, nämlich

- a) die dem Landratskollegium als Oberlandgericht gegen Überlassung der Strafgelder und Verzicht auf das *privilegium de non appellando* 1651 von der Königin Christina verliehenen, dann reduzierten und 1725 restituierten ehemaligen Klostergüter Nappel mit Pebo und Kuimetz mit Kay, Karritz und Orranick,<sup>97</sup> zusammen 96 Steuerhaken mit einer Fläche von etwa 23 500 ha;
- b) das Hospital- und Armengut des Doms zu Reval Moick, 15<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Steuerhaken mit etwa 1500 ha;
- c) die Hospital- und Armengüter der Stadtkirchen
  1. von Reval: Johannishof, Cautel und Fäht, 50% Steuerhaken, etwa 8500 ha;
  2. von Narwa: Peuthof mit 9% Steuerhaken und etwa 3000 ha;
- d) die Güter der Städte
  1. Reval: Habers, Nehat und Koitjerw, z. T. auf Patrimonialgebiet, zusammen 10 Steuerhaken und etwa 3500 ha Fläche;
  2. Narwa: Samokras und Kutterküll, 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Steuerhaken mit etwa 5500 ha Fläche;

C. Privatgüter, deren die Landrolle 1765: 500 (1774: 515) mit 6029 Steuerhaken zählt (1774: 6477). Ihre Fläche betrug etwa 1 830 000 ha.

<sup>94</sup> Außerdem die Gelegenheiten (s. Anm. 90) Fischmeister, Tischer und Papenpahl und die fast unbewohnte, bewaldete Insel Nargen vor Reval.

<sup>95</sup> B. M. XLII (1895) p. 156.

<sup>96</sup> Ausdrücklich bestätigt 1741 und 1763, s. Grundlagen II 139 Anm. 1; auf Grund des letzteren Ukases forderte das Kammerkollegium eine Abschrift der Matrikel ein.

<sup>97</sup> Paucker, Landratskollegium 52, 129; Beitr. VII 28, 29; V. S. VII 4723.

**Liste der Familien mit dem größten Grundbesitz  
(einschl. Pfandbesitz) nach der Landrolle 1765:**

Stackelberg	11	Besitzer	25	Güter	398	Steuerhaken 88 000 ha
Tiesenhausen	7	„	17	„	329	Steuerhaken 61 000 ha
Stenbock	2	„	10	„	300	Steuerhaken 116 000 ha
Uexküll zus.	9	„	15	„	248	Steuerhaken 67 000 ha
davon:						
Uexküll	3	„	7	„	151	Steuerhaken 41 000 ha
Ue.-Gyllenband	4	„	6	„	79	Steuerhaken 22 000 ha
Meyendorff	2	„	2	„	18	Steuerhaken 4 000 ha
Wrangell	12	„	16	„	162	Steuerhaken 39 000 ha
Zöge zus.	6	„	11	„	147	Steuerhaken 33 000 ha
davon:						
Z.-Manteuffel	2	„	4	„	47	Steuerhaken 8 000 ha
Graf Manteuffel	4	„	7	„	100	Steuerhaken 25 000 ha
Brevern	3	„	7	„	142	Steuerhaken 31 000 ha
Baranoff	4	„	13	„	139	Steuerhaken 44 000 ha
Fersen	6	„	10	„	123	Steuerhaken 35 000 ha
Knorring	4	„	9	„	118	Steuerhaken 25 000 ha
Mohrenschildt	8	„	12	„	111	Steuerhaken 38 000 ha
Rosen (rote)	7	„	7	„	109	Steuerhaken 33 000 ha
Rehbinder	5	„	7	„	104	Steuerhaken 19 000 ha
Essen	4	„	5	„	103	Steuerhaken 11 000 ha

**2. Besitzverhältnisse der Rittergüter in Beziehung  
auf das Staatsrecht.**

Auf dem estländischen Kolonialboden gab es keine Allode im Sinne des deutschen Rechts; doch hatte man sich im 17. und besonders 18. Jahrhundert daran gewöhnt, eine Gruppe von Lehngütern mit erweitertem Erbrecht als Allodial- oder Erbgüter zu bezeichnen und aufzufassen.

Zur Zeit der dänisch-deutschen Eroberung Estlands war in Deutschland die Erbllichkeit der Lehen schon lange anerkannt. Die dänischen Vasallen deutscher Nation lebten nach deutschem Recht und wurden nach ihm belehnt. Die erste Zusammenfassung dieses Rechts, eine Art Überarbei-

tung des Sachsenspiegels, geschah 1315 unter König Erich VII. von Dänemark und ist bekannt unter dem Namen des „Waldemar-Erichschen Lehnrechts“.<sup>98</sup> Die Erblichkeit der Lehen wird darin anerkannt, ist jedoch im allgemeinen auf die männlichen Nachkommen im Mannestamm des letzten Inhabers beschränkt; es kennt aber auch schon<sup>99</sup> die Belehnung mehrerer Personen „zur samenden Hand“ mit ungeteiltem oder auch geteiltem Grundbesitz, wodurch auch Seitenverwandte im Mannestamm und männlichen Geschlechts erben konnten.<sup>100</sup> Diese Art der Belehnung ist in Harrien und Wierland fast gar nicht angewandt worden, wohl aber in den Stiftern, wo sie den großen Geschlechtern der Uexküll, Rosen, Tiesenhausen und Ungern<sup>101</sup> die Zusammenhaltung ihres Besitzes und damit die Bewahrung ihrer mächtigen Stellung erleichterte. Die erste Spur eines beschränkten Erbrechts der Töchter an Immobilien findet sich im Privileg König Christoph II. für die harrisch-wierische Ritterschaft 1329; doch ist es kaum mehr als eine Erweiterung der Leibzucht für bruderlose Töchter auf den vollen Besitz des Vaters, vielleicht mit der Möglichkeit des Übergangs von einer solchen Tochter auf die andere überlebende, nicht aber mit dem Recht der Weitervererbung in absteigender Linie. Diesen großen Schritt tat erst die sogenannte „Jungingensche Gnade“, eine der vorbereitenden, kräftesammelnden Maßnahmen des Ordens zur großen Auseinandersetzung mit Polen-Litauen. Zu Marienburg am Margaretentage (13. Juli) 1397 erteilte der Hochmeister Konrad v. Jungingen den „rittern und knechten in den landen, alze Harryngen und Wierland genandt, gesessen“, das Privileg, ihre Güter zu vererben „an den, der sien nester mog ist, is sie man oder wyp, von swert syten ader von der andern syten, und sal sien gut mit sulchem rechte erben bis in das fumffte glyt“.<sup>102</sup> Als erstes Glied wurden die Geschwister gerechnet,<sup>103</sup> bei glei-

<sup>98</sup> Abgedruckt bei Ewers, Ausgabe der Ritter- und Landrechte 46 f.

<sup>99</sup> W. o. § 2.

<sup>100</sup> Vgl. Gernet, harr.-wir. Ritterschaft 73 f.

<sup>101</sup> Livl. Güterurk. I finde ich zum erstenmal Gesamthandbelehnungen für die Uexküll (vor) 1348 (Nr. 69), Rosen 1350 (Nr. 73), Tiesenhausen 1417 (Nr. 198), Ungern 1455 (Nr. 369). Beim Lesen der Korrektur erhalte ich die Lieferung 7 des Handbuchs der baltischen Ritterschaften, Teil Livland, darin im Artikel Meyendorff eine scharfsinnige Abhandlung (S. 509—13) von Dr. Astaf v. Transehe-Roseneck über das Wesen der „großen“ Familien. Eine Auseinandersetzung mit der Ansicht Transehes, daß es sich dabei nicht um Ansätze zur Bildung eines Hochadels oder Herrenstandes gehandelt habe, ist hier nicht mehr möglich.

<sup>102</sup> Original im estl. Ritterschaftsarchiv; zit. nach dem neuesten Abdruck bei Gernet, harr.-wir. Ritterschaft 82.

<sup>103</sup> Gernet w. o. 85, nach C. Schilling „Lehn- und erbrechtliche Satzungen des Waldemar-Erichschen Rechtes“, Mitau 1879 p. 334 f.: Es galt also,

cher Verwandtschaft hatte natürlich die Schwertseite den Vorzug. Damit, daß noch Vettern und Basen 4. Grades (Nachkommen eines gemeinsamen Ur-Ur-Ur-Großvaters!) untereinander erbten, war die lehnrechtliche Natur der Güter praktisch aufgehoben, fahrende und liegende Habe fast gleichgestellt und landrechtlichen Grundsätzen unterworfen, die Abhängigkeit der Vasallen vom Lehnsherrn auf ein geringstes Maß vermindert, das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter Verwandten verschiedenen Namens und damit innerhalb der ganzen Korporation in hohem Grade gestärkt. Ein ähnliches Erbrecht erhielten die Vasallen der Stifter Ösel und Dorpat erst um 1450, die erztiftischen 1456 („Sylvesters Gnadenrecht“),<sup>104</sup> die Ordensvasallen in Jerwen kaum früher und dann auch nur durch Begabung einzelner Güter, nicht für die Gesamtheit.

Mit der Erwerbung Estlands fiel der Krone Schweden besonders in der Wieck und in Jerwen<sup>105</sup> ein sehr umfangreicher Domänenbesitz zu, den sie zum Teil, soweit es für die Verproviantierung der Schlösser Reval, Hapsal, Leal, Lohde, Weißenstein, Wesenberg<sup>106</sup> nötig war, in eigene Verwaltung nahm, zum größeren Teil aber auf die verschiedenste Weise gegen Zahlungen oder als Soldersatz weitergab: auf Widerruf („auf behagliche Zeit“), auf Lebenszeit, als Pfand oder auch als erbliches Lehen; in einzelnen Haken verschiedener Dörfer, oder auch in zusammenhängenden Bauerschaften und alten Wirtschaftshöfen des Ordens oder des Bischofs. Der während des Kampfes gegen König Sigismund und Polen durch Hinrichtung oder Verbannung zahl-

---

auch später, die deutsche oder canonische Berechnungsart der Verwandtschaft; vgl. Bunge, Privatrecht II § 357 Anm. d und Provinzialrecht III § 250—254.

<sup>104</sup> U. B. XI 644; Livl. Güterurk. I 377.

<sup>105</sup> Für die Wieck vgl. Paul Frhr. v. Ungern-Sternberg im Jb. 1911/13 p. 472 f., für Jerwen ds. in Beitr. VII 375 f., 462; in Jerwen gab es nur wenige alte Adelshöfe, u. a. Lechts, Jendel, Sonorm, Tois, Korps, Tecknal.

<sup>106</sup> Bis auf Reval wurden alle Schlösser bald ebenfalls verliehen, nämlich: Wesenberg 1618 und 1629 (das eigentliche Schloß) an Reinhold v. Brederode, Präsident des Großen Rats von Holland, Friedens- und Geldvermittler Gustav Adolfs, unter Erhebung zum Freiherrn v. Wesenberg; Hapsal 1628 dem Feldmarschall Graf Jakob de la Gardie; Leal 1629 dem Feldmarschall Graf Ake Tott; Weißenstein 1636 dem Feldmarschall Graf Lennart Torstenson; Lohde 1646 dem Generalleutnant Friedrich v. Löwen; Borkholm schon vor 1586 dem Grafen Gustav Brahe; Padis (befestigtes Zisterzienser-Kloster) 1628 dem Rigaschen Burggrafen Thomas Ramm; Tolsburg um 1600 dem Feldmarschall Hermann Wrangell dem Älteren; Fegefeuer war 1641 an Martin Pauli verlehnt. — Fickel, Felix, Kastl und Werder in der Wieck, Ass, Etz, Pöddes in Wierland waren immer Vasallenburgen, die ersten vier und zeitweilig auch Ass dem Geschlecht Uexküll gehörig.

reicher Häupter der alten Herrengeschlechter demokratisierte schwedische Reichstag beschloß zu Norrköping am 6. Februar 1604, daß in Zukunft Güterverleihungen nach strengem Mannlehnrecht (mit Ausschluß der Seitenlinie) erfolgen, Töchter nur nach freiem Ermessen des Königs erben sollten.<sup>107</sup> Nach diesem sogenannten „Norrköping Beschlußrecht“ wurden auch in Estland viele Güter verliehen, diese Verleihungen aber bisweilen, eigentlich ungesetzmäßig, gegen besondere Zahlungen auf harrisch-wierisches Recht verbessert;<sup>108</sup> andererseits kam es jedoch, aus Unkenntnis oder bösem Willen, auch vor, daß Güter unzweifelhaft harrisch-wierischen Rechts beim Thronwechsel oder Mannfall nur als Norrköping-Güter bestätigt wurden. In Verbindung mit dem alten schwedischen Grundgesetz („Königsbalken“), wonach der König das Recht hat, von seinem Vorgänger fortgegebenes Krongut wieder einzuziehen,<sup>109</sup> wurde das Norrköping-Beschlußrecht später zum Hauptvorwand der Reduktion auch in Liv- und Estland, obwohl beide Gesetze für diese Provinzen geltendes Recht nicht sein konnten, am wenigsten mit rückwirkender Kraft.

Sofort nach den Kapitulationen begann der Zar nach seinem Versprechen<sup>110</sup> mit der Rückgabe der reduzierten Güter an die rechtmäßigen Besitzer.<sup>111</sup> Mit außerordentlichen Vollmachten versehene Kommissionen stellten bis etwa zum Jahre 1730 das gekränkte Recht in vollem Umfange und ohne jede Kleinlichkeit wieder her. Seitdem

<sup>107</sup> Nordenflycht 128: „Sollte dagegen von den Erbtöchtern des Besitzers Eine eine Heirat mit einem solchen eingehen, welcher dem Regenten gefällt, so soll auch an diesen mit des Königs Zustimmung das Lehn weiter gehen können.“

<sup>108</sup> Vgl. z. B. die Urkunde für Erwita in Jerwen vom 26. Dezember 1624, Beitr. VII 484 Nr. 33.

<sup>109</sup> Nordenflycht 42, 128.

<sup>110</sup> „...Insonderheit aber können Wir nicht unterlassen... zu declariren, daß... Wier nicht allein... alle ihre alte Privilegia, Freyheiten, Rechte und immunitäten, welche unter der Schwedischen Regierung eine Zeithero Weltkündig violiret worden, nach ihrem wahren Sein und Verstand heylig zu conserviren, und zu halten gesinnet sind; sondern Wier geloben auch dieselben mit noch ampleren und herlicheren, nach gelegenheit zu vermehren...“ (Universalien vom 16. August 1710.)

„...Indem Ihre Grosz Czaarische Maytt. hohe Intention garnicht dahin gehet, E. W. Ritter- und Landtschaft... durch Gratialen, Tertialen, und perpetuel arrenden ihre gegen dieselben hegende Gnade erkennen zugeben, sondern wollen vielmehr mit realen Gnaden dieselbe distinguiern, in dem Einem Jeden laut denen publicirten Universalien sein Eigenthumb in totum restituiret werden soll“ (Punkt 3 der Kapitulation vom 29. September 1710, Bauers Resolution).

<sup>111</sup> Eine Geschichte der Restitution auf Grund des reichhaltigen Materials im Dorpater Archiv, überhaupt eine estländische Gütergeschichte wäre eine dankenswerte und nützliche Aufgabe.

gewöhnte man sich in Liv- und Estland daran, alle Güter ohne Unterschied für Allode zu halten. Tatsächlich gab es in Estland zwar auch einige wahre Allodialgüter, nämlich solche, die von der russischen Krone „erb- und eigentümlich“ verschenkt oder verkauft worden waren, sonst aber nur Lehnsgüter, nämlich<sup>112</sup>

1. Güter harrisch-wierischen oder diesem gleichwertigen Rechts, die von der Regierung wegen ihres ausgedehnten Erbrechts praktisch als Allodial- oder Erbgüter anerkannt wurden;
2. Gesamthandgüter: die Uexküllsche Herrschaft Fickel in der Wieck,<sup>113</sup> durch Senats-Ukas vom 23. Februar 1760 als Familien-Fideikommiß und Primogenitur bestätigt;
3. dem Norrköping-Beschlußrecht unterworfenen Güter und
4. von der Krone als Pfand für Forderungen gegebene Güter, deren Anzahl aber ganz unbedeutend war.

Die ersten 50 Jahre russischer Herrschaft verliefen ohne Beunruhigung. Daß man aber schon 1724 die zur ersten Krönung der Kaiserin Katharina nach St. Petersburg gesandten Deputierten Landrat Bengt Heinrich Bistram und Rittmeister Otto Heinrich Rehbinder mit dem Versuch beauftragte, eine gänzliche Aufhebung der Lehen zu erlangen,<sup>114</sup> beweist immerhin eine gewisse Unsicherheit. Peter II. dehnte 1728<sup>115</sup> das Erbrecht der Norrköping-Güter im Falle des Mangels männlicher Erben auf das weibliche Geschlecht bis zum 5. Gliede der Verwandtschaft aus und hob die Mutungspflicht auf; Verkauf, Verpfändung und Belastung ohne besondere lehnsherrliche Erlaubnis blieb aber verboten, doch fand diese Einschränkung in der Praxis kaum Beachtung.

Aufmerksam gemacht durch Erbprozesse,<sup>116</sup> die an das Justiz-Kollegium gelangten, vielleicht auch unter dem Einfluß mißgünstiger Gouvernements-Kammeriere und Fiscale, wie der Herren Bluhm und Derling in Reval,<sup>117</sup> zudem durch

<sup>112</sup> Vgl. Hupel, „Von den Rechten der liv- und estländischen Landgüter“, N.M. 22 u. 23; ds. Topogr. I 498, III 15; Bfl. II 952, 940, 1017.

<sup>113</sup> Bfl. I 216; Hansen, Uexküll I 132.

<sup>114</sup> R. Prot. 1724.

<sup>115</sup> V. S. VIII 5330, 5332; R. Prot. 1769; Grundlagen II 137, 181 Nr. 3; Bunge, Privatrecht II § 360.

<sup>116</sup> Gegenstand eines solchen Prozesses war z. B. Allenküll in Jerwen, zweifellos ein nach Norrköping-Beschlußrecht verliehenes Gut (Beitr. VII 392); es war strittig zwischen dem Obersten Karl Gustav Rosen, Schwiegersohn des † Gerhard Johann Buxhöwden zu Allenküll, und den Vettern zweiten Grades seiner Frau, Buxhöwden. A. wurde zuerst letzteren zugesprochen, dann aber 1781 durch Allerhöchste Entscheidung doch Rosen. Vgl. R. Prot. 1771; Hupel, Top. III 523.

<sup>117</sup> Gernet, Agrarrecht 47.



den Krieg in die Notwendigkeit versetzt, neue Einnahmen zu suchen, begann das Kammer-Kollegium seit 1761, sich eingehender für den rechtlichen Charakter der baltischen Rittergüter zu interessieren, wodurch mit der Zeit eine große Besitzunsicherheit und eine katastrophale Erschütterung des Kredits, schließlich geradezu die Befürchtung einer neuen Reduktion hervorgerufen wurde. 1766 gab der General-Gouverneur Prinz Peter v. Holstein-Beck der Ritterschaft einen Befehl des Reichs-Kammer-Kollegiums weiter, wonach alle Gutsbesitzer Deduktionen über ihren Rechtstitel einreichen sollten; gleichzeitig fragte er beim Oberlandgericht nach dem Vorhandensein solcher Beweise an. Die Antwort des stellvertretenden Ritterschaftshauptmanns Gustav Reinhold v. Ulrich und des Oberlandgerichts bestand aber nur in der Bitte an den Prinzen, dem Senat über so unbefugte Zumutungen des Kammerkollegs unter Berufung auf die Kapitulationen und Friedensverträge Vorstellungen zu machen. Der General-Gouverneur ließ sich zwar überzeugen, sah sich aber schließlich doch genötigt, die wiederholten Befehle des Kammerkollegiums zu publizieren.<sup>118</sup> Die Ritterschaft fügte sich erst einem Senats-Ukas vom 5. Januar 1767 und reichte ein Verzeichnis aller Güter mit beigefügter Begründung der Besitztitel ein, weigerte sich aber aus verständlichen Gründen hartnäckig, die Original-Dokumente jedes einzelnen Gutes und namentlich die Entscheidungen der Reduktions-Kommission auszuliefern; sie erkannte den lehnrechtlichen Charakter der Norrköping-Güter durchaus an, verwahrte sich aber entschieden gegen jede Bezugnahme auf Urteile der Reduktions-Kommission: Deren Verfahren habe sich auf Beschlüsse des schwedischen Reichstags gestützt, in dem Estland nicht vertreten und dem es daher auch nicht unterworfen gewesen sei, auch habe § 3 der Kapitulation,<sup>119</sup> die General-Konfirmation sowie die Friedensschlüsse von Nystad und Abo die Reduktion für gänzlich aufgehoben und nichtig erklärt.<sup>120</sup> Der Ritterschaftshauptmann wies ferner hin auf die hohen Kosten, die aus der Aufstellung des erwähnten Verzeichnisses dem armen Lande erwachsen seien und präziserte sie 1768 unter Beifügung der Quittungen mit 6600 Rbl. 28 Kop., ungerechnet 41 Güter, deren Advokatenrechnungen verloren oder mit Naturalien bezahlt worden seien.<sup>120</sup> Doch das Kammer-Kollegium beruhigte sich mit den Beweisen der eingereichten Liste nicht, es erklärte immer mehr Güter für dem Norrköping-Beschlußrecht unterworfen oder für unbestimmter Rechtsnatur und kam schließ-

<sup>118</sup> R. Prot. 1766.

<sup>119</sup> R. Prot., Schr. d. Rrsch. Hptm. an den Gen.-Gouv. vom 7. Mai 1767.

<sup>120</sup> R. Prot., Schreiben des Rrsch. Hauptmanns an den General-Gouverneur vom 17. März 1768.

lich auf eine Zahl von 76 Gütern schlechtesten Rechts,<sup>121</sup> ohne damit seine Untersuchungen für beendet zu erklären, während die Ritterschaft nur 32 solcher Güter anerkannte.<sup>122</sup> Begreiflicherweise wuchs die Nervosität der meist städtischen Geldgeber, deren Kapitalien leicht jede Deckung verlieren konnten. Unterdes führte die Ritterschaft einen zähen Kampf gegen die Feindseligkeiten und Schikanen der Petersburger Zentralbehörden, wobei Geld eine große Rolle spielte.<sup>123</sup> Denselben Kampf führte die livländische Ritterschaft, der für sie wegen der verhältnismäßig weit größeren Zahl der Güter schlechten Rechts eine noch größere Bedeutung hatte; im Gegensatz zu Estland aber stellte sie sich auf den Standpunkt, daß es in Livland nach dem privilegium Sigismundi Augusti, der Zarischen General-Konfirmation und einem Ukas der Kaiserin Katharina aus dem Jahre 1725<sup>124</sup> überhaupt nur noch Allodialgüter gebe. Diese Ansicht fand in St. Petersburg wenig Beifall, vielmehr war das Ergebnis der Anstrengungen beider Herzogtümer ein kategorischer Erlaß des Kammer-Kollegiums vom 14. Februar 1777, der jede Veräußerung, Verpfändung oder Belastung der Mannlehnsgüter ohne Allerhöchste Genehmigung verbot; schon vorher war Sallentack in Livland als unrechtmäßig verpfändetes Mannlehn eingezogen worden, 1779 geschah dasselbe mit Fehtenhof/Livl., in letzterem Falle augenscheinlich mit Unrecht, da Fehtenhof zwar 1646 nach Norrköping-Beschlußrecht konfirmiert, 1652 aber auf Gnadenrecht verbessert worden war.<sup>125</sup> Die livländische Ritterschaft entschloß sich nun zu einer Bittschrift an die Kaiserin um das freie „Alienationsrecht“ der Lehnsgüter; gleichzeitig hatte der General-Gouverneur Graf Browne auch der estländischen Ritterschaft nahegelegt, um die Allodifikation der Lehen zu bitten, da der Zeitpunkt dafür gekommen zu sein scheine. Das war ein deutlicher Wink aus St. Petersburg, der mit dem Vorhaben der Kaiserin zusammenhing, die neue Gouvernementsverfassung auch auf die baltischen Provinzen auszudehnen. Vor einer Oktroyierung scheute Katharina eingedenk der auch von ihr bestätigten Privilegien zurück, versuchte vielmehr, doch ohne Erfolg, die Provinzen dahin zu bringen, daß sie um die Einführung

---

<sup>121</sup> R. Prot. 1769, 1775.

<sup>122</sup> R. Prot. 1775 Beil.

<sup>123</sup> Mehrfach Bewilligungen für diese Zwecke, so 1769 durch den Ritterschafts-Ausschuß zur Bekräftigung einer Eingabe an den Senat 500 Rbl. für „einen gewissen Freund“ (R. Prot.).

<sup>124</sup> Grundlagen II 106, 137, 141; Bunge, Privatrecht II § 358, 360 Anm. c; Hupel, Top. I 499.

<sup>125</sup> Stryk I 309, 60.

der neuen Verfassung selbst baten.<sup>126</sup> Gleichzeitig sollte die künstlich großgezogene Beunruhigung wegen der Mannlehen ihr die Gelegenheit geben, durch einen pathetisch verkündeten Gnadenakt den Umsturz der alten Verfassung, die Einführung der Kopfsteuer und anderer Auflagen als reichlich kompensiert erscheinen zu lassen.

Die estländische Ritterschaft folgte ohne Arg dem Rat des ihr wohlgesinnten alten Grafen. Die Begründung der Bitte um die Allodifikation beginnt mit dem Waldemar-Erichschen Lehnrecht und schließt mit einer Schilderung der durch die fortwährenden Nachfragen, Untersuchungen, Rechtsanzweiflungen und Verbote bewirkten Lähmung der landwirtschaftlichen „Industrie“ und des Kredits. Unvorsichtigerweise nimmt die Supplik auch Bezug auf den Ukas der Kaiserin Anna vom 17. März 1730 betreffend die Umwandlung der russischen Pomestjen (Dienstgüter) in Wotschinen (Allode), der auf die baltischen Provinzen keine Anwendung fand, dessen Zitierung aber leicht eine doppelte und für die baltische Sonderstellung höchst gefährliche Wirkung haben konnte. Die Bittschriften wurden der Kaiserin am 10. November 1779 überreicht, für Estland durch den Landrat Gustav Reinhold v. Ulrich. Erfolg hatten sie nicht, eine Resolution blieb aus, die Antwort bestand in einem Senats-Ukas vom 19. Juli 1781,<sup>127</sup> der den vier Jahre vorher ergangenen Erlaß des Kammer-Kollegiums bekräftigte. Das Eisen war noch nicht heiß genug! Erst nach weiteren zwei Jahren setzte Katharina durch Namentlichen Ukas vom 3. Mai 1783 „allen diesen Mißverständnissen huldreich ein Ziel“, wie in dem amtlichen Werk über die Grundlagen des Provinzialrechts in den Ostseeprovinzen<sup>128</sup> einigermaßen sinnwidrig gesagt wird: Sie erklärte alle Mannlehen für Allodialgüter.<sup>129</sup> Am selben Tage wurde dem Lande die Kopfsteuer auferlegt.<sup>130</sup> Die Ritterschaft sandte unter Führung des Landrats Carl Magnus Graf Stenbock eine Deputation nach St. Petersburg, um nach den Gefügigkeiten der Zeit für die kaiserliche Gnade zu danken. Die Deputation wurde am 2. Juli empfangen und erhielt von der Kaiserin die Versicherung huldreichster Gesinnung zu dem Lande. Am nächsten Tage unterschrieb Katharina den Ukas über die Einführung der Statthalterschaftsverfassung in Liv- und Estland.<sup>131</sup>

---

<sup>126</sup> Bienemann, Statth. 53, 68, 72; Nolde 397 Anm. 266.

<sup>127</sup> V. S. XXI 15 188, vgl. a. Rep. II 167.

<sup>128</sup> Grundlagen II 141.

<sup>129</sup> V. S. XXI 15 719; Rep. II 237.

<sup>130</sup> V. S. XXI 15 724; Rep. II 246.

<sup>131</sup> V. S. XXI 15 774, vgl. a. Rep. II 248.

### 3. Privatrechtliche Verhältnisse der Rittergüter in Beziehung auf das Erbrecht.

Vergleicht man die Geschichte der Rittergüter in Estland und in einem beliebigen Teil Deutschlands, so fällt auf, daß in Estland nur ein einziges Gut seit unvordenklichen Zeiten (d. h. seit der deutschen Besiedlung) bis heute (d. h. bis zur estnischen Agrarrevolution) in einer Familie geblieben ist, während etwa in Pommern fast jedes alte Adelsgeschlecht noch heute eine Anzahl Güter besitzt, die ihm seit dem 13. oder 14. Jahrhundert gehören und seine enge geographische Verbundenheit mit einem ganz bestimmten Landstrich begründen. Ursache dieser Erscheinung ist die Verschiedenheit des Erbrechts an Lehen. In Pommern galt durchweg das Recht der gesamten Hand in seiner weitesten Form, so nämlich, daß verschiedene Stämme eines Geschlechts selbst dann noch untereinander erbten, wenn ihr Zusammenhang durch lückenlose genealogische Zurückführung auf einen gemeinsamen Stammvater gar nicht mehr nachzuweisen war. In Estland kommt nur eine begrenzttere Form des Gesamthandrechts, die sogenannte *Simultan-Investitur* vor, d. h. die Belehnung gewisser benannter Personen mit der gesamten Hand an bestimmten Gütern (s. S. 44). Gegen dieses Recht und besonders gegen seine Erweiterung auf alle zu erwerbenden Güter der benannten Personen, wie sie etwa den Tiesenhausen 1417 zuteil wurde,<sup>132</sup> wehrte sich die große Masse der nach Gnadenrechten belehnten Vasallen und erreichte,<sup>133</sup> daß im Privilegium des Ordensmeisters Hermann v. Brüggeneu gen. Hasenkamp vom 14. Dezember 1546 die Einbeziehung von erheirateten (und wohl auch von ererbten) Gnadenrechtsgütern in die gesamte Hand verboten wurde: „Nimt en mann sin wyff uth de gnaden Döchtere, unde bringet een guth tho sick. de guth ervet na der gnade und nicht na der samende hand.“<sup>134</sup> Das estländische Ritter- und Landrecht<sup>135</sup> hält die Gesamthand schon durch die Jungingensche Gnade für aufgehoben und verbietet mit durchklingender Entrüstung jede Berufung darauf; doch mit Unrecht, da das Privileg von 1397 sich auf die Wieck ja gar nicht bezog.<sup>136</sup> Ohne das Gesamthandrecht

<sup>132</sup> „...ok in sodanenn guderen, de sze lichte in tokomenden tydenn... in redeliker wise to kopen, wynnen unde vorwerven moghen“, s. L.G.U. I 198.

<sup>133</sup> Vgl. a. Richter 1 II 372, dagegen überzeugend Transehe, Livland [Anm. 101] p. 510.

<sup>134</sup> Bunge, Privatrecht II § 356 Anm. d § 6.

<sup>135</sup> Ritter- und Landrechte 3 XIV 1.

<sup>136</sup> Riesenkampfsche Marginale S. 538 zu 3 XIV, dessen Text aber den fortwährend übermächtigen Einfluß der harrisch-wierischen Ritterschaft auch nach der Vereinigung von 1584 beweist.

wäre Fickel schon 1575 in den Weibesstamm vererbt,<sup>137</sup> so aber wurde es das einzige Gut, das während der ganzen 700jährigen deutschen Herrschaft in Estland immer derselben Familie, nämlich den Uexküll gehört hat. Im 18. Jahrhundert fand das Gesamthandrecht in seiner modernen Form als Familien-Fideikommiß an Grundbesitz in Estland wieder Eingang. Im Ritter- und Landrecht ist von diesem Institut überhaupt nicht die Rede, es wird erst erwähnt in der Testaments-Verordnung Karls XI. 1686,<sup>138</sup> hat aber praktisch in der schwedischen Zeit keine Anwendung gefunden. Die Errichtung bedarf keiner Genehmigung durch die Krone, wohl aber bei ererbtem oder erheiratetem Grundbesitz des Einverständnisses der nächsten Intestaterben.<sup>139</sup> Im 18. Jahrhundert wurden vier Fideikommisse oder Majorate (wie man juristisch ungenau zu sagen pflegte, da es Primogenituren waren) errichtet: Fickel (1760, Uexküll), Kolk (Stenbock), Kuckers (1780, Toll) und Ontika (1783, Clapier de Colongue).

Das Erbrecht der Gnadengüter wurde schon im vorhergehenden Abschnitt behandelt. In diesem Erbrecht und in dem sich daraus entwickelnden, praktisch so gut wie unbeschränkten Verfügungsrecht über die Güter ist die Ursache der starken Mobilisierung des estländischen Grundbesitzes zu sehen. Von den Gnadengütern unterschieden sich die nach Norrköping-Beschlußrecht verliehenen Güter seit 1728 erbrechtlich nur noch insofern, als bei diesen Verwandte männlichen Geschlechts Verwandte gleichen Grades aber weiblichen Geschlechts ausschlossen, während sie bei jenen nur gewisse Vorzüge genossen. Gegen das (staatsrechtlich) unbeschränkte Verfügungsrecht über die Gnadengüter (und seit 1783 über alle Güter) und die darauf beruhende Mobilisierung hatte sich aber doch ein kräftiges Mittel der Abwehr entwickelt in Gestalt einer privatrechtlichen Einschränkung des Verfügungsrechts über Erbgüter, d. h. in diesem Zusammenhang solche Güter, die der Besitzer durch Erbschaft oder Heirat erworben hat, und im Gegensatz zu wohl erworbenen Gütern. Diese Einschränkung zu Gunsten der nächsten Intestaterben galt gleicherweise für die Verfügung auf den Todesfall wie für die Verfügung unter Lebenden, und sie kam zum Ausdruck durch das Recht der Testamentsanfechtung oder durch das Retraktrecht.

---

<sup>137</sup> Hansen, Uexküll I Nr. 20, 24—27 und Stammtafel 2 bei S. 119.

<sup>138</sup> Bunge, Privatrecht II § 395; vgl. Ernst v. Samson in B. M. 71 p. 178.

<sup>139</sup> Ritter- und Landrechte 3 II 1.

Nach den Ritter- und Landrechten darf „niemand über Erbgüter . . . ohne seiner nächsten Erben Wissen, Willen und Vollwort, ein Testament machen“,<sup>139</sup> tut er es aber doch, so „ist solch Testament zu Rechte unkräftig, hätte es auch noch so viel Zeugen und Testamentarien versiegelt und unterschrieben, sintemahl die Zeugen mit ihrem Versiegeln weiter nichts vermögen, als daß sie des Testatoris letzten Willen, so weit derselbe zu Rechte Kraft haben könne, bezeugen“.<sup>140</sup> Intestaterben sind in erster Linie die Deszendenten, dann die Aszendenten, schließlich die Seitenverwandten, wobei nähere die weiteren ausschließen<sup>141</sup> und die Verteilung nach dem Repräsentationsrecht erfolgt. Söhnen steht ein doppelter Tochteranteil und das Vorzugsrecht an der unbeweglichen Habe zu, dafür sind sie verpflichtet, den Schwestern neben dem Anteil an barem Gelde eine „adeliche Hochzeit“ sowie eine Aussteuer „nach Gelegenheit des Guts“ zu geben;<sup>142</sup> verheiratete Schwestern teilen mit, wenn außer ihnen nur unverheiratete Schwestern (keine Brüder) vorhanden sind und wenn sie ihre Mitgift zur Masse legen.<sup>143</sup> Die kinderlose Witwe erhält ihr eingebrachtes, die ausgemachte Morgengabe und die Einkünfte ihres Mannes aus Grundbesitz auf Jahr und Tag, die beerbte Witwe ein lebenslängliches Leibgedinge oder einen Kindesteil.<sup>144</sup>

Beim Mangel von Erben absteigender oder aufsteigender Linie gilt das sogenannte *Stammerebrecht*, d. h. der in den Ritter- und Landrechten vielfach betonte Grundsatz, daß Erbgüter an die Linie zurückfallen, von der sie gekommen sind.<sup>145</sup> Dies soll an einem Beispiel, das gleichzeitig auch verfassungsgeschichtliches Interesse bietet, erläutert werden:<sup>146</sup>

<sup>140</sup> Ritter- und Landrechte 3 III 5, vgl. a. 3 VI 2 Abs. 2.

<sup>141</sup> Ritter- und Landrechte 3 VIII—X.

<sup>142</sup> Ritter- und Landrechte 3 VIII 8.

<sup>143</sup> Ritter- und Landrechte 3 VIII 7, 13, 16.

<sup>144</sup> Ritter- und Landrechte 2 IV 1—3 und 3 XVII 1, 5, 6.

<sup>145</sup> Ritter- und Landrechte 3 IX 5 „an den Stamm oder Geschlechte, da sie hergekommen“, (s. a. Marginale p. 536); 3 X 10 „muß man in Acht nehmen, von welcher Linie die Erbgüter herrühren“; 3 X 11 „die Erbgüter aber nach der Seite oder Linien, davon sie ihren Ursprung haben“; 3 X 13 „daß die Seite, von welcher die Güter kommen, bey denselben verbleibe“.

<sup>146</sup> R. Prot. 1729—34; vgl. a. R. v. Helmersen „Abhandlungen aus dem Gebiete des livländischen Adelsrechts“ II 58, Wrangells Chronik XII, Gadebusch Livl. Jahrbücher 4 I 437.

Otto Wilhelm Frhr. v. Fersen, 1623—1703, schwedischer  
Feldmarschall, kauft 1670 das Gut Cournal in Harrien,<sup>147</sup>  
stirbt ohne Söhne.

Wilhelmine Gertrude 1670—1737 ∞ Johann Gustav v. der Osten- Sacken zu Cölljal auf Ösel, 1667—1717. †† †† ††	Margarete Elisabeth 1671—1710 ∞ 1691 Bengt Heinrich v. Bistram zu Riesen- berg (in s. I. Ehe), 1667—1724.  (u. a.)	Juliane Helene, 1673—1755 ∞ I. 1691 Jürgen Johann v. Wrangell, † kinderlos 1709; ∞ II. 1719 Heinrich Johann v. Schlippen- bach. †† †† ††	Christina Eleonore, 1679—1704 ∞ 27. I. 1702 Otto Fabian v. Wrangell zu Höbbet, 1655—1726 (der Chronist).
Anna Elisabeth v. Bistram 1696—1774. ∞ Christoph v. Derfelden zu Klo- sterhof, 1681—1750. Nachkommen.			Otto Wilhelm v. Wrangell, 1703—1710. †† †† ††

Bei der Erbteilung am 5. Februar 1704 fiel Cournal durch das Los an den minderjährigen Otto Wilhelm Wrangell, nach dessen Tode 1710 an seinen Vater als beerbten Witwer.<sup>148</sup> Nach Otto Fabian Wrangells Tode wollten seine Vettern Karl Johann und Jürgen Wrangell Cournal erben und erlangten merkwürdigerweise am 22. Februar 1729 vom Oberlandgericht ein obsiegendes Urteil gegen Heinrich Johann Schlippenbach, der das Gut für seine Frau Juliane Helene Fersen als Stammerbin forderte. Schlippenbach wandte sich an das Justizkollegium, dieses hob das Urteil der Vorinstanz als offenbar falsch auf und überwies die Sache dem Senat. Der Streitfall hatte unterdes in Estland einen Sturm erregt und zur Bildung von zwei Parteien geführt, die sich erbittert bekämpften. Noch bevor das Urteil des Justizkollegiums bekannt war, benutzte die Wrangellsche Partei ihre zufällige Majorität auf einer ganz zufälligen Versammlung des Adels zu einem ungewöhnlichen Schritt. Auf die Nachricht vom Tode Peter II. hatte der Ritterschaftshauptmann die gerade in Reval anwesenden Glieder der Ritterschaft zusammengerufen, um über die beim Regierungswechsel nötigen Maßnahmen zu beraten. Diese Versammlung, die durchaus nicht etwa einen außerordentlichen Landtag darstellte, nahm das Recht in Anspruch, den Ritterschaftsausschuß, d. h. dessen zufällig an-

<sup>147</sup> Unzweifelhaft ein Gut harrisch-wierischen Rechts, da schon im 13. Jahrhundert verleht, s. Beitr. VIII 85.

<sup>148</sup> Ritter- und Landrechte 3 IX 5, analog.

wesende Glieder, aus ihrer Mitte um zwölf Personen zu verstärken. Der so ergänzte, also illegale Ausschuß, in dem die Wrangellsche Partei überwog, vermochte das Landratskollegium, die Zusammensetzung der zur Beerdigung des Kaisers nach Moskau bestimmten Deputation in seinem Sinne zu ändern: Neben dem Landrat Claus Gustav Essen wurde nicht, wie das Landratskollegium schon bestimmt hatte, der Landrat Johann Friedrich Kursell, sondern der Landrat Jakob Johann Berg delegiert, angeblich wegen besserer Bekanntschaft mit den Moskauer Verhältnissen. Diese Deputation erhielt in einer schwach besuchten, gemeinsamen Sitzung des Landratskollegiums und Ritterschaftsausschusses den Auftrag, die Krone um eine Interpretation des Gütererbrechts gemäß der Jungingenschen Gnade zu bitten, zwecks Klärung der Frage, ob das nächste Blut (Wrangell) oder der Stamm zu erben habe; augenscheinlich war bei dieser Fragestellung das Stammerbrecht gänzlich irrig mit dem Gesamthandrecht identifiziert worden, wiewohl beide Rechtsformen nur ganz äußerlich eine gewisse Ähnlichkeit haben. Die Beauftragung geschah gegen den Protest einer Minderheit, zu der namentlich der gewesene Ritterschaftssekretär (und spätere Ritterschaftshauptmann) Adam Friedrich Stackelberg und der Gouverneur Baron Löwen (in seiner Eigenschaft als Landrat) gehörten. Man ging so weit, dem letzteren Parteilichkeit für seinen „Verwandten“<sup>140</sup> Schlippenbach vorzuwerfen.

Der ungesetzliche Versuch einer kleinen Gruppe Unzufriedener, aus nicht ganz einwandfreien Beweggründen die Politik des Landes zu beeinflussen, blieb ohne ernste Folgen. Der nächste ordentliche Landtag im Januar 1731 verurteilte in schärfster Weise das ungesetzliche Verfahren des unbefugten Ausschusses und erklärte alle seine Beschlüsse und Handlungen für nichtig. Der Ausschuß habe nach dem Landtagsbeschuß von 1729 nur fortzuführen, was auf dem Landtag liegengeblieben sei, und nur dieser habe das Recht zu „beprüfen“, was dem wahren Sinn der Privilegien angemessen. Darüber hinaus aber habe der falsche Ausschuß eine Privatsache zur Sache der Ritterschaft gemacht, den Namen der Ritterschaft für eine unrichtige Auslegung der Gnade mißbraucht und das ganze Land in Gefahr gebracht, indem er zur Entscheidung einer Rechtsfrage eine politische Kommission erbeten und dadurch Landfremden Gelegenheit gegeben habe, sich in die inneren Angelegenheiten des Lan-

---

<sup>140</sup> Eine Blutsverwandtschaft bestand gar nicht, höchstens eine Art Schwägerschaft: des Gouverneurs Sohn hatte Schlippenbachs Schwester geheiratet.



des einzumischen. Schließlich seien die dem Gouverneur gemachten Vorwürfe gänzlich unberechtigt, die Ritterschaft habe daran keinen Teil. Den Urhebern der „Unruhe“ wurde aufgelegt, den Zusammentritt der durch den Landrat Berg erbetenen Kommission abzuwenden und die dem Lande erwachsenen Kosten zu ersetzen. Nach dieser klaren, starken und würdigen Entscheidung erklärte der Landtag die Angelegenheit für erledigt und die Eintracht unter der Ritterschaft für wiederhergestellt, und es ist gleicherweise bemerkenswert und rühmlich für die Kraft der Korporation wie für die Disziplin und Einsicht der Glieder, daß der Friede damit wirklich hergestellt war, ohne daß parteimäßige Spaltungen zurückblieben. Auch der Gouverneur nahm die Ehrenerklärung an und versöhnte sich mit seinen Beleidigern. Unterdes hatte sich die erwähnte Kommission aber schon in Riga versammelt und ihr Votum dem Senat übergeben; der Ritterschaftshauptmann Otto Heinrich Rehbinde erhielt jedoch von diesem die Zusicherung, daß er ohne Rücksicht auf das Sentiment der Kommission und allein nach Landesrechten entscheiden werde, und so geschah es auch: Am 18. Februar 1732 bestätigte der Senat das Votum des Justizkollegiums, wodurch Juliane Helene Fersen vermählte Schlippenbach endgültig in den Besitz von Cournal gelangte. Nach ihrem kinderlosen Tode ist das Gut, immer nach dem Grundsatz, daß Erbgüter an die Seite zurückfallen, „davon sie ihren Ursprung haben“, durch die einzige beerbte Tochter des Feldmarschalls Otto Wilhelm Fersen, Margarethe Elisabeth vermählte Bistram, an deren Tochter Anna Elisabeth und damit an die Familie Derfelden gekommen.<sup>150</sup>

Waren die Intestaterben gegen Verkürzung ihres Erbes durch das Recht der Testamentsanfechtung geschützt, so diente dem gleichen Zweck in Beziehung auf Verfügungen unter Lebenden das Retraktrecht. „Das Jus retractus oder Beyspruchs-Recht, fürnehmlich darum eingeführt . . . , daß die Erbgüter bey den Familien und Stämmen verbleiben mögen“,<sup>151</sup> bezog sich sowohl auf Schenkungen und Verkäufe wie auf die dem baltischen Recht eigentümlichen Verpfändungen (s. S. 60). Der Veräußerer unbeweglicher Erbgüter war verpflichtet, sie „vor allen Dingen anzubieten seinen nächsten Erben, ob sie dieselben wollen kaufen für denselben Preis, was andere darum geben“, andernfalls die Intestaterben das Recht hatten, den geschehenen Verkauf binnen Jahr und Tag beizusprechen und das Gut gegen Zahlung des erstvereinbarten Preises ansich-

---

<sup>150</sup> Landrolle 1765.

<sup>151</sup> Ritter- und Landrechte 4 XIV 5.

zuziehen;<sup>152</sup> das Retraktrecht leiblicher Kinder erlosch erst Jahr und Tag nach Erreichung des mündigen Alters.<sup>153</sup>

Über den Nutzen der geschilderten privatrechtlichen Beschränkungen des Verfügungsrechts über Erbgüter kann man verschiedener Meinung sein. Einer allzu starken Mobilisierung des Grundbesitzes haben sie gewisse Hemmungen entgegengesetzt, die sich aber, besonders in Zeiten steigender Güterpreise wie in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts, als recht schwach erwiesen. Über die ethische Berechtigung des Grundsatzes, daß ererbtes Eigentum in verstärktem Maße als anvertrautes Gut anzusehen, infolgedessen unversehrt den natürlichen Erben weiterzugeben ist, kann wohl kein Zweifel bestehen. Daß die Anwendung dieses Grundsatzes bei der Unvollkommenheit der Menschennatur zu Auswüchsen in Gestalt zahlloser Erb- und Näherrechtsprozesse führte, muß man bedauern, ohne deswegen das Ganze zu verurteilen. Einen Nutzen, allerdings nicht für die beteiligten Generationen, haben auch diese Prozesse gebracht: sie enthalten eine unerschöpfliche Fülle genealogischen Quellenmaterials. —

Im Gegensatz zu den Erbgütern war das Verfügungsrecht über wohlerworbenen Grundbesitz in Estland privatrechtlich nur insofern beschränkt, als 1. Eltern ihre Kinder nur beim Vorliegen ganz bestimmter, genau formulierter Gründe enterben durften,<sup>154</sup> 2. das Testieren zu Gunsten unehelicher oder in unebenbürtiger Ehe gezeugter Kinder

<sup>152</sup> Ritter- und Landrechte 4 XIV 1—3.

<sup>153</sup> Die mit Vollendung des 20. Lebensjahres erfolgte, vgl. Ritter- und Landrechte 3 XI 2 und 2 VIII 3.

<sup>154</sup> Ritter- und Landrechte 3 V 3; die Gründe sind u. a. Schmähung oder Mißhandlung der Eltern, unzüchtiges Leben, Annahme einer ketzerischen Religion (wozu aber die drei im römischen Reich zugelassenen Religionen, katholisch, lutherisch, reformiert, später entsprechend dem Nystädter Frieden auch die griechische Religion nicht gehörten). Bunge, Privatrecht II § 382, folgert aus der schwedischen Testaments-Stadga, daß in Beziehung auf wohlerworbene Güter Kinder auch ohne Vorliegen der genannten Gründe enterbt werden konnten, doch ist in den Ritter- und Landrechten und ihren von Landräten und Ritterschaft gebilligten, also Gesetz gewordenen Marginalien auf die Testaments-Stadga kein Bezug genommen. Die entsprechenden Stellen der Ritter- und Landrechte lauten: „Die Eltern mögen ihre Kinder ohne genügsame im Rechte zugelassene Ursachen keineswegs enterben (3 V 1). ... Die Ursachen, warum die Eltern ihre Kinder von ihrem Nachlaß ausschließen und enterben mögen, seyn wie folget: ... (3 V 3).“ Ein Unterschied zwischen Erb- und wohlerworbenen Gütern ist nicht gemacht. Daß aber die Kinder in ihrem Erbrecht gerade an wohlerworbenem Vermögen geschützt werden sollen, geht indirekt hervor aus 3 V 5: „Wenn ein Bruder seinen Bruder... in seinem Testament... ganz nichts zugeeignet hat, ...solches kann für keine Enterbung geachtet werden, sintemahl ein Bruder nicht schuldig ist, seinem Bruder oder Schwester etwas von seinen wohlerworbenen Gütern zu geben...“

verboten war.<sup>155</sup> Die aus dem Anspruch des Adels auf das alleinige Güterbesitzrecht sich ergebenden Einschränkungen behandelt der folgende Abschnitt.

#### 4. Rechtsverhältnisse der Rittergüter in Beziehung auf den Stand des Inhabers.

Der Hochmeister Ludwig v. Erlichshausen erläuterte 1452 auf eine Beschwerde der harrisch-wierischen Ritterschaft die Jungingensche Gnade dahin, daß „Erbteil in Harrien und Wierland zu gewinnen“ berechtigt sein sollten „allein unsere Ritter und Knechte, die in Harrien und Wierland mit ihren Wohnungen sitzen und ihr Brod darin essen“.<sup>156</sup> Der Mitgenuß dieses Rechts wurde 1584 auch Jerwen und der Wieck zuteil.

Die Ritter- und Landrechte (1650)

- a) dehnen das Recht, unbewegliche Güter zu erben, auf alle schwedischen Untertanen adeligen Standes aus,<sup>157</sup>
- b) bestimmen aber gleichzeitig, daß unbewegliche Erbgüter auch zu kaufen nur Edelleute berechtigt sein sollen.<sup>158</sup>

In Beziehung auf den Verkauf wohlervorbener Güter ist danach der Besitzer noch nicht auf eine bestimmte Käuferschicht beschränkt. Das geschieht erst auf Bitten der Ritterschaft durch eine von der Vormundschaftsregierung 1662 erlassene und von Karl XI. 1675 bestätigte Verordnung,<sup>159</sup> die allerdings wörtlich nur besagt, daß „keinem Bürger in Reval“ gestattet werden kann, adelige Güter auf dem Lande an sich zu handeln und als Eigentümer zu besitzen. Eine Ergänzung dazu, gleichzeitig aber auch eine gewisse Einschränkung enthält die Resolution Karl XI. vom 17. Juni 1690, daß „Keiner, der nicht von Adel, welcher in eine adlige Ehe tritt, ohne Kgl. Majestät Zulaß adelige Güter erblich behalten möge“.<sup>160</sup> Schließlich stellt eine Entscheidung des Oberlandgerichts 1665 noch ausdrücklich fest, daß Bürgern als Intestaterben die Ausübung des Retraktrechts nicht zusteht.<sup>161</sup> Mit allen diesen Bestimmungen verfolgte die Ritterschaft zwar den Zweck, ihren Besitzstand zu mehren und in der Folge durch ein volles Monopolrecht gegenüber allen anderen Ständen zu sichern, in der Praxis erreichte sie aber kaum mehr als die Aufrechterhaltung des status quo ante, wie die Landrollen beweisen.

<sup>155</sup> Ritter- und Landrechte 3 VII 2, 3; Ebenburt ist aber nicht gleichbedeutend mit adligem Stand.

<sup>156</sup> Bunge, Standesverhältnisse 67 Anm. 11.

<sup>157</sup> Ritter- und Landrechte 3 VII 1.

<sup>158</sup> Ritter- und Landrechte 4 XIV 1.

<sup>159</sup> Gernet, Agrarrecht 17.

<sup>160</sup> Ritter- und Landrechte, Marginale S. 556 zu 4 XIV 1.

<sup>161</sup> Ritter- und Landrechte, Marginale S. 557 zu 4 XIV 5.

Zu Beginn der russischen Herrschaft war die Rechtslage demnach so, daß nur der zum Untertanenverband des Herrschaftsstaats gehörende Adel Rittergüter in Estland unbeschränkt erwerben und eigentümlich besitzen durfte, der Bürgerstand aber nur mit ausdrücklicher, in jedem Fall besonders zu erteilender Erlaubnis des Souveräns; das Recht der Priesterschaft war bestritten.<sup>162</sup> Folgerichtig hätte also auch der russische Dienstadel zum Besitz von Rittergütern berechtigt sein müssen, hier zeigt sich aber eine Rückbildung auf den ursprünglichen Sinn der Privilegien von 1397 und 1452, nämlich die Beschränkung des Rechts zum eigentümlichen Erwerb von Rittergütern auf den indigenierten Adel, eine Beschränkung, die allerdings von der Regierung erst im 19. Jahrhundert ausdrücklich anerkannt worden ist.<sup>163</sup> Die Entwicklung dieser Frage hängt eng zusammen mit den oben geschilderten Bestrebungen der Ritterschaft zur Erlangung des formellen Indigenatsrechts und mit der dabei hervortretenden Meinung der Ritterschaft, daß der russische Dienstadel im Sinne des lokalen Rechts nicht sei. Für den Ausschluß aller nichtindigenierten Edelleute vom eigentümlichen Besitz der Rittergüter, d. h. also auch der alten russischen oder der in den russischen Untertanenverband aufgenommenen ausländischen Adelsfamilien, ist eine Rechtsgrundlage überhaupt nicht zu finden. Höchstens könnte man sie, allerdings etwas künstlich, in dem Artikel 40 der Kapitulation sehen, wonach „man . . . was . . . aus der Rigischen (i. e. der livländischen Ritterschaft) Capitulation dieser Ritterschaft . . . auf einige weise dienlich seyn könnte, ebenfalls zu statten kommen, und genießen haben sollen, eben als wan solches alles wörtlichen mit allhier eingerückt wären“;<sup>164</sup> der livländischen Ritterschaft war das ausschließliche Güterbesitzrecht tatsächlich zugestanden worden.<sup>165</sup>

Der Landtag von 1740, der die Arbeiten zur Aufstellung der Matrikel in Fluß brachte, beschloß gleichzeitig, auch

<sup>162</sup> Klagen gegen Prediger vom Lande, die „Güter und liegende Gründe concerniren, welche ein Prediger entweder mit seiner Frauen bekommen, selbst erkauft oder sonst an sich gebracht . . .“, kompetiren vor das Landgericht (I II 6). Das Provinzialrecht von 1845, II 913, erkennt den Anspruch ausdrücklich an, „jedoch bloß für die Zeit, wo sie im geistlichen Stande verbleiben“.

<sup>163</sup> Allerhöchst bestätigtes Reichsratsgutachten vom 2. August 1829, s. Gernet, Agrarrecht 17; Provinzialrecht II 876, unter Beziehung auf einen Allerhöchst bestätigten Bericht der 2. Abteilung der Eigenen Kanzlei vom 20. Juni 1841.

<sup>164</sup> Bauers Resolution: „Wirdt völlig zugestanden“; vgl. Bunge, Privatrecht I § 115.

<sup>165</sup> Gleichzeitig und im Widerspruch dazu aber auch den Bürgern Rigas; 1774 entschieden als ein Näherecht des indigenierten Adels auf Jahr und Tag, ohne rückwirkende Kraft.

den Anspruch der Ritterschaft auf das alleinige Güterbesitzrecht endgültig durchzusetzen und beauftragte den nach St. Petersburg deputierten Ritterschaftshauptmann Adam Friedrich Stackelberg, dort in diesem Sinne zu wirken. Demgegenüber stützten sich die Gegner, vertreten durch den Revaler Rats Herrn und Advokaten Carl Heinrich Schonert, den Kapitän Christoph Friedrich Seebach, den Fähnrich Hausen (s. S. 37) und den Pastor zu St. Johannis in Harrien, J. C. Wrede,<sup>166</sup> auf ihren Dienstadel und dessen Güterbesitzrecht anerkennende Senatsentscheidungen, auf das Priesterrecht<sup>167</sup> und das daraus abzuleitende Besitzrecht der natürlichen Erben von Priestern. Die Ritterschaft hinwieder berief sich auf eine Resolution Karl XI., durch die den Pastoren das Recht zum Besitz adeliger Güter ausdrücklich verboten worden sei, ohne allerdings die Urkunde weder in Reval, noch in Riga oder Stockholm auffinden zu können. Überhaupt war sie der Ansicht, daß alle diese subalternen Offiziere und Beamten sich unter mißbräuchlicher Ausnutzung der schweren Pest- und Kriegszeiten in adeligen Gütern festgesetzt hätten und beanspruchte auf Grund einer angeblichen Resolution Karl XI. aus dem Jahre 1690 das Einlösungsrecht an solchen Gütern für Glieder der Ritterschaft.<sup>167</sup> Eine Entscheidung ist im 18. Jahrhundert nicht erfolgt, auch finden sich in den Protokollen seit 1743 keine Spuren mehr, die auf eine weitere Verfolgung der Sache durch die Ritterschaft hinweisen. Das ist begreiflich, da mit der Durchsetzung des Indigenatsrechts die Benutzung des Güterbesitzrechts als Schranke gegen den Zutritt Un erwünschter zu politischen Rechten nicht mehr notwendig war, der ökonomische Gebrauch von Rittergütern durch Nichtmitglieder der Ritterschaft aber infolge der dem baltischen Recht eigentümlichen Art des Pfandbesitzes gar nicht verhindert werden konnte.

Das baltische Pfand an Immobilien ist ein öffentlich bestelltes, gerichtlich aufgelassenes (corroborirtes), erbliches Nutzungspfand<sup>168</sup> und daher grundverschieden von dem römischrechtlichen Faustpfand, aber vergleichbar dessen Abart, der Antichrese. Es ist ein Nutzungspfand im Gegensatz zum Exekutionspfand, Verfallpfand im Gegensatz zum Verkaufspfand, nicht Totsatzung, sondern

<sup>166</sup> Es handelte sich um die Güter Arbafer und Racküll in Wierland, Kaulep und Aggers in Jerwen. — Zu Wrede vgl. Bunge, Archiv VI 19.

<sup>167</sup> R. Prot. 1740—1743.

<sup>168</sup> Bunge, Privatrecht I §§ 143, 149; vgl. im allgemeinen Schwerin, Deutsche Rechtsgeschichte 113; Brunner-Heymann, Grundzüge 219; Dernburg, Pandekten I 686; Marezoll, Institutionen 295.

Zinssatzung.<sup>160</sup> Der Pfandnehmer (Pfandhalter, -herr) erhält durch den Pfandkontrakt gegen Zahlung<sup>170</sup> der dem angenommenen vollen Wert des Objekts entsprechenden Summe und an Stelle der Zinsen das Recht zur unbeschränkten Nutzung des Immobils während der verabredeten Dauer des Vertrages, eingeschlossen das Recht der Weiterverpfändung oder der Zession an einen Dritten, ohne die Verpflichtung, sich wegen Deterioration zu verantworten, doch mit Übernahme aller Reallasten und Abgaben. Da die Vertragsdauer, vor deren Ablauf eine Einlösung nicht erfolgen durfte, meist sehr lang bemessen war, im 18. Jahrhundert fast regelmäßig 99 Jahre, so war der Pfandbesitz mit dem wirklichen oder eigentümlichen Besitz eines Gutes fast gleichbedeutend und gab so, da zu ihm alle persönlich freien Stände berechtigt waren, auch dem Bürgerstand die Möglichkeit einer mit dem Genuß der Bodenrente verbundenen Ausübung der Landwirtschaft auf eigene Rechnung. Dem Eigentümer eines verpfändeten Gutes blieb nur das Recht der Wiedereinlösung,<sup>171</sup> falls er nicht auch darauf zugunsten eines zum Eigenbesitz von Rittergütern persönlich berechtigten Pfandnehmers durch einen Eventual-Verkaufskontrakt verzichtet hatte. Im Falle der Einlösung war der Verpfänder neben Zahlung der Pfandsumme zum Ersatz der notwendigen und nützlichen Aufwendungen (*impensae necessariae et utiles*) des Pfandhalters an dem Objekt verpflichtet, nicht aber der Luxus- und Verschönerungsaufwendungen (*i. voluptuariae*).<sup>172</sup> Diese letztere Einschränkung war für den verarmten Adel in den schweren Jahren unmittelbar nach dem Nordischen Kriege sehr wichtig, so daß sich der Landtag von 1737 gezwungen sah, ihre Geltung ausdrücklich zu bekräftigen: Augenscheinlich war es üblich geworden, daß der Pfandhalter durch Errichtung eines kostbaren Wohnhauses dem Verpfänder die terminmäßige Einlösung unmöglich zu machen versuchte.

Die Ritter- und Landrechte<sup>173</sup> behandeln zwar eingehend

<sup>160</sup> Nach französischem Recht *mortgage*, nicht *vifgage*, s. Schwerin w. o. 114. — Bekannt war aber unter dem Namen „*Immission*“ auch das gewöhnliche Verkaufspfand.

<sup>170</sup> Die Angleichung an den Verkauf geht so weit, daß dem Verpfänder an Stelle der ganzen oder eines Teiles der Pfandsumme eine Hypothek in dem Pfandobjekt bestellt werden kann; s. Privatrecht III 1551, mit Berufung auf das Gewohnheitsrecht.

<sup>171</sup> Ohne die Verpflichtung; bei Nichteinlösung zum Termin lief der Pfandkontrakt ohne weiteres weiter.

<sup>172</sup> Ritter- und Landrechte 4 VI 14 „nothdürftigen“; Bunge, Privatrecht I § 154, Provinzialrecht III § 1564 Anm. 2; R. Prot. 1737.

<sup>173</sup> Ritter- und Landrechte 4 VI, namentlich Art. 8, „die Übermaße dem Debitori herauszugeben“.

das Pfandrecht, doch fast nur im Sinne des römischrechtlichen Faustpfandes (*pignus*), wonach der Ertrag des Objekts auf die Zinsen, schließlich auf das Kapital anzurechnen, ein Überschuß aber dem Pfandgeber herauszugeben ist. Die Institution des baltischen Pfandes oder Erbpfandes ist daher mit Bunge<sup>174</sup> als ganz auf dem Gewohnheitsrecht beruhend anzusehen, dessen Normen sich aus zahllosen Kontrakten des 15. bis 18. Jahrhunderts ergeben. Dieses Gewohnheitsrecht ist merkwürdigerweise erst dann, nämlich in dem 1864 erschienenen Baltischen Privatrecht,<sup>175</sup> kodifiziert worden, als es durch Beschränkung der erlaubten Verpfändungsdauer auf drei Jahre seine praktische Bedeutung verloren hatte.

### 5. Die Rittergüter als Rechtsgrundlage der Landschaft.

Die Behauptung, daß die Rittergüter praktisch, in Beziehung auf den einzelnen wie auf die Gesamtheit, die Machtgrundlage der Ritterschaft darstellten, bedarf keiner besonderen Beweisführung. Waren sie aber auch rechtlich die Grundlage der Landstandschaft und damit der politischen Macht, in dinglicher Beziehung, wie es in persönlicher Beziehung die Adelseigenschaft und später die Immatrikulation war? Oder war die Landstandschaft etwa begründet in dem Vorhandensein eines historischen Rittersitzes<sup>176</sup> oder gar einer Burg?<sup>177</sup>

Nach der Landtagsordnung von 1756, die altes Recht nur fixiert, nicht neues bildet, haben die Landstandschaft alle immatrikulierten Edelleute, „welche entweder Erb-, Pfand- oder Arrende-Güter possedieren“. Abgesehen von dieser Formulierung kann aber schon deswegen von Burgenvertretung keine Rede sein, weil es in Estland überhaupt nur sieben oder acht Vasallenburgen gab, dazu die gleiche Zahl landesherrlicher Burgen, die während der schwedischen Herrschaft weiterverliehen wurden.<sup>178</sup> Bleibt also nur die Frage, was die Landtagsordnung mit dem Ausdruck „Güter“ meint, denn die Beiworte „Erb-, Pfand- oder Arrende“ beziehen sich ja nur auf das Nutzungsrecht des Inhabers an dem Objekt, nicht auf das Wesen des Objekts

<sup>174</sup> Bunge, Privatrecht I § 150.

<sup>175</sup> Provinzialrecht III § 1539 f.; zu beachten besonders die Anmerkung zu § 1541: „Dieser Begriff des Erbpfandbesitzes beruht auf uraltem Gewohnheitsrecht, und ist in sämtlichen alten Erbpfandbesitzcontracten anerkannt und zum Grunde gelegt...“ — Übrigens ist der Band III des Provinzialrechts fast völlig auf Bunes Privatrecht aufgebaut, mit teilweise wörtlicher Übernahme der Definitionen.

<sup>176</sup> Wie etwa in Cleve-Mark, s. Hoetzs, Cleve-Mark 246.

<sup>177</sup> Wie, nach Below, Territorium und Stadt 88, „in den meisten Territorien“.

selbst. Unter „Gut“ oder „Landgut“ im weiteren Sinne verstand man in Estland jedes außerhalb städtischen Patrimonialgebiets gelegene Grundstück, im engeren Sinne aber das privilegierte „adelige Gut“ oder eben das „Rittergut“. Der letztere Ausdruck kommt im 18. Jahrhundert weder amtlich, noch, soviel ich sehe, im privaten Sprachgebrauch vor; auch die Landrollen für 1818 und 1840 kennen keine Rittergüter, sondern nur „Güter“ im Gegensatz zu „Landstücken“. Erst im 1864 publizierten Baltischen Privatrecht<sup>178</sup> findet sich unter Berufung auf einen Allerhöchst bestätigten Bericht der Eigenen Kanzlei vom 20. Juni 1841 die folgende Definition: „Als Rittergüter gelten diejenigen Landgüter, welche unter der Benennung von Gütern, Landgütern oder adeligen Gütern in den Landrollen und Hypothekenbüchern... verzeichnet sind.“ Die Definition entspricht völlig der gewohnheitsrechtlichen Praxis des 18. Jahrhunderts; in dieser Arbeit ist daher an Stelle der nicht ganz eindeutigen Ausdrücke „Gut“, „Landgut“, „adeliges Gut“ stets die eindeutige Bezeichnung „Rittergut“ gewählt worden, wenn sie begriffsmäßig am Platze war. Für die Anerkennung der Rittergutsqualität gab es im 18. Jahrhundert keine bestimmten Vorschriften, sie wurde ganz nach praktischen Gesichtspunkten beurteilt: Entstand etwa bei Erbteilungen aus einer Hoflage ein Edelhof mit eigener Landwirtschaft und zugeteilten Bauergesinden, war die Rittergutseigenschaft also praktisch gegeben, so wurde sie vom Landtag ohne weiteres anerkannt und durch Eintragung in die nächste Landrolle legalisiert. Natürlich gehörte zu dem Rittergut auch ein Rittersitz, aber als Gutszentrum, nicht in dem technisch-historischen Sinne eines „rotten borough“.<sup>179</sup> Gerade der Umstand, daß in Estland die Landstandschaft an der lebendigen Wirklichkeit des Ritterguts und nicht an der historischen Reminiszenz eines Rittersitzes haftete, also dinglich ebenso wenig erstarrt war, wie sie persönlich durch Neuaufnahme organisch hineingewachsener Familien ohne feierliche Ahnenaufschwörungen sich fortwährend frisches Blut zuzuführen verstand,

<sup>178</sup> Provinzialrecht III 599.

<sup>179</sup> Die Hakenzahlen der Rittergüter bewegen sich nach der Landrolle von 1765 zwischen 3/5 (Gr. Soldina, Wierland) und 87 (Kolk mit Neuenhof, Harrien). Eine Mindestgröße ist im 18. Jahrhundert nicht festgesetzt worden. Nach Bunge, Privatrecht I § 83 (ohne Quellenangabe), „ist das Maaß neu zu gründender Landgüter auf wenigstens 90 Tschetwert (= 189 hl; Aussaat) Hofesfeld mit dem dazu gehörigen Bauerlande festgesetzt“ (1838). Nach der Estländischen Bauerverordnung vom 5. Juli 1856 (Provinzialrecht III 601, 604) muß ein Rittergut mindestens 150 Deßjatinen (= 165 ha) Hofes-Ackerland enthalten, ungerechnet die entsprechenden Wiesen und Weiden; alte Rittergüter behalten ihre Qualität, auch wenn sie diesen Bedingungen nicht entsprechen.



dieses Mitgehen mit der historischen Entwicklung ohne sprunghaftes Zerreißen der Fäden zur Vergangenheit muß als die vornehmste Ursache gelten für die Kraft und das Ansehen, die der estländischen Ritterschaft noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlaubten, bedeutende Aufgaben namentlich auf dem Gebiete der Agrargesetzgebung mit vollem Erfolg zu lösen. —

Zum Schluß und im Hinblick auf die Verhältnisse anderer deutscher Territorien<sup>180</sup> ist noch zu untersuchen, worin eigentlich das Wesen der mit den Rittergütern verknüpften landständischen Repräsentation lag. In der Vertretung aller lokalen Obrigkeiten? Nein, denn auch den Pastorate stand die Patrimonialgerichtsbarkeit über ihre Bauern zu. Aller landwirtschaftlichen Großbetriebe? Auch dazu gehörten die Pastorate.<sup>180a</sup> Suchen wir nach einem gemeinsamen und ausschließlichen Merkmal aller Rittergüter, so scheint es mir darin zu liegen, daß sie sämtlich mit öffentlichen Leistungsverpflichtungen gleichviel welcher Art belastet waren, von denen die Pastorate völlig freistanden. Wir können also zusammenfassend sagen, daß die estländische Landstandschaft im 18. Jahrhundert eine Repräsentation des selbständigen, steuerpflichtigen landwirtschaftlichen Großbetriebes begreift, eben des Rittergutes, jedoch mit der Einschränkung, daß die Ausübung dieser Repräsentation im Einzelfall wegen mangelnder persönlicher Rechtsfähigkeit des Inhabers des Rittergutes zeitweilig ruhte.<sup>180b</sup>

---

<sup>180</sup> Vgl. überhaupt Below, Territorium und Stadt 123 f.

<sup>180a</sup> Die Pastorate waren durchaus Großbetriebe, die den Pastoren von den Besitzern, den Kirchspielskirchen, an Stelle des Gehalts zur Verfügung gestellt wurden. Zu den meisten Landpastoraten gehörten eigene Bauergesinde, den übrigen stellte das Kirchspiel die nötigen Arbeiter. Nach dem Güter-Adreßbuch 1913 (vgl. Anm. 93) betrug die Gesamtfläche der „Pastorats-Widmen“ (also der Hofsländereien, ohne die unterdes abgeteilten bzw. verkauften Bauergesinde) der 45 schon im 18. Jahrhundert bestehenden Pastorate 12 990 Deßjatinen, was eine Durchschnittsfläche von 289 Deßjatinen (= 318 ha) ergibt. Die kleinste Pastorats-Widme maß 28 Deßjatinen (Merjama in der Wieck), am größten waren die drei Dagdenschen Pastorate Pühhalep, Roicks und Keinis mit 677, 715 und 1 762, Worms mit 675, Leal-Kirrefer und Nuckoe, beide in der Wieck, mit 763 und 834 Deßjatinen. Im allgemeinen übten die Pastoren die Landwirtschaft selbst aus, seltener waren die Pastoratsländereien verpachtet.

<sup>180b</sup> Auf Antrag der Ritterschaft wurde die Landstandschaft 1866 unter Änderung der entsprechenden Bestimmungen des Provinzialrechts auf alle Inhaber von Rittergütern, ohne Rücksicht auf ihren Stand, ausgedehnt.

# Die beschließenden Organe der Selbstverwaltung.

## 1. Landtag und Ausschuß.

Der estländische Landtag hat seinen Ursprung weniger in den gemeinsamen Landtagen der livländischen Landesherren und Stände, als in den regelmäßigen jährlichen Zusammenkünften der Vasallen des einzelnen Territoriums, den Manntagen (placitum, pl. generale, Dingelstag, Richteltag), deren Zweck ursprünglich nur die Rechtspflege war, die aber sehr bald, in Harrien und Wierland schon im 13. Jahrhundert, von der versammelten Ritterschaft auch zur Beratung und Entscheidung (Willküren, Beliebungen, Absprüche) politischer Angelegenheiten benutzt wurden. Demselben Zweck dienten die außerordentlichen Zusammenkünfte oder Verschreibungen, die nach Bedarf und ohne Hinzuziehung des Landesherrn berufen wurden.<sup>181</sup> Die Versammlungen der harrisch-wierischen Ritterschaft fanden meist in Reval, die der ösel-wieckischen in Hapsal oder in dem Dorfe Goldenbeck statt; seit der Vereinigung der estländischen Landschaften 1584 kam für die nun alle drei Jahre in Reval stattfindenden Zusammenkünfte der Ritterschaft der Name „Landtag“ auf. Er wurde von der „Obrigkeit“, d. h. von dem Gouverneur und den Landräten<sup>182</sup> mit verpflichtender Kraft für alle Lehenträger berufen, beriet über alle Landesangelegenheiten, hatte das Steuerbewilligungsrecht<sup>183</sup> und beschloß nach Zustimmung der Landräte<sup>184</sup> mit bindender Kraft für alle Landeseingesessenen;<sup>185</sup>

<sup>181</sup> Bunge, Standesverhältnisse 63—65, 69 Anm. 20 und 21, 71 Anm. 35, auch S. 84—86.

<sup>182</sup> Vgl. Ritter- und Landrechte 6 IV 5 und Marginale S. 572.

<sup>183</sup> Bunge, Standesverhältnisse 47 u. Anm. S. 59; Richter 1 II 368 u. Anm. 34 S. 466, 2 II 19 u. 127; wenn die autokratische Regierung der beiden letzten Wittelsbacher Steuern auch ohne Bewilligung erhob oder die Bewilligung erzwang, so geschah es gegen das geltende Recht.

<sup>184</sup> Grundlagen II 168.

<sup>185</sup> Ritter- und Landrechte 6 IV 6 „was von der sämtlichen Ritter- und Landschaft einhellig beliebt, beschlossen und verordnet wird, das sollen alle... unverbrüchlich halten...“; Riesenkampf, Marginale S. 572, definiert „einhellig“ mit „nicht plurima, sondern unanimia“; das ist nicht möglich, es kann sich nicht einmal auf die Einstimmigkeit der Kreise, geschweige denn der Personen beziehen, wie die Praxis gerade der Zeit des Kommentators mehrfach beweist. (Vgl. a. Anm. 212.)

erst seit 1662 mußten die Beschlüsse (nicht aber die Wahlen) durch den Gouverneur bestätigt werden.<sup>186</sup> Sprecher und Leiter des Landtages war der von der Ritterschaft gewählte Ritterschaftshauptmann (seltener Landmarschall genannt),<sup>187</sup> dem ein Schreiber oder Ritterschafts-Sekretär<sup>188</sup> zugeteilt war. Seit Anfang des 16. Jahrhunderts ist auch ein Ausschuß der Ritterschaft nachweisbar,<sup>189</sup> der gemeinsam mit den Landräten unaufschiebbare Angelegenheiten zwischen zwei Landtagen regelt; die Eigenschaft als vorbereitende Kommission des Landtages gewann er erst später.

Tagungsort der Landtage war das Ritterhaus auf dem Dom zu Reval; als es 1684 abbrannte, kaufte die Ritterschaft vom Landrat Hans Jürgen Uexküll ein Haus auf dem Dom, konnte es aber, durch die Reduktion verarmt, nicht bezahlen, blieb schließlich sogar die Zinsen schuldig und sah sich daher fortwährend in ihrem Benutzungsrecht behindert; der Streit um die „untere Etage“ mit dem Sohn des Verkäufers<sup>190</sup> wurde erst nach 1740 beigelegt.<sup>191</sup> 1760 erhob sich eine neue Schwierigkeit von etwas tragikomischem Beigeschmack: Der Kapitän Johann Friedrich Kursell zu Sinnalep war auf den Gedanken gekommen, auf seinem eben ererbten Bauplatz vor der Front des Ritterhauses ein Haus zu errichten; in der darüber geführten Korrespondenz mit dem General-Gouverneur findet sich die mit sichtbarem Achselzucken gestellte Frage des Ritterschaftshauptmanns, ob es wohl recht sei von dem Kapitän Kursell, die Fenster des Ritterhauses zu verbauen. Die ein wenig lächerliche Angelegenheit endete erst fünf Jahre später mit dem Kauf der Baustelle durch die Ritterschaft.<sup>192</sup>

Das Recht, „Landt-Tage und Versammlungen mit Vorbewust der hohen Landes Obrigkeit zu halten“, wurde der Ritterschaft „als ein principal Stück Ihrer Privilegien“ im Artikel 8 der Kapitulation bestätigt. Dreißig Jahre später ging die Ritterschaft daran, aus dem geltenden Gewohnheitsrecht unter Verwendung der im Ritter- und Landrecht

<sup>186</sup> Resolution der Vormundschaftsregierung vom 30. Juli 1662.

<sup>187</sup> Zuerst erwähnt für die Wieck 1527: Johann Fahrensbach zu Udenküll, s. Bunge, Standesverhältnisse 68 Anm. 12. Die harrisch-wierische Ritterschaft hatte schon 1557 einen gemeinsamen Ritterschaftshauptmann, s. Grundlagen II 100 Anm. 1. — Vgl. Ritter- und Landrechte 1 IV 1.

<sup>188</sup> Zuerst erwähnt für die Wieck 1527, s. Bunge, Standesverhältnisse 69 Anm. 17; für die vereinigte harrisch-wierisch-jerwische Ritterschaft 1570, s. Gernet, Agrarrecht S. 10.

<sup>189</sup> Bunge, Standesverhältnisse 64, 70, Anm. 26; Grundlagen II 100 Anm. 2, Pauker, Oberlandgericht 132.

<sup>190</sup> Obristleutnant Gotthard Wilhelm Uexküll zu Mentzen u. Saage.

<sup>191</sup> Geschichte Lieven I Nr. 114; Seraphim II 417; R. Prot. 1734, 37, 38, 40.

<sup>192</sup> Für 625 Rthlr. zu 80 Kopeken; s. R. Prot. 1760, 1765.

und in den alten Landesordnungen<sup>193</sup> verstreut sich finden-  
den Satzungen eine Landtagsordnung<sup>194</sup> aufzustellen.  
Mit der Ausarbeitung wurde durch den überhaupt sehr akti-  
ven Landtag von 1740 der Ritterschaftshauptmann Adam  
Friedrich Stackelberg zu Mexhof, und da dieser wegen fort-  
währender Abwesenheit in der Residenz zu dieser Arbeit  
nicht kam, 1744 der Ritterschaftsausschuß beauftragt. Der  
Entwurf, zu dessen Anfertigung auch die livländische Land-  
tagsordnung herangezogen worden war, lag dem Landtag  
1747 vor und fand bis auf einen Punkt dessen Billigung:  
Entgegen den Bestimmungen der Ritter- und Landrechte<sup>195</sup>  
beschloß die Ritterschaft Aufhebung des Zwanges zum Be-  
such der Landtage. Aber schon der nächste Landtag, durch  
den Wegfall der bisher für unbegründetes Fehlen erhobe-  
nen, recht erheblichen Straf gelder nur ganz schwach besucht,  
sah sich auf Vorschlag des Ritterschaftshauptmanns Otto  
Magnus Stackelberg zu Pühs genötigt, das alte Recht wieder-  
herzustellen. Die so verbesserte Landtagsordnung wurde  
am 7. Februar 1756 von den Landräten und dem Ritter-  
schaftshauptmann unterschrieben<sup>196</sup> und vom Gene-  
ral-Gouverneur bestätigt.<sup>197</sup> Die Sprache ist zwar etwas  
breit, aber anschaulich und kräftig, und jedenfalls entschie-  
den vorzuziehen dem nüchternen Kanzleistil der entspre-

<sup>193</sup> Von 1645 und 1672, vgl. Richter 2 II 127, Ritter- und Landrechte, Mar-  
ginale S. 572.

<sup>194</sup> Zur Entstehung der Landtagsordnung sind hauptsächlich die R. Prot.  
1740, 44, 45, 47, 50 und 1756 zu vergleichen.

<sup>195</sup> 6 IV 5.

<sup>196</sup> Die Reihe der Unterschriften ist in mehrfacher Hinsicht interessant, ich  
lasse sie daher nach der (Reval 1826) gedruckten Landtagsordnung  
folgen:

„Reval, Ritterhaus, den 7. Februar Anno 1756 auf öffentlichem Land-  
tage unterschrieben von dem Collegio derer gegenwärtigen Herren  
Landräthe und Herrn Ritterschaftshauptmann.

G. J. Zoege (Gotthard Joh. v. Z., 1759 Graf Manteuffel!).

G. J. Stackelberg (Georg Joh. Frhr. v. Stackelberg).

B. H. v. Tiesenhausen (Berend Heinr. v. T.).

M. W. Nieroth (Magnus Wilh. Frhr. v. N.).

H. H. v. Fersen (Heinr. Hermann v. F.).

O. J. Hastfer (Otto Jürgen v. H.).

O. M. Stackelberg (Otto Magnus v. St.).

C. A. Richter (Christoph Adam v. R.).

U. J. Brümmer (Ulrich Johann v. B.).

F. J. Ulrich (Friedrich Joh. v. U.).

In fidem

G. v. Ulrich (Gustav Reinhold v. U.)

Ritterschafts Secrs.

<sup>197</sup> Mit der etwas pedantischen Bemerkung, die aber nicht berücksichtigt  
wurde, auch nicht in der Kodifikation von 1845 (§ 226): Daß der Land-  
tag, zufolge der alten Gewohnheit, nur zwei bis drei, statt der VII 6  
festgesetzten drei bis vier Wochen dauern solle, andernfalls die Pro-  
longation zu beantragen sei.

chenden Stellen des Provinzialrechts von 1845, was einige Artikel beweisen mögen:

#### Landtagsordnung

##### Titel VI Art. 4.

So oft der Herr Ritterschaftshauptmann an die versammelte Ritterschaft etwas zu proponieren hat, geschieht es stehend, mit seinem Stabe in der Hand, mit welchem er ein Zeichen gibt, da dann ein jeder sogleich in seinem Kreis sich niederzulassen, und überhaupt aus diesem zu einem andern, zu Verhütung aller Unordnung gar nicht herüber zu gehen, sondern den Vortrag in aller Stille und gehörigen attention anzuhören hat.

##### VI 5.

Würde jemand nach Vorlesung einer Proposition, oder wenn sonst irgend ein Vortrag geschehen, eine Vorstellung ad protocolum thun wollen, so soll derselbe zuvor bey dem Herrn Ritterschaftshauptmann um die Erlaubniß anhalten, welche ihm nicht denegiert werden kann, worauf es ihm seine Meinung zu eröffnen frey steht. Wenn er gänzlich ausgeredet und sich wieder niedergelassen, und ein anderer hätte etwas darauf zu antworten, so meldet dieser sich auf gleiche Weise, und wird gleich ersterem, ohne durch irgend ein Geräusch interrompiert zu werden, mit stiller Aufmerksamkeit angehört.

##### VII 1.

Alles was auf dem Ritterhause proponiert und tractiert wird, soll in der Stille geschehen, und davon in Zusammenkünften außerhalb des Ritterhauses mit Leuten die zum Landtage nicht gehören, keineswegs gesprochen, oder darüber raisonniert werden. Wie denn auch alle unnütze discursen auf dem Ritterhause einzustellen sind, und nur von wichtigen Sachen die sich dahin schicken, geredet und gehandelt werden muß.

##### VH 2.

Alle Sachen müssen auf dem Ritterhause mit moderation in

#### Provinzialrecht II § ...

##### 237.

Der Ritterschaftshauptmann trägt die Sache stehend vor, mit dem Stabe in der Hand. Gibt er mit dem Stabe ein Zeichen, so hat jeder Anwesende auf die der Versammlung vorzutragende Sache seine Aufmerksamkeit zu richten und sich vollkommen ruhig zu verhalten; auch darf Niemand das Verlesen und die Diskussionen durch nicht zur Sache gehörige Gespräche unterbrechen.

##### 238, 239.

Will jemand in Betreff einer vom Ritterschaftshauptmanne vorgetragenen Sache eine Einwendung oder Vorstellung machen, so ersucht er den Ritterschaftshauptmann um die Erlaubniß dazu. Diese Erlaubniß darf ihm niemals verweigert werden. Wünscht ein anderes Mitglied der Versammlung eine Bemerkung wider die Einwendungen oder Vorstellungen zu machen, welche durch die vom Ritterschaftshauptmanne vorgetragene Sache veranlaßt worden sind, so muß es sich gleichfalls die Erlaubniß dazu vom Ritterschaftshauptmanne erbitten.

##### 242.

Alles, was der Ritterschaft während des Landtages zur Beratung vorgelegt wird, darf außerhalb der Versammlung Niemandem mitgetheilt werden, der zu dieser Versammlung nicht gehört.

##### 241.

Unterbricht ein Mitglied der Versammlung durch Streit oder Lärm

Liebe und Freundlichkeit tractiert werden, und dahero niemand daselbst einigen Zank, Streit und Tumult erregen, oder sich in Excessen, es sey auch worin es wolle, vergehen, bey 100 Rubel Strafe an die Ritter-Casse.

### VH 3.

Wenn der Herr Ritterschaftshauptmann einige disputen, oder hartes Geschrei bemerkt, dadurch irgend jemand andere überschreien und seine Meinung geltend machen will, hat er ein Zeichen mit dem Stabe zu geben, worauf alles so gleich, bey 10 Rubel poen, stille seyn, und ein jeder mit gebührender Bescheidenheit, sein sentiment vorbringen muß.

### VII 4.

Da es öfters geschieht, daß bei einer obhandenen deliberation das sentiment von einem Kreise demjenigen von einem andern gänzlich contrair seyn kann, so soll bey Verzeichnung der Kreiß-Meinungen, alle nur mögliche Behutsamkeit gebraucht werden, diejenigen Gründe, auf welche sich ein jeglicher Kreiß beziehet, auf das glimpflichste auszudrücken, auch alle Anstachelungen sowohl von einem Kreiß wider den andern, als auch wider einige en particulier, auf das sorgfältigste zu vermeiden, damit das Band der Liebe unzertrennlich bleibe.

Die Einberufung eines Landtages erfolgte in der russischen Zeit nach Feststellung der Notwendigkeit und des Termins im Landratskollegium und Ritterschaftsausschuß durch ein Patent des General-Gouverneurs oder seines Stellvertreters.<sup>198</sup> Bei der Erlangung des Patents handelte es sich im allgemeinen um eine Formalität, nur Baron Löwen machte bisweilen aus übertriebener Vorsicht Schwierigkeiten.<sup>199</sup> Im Laufe des 18. Jahrhunderts sind

die Landtagsberathung, so verwirkt er dadurch eine Pön von 100 Rbl. S. M. zum Besten der Ritterschaftskasse.

### 240.

Wer in einem der Fälle, die in den §§ 238 und 239 bezeichnet sind, einen Streit anfängt, und durch die ihm vom Ritterschaftshauptmanne gegebene Weisung nicht zur Ruhe gebracht werden kann, verwirkt dadurch eine Pön von 10 Rbl. S. M. zum Besten der Ritterschaftskasse.

Dieser Artikel ist dem Kodifikator von 1845 wahrscheinlich allzu lyrisch erschienen, infolgedessen er ihn einfach weggelassen hat.

<sup>198</sup> L. O. I 2; vgl. a. Osten-Sacken, 1. Jahr 7.

<sup>199</sup> Vgl. die Prot. 1721, 22, 23 und 1730. Beim Prot. 1723 (S. 118) liegt ein Schreiben des fast immer von Reval abwesenden General-Gouverneurs Gr. Apraksin an Löwen vom 9. Dezember 1723 mit dem Auftrage, den von den Landräten mangels Entgegenkommen in Reval in St. Petersburg beantragten Landtag für 1724 zu gestatten. 1730 konnte L. nur mit Mühe davon abgebracht werden, zur Abhaltung des Landtages von 1731 die Erlaubnis des Senats einzuholen.

Landtage in Estland viel regelmäßiger und häufiger abgehalten worden als in Livland,<sup>200</sup> nämlich 1711, 1718, 1721, 1724, 1725, 1728, 1729, 1731, 1732, 1734, 1737, 1740, 1741, 1744, 1747, 1750, 1753, 1756, 1759, 1762, 1765, 1766, 1768, 1771, 1772, 1774, 1775, 1777, 1780, 1783 (zweimal).<sup>201</sup>

Jeder Landtag wurde am Tage vorher nach uralter Gewohnheit durch einen der Manngerichtssekretäre feierlich unter Trompeten- und Paukenschall auf dem Dom und in der Stadt Reval ausgerufen. Am nächsten Tage versammelte sich der Adel in der Landbotenstube auf dem Ritterhaus, einem Saal von etwa 10 × 15 m Ausdehnung mit hufeisenförmig aufgestellten Tischen und Bänken, an der Schmalseite für den Ritterschaftshauptmann und Ausschuß, rechts für den harrischen und jerwischen, links für den wierischen und wieckischen Kreis, und es begann die „Annotierung der praesentes et absentes“. Zum Erscheinen verpflichtet waren „alle und jede eingeborene, oder durch ein indigenats diploma der hiesigen Ritterschaft incorporierte Edelleute, welche entweder Erb-, Pfand- oder Arrende-Güter possedieren“; die Unbesitzlichen durften zwar „laut ihrer Geburt allemal mit erscheinen“, waren aber dazu nicht verpflichtet und hatten auch „vor sich kein Votum“, es sei denn, daß sie von einem angesessenen „Mitbruder“ mit seiner Vertretung beauftragt und schriftlich bevollmächtigt waren. Ein Landsasse hatte in keinem Fall das Recht zum Besuch des Landtages; erschien er doch, so sollte er vom Ritterschaftshauptmann „mit moderation“ abgewiesen werden. Wer zum Erscheinen auf dem Landtag verpflichtet war und fernbleiben wollte, hatte dieses rechtzeitig und schriftlich dem Ritterschaftshauptmann mitzuteilen, auch wenn er sich durch einen Bevollmächtigten vertreten ließ; das Schreiben wurde dem betreffenden Kreise überwiesen, und dieser prüfte nun, allerdings nicht mit großer Strenge, die Triftigkeit der für die Abwesenheit angegebenen Gründe. Erschienen die „gehabte Ehehaft“ nicht gültig, so zahlte der Abwesende 40 Rubel in die Ritterkasse; wer zwar sich einfand, aber verspätet, zahlte für jeden Tag des Fehlens 3 Rubel, handelte es sich nur um Unpünktlichkeit, für jede Stunde 1 Rubel. Ebenso war jede vorzeitige Abreise ohne Genehmigung des Ritterschafts-

<sup>200</sup> Wo zwischen 1711 und 1763 nur 11 Landtage stattfanden, s. Arbusow, Grundriß 263.

<sup>201</sup> Ob auch 1715, 1718 und 1719 Landtage stattgefunden haben (Wahl des Ritterschaftshauptmanns!), konnte ich beim Fehlen der Protokolle nicht feststellen. Wahrscheinlich ist es wegen des fortdauernden Krieges nicht, auch findet sich in Wrangells Chronik keine Erwähnung davon; für 1718 vgl. Ritter- und Landrechte, Vorbericht S. XVIII.

hauptmanns und des Kreises verboten und mit denselben Strafen bedroht.

Nach Beendigung dieser Prüfungen begab sich der Ritterschaftshauptmann in Begleitung zweier Landräte und einiger Vertreter der Kreise zum Gouverneur, um ihn zum Landtagsgottesdienst abzuholen. In der Hand das Zeichen seiner Würde, den silbernen Stab, führte er ihn zuerst in die Landratsstube und von hier den ganzen Adel mit den Landräten an der Spitze in den Dom, das altehrwürdige Gotteshaus der Ritterschaft, „zur Anhörung der Landtags-Predigt“, nach deren Beendigung aber in ebenso feierlicher Prozession in das Ritterhaus zurück: Den Gouverneur mit den Landräten in die Oberlandgerichtsstube, die Ritterschaft aber „auf die andere Seite“, nämlich in den gegenüberliegenden Landtagssaal. Nun erst eröffnete der Ritterschaftshauptmann mit einer Ansprache den eigentlichen Landtag und wünschte der Versammlung „in Liebe und Einigkeit dergleichen Beratschlagungen zu hegen, die zu allgemeinem Besten des Vaterlandes von gedeyligen Folgen seyn mögten“ (1753). War, wie gewöhnlich auf einem ordentlichen Landtage, die dreijährige Wahlperiode des Ritterschaftshauptmanns abgelaufen, so statete er darauf der Ritterschaft seinen „verbündlichsten Dank für das Zeit hero in ihn gesetzte Vertrauen“ ab, erwähnte den vielen gehabten „chagrin und Unruhe“, den „aller angewandten Bemühung, allen patriotischen Wünschen, ja der wahrscheinlichsten Hoffnung entgegen“ oft versagt gebliebenen „erwünschten effect“<sup>202</sup> und bat, den wohlhergebrachten Gewohnheiten dieses Herzogtums gemäß nunmehr auch ihn seiner „mit unablässiger Arbeit verknüpften Function“ zu erlassen, demnach „einige Herren Cavaliers zu ernennen, die ihm, um den Staab im Collegio der Herren Landräthe abzugeben, folgen mogten“. Endlich offerierte er seine Rechnung „der allerschärfsten Revision“ durch zu erwähnende Vertreter der Kreise und fügte etwa auch, wie Otto Magnus Stackelberg 1750, den wohlberechtigten Wunsch hinzu, „daß ein Mittel ausfindig gemacht werden könnte, einem Jeden eine Ueberzeugung von allen vorgefallenen Ausgaben und deren Nothwendigkeit zu geben, damit auf solche Weise aller Critique und unzeitigen raisonnements auf dieses Chapitre, denen ein Ritterschaftshauptmann bey seinem ohne hin sehr schwierigen officio exponieret wäre, alendlich vorgebaut würde“.<sup>203</sup>

---

<sup>202</sup> 1750; vgl. Archiv Stackelberg I 137 f.

<sup>203</sup> Besondere unangenehme „raisonnements“ erwuchsen in dieser Hinsicht dem Ritterschaftshauptmann Otto Heinrich Rehbinden zu Maydell, der 1732 in Sachen des Wrangell-Schlippenbachschen Erbrechtsprozesses



Das Abschiedsgesuch eines Ritterschafthauptmanns wurde im allgemeinen mit dem Ausdruck des Dankes für die „bisherige gehabte Mühewaltung und gezeigten patriotischen Eifer“ bewilligt, auch war niemand verpflichtet, dieses durch den nötigen Aufwand, dauerndes Verweilen in Reval, Vernachlässigung der eigenen Wirtschaft kostspielige, durch den nie aufhörenden Kampf mit den Behörden in St. Petersburg aufreibende Amt länger als drei Jahre zu bekleiden. Da dem Ritterschafthauptmann weder Gehalt noch Repräsentationsgelder zustanden (außer bei Reisen in die Residenz), so waren eigentlich nur wohlhabende Leute in der Lage, dieses Amt zu übernehmen. Nur einmal, für Friedrich Johann Ulrich zu Loal, machte die Ritterschaft in dieser Beziehung eine Ausnahme: sie bewilligte ihm 1753, „nicht als Salarium, sondern als eine kleine Indemnisation“ für sein bisheriges Gehalt als Ritterschaftssekretär, bis zum nächsten Landtag jährlich 1000 Rubel, und diese Bewilligung wurde bei seiner sechsmal erfolgten Wiederwahl von jedem Landtag im Hinblick auf seine besondere Tüchtigkeit, aber „bedrängten Umstände“ bestätigt, wenn auch nicht ganz ohne Widerspruch.<sup>201</sup> Neben Otto Magnus Stackelberg zu Pühs ist Friedrich Johann Ulrich der einzige Ritterschafthauptmann gewesen, der in der behandelten Periode sein Amt länger als die üblichen drei Jahre bekleidet hat.

---

(s. S. 56) nach Petersburg hatte reisen müssen und mit den dazu bewilligten 400 Rthlr. nicht ausgekommen war, in Anbetracht der notwendigen Bestechungen durchaus verständlich. Bei seinem Abgang 1754 machte ihm die Ritterschaft eine „Nachrechnung“ über 1225 Rthlr. und ließ, da er die Summe nicht herbeischaffen konnte, sein Haus auf dem Dom mit Beschlag belegen; daraus entwickelte sich ein bis an das Reichsjustizkollegium gehender Rechtsstreit, in dem die Ritterschaft wegen ihres formalen Rechts zwar die Oberhand behielt, doch gewiß nicht zu ihrem Ruhme, selbst wenn man die schlechte Finanzlage des Landes berücksichtigt. R. konnte erst 1738 nach Bezahlung der Summe sein Haus wieder beziehen; daß von einer irgendwie unehrenhaften Verfehlung nicht die Rede sein kann, beweist seine zwei Jahre später erfolgte Wahl zum Landrat.

<sup>204</sup> So bewilligten 1765 die Kreise Harrien und Wierland die Summe nur mit Stimmenmehrheit, Jerwen und die Wieck drückten die Hoffnung aus, daß der Ritterschafthauptmann sich mit 600 Rubel begnügen werde und bewilligten auch nur so viel. Doch Ulrich ging nicht darauf ein, worauf das Landratskollegium sich der Meinung von Harrien-Wierland anschloß, mit der Ermahnung an die anderen Kreise, sich aus eigener Bewegung dem zu fügen; so geschah es auch.

Eine biographische Würdigung der aufgezählten Ritterschafthauptleute würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, es bedürfte dazu auch eingehender Forschungen in den Archiven der Residenzen und in Riga. Immerhin werden sich aus der laufenden Darstellung unschwer einzelne Persönlichkeiten als besonders tüchtig abheben.

### Liste der Ritterschaftshauptmänner 1710—1783:

- 1710—11 (stellv.) Landrat Fabian Ernst Stael v. Holstein zu Hannijöggi, 1672—1730;
- 1711—13 Berend Johann Wrangell zu Koil, wird Landrat, 1662—1715;
- 1713—15 Berend Johann Schulmann zu Sall, wird Landrat, 1660—1746;
- 1715—19 Erich Dietrich Frhr. v. Rosen zu Sellie, 1689—1735;
- 1719—21 Hans Heinrich Fersen zu Kirna, wird Landrat, † 1724;
- 1721—24 Gustav Magnus Frhr. v. Rehbinder zu Löwenwolde, 1673—1734;
- 1724—25 Jakob Johann Frhr. v. Tiesenhausen zu Schl. Wesenberg, wird Landrat, 1686—17(47);
- 1725—28 Jakob Heinrich v. Ulrich zu Loal, wird 1730 Landrat, † 1743;
- 1728—31 Hans Heinrich Frhr. v. Tiesenhausen zu Neuenhof, wird Landrat, 1685—1736;
- 1731—34 Otto Heinrich Frhr. v. Rehbinder zu Maydell, wird 1740 Landrat, † 1753;
- 1734—37 Gustav Reinhold Frhr. v. Löwen zu Seyer, 1690—1766;
- 1737—40 Christoph Engelbrecht Kursell zu Echmes, wird Landrat, 1685—1756;
- 1740—41 Adam Friedrich Frhr. v. Stackelberg zu Mexhof, wird Landrat, 1703—68;
- 1741—44 Berend Heinrich Tiesenhausen zu Kotz, wird Landrat, 1703—89;
- 1744—47 Magnus Wilhelm Nieroth zu Alt-Sommerhusen, wird Landrat, † 1770;
- 1747—53 Otto Magnus Stackelberg zu Pühs, wird 1751 unter Beibehaltung des Amtes als Ritterschaftshauptmann Landrat, 1704—65;
- 1753—70 Friedrich Johann v. Ulrich zu Loal, ist zuletzt auch Landrat, 1713—70;
- 1770—71 (stellv.) Landrat Gustav Reinhold v. Ulrich zu Laitz;
- 1771 Fabian Ernst Stael v. Holstein zu Hannijöggi, 1727—72;
- 1772—74 (stellv.) Landrat Berend Heinrich (nunmehr) Graf Tiesenhausen zu Kotz (s. o.);
- 1774—77 Ernst Johann Fock zu Saggad, wird 1781 Landrat, 1721—82;
- 1777—80 Otto Wilhelm Frhr. v. Budberg zu Hark, wird Landrat, 1730—93;
- 1780—83 Gustav Friedrich Engelhardt zu Koddasem, wird Landrat, 1732—98;

1783 Moritz Engelbrecht Kursell zu Orrisaar, ist dann bis 1786 Gouvernementsmarschall der Statthalter-schaftsverfassung und wird im selben Jahr Landrat, 1744—99.

Nachdem der abgehende Ritterschaftshauptmann dem Landratskollegium seinen Stab zurückgegeben hatte, war die erste Aufgabe des Landtages die Wahl eines neuen Ritterschaftshauptmanns aus den drei ihm vom Landratskollegium präsentierten Kandidaten.<sup>205</sup> Die Wahl geschah in der Weise, daß sich die Kreise nacheinander in der herkömmlichen Ordnung Harrien, Wierland, Jerwen, Wieck in die „Kammer“ begaben, wo „ein Jeglicher sein Votum auf einen Zettel schrieb, selbigen einwickelte und dem Ritterschaftssekretär übergab, der des Votierenden Namen auf einen aparten Bogen verzeichnete“. Die Öffnung und Zählung der Stimmen vollzog sich vor dem Plenum, und die relative Mehrheit entschied über die Wahl; bei Stimmengleichheit gab das Landratskollegium den Ausschlag. Bemerkenswert ist bei dieser Wahl, daß sie die einzige im estländischen Landtag übliche geheime Abstimmung darstellt.

Der neugewählte Ritterschaftshauptmann begab sich zuerst in Begleitung einiger Deputierter der Kreise zum Landratskollegium, legte hier den Eid ab und empfing vom Gouverneur oder ältesten Landrat den Stab; dann kehrte er in den Versammlungssaal zurück und übernahm mit einer „sich hierbey schickenden kurzen Rede“<sup>206</sup> sein neues Amt: Zuerst wieder der „verbündlichste Dank“ für die erwiesene Ehre, sodann die Versicherung, er werde seine Pflichten „mit einer wahrhaften patriotischen Gesinnung jeder Zeit dergestalt genau zu verknüpfen und sich eifrigst angelegen seyn lassen, daß alle seine Handlungen lediglich auf die unschätzbare Wohlfahrt seines Vaterlandes und seiner geliebten Mitbrüder abzielen sollten“, schließlich die Bitte an „Eine gesamte Hochwohl- und Wohlgeborene Ritterschaft, mit einem gleichen Eifer durch ihrer allerseits assistance zu den obhandenen und künftig vorfallenden Berathschlagungen ihme gütigst beyzutreten, und selbige durch das Band der Liebe und Einheit zu unterstützen“.<sup>207</sup> Mit einer allgemeinen Beglückwünschung pflegte diese erste Sitzung des Landtages ihr Ende zu finden.

---

<sup>205</sup> „Die drei, in Landes-Affairen wohlverfahrene und das jus indigenatus unstreitig habende Männer, so das Collegium derer Herren Landräthe ausfindig gemacht...“ (Tit. IV Art. 1). — Väter, Brüder oder Söhne von Kandidaten hatten kein Stimmrecht (IV 5).

<sup>206</sup> L. O. IV 6.

<sup>207</sup> Otto Magnus Stackelberg 1747.

- Am nächsten Tage begann die Arbeit mit der Verlesung
- a) der „*postulata*“, d. h. der Forderungen oder Anträge des General-Gouverneurs, die über das Landratskollegium dem Ritterschaftshauptmann zugegangen waren, danach
  - b) der „*deliberanda*“, nämlich der Anträge des Landratskollegiums und der Initiativ-Anträge des Ritterschaftshauptmanns, und schließlich
  - c) solcher Gesuche oder Anträge (Suppliquen oder Memorialen) von Gliedern der Ritterschaft und anderer Personen, die dem Ritterschaftshauptmann vorher eingereicht worden waren und die er nach seinem Ermessen vortrug oder nicht: letzteres betraf Sachen, die nicht „auf einen Landtag gehören, damit die ganze Ritterschaft nicht vergebens aufgehalten werde“.<sup>208</sup>

Mit der Verlesung der Anträge durch den Ritterschaftshauptmann war das Arbeitsprogramm des Landtags umrissen. In schwedischer Zeit scheint dem die Beratung im Plenum unmittelbar gefolgt zu sein, im 18. Jahrhundert wurden die „Propositions- und Deliberations-Punkte“ nach der „1. Lesung“ meist dem Ausschuß zu einer „vorläufigen Beprüfung“ übergeben. Die Benutzung des Ritterschaftsausschusses als vorberatende Kommission findet sich schon auf dem Landtag von 1721, worüber es im Protokoll heißt:

„Wurde beliebt, sich in Crayszen zusetzen, und wurde von dem Harrischen Craysz zum Ausschuß vorgeschlagen, welche mit dem Collegii (sic!) derer Hochwohlgeb. Herren Landt Räthen, über die eingekommene Memorialien und Angelegenheiten des Landes zu deliberieren, und E. gesambten hochwohl- und wohlgeb. Ritterschaft und des Landes besten zu observiren sich angelegen seyn zu laszen, gelieben werden; wozu dann denominiret worden nachfolgende aus...“ (Harrien usw.).<sup>209</sup>

<sup>208</sup> L. O. VI 3; vgl. auch VII 1 (o. S. 68).

<sup>209</sup> Die Glieder dieses vielleicht zum ersten Male als Kommission fungierenden Ausschusses waren für

Harrien: Mannrichter u. Kapitän Carl Wrangell zu Koil, später Landrat,

Mannrichter u. Kapitän Jakob Heinr. v. Ulrich zu Loal, sp. Ritterschaftshauptmann,

„Baron u. Hakenrichter“ Berend v. Uexküll-Gyllenband zu Herküll,

Leutnant Jürgen Gustav Hastfer zu Kappel.

Wierland: Major Robert Stäckelberg zu Kersel,

„Baron u. Capitän“ Jakob Joh. Tiesenhausen zu Schl. Wessenberg, sp. Ritterschaftshauptmann,

Rittmeister u. Hakenrichter Gustav Bernhard Helffreich zu Viol,

Rittmeister Ewold Gustav v. Schütz zu Perifer.

Dieses Verfahren der Vorberatung solcher Materien, die anders „mit einigen succes von der sämtlichen Ritterschaft in pleno nicht abgehandelt werden können“, <sup>210</sup> wurde in der Landtagsordnung festgelegt. Jeder Kreis wählte durch Zuruf zwei oder drei „in den vorkommenden Landes-Angelegenheiten die beste Wissenschaft habende Männer“. Der so konstituierte Ausschuß versammelte sich auf Einladung und unter Vorsitz des Ritterschaftshauptmanns an Tagen ohne Plenarsitzung, einigte sich über ein Gutachten zu jedem einzelnen Punkt der Tagesordnung und ließ es dem Landtagsprotokoll einfügen.

Erst nach Verlesung dieser „vorläufigen Sentiments“ im Plenum des Landtages begann die eigentliche Debatte, und zwar wieder kreisweise nacheinander in der herkömmlichen Ordnung. Das hierbei angewandte Verfahren hat mit dem parlamentarischen wenig Ähnlichkeit, es erinnert eher an den Vorgang der Urteilsfindung beim deutschrechtlichen Prozeß mit dem Ziel der Einigung auf einen gemachten Vorschlag. Die Debatte, wenn man die Summe der meist ruhig-sachlichen Meinungsäußerungen der Landtagsmitglieder überhaupt so nennen kann, hat den ausgesprochenen und auch oft genug erreichten Zweck, den „Mitbruder“ in Güte zu überzeugen, ihn auf schwache Punkte seiner Ansicht aufmerksam zu machen: Solche protokollierten Meinungsänderungen finden sich in jedem Landtagsrezeß („Herr ... consentirte nun auch darin“, „... inhaerirte gleichfalls dem vorigen Sentiment“, „... bei reifer Betrachtung, fiel er dem Sentiment bei“). Eine Abstimmung nach geschlossener Debatte findet nicht statt, da jeder einzelne sein Votum schon mit oder ohne Zusätze zu Protokoll gegeben hat. Die starre Zählung der für und gegen einen Antrag abgegebenen Stimmen ist erst das allerletzte Mittel zur Erzielung eines Schlusses, da es mit der stets erstrebten brüderlichen Liebe und Eintracht nicht im Einklang steht. Erst wenn alle gegenseitigen Überzeugungsversuche und die Ermahnungen des Ritterschaftshauptmanns vergeblich ge-

---

Jerwen: „Baron und Ritterschaftshauptmann“ Erich Dietrich Rosen zu Sellie (vielleicht als Arrendator von Sonorm/Jerw., das s. Vater gehörte?),

Kapitän u. Ober-Commissaire Carl Gustav v. Staal zu Linnapäh, Leutnant Philipp Johann v. Saltza zu Kurküll.

die Wieck: Rittmeister Adam Johann v. Nasacken zu Werpel, „Baron und Capitän“ Gustav Reinhold Löwen zu Seyer, sp. Rittersch.Hptm.,

Kapitän und Hakenrichter Jakob Johann Berg zu Stenhusen (1686—1734), sp. Landrat,

Assessor Magnus Wilhelm Nieroth zu Nurms (u. Alt-Sommerhusen), sp. Ritterschaftshauptmann.

<sup>210</sup> L. O. V 1.

wesen sind, wird das Votum der Mehrheit als Meinung des Kreises im Landtagsrezeß verzeichnet, worauf dasselbe Verfahren sich in den drei anderen Kreisen wiederholt. Gehen die Meinungen der Kreise auseinander, so begnügt man auch hier sich erst dann mit dem Votum der Mehrzahl, wenn trotz allen Bemühungen des Ritterschaftshauptmanns keine Einigung zu erzielen war.

Der so zustande gekommene Rezeß des Landtages wurde dem Landratskollegium „bekannt gemacht, dessen dabey etwan gehäbte Anmerkung verschrieben, und solches sodann Einer Ritterschaft hinwiederum durch den Herrn Ritterschaftshauptmann zur fernerer Unterlegung anheim gestellt, auch welchen ingreß es bey der Ritterschaft gefunden, auf das genaueste und accurateste in dem Landtags-Protocoll alles verzeichnet“.<sup>211</sup> Obwohl eine formelle Verpflichtung der Ritterschaft, den Bemerkungen der Landräte Folge zu leisten, in der Landtagsordnung nirgends ausgesprochen ist, so scheint diese Verpflichtung doch praktisch bestanden zu haben, mindestens aber war die Ritterschaft einsichtig genug, dem Rat der bewährtesten Männer des Landes fast immer ihre Beschlüsse anzupassen. Stand im Landtag die Meinung von zwei Kreisen gegen die der zwei anderen, so gebührte dem Landratskollegium auch formell die Entscheidung.<sup>212</sup> Dem innern Sinn der Institution entsprach diese Art des Zustandekommens eines Landtagsbeschlusses am wenigsten; das Ideal blieb die fortschreitende Einigung, zuerst unter den Gliedern des Kreises, dann unter den vier Kreisen, schließlich zwischen Ritterschaft und Landratskollegium.<sup>213</sup> Auch das später folgende Verfahren zur Erlangung der notwendigen Bestätigung des Gouverneurs oder Generalgouverneurs kann man als eine Kette von Einigungsversuchen bezeichnen, die zwischen zwei gleichgestellten und schließlich doch aufeinander angewiesenen Institutionen vor sich gingen, wobei nur äußerlich das Übergewicht auf der Seite des Gouverneurs war: Stellte dieser die mit

<sup>211</sup> L. O. VI 7.

<sup>212</sup> L. O. VI 6. Die Entscheidung erfolgte niemals kategorisch, sondern immer mit der Einladung an die beiden anderen Kreise, freiwillig der Meinung des L. R. K. beizutreten; meist geschah das auch, so daß letzten Endes die Landtagsbeschlüsse doch fast immer einstimmig gefaßt wurden. Formell stand dem L. R. K. nur die Wahl zwischen den beiden auseinandergehenden Meinungen zu; praktisch war das kaum eine Einschränkung, da die eine dieser Meinungen, die vom Ritterschaftshauptmann vorgeschlagene, schon vorher meistens vom L. R. K. gebilligt worden war. Doch gab es auch Fälle, in denen das L. R. K. eine dritte Meinung vertrat und durchsetzte.

<sup>213</sup> Das geht einwandfrei aus den Protokollen hervor. Hier folgt eine Zusammenstellung der entsprechenden Stellen aus der Landtagsordnung: III 3; V 1 („abgemacht“); VI 6 („eins werden“), („Vereinbarung“); VII 2; VII 4; IX 1 („Abmachungen“).

einer gewissen Befehlsbefugnis ausgestattete Obrigkeit dar, so standen andererseits der Ritterschaft, gestützt auf ihre Privilegien, genügend Wege offen, um bei den Zentralbehörden und selbst an den Stufen des Thrones ihren Willen durchzusetzen. —

Nachdem also der Landtagsschluß als „ein summarischer Einbegriff derer, auf dem Landtage, in Landes-Angelegenheiten vorgefallenen Abmachungen“ (!), noch einmal von der Ritterschaft und danach dem Landratskollegium „mit dem Landtags-Rezeß... collationieret, revidieret und approbiert“, auf Stempelpapier (*charta sigillata*) geschrieben und von den beiden ältesten<sup>214</sup> Landräten sowie dem Ritterschaftshauptmann<sup>215</sup> unterschrieben worden war, ging er „mit beygefügter demüthiger Bitte um eine hochobrigkeitliche Confirmation“ an den Gouverneur. Dazu begab sich der Ritterschaftshauptmann mit einigen Vertretern der Kreise auf das Schloß, überreichte in feierlicher Form das Dokument, empfahl „zum Abschiede die gesamte Ritterschaft der beharrlichen Protection des Herrn Gouverneurs“ und führte endlich „seine bey sich habende suite“ auf das Ritterhaus zurück. Nachdem so die Aufgabe des Landtages erfüllt war, wurde er durch den Ritterschaftshauptmann geschlossen, indem dieser die Versammlung „vermittelt einer kleinen Rede“ nach Hause entließ.

Der Besuch eines Landtages mit dem kostspieligen, drei bis vier Wochen dauernden Aufenthalt in Reval war für die meist armen Glieder der estländischen Ritterschaft eine schwere pekuniäre Last, noch am wenigsten für die nicht allzuweit entfernt wohnenden Harrischen, am meisten für die abgelegenen, einem mageren Boden nur mühsam Erträge abringenden Gutsbesitzer der Wieck. Es ist daher verständlich, daß der Landtag niemals auch nur annähernd vollzählig von den etwa 2—300 indigenierten Gutsbesitzern und Arrendatoren besucht war. Mehr als 100 Personen pflegten selten auf einem Landtag zu erscheinen, die übrigen blieben trotz allen Strafbestimmungen zu Hause; Harrien war natürlich am stärksten, oft doppelt so stark vertreten wie die Wieck.

Da man schon seit dem 16. Jahrhundert sich daran gewöhnt hatte, im Landratskollegium mehr eine Obrigkeit als eine Korporation innerhalb der Ritterschaft zu sehen, ergab sich die Notwendigkeit einer dauernden Interessenvertretung in der Zeit zwischen zwei Landtagen, wodurch gleichzeitig die Stellung des Ritterschaftshauptmanns nach außen gestärkt, nach innen entlastet

<sup>214</sup> Nach dem Dienstalster als Landräte.

<sup>215</sup> „Nomine des Collegii und der gesamten Ritterschaft“ („Landräte und sämtliche Ritterschaft“). L. O. IX 1, 2, 4.

wurde. Allen diesen Gründen verdankt die Institution des engeren Ausschusses oder Ritterschaftsausschusses ihre Entstehung, dessen Funktion als Kommission des Landtags schon geschildert wurde.

Die erste Aufgabe des Ausschusses nach geschlossenem Landtag war die Erlangung der obrigkeitlichen Bestätigung des Landtagsschlusses, „da es sich öfter ereignet, daß ein oder der andere Punkt ... nicht confirmiert wird, oder irgendeine nähere declaration bedarf...“<sup>216</sup> Kamen solche Beanstandungen aus dem General-Gouvernement, so wurden sie in gemeinschaftlicher Sitzung des Landratskollegiums und Ausschusses<sup>217</sup> beraten, die Beschlüsse der Ritterschaft „vermittelt einer Supplike an das Kaiserliche General-Gouvernement nochmals aufs Deutlichste ventiliert und der Grund welcher Eine Ritterschaft zu deren Abhandlung gehabt, erweißlich dargethan mit iterierter demüthiger Bitte um eine völlige confirmation. Auf diese Supplike resolviret das Kaiserliche General-Gouvernement abermals und erhält also der Landtags-Schluß, nachdem er confirmiret worden seine vollkommene vim legis“.<sup>218</sup> Der Sinn ist klar, wenn auch nicht deutlich ausgesprochen: Die Verhandlungen gehen so lange hin und her, bis der Gouverneur nachgibt. Natürlich konnte das nicht immer gelingen, am wenigsten, wenn der Gouverneur gemessene Befehle aus Petersburg hatte; sehr oft aber gelang es dem Ritterschaftshauptmann, meist durch persönliche Unterhandlungen mit dem Gouverneur, die Wünsche der Ritterschaft durchzusetzen, wobei ihm oder einem der Landräte das wiederholte Votum des Ausschusses eine willkommene Rückendeckung und Stütze bot.

Erst wenn auf diese Weise der Landtagsbeschluß perfekt geworden war, wurde auch der Ausschuß nach Hause entlassen, doch mit der Verpflichtung, nach Ermessen und auf Einladung des Ritterschaftshauptmanns jederzeit wieder zusammenzutreten. Abgesehen von größeren Geldbewilligungen lagen eigentlich alle Rechte des Landtags auch in der Kompetenz des Ausschusses; die Ritterschaft war verbunden, „vollkommen vor genehm zu halten,“ was der Ritter-

---

<sup>216</sup> L. O. IX 6.

<sup>217</sup> Die gemeinschaftliche Sitzung bedeutet ein vereinfachtes Verfahren zur Erzielung eines Gesamtwillens zweier selbständiger Organe. Derselbe Gedanke kommt noch klarer zum Ausdruck im Landtag: 4 selbständige Kreistage, eigentlich nur durch die Person des Ritterschaftshauptmanns als des gemeinsamen Präsidenten verbunden, beraten nacheinander, aber zur Vereinfachung des Verfahrens bei Bildung eines Gesamtwillens je in Gegenwart der drei anderen. Doch fanden, etwa zur Vornahme rein lokaler Repartitionen, gelegentlich auch abgesonderte Kreistage statt.

<sup>218</sup> L. O. IX 6.



schaftsausschuß „conjunctim“ mit dem Landratskollegium „agierte, und was in dieser gemeinschaftlichen Versammlung abgemacht“ wurde. Da jedoch der Ritterschaftsausschuß zur Ausübung seiner Rechte zwischen zwei Landtagen jedesmal einer ausdrücklichen Autorisation durch den Landtag bedurfte, zeigen sich in der Praxis der ganzen behandelten Periode starke Schwankungen in bezug auf die Begrenzung der Vollmachten, auch nach Erlaß der Landtagsordnung. In den ersten unruhigen Jahrzehnten der russischen Herrschaft geschah selbst die Wahl des Ausschusses nicht immer auf einwandfreie Weise. Ohne daß ein Landtag ausgeschrieben war, wählten die im Februar 1723 zu den Gerichtssitzungen in Reval anwesenden Glieder der Ritterschaft, darunter sehr viele aus Harrien, einen neuen Ritterschaftsausschuß von 16 Gliedern,<sup>219</sup> der natürlich vom Gouverneur ebensowenig anerkannt wurde, wie die sonstigen Beschlüsse dieser zufälligen Versammlung; ähnliches geschah 1730, worüber bei der Schilderung des Wrangell-Schlippenbachschen Erbrechtsprozesses schon das nötige gesagt wurde. 1734 erhielt der Ausschuß nur den allgemeinen Auftrag, über das Wohl des Vaterlandes zu wachen, was aber entschieden über den Landtagsschluß von 1729 — Fortführung unvollendet gebliebener Sachen — hinausgeht. 1756 ermächtigte der Landtag den Ausschuß, die bewilligten Ladengelder nötigenfalls zu erhöhen, 1758 genehmigte derselbe Ausschuß nach einigem Schwanken das übliche Geschenk an den neuen Gouverneur und setzte die Summe auf 1000 Rubel fest, ohne Beanstandung durch den nächsten Landtag. Später scheinen die „Gratifikationen“ überhand genommen zu haben, denn die Landtage von 1765, 1768 und 1771 verboten dem Ausschuß ausdrücklich, in irgendwelche Geschenke oder außerordentliche Korn- und Geldlieferungen zu willigen. Als diese kategorische Forderung auf den Widerstand der Landräte stieß, gab die Ritterschaft 1771 vor dem Auseinandergehen die salomonische Erklärung ab, daß sie mit ihrem Beschluß nicht etwa alle unvorhergesehenen Ausgaben außerhalb des Landtages verhindern, sondern nur Landratskollegium und Ausschuß wider etwaige „Anmutungen“ habe decken wollen. Seit dieser vernünftigen Entscheidung sind Differenzen des Ausschusses mit dem Landtag über außerordentliche Ausgaben nicht mehr nachweisbar.

Einige Beispiele mögen den Verwendungszweck solcher Gelder oder Leistungen illustrieren: 1772: Holz und Arbeitskräfte zur Anlage eines Tiergartens für den General-Gouverneur in Fischmeister. 1776: 120 Faden (zu 2,1 m) Brennholz für den Vice-Gouverneur (auf dessen Anfrage, wo er solches Holz kaufen könne!). 1779: der Witwe des Vice-Gouverneurs

---

<sup>219</sup> R. Prot. 1723; vgl. U. B. Stael v. Holstein Nr. 224 vom 22. 2. 1723.

500 Rubel als Ersatz für die in der Dienstwohnung angebrachten Verzierungen (damit sie diese nicht entferne, und die Wohnung dadurch auf den Nachfolger „einen üblen Eindruck“ mache), ferner 1000 Rubel zur Erhaltung des guten Willens einflußreicher Gönner in Petersburg. 1780: den Beamten der Gouvernements-Kanzlei außer dem gewöhnlichen „douceur“ noch 300 Rubel für außergewöhnlich schnellen Eingang der Bestätigung des Landtagsschlusses. 1782 wieder 1000 Rubel für Petersburg.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Ritterschaftsausschuß zuletzt eigentlich alle Kompetenzen des Landtags hatte, eingeschränkt nur durch die Grenze seines Verantwortungswillens gegenüber dem nächsten Landtag, gebunden wie dieser an die Zustimmung der Landräte.

## 2. Das Landratskollegium.

Eine befriedigende, vergleichende Darstellung der Geschichte des estländischen Landratskollegiums und Oberlandgerichts ist bisher nicht geschrieben,<sup>220</sup> sie zu geben kann auch nicht Aufgabe dieser Arbeit sein. Betrachten wir den harrisch-wierischen Landesrat,<sup>221</sup> wie er sich uns um die Wende des 14. Jahrhunderts (s. a. S. 3) aus den spärlichen Quellen darstellt, so ergeben sich als seine wesentlichen Merkmale: Nicht von Fall zu Fall zur Raterteilung herangezogene Vasallen, sondern vom Landesherrn für die Dauer ernannte, geschworene Räte, Teilnahme an allen wichtigeren politischen oder administrativen Entscheidungen, Eigenschaft als oberstes landesherrliches Gericht (das spätere „Gericht in des Landesherrn Kammer“, Kammergericht).<sup>222</sup> Bis hierher entspricht der Landesrat also völlig dem sogenannten neuen Rat des werdenden Ständestaats,<sup>223</sup> wie er sich auch in den anderen deutschen Territorien mit der Auflösung des Lehnstaats und der Ausbildung der Landeshoheit entwickelt. Ein Unterschied zeigt sich aber schon in der Frühzeit: Der Landesherr ernennt zwar die Räte, aber er ist in der Auswahl nicht frei. Die geographische Lage des

<sup>220</sup> Pauckers Darstellung, so sehr sie als Zusammenstellung des damals (1855) bekannten Materials ihren Wert hat, vermeidet doch jede Bezugnahme auf die allgemeine Entwicklung: dasselbe trifft zu auf die (übrigem nicht zusammenhängenden) Darstellungen in den amtlichen „Grundlagen“ (namentlich II 22, 55, 99, 169), bei Gernet (harr.-wir. Ritterschaft 7, 51, 69, hier ein m. E. künstlicher Versuch, dem Landesrat die Eigenschaft als landesherrlicher Rat abzusprechen; Agrarrecht 7, 10) und in den allgemeinen baltischen Geschichtswerken. Bunge, Ständeverhältnisse 75 f., gibt seiner kurzen Darstellung durch Beziehung auf Eichhorn den großen Rahmen, doch reicht sie leider nur bis 1561.

<sup>221</sup> Die Betrachtung des ösel-wieckischen Stiftrats ist in diesem Zusammenhang nicht nötig, da sich das spätere Landratskollegium durchaus als eine Fortbildung des harrisch-wierischen Rats darstellt.

<sup>222</sup> Vgl. Spangenberg, Ständestaat 42 und desselben „Zentralverwaltung“ 184 f.

<sup>223</sup> Spangenberg, Ständestaat 60 f.

Landes und die sich daraus früh ergebende Machtstellung der geeinten Ritterschaft nötigt ihn dazu, die Räte ausschließlich aus dem Kreise der landeseingesessenen Vasallen zu wählen. Daß ein so zusammengesetzter, auf eine organisierte Vasallenschaft und also auf die gesamte militärische Macht des Landes gestützter Rat die Pflicht, auf Verlangen Rat zu erteilen, bald in das Recht, verbindlich gehört zu werden, verwandeln würde, lag um so mehr auf der Hand, als der Landesherr niemals persönlich anwesend, immer nur durch einen Statthalter vertreten war.<sup>224</sup> Hatte der Rat aber das zwingende Recht des Gehörtwerdens, so konnte dieses Recht doch nicht einer zufälligen Versammlung von Räten zukommen, es bedurfte vielmehr einer festen kollegialischen Organisation. Daß der Landesrat schon 1315 eine solche Form gewonnen hatte, ergibt sich indirekt aus der folgenden Stelle des Waldemar-Erichschen Lehnrechts:<sup>225</sup> „Wo de Rath nicht all thosamende is, wor erer mehr is een, wenn de Helffte, de mögen Ordel steden.“ Schließlich machte der Landesrat sich noch zur Zeit der dänischen Herrschaft von der landesherrlichen Ernennung frei und erlangte das Recht der Selbstergänzung aus dem Kreise der eingesessenen Vasallen.<sup>226</sup>

Mit diesem Schritt hatte der Landesrat um die Mitte des 14. Jahrhunderts alle die Eigenschaften und Funktionen erhalten, die ihm noch 400 Jahre später um die Mitte des 18. Jahrhunderts unter der wechselnden Bezeichnung „Kollegium derer hochwohlgeborenen Herren Landräte“ oder „Erlauchtes Kaiserliches Oberlandgericht“ anhafteten: In seiner Zusammensetzung rein ständisch und völlig frei von landesherrlicher Beeinflussung, nach seiner Funktion einerseits landesherrliches Regierungskollegium und Kammergericht, andererseits ständische Vertretungskörperschaft. Die großen Linien sind unverändert, im einzelnen konnte eine 400jährige Geschichte nicht vorübergegangen sein, ohne Spuren der Entwicklung zu zeigen.

Wir wissen nichts bestimmtes über die Grundsätze, nach denen der König von Dänemark seine estländischen Räte auswählte, wir können uns aber denken, daß er einerseits

<sup>224</sup> Vgl. Spangenberg, Zentralverwaltung 103, wo die Bindung des Statthalters an die Zustimmung der Räte als im Interesse des Landesherrn liegend hingestellt wird. Die Frage nach der Existenz besonderer „Provinzialräte“ hängt schließlich ab von der Auffassung des Staatszusammenhangs: War das Verhältnis Estlands zu Dänemark praktisch das einer Personalunion, so waren die harrisch-wierischen Räte jedenfalls keine Provinzialräte.

<sup>225</sup> Ewers, Ritter- und Landrechte 52 § 29.

<sup>226</sup> Bunge, Standesverhältnisse 76; die Ritter- und Landrechte, I 4, zitieren als Quelle für das Recht der Kooptation nur ein Protokoll von 1596.

auf loyale Gesinnung des zu ernennenden Vasallen, andererseits auf angesehene, machtvolle Stellung unter den Genossen Wert legte, ohne welche die Loyalität ja wenig Nutzen bringen konnte. Nach ähnlichen Grundsätzen mit entsprechend veränderter Bedeutung des Begriffes der Loyalität wird der Landesrat des 14. Jahrhunderts sein Selbstergänzungsrecht ausgeübt haben. Der alte Gesichtspunkt der Machtstellung findet sich noch im 17., weniger im 18. Jahrhundert, insofern man Mitbrüder, die in hohen Staatsstellungen Einfluß und Macht erlangt haben und diese nach ihrer Gesinnung zum Besten des Landes zu verwenden versprechen, gern in das Landratskollegium wählt. Der normale Landrat aber ist nun das Produkt einer Art ständischer Beamtenhierarchie und ihr Gipfel. Der junge Edelmann beginnt seine Laufbahn als Hakenrichter-Adjunkt oder Manngerichts-Assessor, wird dann nacheinander Hakenrichter und Mannrichter, schließlich, wenn Glück und Fähigkeiten ihn auszeichnen, Ritterschaftshauptmann, endlich, wieder fast regelmäßig, Landrat; ebenso oft wird aber ein gewesener Mannrichter direkt zum Landrat gewählt, da die Zahl der gewesenen Ritterschaftshauptleute zur Auffüllung des zwölfköpfigen Kollegiums nicht ausreicht.

Die erste Festlegung dieser durchaus nicht starren, aber doch gewohnheitsmäßig eingehaltenen Stufenleiter findet sich in einem Bericht des Landratskollegiums<sup>227</sup> an das Reichs-Justizkollegium vom 18. November 1721: „Wann auch solchergestalt ein... Haacken-Richter seine Function in denen vorgeschriebenen dreyen Jahren zu Ende gebracht, so wird auf einen solchen gemeiniglich die Absicht zur Mann-Richter-Stelle genommen... Wann nun ein oder der andere von denen verordneten Mann-Richtern sein ihm anbetraut gewesenes Richter-Ambt drey Jahre verwaltet hat, und erlassen worden ist, wird er auf die Wahl zum Ritterschaft-Hauptmann mitgebracht, und also gemeiniglich zu dieser Function vor Andern durch die Ritterschaft erwählet. ...und ist anbey der Ritterschaft-Hauptmann der Nächste zu der Landt-Raths-Würde.“

Als man, um 1730, auch die höheren Posten der Ritterschafts-Kanzlei mit eingesessenen Edelleuten zu besetzen begann, gab auch die Stelle eines 1. Ritterschafts-Sekretärs Anwartschaft auf die Wahl zum Ritterschaftshauptmann oder Landrat.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Rat des 14. Jahrhunderts nach der persönlichen Qualifikation seiner Glieder etwa einer Herrenkurie oder einem Oberhaus zu vergleichen ist, während das Landratskollegium des 18. Jahrhunderts wesentlich einen Senat darstellt. Der ständische Charakter ist in Beziehung auf die Zusammensetzung völlig unverändert: Das Selbstergänzungsrecht wird kompensiert durch die Beschränkung der Wahl auf einge-

---

<sup>227</sup> Ewers, Ritter- und Landrechte 12, 13, 15.

sessene, indigenierte Edelleute, und die Wahl selbst, zum Landrat wie zu den andern vorgenannten Richter- und Landesämtern, bedarf in keinem Fall einer landesherrlichen Bestätigung.

Vergleichen wir nunmehr die Funktion des Rats als Regierungskollegium im 14. und 18. Jahrhundert, so ergeben sich doch stärkere Unterschiede, die in der veränderten, nämlich weit schwächer gewordenen Stellung des Landes im Verhältnis zum Herrschaftsstaat begründet sind. Das dänische Estland, ursprünglich abhängige Kolonie, befand sich nach den ersten Jahrzehnten praktisch in einem Verhältnis zum (dänischen) Reich, das man als Personalunion bezeichnen kann; es ordnete nicht nur seine inneren Angelegenheiten völlig selbständig und ohne Beeinflussung durch andere Reichsinstitutionen als den königlichen Statthalter, sondern es war durch die allgemeine politische Lage auch genötigt, eine eigene auswärtige Politik zu führen. Dieser umfassenden politischen Betätigung entsprach die Stellung der *duodecim jurati regni* oder *regis Daciae per Estoniam constituti*, des Landesrats; er war nach seiner Funktion in Beziehung auf die Exekutive das, was man heute ein Ministerium nennt. Ganz anders mußte das Verhältnis unter der Herrschaft zentralisierter moderner Staaten, des Ordens, Schwedens und schließlich Rußlands sich gestalten. In Beziehung auf die staatliche Verwaltung war der Rat nun, unter Vorsitz des Komturs oder Gouverneurs, formell nichts weiter als ein Kollegium provinzieller Regierungsräte, dessen Einfluß allerdings, vermöge der aus seinen übrigen Funktionen sich ergebenden Stützungen, immer besonders und über die eigentliche Kompetenz hinaus stark sein mußte. Aus diesen Gründen darf man auch der Tatsache, daß die Landräte um die Mitte des 17. Jahrhunderts aus der staatlichen Provinzialverwaltung formell überhaupt ausgeschaltet, an ihrer Stelle dem Gouverneur besoldete Assistenz-Räte zugeordnet wurden, keine umwälzende Bedeutung zumessen. Vorübergehend, für die ersten 40 Jahre der russischen Herrschaft, erlangten sie ihre alte Stellung insofern annähernd wieder, als während dieser Zeit zwei Landräte abwechselnd und nach Bestimmung des Kollegiums mit der Funktion von Regierungsräten der Gouvernementsverwaltung beauftragt waren, schließlich einzelne Landräte (Löwen, Rosen, Zöge) jahrzehntelang als Vice-Gouverneure und eigentlich als Gouverneure an der Spitze der staatlichen Provinzialverwaltung standen. Dieser Zeitraum kann zwar in Beziehung auf die wirkliche Macht mit der Frühzeit nicht verglichen werden, in Beziehung auf den Umfang des Arbeitsgebiets stellt er aber einen der bedeutungsvollsten in der fast

700jährigen Geschichte des estländischen Landratskollegiums dar. Er fand sein Ende in den vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts, als wieder hauptamtlich angestellte Beamte mit der Funktion von Regierungsräten bei der Gouvernementsverwaltung beauftragt wurden.

Als oberstes, bis 1651 inappellables Gericht des Landes hat das Landratskollegium seit dem 13. Jahrhundert ununterbrochen bis zum Jahre 1889 fungiert, worüber im letzten Kapitel einiges Nähere gesagt wird. Hier ist nur zu bemerken, daß seine Zuständigkeit sich fortwährend und selbst in der Zeit des Absolutismus auch auf bürgerliche Streitigkeiten Privater mit dem Fiskus erstreckt hat,<sup>228</sup> eine Wegziehung solcher Prozesse durch Verwaltungsbehörden, wie es etwa in Preußen durch die Kriegs- und Domänenkammern und namentlich in Frankreich durch die Intendanten geschah, also, wenigstens in der Regel, nicht stattfand. Der naheliegende Gedanke, wegen der gleichzeitigen staatlich-administrativen Funktionen seiner Glieder das Oberlandgericht selbst als eine fiskalische Verwaltungsbehörde aufzufassen, würde dem Wesen dieser Institution nicht gerecht werden, übrigens auch für die Zeit zwischen 1650 und 1710 und dann wieder seit 1750 überhaupt jeder Unterlage entbehren.

Die Funktionen des Landratskollegiums im Mechanismus der ständischen Verfassung sind schon im Zusammenhang geschildert worden. Dabei wurden auch einige der Gründe gestreift, aus denen die Ritterschaft bereits im 16. Jahrhundert sich bewogen sah, dem Landratskollegium als der ursprünglichen und nach seiner Zusammensetzung den ständischen Charakter fortwährend streng bewahrenden ritterschaftlichen Vertretungskörperschaft einen besonderen Ritterschafts-Ausschuß gegenüberzustellen. In der Tat konnte das Landratskollegium, mächtig, aber auch beeinflusst durch die dreifach verschiedene Art seiner Funktionen, der Ritterschaft als einzige Repräsentation namentlich deswegen nicht genügen, weil es hinsichtlich seiner Zusammensetzung von ihr so gut wie unabhängig war. Nun gehört ja wahlmäßige Abhängigkeit der repräsentativen Körperschaft von den Repräsentierten nicht unbedingt zum Wesen der Repräsentation; steht es aber im Vermögen der Repräsentierten, sich eine abhängige Repräsentation zu schaffen, so wird diese Möglichkeit auch ausgenutzt werden. Das tat die estländische Ritterschaft mit der zuerst gelegentlichen Bestellung, dann ständigen Einsetzung des Ritterschafts-Ausschusses. Durch diesen Schritt war dem

---

<sup>228</sup> Als 1. Instanz! Die Tätigkeit der schwedischen Reduktions-, Liquidations- und Observations- und der russischen Restitutions-Kommissionen stellt demgegenüber ein Ausnahmeverfahren dar.

Landratskollegium im System der landständischen Verfassung auch äußerlich die Stellung angewiesen, die es virtuell schon lange inne hatte: Ohne nennenswerte Einbuße in seiner Machtfülle zu erleiden, am Erstarren verhindert durch den steten Kontakt mit den jungen und frischen Kräften des Landes im Ritterschafts-Ausschuß, dabei unabhängig von flüchtigen Tagesmeinungen durch die Lebenslänglichkeit der Berufung, wurde es nun recht eigentlich zu dem weisen und ehrwürdigen Rat der Alten, dem Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Landesschiedsals zu einer untrennbaren Einheit verschmolzen. Es charakterisiert gleicherweise Stellung wie Pflichtauffassung der Landräte, wenn sie im Landtagsabschied von Wosel 1595<sup>220</sup> sich selbst als „Häupter und Regenten des Landes“ bezeichnen oder wenn sie in den Ritter- und Landrechten 1650 „Väter des Vaterlandes“<sup>230</sup> genannt werden.

Vergegenwärtigen wir uns zum Schluß noch einmal das Wesentliche in der Geschichte des Landratskollegiums, so ist es das: Ein Rat, wie ihn die meisten deutschen Territorien hervorgebracht haben, nur von Anfang an in seiner Zusammensetzung besonders stark ständisch gebunden, entwickelt sich zu einem festgefügtten, staatlichen Administrativ- und Justiz-Kollegium. Bis hierher findet sich, grundsätzlich, nichts, was von der gewöhnlichen Entwicklung abweicht. Merkwürdig ist aber nun die Erscheinung, daß dieses staatliche und in seinen Funktionen ausschließliche Organ nicht nur fortfährt, in seiner Zusammensetzung den ständischen Charakter streng zu bewahren, sondern darüber hinaus sich vom landesherrlichen Ernennungsrecht vollständig freimacht. Merkwürdig ist ferner, daß dieses staatliche Organ gleichzeitig und mit dem Willen der Stände auch zum ständischen Repräsentativ-Organ sich entwickelt, in dieser Eigenschaft allerdings nicht mit ausschließender, sondern nur mitwirkender Kraft; angesichts des Doppelcharakters der Räte wagt das Land nicht, ihnen das volle Willigungsrecht über Leistungen anzuvertrauen. Wenn aber Spangenberg<sup>231</sup> sagt, daß es den deutschen Ständen im allgemeinen nicht gelungen sei, sich vermittelst des Rates einen dauernden, „verfassungsmäßigen“ Einfluß auf die Ordnung der Landesangelegenheiten zu sichern und ferner, daß der Rat „ein Organ der Verwaltung, nicht ein Glied der Verfassung“ gewesen sei, so ist demgegenüber jedenfalls für Estland festzustellen, daß der Landesrat hier immer die

---

<sup>220</sup> Inland 1859 Nr. 48.

<sup>230</sup> Ritter- und Landrechte 1 I 7; auch noch 1721 in dem Bericht des Landratskollegiums an das Justizkollegium über die Gerichtsverfassung des Landes, s. Ewers, Ritter- und Landrechte 8.

<sup>231</sup> Ständestaat 72 f.

Bedeutung eines Organs der Verwaltung und eines Gliedes der Verfassung gehabt hat. Gerade die Tatsache aber, daß in dem System der estländischen landständischen Verfassung ein Institut verankert war wie das Landratskollegium, eine organische Gegebenheit mit eigenen Lebensgesetzen, nach seinem Aufbau vom Landesherrn wie von der Ritterschaft gleicherweise unabhängig, durch seine verwaltende und richterliche Tätigkeit vertraut mit den Erfordernissen der Praxis und also ein Bollwerk gegen theoretisierende Gesetzesmacherei, gerade in der Existenz des Landratskollegiums und der dadurch bewirkten Abgewogenheit der Kräfte liegt einer der wichtigsten Gründe für das fortwährend gesunde politische Leben innerhalb der estländischen landständischen Verfassung bis zu ihrem gewaltsamen Ende: Schützte die Bindung der Landstandschaft an das Rittergut (statt an den Rittersitz) und die fortwährend liberale Erweiterung des Kreises der persönlich Berechtigten die Institution vor dem Versinken in greisenhafte Erstarrung, so das mit dem Landtag balancierende Landratskollegium vor Sprunghaftigkeit und sachlicher Unzulänglichkeit der Entschlüsse, ohne doch notwendig gewordene Reformen zu verhindern.<sup>232</sup>

### 3. Über die praktische Kompetenz der ständischen und der Reichsgesetzgebung.

In der Landtagsordnung von 1756<sup>233</sup> ist klar ausgedrückt, daß der Landtagsschluß als Inbegriff aller auf dem Landtage „in Landesangelegenheiten vorgefallenen Abmachungen“ erst mit der Bestätigung durch den kaiserlichen Gouverneur „seine vollkommene vim legis“ erhält; diese Feststellung entspricht der Praxis auch der vorhergehenden Jahrzehnte.

<sup>232</sup> Es wäre interessant zu untersuchen, warum der Landtag 1803 (Druckausgabe der Landtagsordnung 42) das Selbstergänzungsrecht des Landtagskollegiums dahin einschränkte, daß ihm nur noch eine Auswahl unter drei von der Ritterschaft präsentierten Kandidaten zustand, warum das Landratskollegium darauf einging und welchen Einfluß diese Veränderung auf die spätere Zusammensetzung, Stellung und Wirksamkeit des Landratskollegiums gehabt hat. Daß im 18. Jahrhundert eine Ausnutzung des Selbstergänzungsrechts zur Errichtung einer Oligarchie stattgefunden hätte, kann ich nicht finden, wenn auch natürlich vorzugsweise Glieder der alteingesessenen Familien des Landes in das Landratskollegium gelangten (1 Baranoff, 1 Bellinghausen, 2 Berg, 2 Bistram, 2 Budberg, 1 Brümmer, 3 Derfelden, 1 Douglas, 3 Engelhardt, 4 Essen, 4 Fersen, 1 Fock, 1 Hastfer, 1 Knorring, 3 Kursesell, 1 Lieven, 2 Lode, 2 Löwen, 1 Mellin, 1 Mohrenschildt, 2 Nieroth, 1 Pahlen, 1 Ramm, 1 Reh binder, 1 Rennenkampf, 1 Richter, 2 Rosen I, 1 Rosen II, 1 Schulmann, 1 Schwengelm, 2 Staal, 6 Stackelberg, 1 Stael v. Holstein, 3 Stenbock, 1 Taube, 4 Tiesenhausen, 1 Treyden, 3 Uexküll, 3 Ulrich, 1 Ungern, 7 Wrangell, 2 Zoega. Es ist möglich, daß die Liste Lücken aufweist).

<sup>233</sup> IX 1 u. 6.



Auffällig könnte sein, daß in dem Beschluß über die Inkraftsetzung der Landwaisengerichts- und Vormünderordnung von 1724 eine Bestätigung des Gouverneurs nicht erwähnt wird:<sup>235</sup> „Daß nun dieses Alles in vim perpetuae constitutionis von uns Landräten und Einer sämtlichen Hochwohl- und Wohlgebohrnen Ritterschaft auf dem diesjährigen Landtage beschlossen und dermaßen, wie vorstehet, beliebt worden, solches haben wir nicht nur alleine durch unsern und des wohlverordneten respektiven Ausschusses selbst eigenhändige Unterschrift bekräftiget, und in dem Archiv verwahrlich beygelegt, sondern auch zu jedermänniglicher Wissenschaft, unter unseres Secretarii Subscription, dieselbe der Gerichtsstuben-Thüre anzuheften vor gut befunden. Publicatum auf dem Ritterhause zu Reval, Anno 1724.“ Der Zweifel löst sich in diesem Falle aber so, daß der Gouverneur (Löwen) zugleich Landrat war, doch bleibt es immerhin auffällig, daß die Teilnahme der Reichsgewalt nicht besonders vermerkt worden ist. Jedenfalls können wir trotzdem sagen, daß eine ständische Gesetzgebung ohne Teilnahme der Reichsgewalt im 18. Jahrhundert nicht stattgefunden hat.

Die ständische Gesetzgebung mit Teilnahme der Reichsgewalt — ob sich diese nun in der Initiative mit nachfolgender Bestätigung oder in der Bestätigung allein äußerte — konnte sich naturgemäß nur auf örtliche Angelegenheiten beziehen, doch hatte sie auch auf diesem Gebiet keine ausschließende Kompetenz. Die sogenannte ständische, in Wirklichkeit auf Übereinstimmung zwischen Ritterschaft, Landratskollegium und Gouverneur beruhende Gesetzgebung bezog sich namentlich auf folgende Sachgebiete: Landesverfassung (Regelung des Verfahrens und Kompetenzabgrenzung der Organe), ständische Verwaltung (allgemeine Richtlinien, Dienstanweisungen für die Organe), allgemeine Sicherheit, Ordnung und Wohlfahrt (z. B. Regelung des Waffentragens der Bauern, Läuflingswesen, Branntweinverkauf, Jagdpolizei, Seuchepolizei, Wegepolizei, Armen- und Bettlerwesen, Gefängnisse, Normen für den Realkredit, Luxusgesetze), Kirchen- und Schulverwaltung (z. T. im Benehmen mit den rein kirchlichen Körperschaften), direkte Steuern und Lasten (Feststellung der Gesamthöhe aller ständischen, kirchlichen und im allgemeinen auch staatlichen Steuern und Lasten, soweit sie nicht schon durch das Herkommen festgelegt waren [beschränktes Willigungsrecht]; Unterverteilung aller Steuern und Lasten). Als ein Werk der ständischen Gesetzgebung kann schließlich auch angesehen werden die

---

<sup>235</sup> Ewërs, Ritter- und Landrechte 629.

(durch ad hoc ernannte Kommissionen) zwischen 1712 und 1718 und dann wieder zwischen 1740 und 1753 bewirkte Revision der Ritter- und Landrechte, die aber wesentlich auf Übereinstimmung mit den Quellen (Privilegien und andere formell bestätigte Satzungen) ihr Augenmerk richtete, die Kodifikation und Einarbeitung neu entstandener Gewohnheitsrechte und Gerichtsgebräuche („wohlhergebrachte Gebräuche“)<sup>236</sup> aber fast ganz unterließ; einen allerdings nicht erschöpfenden Ersatz dafür bieten die während der zweiten Revision (als fortlaufende Randbemerkungen) entstandenen Kommentare der Oberlandgerichts-Sekretäre Justus Johann und Justus Heinrich Riesenkauf (Vater und Sohn), die in großem Umfange Gerichtsgebräuche, weniger Gewohnheitsrecht berücksichtigen.<sup>237</sup>

In seiner Abhandlung über „Einheit und Unteilbarkeit Rußlands“<sup>238</sup> stellt der russische Staatsrechtler Baron Boris E. Nolde fest, daß für das 18. Jahrhundert die Grenzen zwischen ständischer und Reichsgesetzgebung in den Ostseeprovinzen nur empirisch in jedem Einzelfall zu bestimmen, von der allgemeinen Bedeutung der geregelten Fragen aber völlig unabhängig seien. Daß es trotzdem zwischen beiden Gesetzgebungen nicht zu Kollisionen gekommen sei, habe seinen Grund darin, daß die damalige Reichsgewalt überhaupt verhältnismäßig wenig allgemeine Gesetze gegeben, sondern mehr verwaltet und Recht gesprochen habe. Wo ist aber in dieser Zeit die Grenze zwischen Gesetzgebung und Verwaltung? Begreift man unter Gesetzgebung nur den Erlaß zusammenhängender, durchredigierter Ordnungen für große Gebiete des öffentlichen Lebens, etwa nach Art des General-Reglements, so sind solche Ordnungen allerdings für das Ostseegebiet bis 1783 nicht erlassen worden; aber auch in der ständischen Gesetzgebung gibt es dafür nur wenig Beispiele, für Estland eigentlich nur die Landwaisengerichtsordnung und die Landtagsordnung. Versteht man aber unter Gesetzgebung jede Rechtsetzung irgend allgemeingültigen und für die Dauer bestimmten Inhalts, so hat eine solche Reichsgesetzgebung doch auch vor 1783 für die Ostseeprovinzen gar nicht so sehr selten stattgefunden.<sup>239</sup> Unter den Sachgebieten, die auf das örtliche Leben direkt Bezug

<sup>236</sup> Vorrede zu den Ritter- und Landrechten, bei Ewers p. 158. — Eine materielle Ergänzung der Ritter- und Landrechte, besonders der sehr unvollkommenen Polizeiordnung (Buch 6), wurde der Kommission erst 1753 (R. Prot.) gestattet, kam aber in dieser Periode nicht mehr zu Stande.

<sup>237</sup> S. 485—574 und 583—584 der Ausgabe von Ewers.

<sup>238</sup> „Abhandlungen zum russischen Staatsrecht“ (Очерки русского государственного права), St. Petersburg 1911, S. 379, 380.

<sup>239</sup> V. S. IV—XXI, XLI; Bunge, Repertorium I, II.

hatten und ausschließlich oder fast ausschließlich durch die Reichsgesetzgebung ohne Teilnahme der Ständevertretung geregelt wurden, sind namentlich folgende zu nennen: Indirekte Steuern (Zölle, Kapitalexportsteuer, Stempel- und Wechselsteuer), Handel (Aus- und Einfuhrverbote, Vorschriften über Warenbeschaffenheit, Verbot des Handels mit bestimmten Waren, Moratorien, Zinsfuß), Währung, Kriminalrecht (Untersuchungshaft und -verfahren, „Слово и дѣло“, Abschaffung der Todesstrafe, Amnestien), Zensur. In Beziehung auf direkte Steuern wurde das Willigungsrecht der Stände im allgemeinen beachtet, doch gab es auch Ausnahmen; so wurde die von 1768 bis 1775 erhobene Türkensteuer einfach dekretiert.<sup>240</sup> Diktatorische Eingriffe in den Modus der Unterverteilung direkter Steuern und Lasten fanden nicht statt. Verordnungen zur Seuchenbekämpfung, zur Regelung des Bettler- und Armenwesens, gegen das Spielen um Geld<sup>241</sup> und gegen den Luxus, Ordnungen der Fahrposten ergingen gelegentlich wohl auch dekretorisch durch die Reichsgewalt, meist aber überließ man diese Dinge der ständischen Gesetzgebung. Irgend etwas Grundsätzliches über die Scheidung der beiden Gesetzgebungen zu sagen, ist wirklich unmöglich. Deutlich zeigt sich aber dies: Je „aufgeklärter“ der Absolutismus, desto stärker sein Eingreifen in das örtliche Leben, desto rücksichtsloser das Beiseiteschieben der ständischen Gesetzgebung. Um noch einmal auf Noldes Frage zurückzukommen, warum die beiden Gesetzgebungen in dieser Periode so wenig oder gar nicht kollidierten: Peter der Große und Elisabeth hatten wohl gelegentlich despotische Launen, im ganzen aber doch ein Gefühl für die Ehrwürdigkeit gewordenen und beschworenen Rechts, Katharina II. kannte nur das Naturrecht und ihre höchsteigene Auffassung der *salus publica*. Der alte Absolutismus vermied im allgemeinen bewußt Kollisionen mit der örtlichen Gesetzgebung und begnügte sich mit der Teilnahme, die er durch Vermitt-

---

<sup>240</sup> Als ohne Rücksicht auf das Willigungsrecht erhobene direkte Steuern müssen auch die S. 101 erwähnten Beiträge zum Schloßbau, ferner die unter Preis verlangten Sachlieferungen angesehen werden.

<sup>241</sup> Bei Bunge, Repertorium I, II, finden sich Verbote des Spielens um Geld, ohne jede Ausnahme, aus folgenden Jahren: 1717 (Namentlicher Ukas), 1733 (N. U.), 1743 (Senats-Ukas), 1747 (N. U.); 1761 (S. U.) wird eine Ausnahme gemacht für die „Appartements im Kaiserlichen Palast“ und die „angesehenen adelichen Häuser“, doch darf es nur um ganz geringe Summen und „nicht zum Gewinnst, sondern einzig zum Zeitvertreib“ geschehen. Katharina beschränkt sich 1766 darauf, Spielschulden als gerichtlich nicht eintreibbar zu statuieren und die Steuer auf ausländische Karten zu erhöhen. Die Gesetzgebung ihrer Vorgänger auf diesem Gebiet ist wohl nur als Kuriosität zu werten, irgend einen Erfolg hat sie schwerlich gehabt.

lung seines lokalen Vertreters an ihr hatte.<sup>242</sup> Wenn der neue Absolutismus in den ersten zwanzig Jahren solche Kollisionen vermied, so lag es weniger an seinem Willen als an den äußeren Umständen. Dann aber erfolgte der vernichtende Angriff, zu dem die ersten Signale schon 1767 auf der Gesetzgebungskommission in Moskau erschollen waren.

Einige Worte sind noch über die Form der Verkündigung neuer Gesetze zu sagen. Die Bekanntmachung und damit Inkraftsetzung aller Gesetze, gleichviel ob ständisch oder staatlich, erfolgte durch gedruckte Patente des Gouverneurs, die den nachgeordneten Behörden zugestellt und von diesen auf verschiedene Weise — Umlauf, Aushang oder Vorlesung in den Kirchen — dem Publikum zur Kenntnis gebracht wurden. Gesetze, die nicht ausdrücklich auf die geschilderte Weise in Estland publiziert worden waren, hatten im Lande keine Geltung. Umgekehrt kam es aber gelegentlich vor, daß ordnungsmäßig publizierte Reichsgesetze mangels Einklang mit den örtlichen Institutionen und Privilegien in der Praxis gar keine oder nur modifizierte Geltung erlangten.<sup>243</sup>

---

<sup>242</sup> Dieser lokale Vertreter (Gouverneur) hatte aber allein so gut wie gar kein Verordnungsrecht, sondern nur ein Aufsichts- und Vetorecht. Gegen Übergriffe der Gouverneure fanden die ständischen Organe Schutz bei der Reichsgewalt. Vgl. a. Nolde 382 (1729) und V. S. X 7382 vom 22. 9. 1737 Allerhöchste Resolution über die Behandlung der liv- und estländischen Angelegenheiten nach den dortigen besonderen Rechten und Privilegien.

<sup>243</sup> Vgl. Bunge, Repertorium I, Einleitung, namentlich LII, LXXII.

## Die ständische Zentralverwaltung und ihre Arbeitsgebiete.

In Beziehung auf die Überschrift dieses Kapitels ist von vornherein zu bemerken, daß es in dem behandelten Zeitraum eine Lokalverwaltung im modernen Sinne in Estland überhaupt nicht gibt. Der Kreis spielt zwar im Landtag die Rolle einer selbständigen Einheit, eine eigene lokale Verwaltung hat er aber nicht; der Hakenrichter ist polizeiliches Exekutivorgan der Provinzialbehörden für das Gebiet des Kreises, nicht jedoch ein Organ des Kreises selbst. Elemente einer Lokalverwaltung zeigen sich im Kirchspiel und seinem Organ, dem Oberkirchenvorsteher, doch sind auch sie so geringfügig, daß sie eine besondere Darstellung nicht rechtfertigen. Im vorstehenden Kapitel werden Funktionen der Hakenrichter und Oberkirchenvorsteher zwar gelegentlich gestreift, ihre zusammenhängende Behandlung finden sie aber in dem Kapitel über die Gerichts- und Polizeiverfassung.

### 1. Ritterschaftshauptmann und Ritterschaftskanzlei.

„Die Function eines Ritterschaftshauptmannes... bestehet eigentlich darinnen, daß er sowohl in als außerhalb Landtages bey allen Vorfällen sich der Landes-Angelegenheiten ernstlich annehme, die einkommende Landes Mittel mit Beyhülfe zweier, ihm hierzu zu adjungierender Cavaliers, getreulich disponiere und verrechne, die Aufenthaltung des Postwesens besorge, und überhaupt sey ein getreuer Mund der Ritterschaft, keine Freund- und Feindschaft ansehe, sondern nur dahin trachte, daß ohne Ansehen einiger Person, das allgemeine Beste des Landes befördert werde.“<sup>244</sup> Von den nach dieser Dienstanweisung dem Ritterschaftshauptmann zufallenden Aufgaben sind einige, sozusagen die parlamentarischen, schon im vorhergehenden Kapitel dargestellt worden; andere Pflichten ergaben sich aus der Notwendigkeit dauernder Vertretung der Landesinteressen gegenüber dem Gouverneur und gelegentlich in der Residenz. Hier sollen lediglich seine Funktionen als

---

<sup>244</sup> L. O. IV 7.

Chef der eigentlichen ständischen Verwaltung behandelt werden, und im Zusammenhang damit die ihm unterstehende Ritterschaftskanzlei, die politisch-administrative Arbeitszentrale der Ritterschaft.

Zu Beginn der russischen Zeit hatte die Ritterschaftskanzlei nur einen einzigen gebildeten Beamten, den besoldeten Ritterschaftssekretär; und so sehr war das Land an Menschen und Mitteln verarmt, daß selbst die Besetzung dieser einen Stelle die finanziellen Kräfte der Ritterschaft überstieg und die Geschäfte des Ritterschaftssekretärs seit 1711 von Oberlandgerichts-Sekretären mitverwaltet werden mußten. 1725 wurde zwar diese Vereinigung aufgegeben, aber noch 1732 bei der Wahl des Ritterschaftssekretärs Peter v. Brevern traten die Kreise Wierland und Jerwen anfangs fast geschlossen für die Rückkehr zur alten „Methode“ ein. Mit dem langsamen Erstarken der wirtschaftlichen Kräfte des Landes wuchs auch der Umfang der Geschäfte, und so finden wir seit 1744 noch einen zweiten Ritterschaftssekretär — Ökonomiesekretär oder Notar — bei der Kanzlei beschäftigt, bald noch einen dritten Sekretär oder Aktuar; außerdem figuriert in der Reihe der Ritterschaftssekretäre mit wechselndem Rang seit 1724 noch der Landwaisengerichtssekretär, dessen sachliche Verbindung mit der Ritterschafts-Kanzlei aber nur locker und wesentlich dadurch hergestellt war, daß er dem Ritterschaftshauptmann als Präsidenten des Landwaisengerichts direkt unterstand. Die Stellen der Ritterschafts-Sekretäre wurden auf Vorschlag des Ritterschaftshauptmanns durch Wahl des Landtags besetzt, zwischen den Landtagen aber durch Landratskollegium und Ausschuß unter Vorbehalt der nachträglichen Bestätigung des Landtages.

Unter den Sekretären war die Arbeit im allgemeinen etwa so geregelt,<sup>245</sup> daß der Erste oder eigentliche Ritterschafts-Sekretär der Kanzlei vorstand, die Protokolle aller ritterschaftlichen Zusammenkünfte führte und die Expedition besorgte, vermöge seiner langen Diensterfahrung aber dem Ritterschaftshauptmann nicht nur Gehilfe, sondern oft auch wertvoller Berater war; der Notar verwaltete die Steuer- und Finanzangelegenheiten der Ritterschaft und besorgte daneben die Revision der Vormundschaftsabrechnungen des Landwaisengerichts, während der Aktuar als Gehilfe des ersten Sekretärs meist nicht viel mehr als einen Schreiber und Aktenordner darstellte.

Die vier Ritterschaftssekretäre pflegten nach Maßgabe der freiwerdenden Stellen zu avancieren, die beiden ersten wurden gelegentlich auch zu politischen Sendungen nach

<sup>245</sup> L. O. VIII 4—7.

Petersburg, Moskau oder Riga verwandt; lange Erfahrung in den Geschäften gab dem Ersten Ritterschaftssekretär Aussicht auf den Posten des Ritterschaftshauptmanns.<sup>246</sup> In der schwedischen Zeit und noch zu Anfang der russischen ergänzten sich die Ritterschaftssekretäre aus dem Stande der sogenannten Literaten, d. h. der akademisch gebildeten Bürger, 1725 aber beschloß die Ritterschaft, mit diesem Posten in Zukunft Edelleute zu betrauen: Teils in der Absicht, bei der allgemeinen Verarmung der Ritterschaft das ausgesetzte Gehalt einem Mitbruder zukommen zu lassen, teils vielleicht auch in der Erwägung, daß ein solcher nach Herkunft und Verbindungen den Interessen des Landes ein wärmeres Verständnis entgegenbringen werde. Die Durchführung dieses Grundsatzes war jedoch erst seit 1732 möglich, als mit der langsamen Besserung der Wirtschaftslage eine jährlich wachsende Anzahl junger Edelleute deutsche Universitäten zu besuchen begann.<sup>247</sup>

<sup>246</sup> Über die Rangstellung der estländischen Landeschargen und der städtischen Ratspersonen sei folgendes gesagt: Die harrisch-wierischen Räte und die Landräte beanspruchten den gleichen Rang mit den dänischen und schwedischen Reichsräten, doch blieb die Frage controvers (vgl. Inland 1839 Nr. 38, 39 u. B. M. XXXVIII 653). Auf Grund eines angeblichen Herkommens aus schwedischer Zeit beanspruchte der Revaler Rat 1752 (R. Prot.) für die vier Bürgermeister gleichen Rang mit den Landräten nach dem Dienstalter, konnte aber keine Beweise beibringen und wurde durch das Reichs-Justiz-Kollegium abgewiesen. Katharina I. verlieh durch Namentlichen Ukas vom 4. 3. 1726 den aktiven Landräten den Rang als General-Major, dem Ritterschaftshauptmann Oberstenrang. Bei der Aufhebung des Landratskollegiums 1786 wurden die derzeitigen Landräte dementsprechend als wirkliche Staatsräte mit dem Prädikat Exzellenz verabschiedet. Über den Rang der übrigen Landeschargen fehlen Quellen der Zeit, doch findet sich ein Ersatz dafür in den Einrangierungstabellen des Provinzialrechts von 1845, Teil II S. 197 u. 204; da ihnen gewohnheitsrechtliche Festsetzungen des 18. Jahrhunderts zugrunde liegen werden, andererseits Rangfragen im 18. Jahrhundert eine geradezu überragende Rolle spielen, und gar nicht etwa nur unter den Bewohnern kleiner Städte, so folgt nachstehend ein Auszug aus den genannten Tabellen:

- Klasse IV (Exzellenz) Landräte, Ritterschaftshauptmann
- VI Kreisdeputierte
- VII Mannrichter, Bürgermeister von Reval
- VIII Hakenrichter
- IX Ritterschaftssekretäre, Manngerichts-Assessoren, Bürgermeister der kleinen Städte
- XII Revaler Ratsherren (ein etwas komisches, bürokratisch-formalistisches Mißverstehen ihrer Stellung)
- XIV Ratsherren der kleinen Städte.

<sup>247</sup> Liste der ritterschaftlichen Kanzleibeamten:

1. Ritterschafts-Sekretär.

- 1711 Lorenz Austermann (vgl. Osten-Sacken, 1. Jahr 31),
- 1711—1732 August Wilhelm Wesener, vorher Burggerichts-Sekretär (Paucker, Oberlandgericht 58, 67; ds. Oberbefehlshaber 13; R. Prot.),

Das Gehalt des Ritterschaftssekretärs wurde 1720 auf 200 Rubel herabgesetzt, 1765 auf 320 Rubel erhöht; der Notar bezog 250, der Aktuar 160, der Landwaisengerichtssekretär 200 Rubel, und zwar bis zum Schluß der behandelten Periode. Die Gehälter waren nicht als auskömmlich gedacht, sondern bedeuteten mehr eine Aufwandsentschädigung; 1772 sah sich die Ritterschaft daher veranlaßt, dem Ritterschaftssekretär Georg Gustav Taube zu Kurtna und Kirdal, weil er kein eigenes Vermögen zuzusetzen habe (bis auf die genannten kleinen Güter von zusammen 4 Haken), eine per-

- 1723—1724 Justus Johann Riesenkampf, 1690—1755 (dieser und die vorgenannten sind gleichzeitig Oberlandgerichts-Sekretäre; Quelle für ihn und alle folgenden: R. Prot.),  
 1725—1729 Adam Friedrich Frhr. v. Stackelberg, wird 1740 Ritterschaftshauptmann,  
 1729—1732 Heinrich (von) Heller, vorher Sekretär d. harrischen Mann-gerichts, † 1732. Zeitweise auch Landwaisenger.Sekr.,  
 1732—1740 Peter v. Brevern, 1711—1756, wird Gouvernements-Rat,  
 1740—1753 Friedrich Johann v. Ulrich, vorher Landwaisengerichtssekretär, wird Ritterschaftshauptmann,  
 1753—1759 Gustav Reinhold v. Ulrich, vorher Landwaisengerichtssekretär, wird Landrat,  
 1759—1771 Berend Gustav Frhr. v. Stackelberg zu Kattentack, wird (1780) Landrat,  
 1771—1783 Georg Gustav v. Taube zu Kirdal, 1726—1789, vorher Landwaisengerichtssekretär,  
 1783—1786 Johann v. Brevern, vorher Aktuar, wird Gouvernements-Marschall.

#### Ritterschafts-Notar.

- 1744—1767 Heinr. Otto v. Toll a. d. H. Niens, \* 1723, † 1767, nachdem er mehrere Jahre vorher krank gewesen war,  
 1767—1777 Moritz Engelbrecht v. Kursell, wird Mannrichter u. Kurator der Domschule, dann Ritterschaftshauptmann,  
 seit 1777 Alexander Magnus v. Meiners, 1751—93, wird Anwalt beim neuen Oberlandgericht.

#### Ritterschafts-Aktuar.

- bis 1759 Berend Gustav Frhr. v. Stackelberg, wird 1. Ritterschafts-Sekretär,  
 1771—1775 Woldemar Frhr. v. Stackelberg, 1736—1775,  
 1777—1783 Johann v. Brevern, wird 1. Ritterschaftssekretär,  
 1783—1787 Jakob Georg v. Berg a. d. H. Jöggis, 1760—1844, wird 1. Ritterschafts-Sekretär, dann Ritterschafts-Hauptmann.

#### Landwaisengerichts-Sekretär.

- (1718, 19) Carl Heinrich Brehm (Brahm) (1725 Sekr. d. wick. Mann-gerichts),  
 1724—1727 Joh. Andreas Wilcken, 1691—1774, wird Revaler Ratsherr, 1743 Bürgermeister,  
 (1727—30) Heinrich (von) Heller (s. o.),  
 (1730) Sperbach,  
 1737—1740 Friedrich Joh. v. Ulrich, wird 1. Ritterschafts-Sekretär,  
 1740—1753 Gustav Reinhold v. Ulrich, wird 1. Ritterschafts-Sekretär,  
 1753—1771 Georg Gustav v. Taube, wird 1. Ritterschafts-Sekretär,  
 1771—1777 Johann v. Brevern, wird 1. Ritterschafts-Sekretär,  
 1777—1783 Georg Gustav v. Peetz zu Pirk u. Ummern, wird Assessor des neuen Oberlandgerichts.



sönliche Zulage von 130 Rubel, 1777 in Anbetracht seiner 24jährigen Dienste eine weitere Zulage von 300 Rubel zu bewilligen.<sup>248</sup>

## 2. Die Finanzverwaltung.

Die Mittel zur Unterhaltung des estländischen Landestaats flossen aus einer Grundsteuer, deren jährliche Höhe der Landtag auf Vorschlag des Ritterschaftshauptmanns festsetzte. Eine Selbstbesteuerung der Ritterschaft für ihre eigenen Zwecke ist seit dem Ende des 16. Jahrhunderts nachweisbar.<sup>249</sup> Die einkommenden Gelder flossen in die Landlade und wurden danach Ladengelder genannt; seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts bürgerte sich der Name Laden- und Bewilligungsgelder ein. Aufgabe des Ritterschaftshauptmanns war es, nach den Repartitionslisten des Ritterschaftsnotars die bewilligten Mittel einzuziehen, und zwar an den beiden landesüblichen Zahlungsterminen, März und September; seit 1734 wählte jeder Kreis zur Unterstützung des Ritterschaftshauptmanns bei der Einziehung der Gelder zwei Kassa-Herren oder -Deputierte, deren Anzahl später auf insgesamt zwei (abwechselnd von Harrien-Jerwen und Wierland-Wieck) reduziert wurde. Diese Kassa-Deputierten waren aber nur zur Terminzeit tätig; nach dem letzten Termin noch ausstehende Zahlungen sollten in halboffizieller Form durch die Hakenrichter, hatte auch das keinen Erfolg, durch Exekution eingezogen werden. Bei der Armut des Landes war ein gewisser Fehlbetrag trotzdem unvermeidlich.

Die Höhe der Ladengelder betrug zu schwedischer Zeit bis 1687 im allgemeinen 2, von da ab 3 Rthlr. auf je 15 Haken (— 1 Roßdienstpferd). In den ersten 30 Jahren der russischen Herrschaft wurden durchschnittlich 100 Kopeken pro Haken erhoben, mit dem Ergebnis, daß die Ritterkasse 1747 fast 5000 Rubel unfundierter Schulden hatte. Infolgedessen wurden die Laden- und Bewilligungsgelder für die nächsten drei Jahre auf 130 Kopeken erhöht, 1750 aber wieder mit 100, 1756 mit 110 Kopeken auf den Privathaken festgesetzt, mit der Ermächtigung für den Ritterschaftsausschuß, sie nötigenfalls zu erhöhen. Die Regierung Katharina II. brachte in ihrer ersten Hälfte (Rückzahlung eines von Peter III. er-

---

<sup>248</sup> Zum Vergleich sei angeführt, daß um 1780 ein russischer Kapitän 200 Rubel (+ 5 Rationen u. 2 Burschen), ein Oberst und Kommandeur eines Musketierregiments 600 Rubel (+ 17 + 6), ein General-Major 1800 Rubel (+ 40 + 8), ein Kürassier-Stabstrompeter („Deutscher Trompeter“) 100 Rubel jährlichen Gehalts bezog. Hupel, N. M., 5. u. 6. Stück, 1782, „Beschreibung der russisch-kaiserlichen Armee.“

<sup>249</sup> Vgl. Gernet, Agrarrecht 70 f.

haltenen zinslosen Darlehens mit Zinsen und in besserer Münze,<sup>250</sup> Gesetzeskommission, Türkensteuer, Umbau des Revaler Schlosses, Geldentwertung) eine große Steigerung der außerordentlichen Ausgaben, zu deren Deckung die Laden- und Bewilligungsgelder zeitweise auf das Dreifache des normalen Betrages erhöht werden mußten; sie betrugen 1768 3 Rubel, seit 1771 2½ Rubel auf den Haken. Demnach machten die Einnahmen der Ritterschaft, ohne Be-

<sup>250</sup> Peter III. fragte die Deputation, die ihm zur Thronbesteigung gratulierte, wie er „seinen lieben Estländern“ die Dienste vergelten könne, die sie ihm zu einer Zeit erwiesen hätten, als sie es nicht nötig hatten, und denen sich andere entzogen. Auf Bitte des Ritterschafthauptmanns v. Ulrich bewilligte er der Ritterschaft ein zinsloses Darlehen von 300 000 Rubel Kupfer, rückzahlbar nach 15 Jahren in Silber; von dieser Summe sollte der General-Leutnant Friedrich v. Löwen, Befehlshaber der holsteinschen Truppen des Kaisers, 32 000 Rubel zur Konvertierung seiner Schulden erhalten. 50 000 Rubel wurden als erste Rate sofort ausgezahlt. Der Ritterschaftsausschuß war lange sehr bedenklich, die Summe anzunehmen, erst auf dringendes Zureden des Ritterschafthauptmanns v. Ulrich erklärte er sich einverstanden mit der Aufnahme der halben Summe von 150 000 Rubel; die Genehmigung erfolgte unter dem Gesichtspunkt, daß die Rückzahlung in Silber zwar einen Verlust von 10 % ausmachen, dafür aber die Ausleiher der Gelder an Glieder der Ritterschaft zu 5 % jährlich in 15 Jahren einen Gewinn von 75 % ergeben würde. Diese Gewinnsumme sollte zum Ankauf sub hasta befindlicher Güter verwendet werden, mit dem Ziel, sie armen Mitbrüdern in Arrende zu geben. Über die empfangene erste Rate von 50 000 Rubel wurde eine Obligation ausgestellt und im August 1762 der „Kommission zur Umprägung der Kupfermünzen“ in Petersburg übergeben. Unterdes war Peter III. gestürzt worden, und die Reichsbank forderte nun von der Ritterschaft die ganze „zur Zeit der Parteiheit für fremde Nationen aus Übermut“ erhaltene Summe sofort und in silbernen Alberts-Thalern zurück, d. h. fast das Doppelte; mit Mühe erlangte Ulrich von der Kaisern die Konzession, daß die Rückzahlung in sechs Jahren mit 6 % Zinsen erfolgen sollte. Der Ritterschaft gelang zwar bis 1768 die Tilgung der Summe, doch nur, indem sie sich in andere Schulden stürzte; noch 1772 wurde sie von der Kaiserlichen Münz-Expedition mit einer (dann niedergeschlagenen) Nachrechnung über 2000 Rubel wegen gezahlter schlechter Münze belästigt, erst 1775 erhielt sie die ausgestellten beiden Obligationen zurück. Als im Jahre 1777 eine holländische Bank der Ritterschaft unter nicht ungünstigen Bedingungen (15 Jahre unkündbar, danach langsame Tilgung; Zinsen im ersten Jahr 6 % an Stelle der Rimeßkosten, vom zweiten Jahr ab 5 % jährlich) eine Anleihe von mehreren hunderttausend Rubel anbot, lehnte der Landtag das Projekt ab, so sehr auch eine solche Anleihe für die Befestigung der privaten Kreditverhältnisse des Landes notwendig schien: Die Bank verlangte Garantieübernahme seitens der Krone, an Finanztransaktionen mit der Krone aber hatte man in Estland nach der einmal gemachten Erfahrung wenigstens für die Regierungszeit Katharina II. den Geschmack verloren.

Am schlimmsten erging es dem General v. Löwen, der mit Hilfe der kaiserlichen Anleihe sein Vermögen verlor und fast alle seine estländischen Güter (Schloß Lohde usw.) verkaufen mußte; war es die Rache der Kaiserin an dem Günstling ihres gestürzten Gemahls?

rücksichtigung gelegentlich bewilligter Sonderbeiträge, Strafgelder, Indigenatsgebühren usw., folgende Summen aus:<sup>251</sup>

bis 1727 (einschl.)	etwa 800	Rubel jährlich,
1728—1733	etwa 2 900	Rubel jährlich,
1734—1739	„ 3 400	„ „
1740—1746	„ 4 200	„ „
1747—1749	„ 6 100	„ „
1750—1752	„ 4 700	„ „
1753—1755	„ 5 100	„ „
1756—1758	„ 5 600	„ „
1759—1767	„ 6 000	„ „
1768—1770	„ 18 000	„ „
1771—1776	„ 15 000	„ „
seit 1777	„ 18 500	„ „

Diesen Einnahmen der Ritterkasse standen an regelmäßigen Ausgaben gegenüber (1777):

Gehalt des 1. Ritterschaftssekretärs . . . . .	800	Rubel
„ „ Ritterschaftsnotars . . . . .	250	„
„ „ Ritterschaftsaktuars . . . . .	160	„
„ „ Waisengerichtssekretärs . . . . .	200	„
„ „ Land-Physikus <sup>252</sup> . . . . .	160	„
„ „ Landmessers oder Ritterschafts- Ingenieurs . . . . .	100	„
Heizung des Ritterhauses, Unterhaltung der Ritterschaftskanzlei usw. . . . .	250	„
Gehaltszulagen für die drei Manngerichtssekretäre, nebst 20 Rubel für Kanzleibedürfnisse <sup>253</sup> . . . . .	500	„
Unterhaltung der Domschule und des angegliederten Internats, nämlich		
a) Gehälter (Direktor 400, 3 Professoren 900, 3 „Collegen“ 600, russ. Sprachmeister 100, Pedell u. „Calfactor“ 40, 2 Inspektoren d. Internats 300 Rubel, zusammen . . . . .	2340	
b) Beköstigung, Bedienung, Wäsche, Heizung usw. für das Internat <sup>254</sup>	1350	3690 „
Gehalt des Nachmittagspredigers <sup>255</sup> und der niederen Kirchen-Officianten der Domkirche	310	„
Gehalt des ständigen „Commissionärs“ in St. Petersburg . . . . .	800	„
zusammen rund		7300 Rubel

<sup>251</sup> Errechnet aus den bei Gernet, Agrarrecht 46, gegebenen Hakenzahlen der verschiedenen Revisionen, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Ergebnisse einer neuen Revision für die Erhebung der Laden- und Bewilligungsgelder immer erst beim nächsten ordentlichen Landtag berücksichtigt wurden.

<sup>252</sup> Für die Vornahme der Sektionen und Ausstellung der gerichtlichen Atteste.

<sup>253</sup> Die Manngerichtssekretäre erhielten außerdem aus den Einkünften der

Die regelmäßigen, feststehenden Ausgaben waren also verhältnismäßig gering und konnten leicht aus den Laden- und Bewilligungsgeldern gedeckt werden. Nicht so stand es mit denjenigen Ausgaben der Ritterkasse, die entweder in ihrer Höhe ganz schwankend oder in bezug auf ihre Entstehung überhaupt nicht vorausszusehen waren; diese ganze zweite Kategorie soll im folgenden unter der Bezeichnung „unregelmäßige Ausgaben“ zusammengefaßt werden, zur Vermeidung des Ausdrucks „außerordentlich“, der im Sinne der modernen Finanztechnik nur auf einen Teil dieser Ausgaben zutreffen würde. Nach Entstehungsursache und Zweckbestimmung kann man die unregelmäßigen baren Ausgaben scheiden in

- A. solche, die Bedürfnissen der ständischen Verfassung und Landesverwaltung,
- B. solche, die der Abdeckung von Provinziallasten und
- C. solche, die der Abdeckung ordentlicher oder außerordentlicher Reichslasten dienten, soweit diese nicht direkt von der Krone erhoben wurden.

A. 1. Pensionen. Gegen die allgemeinen Gepflogenheiten der Zeit bewilligte die Ritterschaft 1780 dem wegen Krankheit abgehenden Oberpastor der Domkirche Wiegand 400 Rubel, 1783 dem Ritterschaftssekretär v. Taube 800 Rubel jährlicher Pension (= in Höhe des vollen Gehalts).

2. Geschenke an Beamte der staatlichen Provinzialbehörden. Über die verschiedenen Ursachen solcher Geschenke, teilweise sehr bezeichnend für die Auffassungen der Zeit, mögen nachstehende Beispiele Auskunft geben:

1736 dem neuen Gouverneur Graf Mussin-Puschkin zum Antritt je 100 t Roggen, Hafer, Malz und 100 Fuder Heu;

1738 dem neuen Gouverneur Graf Douglas dasselbe;

1745 dem Sohn des Gouverneurs Prinz Peter von Holstein ein Patengeschenk von 1500 Rubel Wert;

1750 dem Gouvernements-Sekretär Harpe für die günstige Resolution auf den Landtagsschluß 50 Rubel;

1753 dem Gouverneur Prinz Peter v. Holstein zum Abschied und dem Gouverneur Fürsten Dolgoruki zum Antritt je 1000 Rubel;

1754 schenkte die Ritterschaft dem scheidenden Gouverneur Prinz Peter v. Holstein, der wegen schwerer Geldverlegenheit noch nicht hatte abreisen können, auf seine Bitte 400 Rubel, die mit der Versicherung beständiger Erkenntlichkeit und vieler Dankbarkeit angenommen wurden (die Stadt schenkte auch 300 Rubel!);

1758 demselben, beim Wiederantritt seines Gouverneurpostens, 1000 Rubel;

---

Landratsgüter je 60 Rubel jährlich und verdienten sich im übrigen ihren Lebensunterhalt durch Advokatur.

<sup>254</sup> Reine Ausgabe der Ritterschaft. Der Mehrbedarf wurde zum Teil durch einen Jahresbeitrag der Krone von 180 Rubel, im übrigen — noch einige hundert Rubel — durch Zahlungen von vier oder fünf bemittelten Pensionären gedeckt.

<sup>255</sup> Das Gehalt des Dom-Oberpastors zahlte die Krone.

- 1761 1000 Rubel dem gerade in Reval befindlichen Oberkammerherrn des Thronfolgers, v. Brockdorff, jedoch erst auf dringendes, wiederholtes Zureden des Gouverneurs;
- 1766 dem Gouvernements-Camerier Titulär-Rat Blum das übliche Geschenk von 200 Rubel für Anfertigung der neuen Landrolle, obgleich er wegen seiner Gesinnung keine „Discretion“ verdiene;
- 1767 dem Vice-Gouverneur v. Cahdeus auf dringende Bitte des Gouverneurs 400 Rubel, da C. sich in großer Geldverlegenheit befand;
- 1773 dem Archivar Leutner für das Aufsuchen einer Urkunde des Meisters Hermann v. Brüggeneß im Gouvernements-Archiv 100 Rubel;
- 1774 dem Vice-Gouverneur v. Sievers zum Amtsantritt 1000 Rubel;
- 1777 demselben nach Bestätigung des Landtagsschlusses 2000 Rubel, der Gouvernements-Kanzlei 300 Rubel.

Unter die Kategorie solcher Geschenke muß man schließlich auch die jedesmal einige hundert Rubel betragenden Summen rechnen, die den Friedens- und Siegesboten<sup>256</sup> für ihre freudige Nachricht üblicherweise gegeben wurden; bei solchen Gelegenheiten pflegte außerdem der Dom-Oberpastor 200 Rubel zur Verteilung unter die Armen zu erhalten.

### 3. Geschenke zur Beförderung schwebender Angelegenheiten in den Residenzen. Auch diese „Geschenke“, deren Summen meist viel größer sind als die im Inland verwandten, mögen durch einige Beispiele illustriert werden:

- 1724 dem Prokureur des Reichs-Justiz-Kollegiums Bibikow ein Paar schwarzbraune Kutschpferde, um in dem Streit mit der Stadt Reval wegen der Landratsgüter die Beweise der Ritterschaft zu verstärken;
- 1754 „einem Manne“, der in dem Streit um das Näherecht der indigenierten Edelleute an Rittergütern viel schaden könnte, 500 Rubel und das Versprechen der gleichen Summe im Falle günstiger Entscheidung;
- 1764 „einem gewissen Gönner“ auf dessen briefliche Aufforderung 300 Rubel, da er ebensoviel von Livland erhalten hatte;
- 1773 4000 Rubel zur Abwendung einer neuen, ungünstigen Hakenrevisionsmethode;
- 1774 dem „Gönner“ von 1773 noch 2000 Rubel, auf sein Verlangen und für den Erfolg;
- 1778 „einem einflußreichen Manne“ in St. Petersburg 500 Rubel;
- 1779 dem Kommissionär in St. Petersburg 125 Dukaten zur Verteilung an „Gönner“; auf sein dringendes Ersuchen um weitere „Rimessen“ zur Realisierung eröffneter günstiger Aussichten (Güterbesitzrecht, s. S. 50) wurde der Ritterschaftshauptmann unter voller Billigung seines Verfahrens ermächtigt, weitere 1000 Rubel auszugeben;
- 1781 „einem gewissen Manne“ im Kammer-Kontor und dem Sekretär Kiesow je 500 Rubel;
- 1782 ermächtigt der Ritterschaftsausschuß den Ritterschaftshauptmann, zur Verwendung durch den Kommissionär in St. Petersburg bis zu 1000 Rubel auszugeben.

---

<sup>256</sup> Sogar die Schlacht bei Zorndorf wurde durch einen Siegesboten, den damaligen Obersten v. Rosen (I.) zu Kieckel, bekanntgegeben; er nahm an der Schlacht teil und wurde für Auszeichnung zum Brigadier befördert. — Peter Passek erhielt bei Meldung der Thronbesteigung Peter III. 1500 Rubel.

4. Deputationen zu höfischen Feierlichkeiten und zur Betreibung wichtiger Landesangelegenheiten in der Residenz.

Beispiele: Die Deputation zur Thronbesteigung Peter III. kostete über 2000 Rubel (zwei Landräte je 350 Rubel und 28 Rubel Reisegeld, Ritterschaftshauptmann und ein Vertreter jedes Kreises je 250 Rubel und 14 Rubel Reisegeld). Für ähnliche Zwecke entstanden zwischen 1777 und 1783 5040 Rubel Kosten.

5. Die Vertretung auf der Gesetzgebungskommission in Moskau 1767 f. verursachte (4 Abgeordnete und 1 Sekretär) 22 900 Rubel Kosten.
6. Repräsentationskosten der Ritterschaft. Sie entstanden namentlich bei Durchreise oder Aufenthalt prominenter Persönlichkeiten (Katharina II. 1764, Grigorij Orloffs Verbannung nach Reval, u. a.), Feier festlicher Ereignisse im Kaiserhause usw. Allein zwischen 1777 und 1783 entstanden aus solchem Anlaß 8700 Rubel Kosten.
7. Für Reparaturen an der Dom-Kirche, Anschaffung einer neuen Orgel, Anlage eines neuen Friedhofs mit dazugehörigem Gebäude entstanden zwischen 1767 und 1783 25 600 Rubel Kosten.
8. Für Reparaturen an den der Ritterschaft gehörigen Gebäuden (Ritterhaus, Ritter- und Domschule, Wohnungen der Kirchenbedienten u. a.) entstanden zwischen 1777 und 1783 allein über 6000 Rubel Kosten.
9. Wohltätigkeitsausgaben. Als Beispiel sei angeführt, daß der Landtag 1750 für die Abgebrannten der Stadt Wenden in Livland 1200 Rubel bewilligte, nachdem die Deputation dieser Stadt 1749 nur 20 Rubel Reisegeld erhalten hatte.
- B. 1. Die Unterhaltung der Fahrpost. Es gelang trotz allen Bemühungen nicht, Einnahmen und Ausgaben dieser Institution in Einklang zu bringen; letztere überstiegen die ersteren 1765 um 700 Rubel, zwischen 1777 und 1783 um zusammen 6500 Rubel.
2. Der von der Krone erzwungene Umbau und die Unterhaltung des Revaler Schlosses (Sitz der staatlichen Gouvernements-Behörden), ferner die ebenfalls von der Krone erzwungene Verbreiterung des „Langen Dombergs“ (1500 Rubel) erforderten zwischen 1767 und 1783 einen Kostenaufwand von über 33 000 Rubel.
- C. 1. Die Differenz zwischen dem von der Krone gezahlten Preise und dem Marktpreise zahlreicher Sachlieferungen, die nach ihrer Beschaffenheit nicht auf Haken repartiert werden konnten, fiel der Ritterkasse zur Last. Beispiel: 1736 verlangte die Krone von Estland die Lieferung von 100 Dragonerpferden, nicht unter 2 Arschin (= 4 Fuß 8 Zoll = 1,42 m), zum Preise von 12 Rubel; da solche Pferde 24 bis 30 Rubel kosteten, übrigens im Lande fast gar nicht zu haben waren, hatte die Ritterkasse einen Verlust von 1400 Rubel.
2. Die „Fräuleinsteuer“ wurde 1774 gelegentlich der ersten Vermählung des Thronfolgers von der Krone als ein „freiwilliges Geschenk“ verlangt und im Betrage von 6431 Rubel 25¼ Kopeken gezahlt.
3. Ähnliche „Geschenke“ waren die 200 Dragonerpferde und 180 Troßpferde, welche die Ritterschaft 1734 bzw. 1741 der Krone darbrachte, d. h. sie verzichtete mit einer Geste auf den gebotenen niedrigen Preis.

Die vorstehende, nicht etwa erschöpfende, sondern beispielhafte Zusammenstellung der unregelmäßigen Ausgaben beweist zur Genüge, daß die ordentlichen Einnahmen der

Ritterkasse in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts den Anforderungen nicht mehr gewachsen sein konnten; eine weitere Erhöhung der Laden- und Bewilligungsgelder aber war wegen der Armut des Landes und angesichts der sonstigen Reichslasten (s. d.) nur schwer zu realisieren. Da der erste Versuch einer langfristigen Anleihe<sup>257</sup> 1763 unter schwersten Verlusten gescheitert war, blieb zur Erfüllung der Verbindlichkeiten nur das landesübliche Mittel unfundierter Schulden übrig: Man lieh, meist von Revaler Bürgern, auf jährliche Kündigung Geld zu 6 bis 6½ Prozent und half sich so von Fall zu Fall weiter. Unvermuteter Geldbedarf wurde gelegentlich auch durch Wechsel mit der Unterschrift des Ritterschafthauptmanns und eines Landrats oder Kassa-Deputierten gedeckt. Auf diese Weise wuchsen die Schulden der Ritterschaft von 5000 Rubel 1747 auf über 20 000 Rubel 1769 und 57 860 Rubel 1783 an; allein die Verzinsung dieser Summe erforderte 3507 Rubel jährlich, das sind beinahe 50 Kopeken auf den Haken. Nun wäre diese Schuldsumme (weniger als das Dreifache der ordentlichen Einnahmen) in einem Staat mit geordneten öffentlichen Kreditverhältnissen nicht weiter beunruhigend gewesen, hier aber konnte sie jeden Tag eine Katastrophe herbeiführen. Auf dem ersten Landtage von 1783 stießen die Gemüter, zudem erregt durch die schlechte wirtschaftliche Lage vieler Gutsbesitzer und den bevorstehenden Umsturz der alten Verfassung, so hart aneinander, daß nur die überlegene, warmherzige Art des Ritterschafthauptmanns Moritz Engelbrecht v. Kursell<sup>258</sup> die Versammlung von unüberlegten Beschlüssen abhalten konnte. Zur Verminderung der Schuldenlast schlug er vor, in Zukunft auf jedem ordentlichen Landtag die vorgefallenen außerordentlichen Ausgaben gesondert auf die Hakenzahl umzulegen, die Laden- und Bewilligungsgelder nur für die ordentlichen Ausgaben zu verwenden und den Überschuß zur Tilgung der Schulden zu benutzen; dagegen trat er mit besonderer Wärme für die Erhaltung der Domschule ein, deren Aufhebung einige Stimmen zur Ersparung der Kosten (50 Kopeken auf den Haken, für das Internat allein 21 Kopeken) beantragt hatten. Die Ritterschaft folgte ihrem Führer in allen Punkten, verlangte aber dafür, daß 8000 Rubel ausstehender Gelder der Ritterkasse<sup>259</sup> nicht etwa auf die Verlustseite geschrieben, sondern eingetrieben oder durch Immissionen gesichert würden. Schließlich sollte der bisherige

<sup>257</sup> S. Anm. 250.

<sup>258</sup> Vgl. Otto Magnus Frhr. v. Stackelberg in B. M. L. V (1903) 282, 287.

<sup>259</sup> Die Ausstände waren z. T. durch direkte Ausleihung an arme Grundbesitzer aus der Ritterschaft entstanden und hatten sicher den einen oder andern vor dem sonst unvermeidlichen Bankrott bewahrt.

Kommissionär der Ritterschaft in St. Petersburg entlassen und durch einen neuen für die Hälfte (400 Rubel) des Gehalts ersetzt werden. Daß die drohende neue Verfassung durch den Wegfall der Unterhaltungskosten für die Manngerichte und das Landwaisengericht etwa 1000 Rubel Ersparnis am Etat verhieß, wurde nicht ohne einen gewissen resignierten Beifall bemerkt.

### 3. Die Postverwaltung.

Die estländische Fahrpost<sup>260</sup> war eine als Grundlast umgelegte, in der Verwaltung der Ritterschaft und speziell des Ritterschaftshauptmanns stehende Einrichtung, die vornehmlich staatlichen Zwecken diente. Unter Berufung auf ein angebliches Herkommen aus schwedischer Zeit verlangte die Krone 1713 von der Ritterschaft die Bereithaltung von Pferden und Errichtung von Posthäusern an den Heerstraßen Reval—Narwa, Reval—Pernau und Narwa—Dorpat; die Ritterschaft bestritt zwar das Herkommen,<sup>261</sup> mußte sich aber fügen. Die Benutzung der Post war anfänglich nur Regierungskurieren und Personen mit Senatspässen gestattet; 1756 wurde die Erlaubnis auf Vorstellungen der Ritterschaft ausgedehnt auf alle Glieder der Ritterschaft mit Bescheinigungen aus der Ritterschaftskanzlei, bald danach auf Privatreisende jeden Standes.<sup>262</sup> Das Fahrgeld (Progon) betrug (1782) für ein Pferd und 10 Werst (= 10,7 km):

- a) für Überbringer der gewöhnlichen Regierungspost 6 Kopeken,
- b) für Sonder-Stafetten und „Courirer“ der Krone, Dienstreisen der Regierungsbeamten und Offiziere sowie für Glieder der estländischen Ritterschaft 12 Kopeken,
- c) für alle übrigen Personen 24 Kopeken.

Da diese geringen Summen für die Unterhaltung der Stationen nicht ausreichten, wurde das Postwesen zu einer schweren Last für das Land. Die Lieferung der Fourage war anfangs Aufgabe der nächstgelegenen Güter, die aus einer baren Umlage auf den Haken entschädigt wurden; die Station mit allen Bedürfnissen (Reparatur der Gebäude und Geräte, Ergänzung der Pferde, Lohn der Knechte) unterhielt gegen Empfang der Progongelder derjenige Gutsbesitzer, auf dessen Gebiet sie gelegen war. Zwischen 1737 und 1740

<sup>260</sup> Zu vgl. die vortreffliche Darstellung bei Gernet, Agrarrecht 67 f.

<sup>261</sup> Die Ritterschaft hatte für Zwecke der Kriegführung 1629 die Verpflichtung übernommen, in den Krügen an den Heerstraßen von Reval nach Narwa, Dorpat und Pernau je vier Pferde zu unterhalten; die Einrichtung schloß bald wieder ein, 1656 weigerte sich die Ritterschaft, sie wiederherzustellen, da der Krieg vorüber sei. Berichte des Ritterschaftshauptmanns an den Gouverneur bei den R. Prot. 1743 und 1782.

<sup>262</sup> Vgl. Hupel, Top. I 531.



übernahm die Ritterschaft alle Stationen in eigene Verwaltung, in der Hoffnung, daraus Vorteile ziehen zu können, mußte sich aber von dem Gegenteil überzeugen. Unter der Oberleitung des Ritterschaftshauptmanns wurde für jede Poststation ein „Postcavalier“ (Edelmann) als Aufsichtsperson und ein „Postcommissar“ als Verwalter ernannt, die Lieferung der Fourage seit 1774 in natura auf alle Güter repartiert. Über die Gesamtkosten der Posten gibt ein Bericht des Ritterschaftshauptmanns v. Ulrich vom Jahre 1761 an den Gouverneur Auskunft:

Für 221 Pferde 2946 t 2 Loof Hafer (= 3700 hl = 190 000 kg) und 53 040 Ließpfund Heu (= 425 000 kg), Wert . . . . .	3 094 Rubel
Gehalt der Postkommissare . . . . .	456 „
Lohn für 42 Postknechte . . . . .	758 „
Pferdebeschlagn . . . . .	229 „
Wagen und Geschirre . . . . .	201 „
6 neue Pferde . . . . .	90 „
<hr/>	
zusammen	4 828 Rubel.

Diese Summe wurde kaum zu einem Drittel aus den Progongeldern eingenommen; rechnet man die Fourage ab, so ergab sich ein barer Verlust von 300 Rubel für die Ritterkasse, ungerechnet die Reparaturkosten der Gebäude. Als vollends unter dem Pferdebestand eine Seuche ausbrach, der allein 1763 143 Pferde zum Opfer fielen, da kehrte die Ritterschaft wieder zu dem System der Verpachtung zurück. Von 1765 bis 1771 war der Generalleutnant v. Rosen zu Kieckel General-Pächter aller Poststationen; bei der Schlußabrechnung erklärte er, in den ersten drei Jahren einen Gewinn gehabt, in den folgenden Jahren aber ihn wieder zugesetzt zu haben. Seitdem wurden die Poststationen einzeln an den Meistbietenden, der zugleich Postkommissar wurde, verpachtet, beim ersten Mal für folgende Summen:

Fockenhof . . . . .	120 Rubel
Waiwara . . . . .	80 „
Rannapungern und Kl. Pungern je . . . . .	55 „
Jeglecht, Kahhal, Loop und Purro je . . . . .	50 „
Warjel und Hohenkreuz je . . . . .	40 „
Pöddrus . . . . .	35 „
Jöggis und Runafer je . . . . .	25 „
Jeddefer und Paenküll je . . . . .	20 „

Die Pächter erhielten die Progongelder und mußten dafür Postknechte halten,<sup>263</sup> den Pferdebestand ergänzen und abgenutztes Gerät ersetzen; die Reparatur der Gebäude und der Pferdeersatz im Falle von Seuchen war Sache der Ritterschaft. Die Pachtpreise richteten sich natürlich nach der Befahrtheit der Strecken; daß sich aber für eine Einrichtung,

<sup>263</sup> Dies erst seit 1783, gegen 10 Rubel pro Kopf Nachlaß an der Pacht; vorher wurden die Postknechte gestellt.

die der Ritterschaft nur Verluste gebracht hatte, überhaupt Pächter fanden, kann doch nur wieder als ein Beweis für die Behauptung angesehen werden, daß die private Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen der öffentlich-bürokratischen überlegen ist.

Die wichtigste estländische Postverbindung war eingerichtet auf der Straße Narwa (— Waiwara — Fockenhof (Choudleigh) — Purro — Kl. Pungern — Rannapungern — livländische Grenze — Nennal) — Dorpat, wichtig nicht nur als Verbindung zwischen St. Petersburg und Riga, sondern als ein Stück der Route St. Petersburg — Königsberg auch von internationaler Bedeutung; die Stationen dieser Strecke waren um 1730 mit je 6, um 1740 mit 20 bis 24, 1783 mit 24 bis 32 Pferden besetzt, die Abstände betrugen 15 bis 22 Werst. Weniger wichtig war die Strecke Fockenhof — (Jewe, 1780 eingeschoben, — Warjel — Hohenkreuz — Pöddrus — Loop — Kahhal — Jeglecht) — Reval, immerhin für den internationalen Verkehr insofern nicht ohne Bedeutung, als viele nach St. Petersburg bestimmte Schiffe bei Sturm schon in Reval ihre Passagiere auszuladen pflegten; die Stationen waren 1783 mit 12 bis 14 Pferden besetzt, die Entfernungen betrugen 17 bis 25 Werst. Der Verbindung zwischen Reval und Riga diente die dritte Postroute des Landes, sie lief über Kl. Sauß oder Friedrichshof (Rannamaggi — (1753—77 Jöggis in Harrien) — Runafer (Payak) — Paenküll (Söttküll) nach Jeddefer an der livländischen Grenze, von hier über Hallik—Pernau nach Riga; die estländischen Stationen waren 17 bis 29 Werst voneinander entfernt, auf jeder befanden sich selten mehr als fünf bis sechs Pferde. Hupel in seinen Topographischen Nachrichten<sup>264</sup> berichtet noch von einer vierten estländischen Poststrecke, nämlich von Reval über Kegel—Padis (eigentlich Haudewälja-Krug) — Sellenküll (später Kuijöggi) nach Hapsal, mit sehr wenig Pferden; in den Ritterschaftsprotokollen fand ich darüber nur den Landtagsbeschluß von 1783, auf den genannten Stationen (Krügen) zur wöchentlichen Beförderung der Briefpost je ein Pferd mit Wagen zu unterhalten, wozu der General-Gouverneur einige nüchterne Postsoldaten zu stellen gebeten wird.

Die Postpferde leisteten bei Schnee oder guten Sommerwegen 10 bis 12 Werst in der Stunde, im Frühling und Herbst erheblich weniger, wenn sie nicht überhaupt stecken blieben; unter günstigen Umständen konnte man also die Strecke

<sup>264</sup> I 537. Im 19. Jahrhundert wurde das Postnetz für die Bedürfnisse des privaten Reiseverkehrs so ausgebaut, daß es alle Städte und Flecken berührte. Einen fahrplanmäßigen Postverkehr mit vielsitzigen Fahrzeugen wie in Deutschland hat es in Estland nie gegeben.

Reval—Riga (300 Werst, 14 Stationen) in 36 Stunden zurücklegen, wenn nämlich 1. der Weg sehr gut war, 2. man auf jeder Station Pferde antraf und 3. alle Postkommissare und Postknechte sich als sehr dienstwillig erwiesen.<sup>265</sup>

Auf den Landtagen war das Postwesen ein Gegenstand steter Klagen der Gouverneure; bald waren die Pferde zu langsam oder nicht zahlreich genug, bald sollten die Fährten über die „Ströme“ durch Brücken ersetzt werden,<sup>266</sup> man vermißte Gelegenheit zur Unterkunft und Verpflegung und beschwerte sich über Dickfelligkeit und Grobheit der Postkommissare und Knechte. Die Ritterschaft pflegte ihre Leute zu decken und mit Gegenklagen zu antworten: Nicht die Postknechte oder Kommissare seien schuld an den Mißständen, sondern die Eigenmächtigkeiten der Passagiere, die für schwere Wagen zu wenig Vorspann nehmen, übermäßig jagen lassen und bisweilen die Postknechte zwingen, drei bis vier Relais zu überschlagen, so daß die Pferde tot hinfallen. Ebenso weigerte sich die Ritterschaft, in Seuchenzeiten (1763, 1774) eingegangene Pferde zu ersetzen, ehe nicht die Seuche einigermaßen zum Stillstand gekommen war. Im allgemeinen ergibt sich aus den Klagen und Gegenklagen der Eindruck, daß die Post<sup>267</sup> unter der Oberleitung des Ritterschaftshauptmanns und der Aufsicht der Postkavaliere billigen Ansprüchen durchaus genügen konnte, namentlich seitdem die Monatsration für ein Pferd auf 5 Lof (= 110 kg) Hafer und 30 Ließpfund (240 kg) Heu erhöht worden war.<sup>268</sup> Über die wachsende Belastung des Landes durch die Postfouragelieferung gibt in runden Zahlen die nachfolgende Tabelle einige Auskunft:

---

<sup>265</sup> Reval—Dorpat 300 Werst, 14 Stationen; Reval—Narwa 200 Werst, 9 Stationen; Reval—Hapsal 100 Werst, 3 Stationen; Narwa—Dorpat 180 Werst, 8 Stationen; Dorpat—Riga 230 Werst, 11 Stationen.

<sup>266</sup> „Strom“ ist Provinzialismus für Gewässer, die man bestenfalls als Flüsse, eigentlich nur als Bäche bezeichnen darf, die aber in der Überschwemmungszeit, Frühling und Herbst, zu großer Breite anschwellen. Der noch heute so genannte Kasarjen-Strom entsteht aus dem Zusammenfluß des Fickelschen und Koschschen Baches, durchfließt eine zum Teil sumpfige Niederung, nimmt von rechts den Konoferschen, Stenhusenschen und Lodeschen Bach auf und mündet in die Matzal-Bucht der Ostsee. Der Koschsche und der Konofersche Bach fließen in ziemlich breiten und tiefeingeschnittenen Tälern; man scheute daher lange die Bau- und besonders Unterhaltungskosten für die notwendigen großen Brücken und begnügte sich mit Prahmfähren.

<sup>267</sup> Für die Geschichte des Postwesens sind besonders ausgiebig die R. Prot. von 1743, 61, 64, 68, 69—72, 74, 75, 77, 80 bis 1783.

<sup>268</sup> Die Fourage wurde anfangs für acht, später für elf Monate des Jahres geliefert, im Hinblick auf die Weidezeit. 1 Tonne = 3 Lof; 1 Lof = 3 Külmit = 36 Stof = 44,2 l. 1 Ließpfund = 20 estl. Pfund = 8 kg.

Jahr	Zahl der Pferde	Menge der Fourage	Wert in Rbl.	Hakenbelastung in Kop.
1743	225	—	1500	35
1761	220	2 950 t Hafer 53 000 LPf. Heu	3100	55
1769	220	3 350 t Hafer zu 75 Kop., 60 000 LPf. Heu zu 4 Kop.	4900	80
1774 f.	260	4 600 t Hafer 86 000 LPf. Heu	6900	105

#### 4. Die Verwaltung der Verkehrswege.

„Unsere großen Heer- und Landstraßen werden durch die jährlichen Ausbesserungen in einem solchen Stand erhalten, daß gewiß nur wenige Länder uns hierin vorgehen. Selten und bloß an einzelnen Stellen macht ein anhaltend schlechtes Herbst- und Frühjahrswetter die Reise gar zu beschwerlich... Die Straßen sind insgemein gegen 6 Faden, aber auch nicht selten viermal so breit; um sie trocken zu erhalten, wird der Wald von beiden Seiten in einer ziemlichen Entfernung abgehauen, die Mitte des Weges etwas erhöht, in niedrigen Stellen das Wasser durch Graben an beiden Seiten abgeleitet, Grand öfters aufgeführt; ferner, wo es nötig ist, werden Faschinen unterlegt, und dann mit Grand bedeckt; die großen Steine abgewälzet oder verbrannt (!?). Steinerne Brücken sieht man hier nicht; aber über alle Flüßchen und Bäche werden starke, mit Seitenlehnen versehene und von behauenen Balken verfertigte Brücken geschlagen, die man oft ausbessert... Die Wasser-Brücken ruhen auf versenkten hölzernen Kasten; die Unterhaltung erfordert eine Menge Balken und viel Arbeit...“<sup>269</sup>

Diese Darstellung des patriotischen alten Pastors Hupel im 1774 erschienenen ersten Bande seiner „Topographischen Nachrichten“ läßt bei allem eingangs gespendeten Lob deutlich erkennen, daß es sich nicht um eigentliche Kunststraßen mit festem Unter- und Oberbau handelt, sondern um Wege, die im Lauf von Jahrhunderten mit den wachsenden Bedürfnissen des Verkehrs ohne systematische Menschenarbeit und sozusagen von selbst entstanden waren, abgesehen von den Brücken nur gelegentlich und an den schlimmsten Stellen durch eine primitive Technik unterstützt. Die Polizeiordnung der Ritter- und Landrechte<sup>270</sup> unterscheidet zwar Heerstraßen, Land- und Kirchenwege, jedoch augenscheinlich ohne Rücksicht auf die

<sup>269</sup> Hupel, Top. I 523, III 606. Über die Wegeunterhaltung vgl. ferner Gernet, Agrarrecht 65, 396; Bunge, Privatrecht I § 97—99; Tobien, Agrargesetzgebung I (1899) 87.

<sup>270</sup> 6 VI.

Bauart, nur im Hinblick auf den nächstliegenden Zweck. Selbst an Breite wird von der Heerstraße nicht mehr verlangt als vom Kirchenweg, nämlich die Möglichkeit des Ausweichens für zwei Wagen, Brücken aber brauchen grundsätzlich nur die Breite einer Spur zu haben: „Welcher Wagen auch zuerst auf die Brücke komme, der soll zum ersten überfahren, er sei leer oder beladen.“<sup>271</sup> Natürlich ergaben sich aus der Praxis trotzdem bedeutende Unterschiede in der Bonität und Benutzbarkeit der Wege; die Straßen, auf denen sich Truppenbewegungen, großer Warenverkehr und Reisen von Amtspersonen abspielten, wurden allmählich breiter und durch fortwährende Aufsicht auch besser instandgehalten, die gewöhnlichen Landstraßen oder Kommunikationswege, dem inneren Verkehr des Herzogtums und der Zufuhr an die Heerstraßen dienend, erst recht die zum engsten Lokalverkehr (Verbindung der Kirche mit den zugehörigen Gütern und Dörfern, im weiteren Sinne auch der Güter und Dörfer eines Kirchenspiels unter sich) bestimmten Kirchenwege erfüllten zwar bei gutgewählter Streckenführung und günstiger Jahreszeit vollkommen ihren Zweck, ließen aber im umgekehrten Falle auch bei billigen Anforderungen oft viel zu wünschen übrig. Hupel findet die livländischen Straßen im allgemeinen besser als die estländischen, was sich leicht aus der günstigeren Bodengestaltung (wenig Sümpfe!) und der dichteren Bevölkerung erklärt; andererseits aber fehlte in Estland, wenn man von kleineren Strecken zwischen Rannapungern und Purro absieht, ein Gegenstück zu der Dünenstraße Riga — Pernigell — Salis — Pernau, deren tiefer Sand selbst bei bestem Sommerwetter der Schrecken aller Reisenden und Fuhrleute war.<sup>272</sup> Im ganzen hat Hupel aber wohl recht gehabt mit seinem Urteil. Als nach dem Tode des Prinzen Peter von Holstein 1775 dem livländischen Generalgouverneur Grafen Browne auch Estland unterstellt wurde, zielte eines seiner ersten Postulate an den Landtag auf die Verbesserung und namentlich Verbreiterung der Wege.<sup>273</sup> Er verlangte für Heerstraßen eine Breite von 12 schwedischen Ellen (= 5 Faden = 10,7 m), für Bachbrücken von 10 schwedischen Ellen (= 8,9 m). Der Landtag erklärte eine Wegebreite von 4 Faden (= 8,5 m) für herkömmlich, und man einigte sich schließlich auf 10 schwedische Ellen für Heerstraßen, 6 schwedische Ellen für Kommunikationswege (= 5,3 m), was im Vergleich mit der Durchschnittsbreite mo-

---

<sup>271</sup> 6 VI 3.

<sup>272</sup> Sie wurde daher 1799 über Wolmar verlegt, s. Bunge, Privatrecht I § 97 Anm. e.

<sup>273</sup> Publikat des General-Gouverneurs vom 30. 7. 1776; R. Prot. 1777.

derner Chausseen von 7 m ausk  mlich erscheint.<sup>274</sup> Hinsichtlich der Brückenbreite verwies der Landtag auf den schon zitierten Artikel der Polizeiordnung; eine Verbreiterung sei wegen des großen Bedarfs an starken Balken und wegen der Notwendigkeit, alle Kasten zu erneuern, sehr schwierig, selbst dann aber werde die Begegnung zweier Wagen wegen der landesüblichen schwachen Brückenkonstruktion immer gefährlich bleiben. Doch gab derselbe Landtag in dieser Richtung den Anstoß zu einem großen Fortschritt: Die Kreise Harrien und Wierland beschlossen, die Wittenasche Brücke über den Grenzflu   Loksa oder Walge-Jäggi (Weißer Bach) an der Heerstraße Reval—Narwa neu zu errichten, und zwar als erste Brücke dieser Art in Estland aus Stein; die Ausführung übernahm der Landrat Carl Magnus Graf Stenbock zu Kolk für 2192 Rubel 25 Kopeken. Die zweite steinerne Brücke auf vier Bogen erbaute 1783 im Auftrage des harrischen Kreises der Manngerichts-Assessor Adam Ludwig v. Brevern zu Jaggowal über den Jaggowalschen Fluß bei Jeglecht. Aus einem Bericht des Ritterschafthauptmanns an den General-Gouverneur geht hervor, daß um dieselbe Zeit alle Poststraßen mit Brücken versehen waren, nur der Übergang über den Kosch-Bach bei Kosch in der Wiek mußte noch durch eine Prahmf  hre bewerkstelligt werden.<sup>275</sup>

Als wichtige Verkehrswege sind neben den schon im Abschnitt 3 dieses Kapitels aufgeführten Poststraßen noch folgende zu nennen:

- a) Heerstraßen: Kegel—Baltischport (Abzweigung von der Poststraße Reval—Hapsal);

Hapsal—Röthel—Laik  ll—Kirrefer—Leal—Karusen— (Vereinigung mit der von Pernau über Audern—Wenia—Kiska laufenden Heerstraße) —Hanehl—Werder mit Fortsetzung über den Großen und Kleinen Sund nach Arensburg auf   sel;

Reval—Moik—Kosch/Harr.—St. Annen—Mexhof— (mit Abzweigung nach Weißenstein) —Koick mit Fortsetzung nach Fellin in Livland;

Jeglecht — (Abzweigung von der Poststraße Reval—Narwa)—Heidmets—St. Johannis/Jerw.—Piip—Weggewa mit Fortsetzung nach Dorpat.

- b) Landstraßen und Kommunikationswege: Von der Poststraße Reval—Pernau bei Jöggis abzweigend über Risti (hier über P  nal abzweigend an die Poststraße Reval—Hapsal bei Kerwel) —

<sup>274</sup> Nach dem „Leitfaden für den Unterricht in der Befestigungslehre... auf den Königlichen Kriegsschulen“, 17. Auflage, 1914 S. 30, sind an Wegebreite nötig für:

Infanterie in Marschkolonne 3—4 m,

Verkehr nach beiden Richtungen, Doppelmarschkolonne 5—6 m,

Infanterie-Zugkolonne, kriegsstarke (9 Gruppen) 28 m,

Fahrzeuge mindestens 2,5 m.

12 schwedische Ellen = 5 russische Faden (Bunge, Privatrecht I § 98 Anm. 1); 1 russ. Faden = 7 Fuß (nicht 6 Fuß, wie Hupel Top. II 330) zu 12 Zoll.

<sup>275</sup> R. Prot. 1782; sonstige Nachrichten über Brückenbau in den R. Prot. 1731, 1737, 1774, 1777, 1780, 1783. Vgl. d. Anm. 266.

Schl. Lohde—Goldenbeck an die Heerstraße Hapsal—Werder—Arensburg bei Laiküll;

Von der Poststraße Reval—Pernau 2 km südlich Reval in fast genau südlicher Richtung abzweigend über Koil/Harr.—Rappel—Wahhant—Kerkau bei St. Jakobi/Livl. (hart nördlich Hallik) an dieselbe Poststraße zurück;

Von Pöddrus an der Poststraße Reval—Narwa über Wesenberg—Kl. Marien—Marien Magdalenen an die Heerstraße Reval—Fellin zwischen Mexhof und Koick;

Von Nissi (Liiwa) über Haiba—Haggers—Angern nach Kollo an der Heerstraße Reval—Fellin, als Querverbindung zwischen dieser Straße und den Straßen Reval—Rappel, Reval—Pernau und Reval—Goldenbeck;

Von der Heerstraße Reval—Fellin bei Kosch abzweigend über Wahhast—Turgel (hier Abzweigung nach Weissenstein) — Oiso an die livländische Grenze.<sup>276</sup>

Die Verpflichtung zur Wegeunterhaltung galt spätestens seit dem Ende des 16. Jahrhunderts als eine Real-last, die auf sämtlichen privaten und öffentlichen Gütern des Herzogtums ruhte, jedoch nicht auf den Pastoraten; schon im Abschied des Landtags zu Wosel 1595 ist von ihr die Rede.<sup>277</sup> Die Verteilung der Last war anfangs sehr ungleichmäßig, da jeder Grundherr für die Instandhaltung der Wege und Brücken innerhalb seiner Gebietsgrenzen zu sorgen hatte. Seit 1650 galt dieses rein territoriale Einteilungsprinzip nur noch für die vier Kreise, innerhalb welcher jedem Gut nach seiner Hakenzahl eine bestimmte Wegstrecke zugewiesen wurde, jedoch noch ohne Rücksicht auf die Bodengestaltung und die Schwierigkeit der Arbeit. Der große Nordische Krieg brachte alle Straßen in einen traurigen Zustand, dem aus Mangel an Arbeitskräften auch in den folgenden Jahrzehnten nur unvollkommen abgeholfen werden konnte. Zur Abhilfe beschloß der Landtag 1728, die

<sup>276</sup> Hier seien die wichtigsten Kartenwerke zur estländischen Landeskunde erwähnt: Ludwig August Graf Mellin (zu Koltzen, livl. Landrat u. Präses d. Oberkonsistoriums), Atlas der Provinzen Liv- und Estland (auch historische Karten enthaltend), Riga 1798; Dr. Henry Lange (Vorstand der Plankammer d. preuß. statistischen Landesamts), Karte von Liv-, Est- und Kurland, 3. Auflage, Riga 1899, 1:750 000 (Bodengestaltung und Bedeckung, wichtige Straßen; erstrebte, aber nicht ganz erreichte Vollständigkeit in der Verzeichnung der Güternamen; es fehlt z. B. Pallifer, Ksp. Pönal); russische Generalstabskarte 1:126 000 (gut, wenn auch nach Übersichtlichkeit und Genauigkeit mit der preußischen Generalstabskarte nicht zu vergleichen; es gibt auch eine vom preuß. stellv. Generalstab 1915 bearbeitete Ausgabe mit deutscher Namensbezeichnung), Blätter Odensholm, Reval, Wesenberg, Jewe, Narwa, Tschorna, Weissenstein, Merjama, Hapsal, Leal, Pernau, Fellin; preuß. Generalstab, Übersichtskarte von Mitteleuropa 1:300 000, Blätter Reval, Narwa, Dorpat, Pernau (flüchtige Kriegsarbeit); Flemmings Generalkarte des Baltenlandes 1:725 000 (ohne Straßennetz). Zur baltischen Kartographie vgl. im allgemeinen Friedrich Bienemann in B. M. XXX (1883) 510—516.

<sup>277</sup> Ritter- und Landrecht 1 VI 4, Textanmerkung 3.

alte Verteilung der Wegekongimente nach der letzten schwedischen Hakenrevision von 1696 wieder in Kraft zu setzen, mußte aber auf Vorhalt des Gouverneurs zugeben, daß von diesem Verteilungsplan nur noch ein Fragment, nicht mehr als einen kleinen Teil Harriens betreffend, vorhanden sei, den man jedoch durch Befragung der ältesten Bauern jedes Gebiets ergänzen könne. Selbst wenn es gelungen wäre, diese alte Einteilung in vollem Umfange wiederherzustellen, so blieb sie doch immer eine höchst unvollkommene Grundlage für die Verteilung der Lasten. Die schwedische Hakenberechnung,<sup>278</sup> die in dieser Hinsicht für das ganze 18. Jahrhundert maßgebend blieb, hatte wesentlich die Hebung der fiskalischen Einnahmen bezweckt; sie beruhte nicht, wie in Livland, auf einer Bonitierung des Bodens, sondern fast nur auf einer rohen Abschätzung der bauerlichen Arbeitskraft, stand zudem seit dem Pestjahr auch in dieser Hinsicht nicht mehr in Einklang mit den wirklichen Verhältnissen. Auch die verschieden große Entfernung der einzelnen Güter von ihrer Reparaturstrecke war beim Lastenausgleich unberücksichtigt geblieben. Zum Kontingent des Gutes Alp im nördlichen Jerwen gehörte z. B. die fast 50 km entfernte Ubbakallsche<sup>279</sup> Morastbrücke im Gebiet von Koick an der jerwisch-livländischen Grenze. Die schlimmste Ungerechtigkeit lag wohl in der mechanischen Messung und Gleichsetzung der zu unterhaltenden Wegstrecke: Nur die Länge des Weges, nicht aber der bei hartem Untergrund, Sumpfboden, Wasserhindernissen ganz verschiedene, auch von der Befahrenheit des Weges abhängige Arbeitsaufwand galt als Maßstab für die Verteilung der Lasten. Daher war es vielen Gütern, und besonders denen, die durch ihre Lage an den großen Heerstraßen am meisten unter der Fuhrenstellung für die Truppendurchmärsche zu leiden hatten, auch bei gutem Willen unmöglich, ihre Obliegenheiten zu erfüllen. Unter dem Druck häufiger Klagen der Gouvernementsregierung versuchten die Kreise zuerst, dem Übel durch kleine Aushilfen, Neuverteilung einzelner Strecken, Instandsetzung verfallener Brücken auf gemeinsame Kosten, schließlich auch durch Heranziehung der Inselgüter zum Wegebau auf dem Festlande zu steuern.<sup>280</sup> Als

<sup>278</sup> Gernet, Agrarrecht 52.

<sup>279</sup> Die Heerstraße Reval—Fellin wurde nach ihrem estländischen Anfangspunkt auch die Ubbakallsche Straße genannt, entsprechend die Straße Jeglecht—Dorpat die Piipsche, die Straße Werder—Pernau die Weniasche Straße. Über das eingegangene Dorf Ubbakall vgl. Beiträge VII 521. — R. Prot. 1731, 1777.

<sup>280</sup> Der Brückenbau auf dem Festlande war für die Inseln wegen der Entfernung natürlich schwierig, auch konnten die Grundherren über die Arbeitskraft der meist freien schwedischen Bauern und Fischer nur in sehr beschränktem Maße verfügen. Andererseits hatten die Inseln fast



alle diese von Fall zu Fall angewandten kleinen Mittel dem Zustand der Wege nicht abzuhelpen vermochten, entschloß sich der Landtag 1750 zu einer vollständigen Neuverteilung der Wegekongimente. Der Beschluß ließ den Grundsatz, daß jeder Kreis für die durch sein Gebiet laufenden Wege zu sorgen hat, ebenso die schwedische Hakenzahl als Verteilungsschlüssel bestehen, gab aber die mechanische Gleichsetzung von Weg und Weg auf. Der Landmesser<sup>281</sup> und die Hakenrichter wurden beauftragt, bei der Einteilung auf hartes Land, Bach- und Morastbrücken Rücksicht zu nehmen; nach Bestätigung des Landtagsschlusses durch den Gouverneur setzte der Ritterschaftsausschuß als Norm fest, daß 1 Faden Bachbrücke =  $\frac{1}{3}$  Faden kleine Bachbrücke auf Streckbalken oder zwei kleinen Eckkasten = 2 Faden Morastbrücke (mit Faschinen zu bessernder Weg auf Sumpfboden) = 20 Faden Landbrücken (hart Weg)<sup>282</sup> gelten sollten. Die Grundsätze der Wegeverteilung von 1750 galten mit geringen Änderungen bis 1821. Sie bedeuteten einen großen Fortschritt, brauchten aber zu praktischer Wirksamkeit bei

---

gar nicht unter Einquartierung und Fuhrenleistung zu leiden, sie waren von der Pest völlig verschont geblieben und daher so dicht bevölkert, daß die Güter bisweilen für die Pflichtarbeitstage der Bauern keine Verwendung hatten (Hupel, Top. III 572). Trotzdem bestimmte der Ritterschaftsausschuß 1757 auf die Klagen der Grundherrschaft (die Gräfin Ebba Margarete Stenbock geb. Gr. de la Gardie besaß fast die ganze Insel Dagden, Heinrich Caspar v. Stackelberg die Insel Kassar, Otto Christian Frhr. v. Stackelberg die Insel Worms), daß bei der Wegerepartition drei Insularhaken wie zwei Landhaken gerechnet werden sollten. Die Klagen hörten aber nicht auf, die Gräfin Stenbock wandte sich 1768 mit dem Antrag auf völlige Befreiung von dem Wegebau auf dem Festlande sogar an das Reichsjustizkollegium und erlangte eine günstige Entscheidung. Jedenfalls verzichtete die Wieck 1780 auf die Mitarbeit der Insel Dagden und verlangte nur die ordnungsmäßige Übergabe der bisher instandgehaltenen Wege (R. Prot. 1728, 1757, 1768, 1780, 1783). Dieser Ausgang mag um des lieben Friedens willen begrüßt worden sein, sachlich bedeutete er eine unbillige Mehrbelastung der festländischen Güter.

<sup>281</sup> Zu schwedischer Zeit war bei der Gouvernementsregierung ein Landmesser angestellt; als die Krone 1731 die Wiederbesetzung dieser Stelle aus staatlichen Mitteln abgelehnt hatte, beschloß der Landtag 1732, für 100 Rthlr. einen eigenen Landmesser anzustellen, zur Vermessung der Wege und Gutsgrenzen und mit der Verpflichtung, für ein billiges die adlige Jugend in der Mathematik zu unterrichten. Als erster scheint unter diesen Bedingungen der Ingenieur Gottsched 1737 angestellt worden zu sein. Bei dem geringen Gehalt der Stelle mußte der Inhaber auch andere Arbeiten, insbesondere bei der Krone, übernehmen und stand daher der Ritterschaft nur sehr bedingt zur Verfügung. Später scheint die Krone doch wieder einen eigenen Landmesser angestellt zu haben. Vgl. die R. Prot. 1728, 31, 32, 37, 50, 82, 83; für Livland Hupel, Top. I 454.

<sup>282</sup> 20 Faden Landbrücken = 1 F. Bachbr. mit Kasten; 15 F. Landbr. = 1 F. kl. Bachbrücken; 10 F. Landbrücken = 1 F. Morastbrücken, s. R. Prot. 1750 f.

der immer noch sehr dünnen Bevölkerung des Landes und ihrer fortwährend starken Beanspruchung für militärische Transportzwecke viel Zeit; bis zum Ende des Jahrhunderts sind daher die Klagen der Regierung über den Zustand der Straßen nicht verstummt.

Die Wegebaulast war praktisch so verteilt, daß die Arbeitsleistung auf den Bauern, die Materiallieferung und die baren Ausgaben auf den Höfen ruhten; übrigens war dieser Unterschied in Beziehung auf die Gutsbesitzer kaum mehr als eine Fiktion, da deren Eigentumsrecht an Land und Person der Bauern im 18. Jahrhundert voll anerkannt war. Diese Fiktion und weiter die Lastenfreiheit des Hoflandes hatte aber für die Bauern den Vorteil einer annähernd gerechten Lastenverteilung, da dem Verteilungsschlüssel ganz wesentlich ihre Arbeitskraft zur Grundlage diente; die russische Hakenberechnung, der ganz allein die Arbeitskraft zugrunde lag, hätte ihren Interessen noch mehr entsprochen. Die Leistungsfähigkeit des ganzen Gutsgebiets als des Trägers der Gesamtleistung kam bei der Verteilung nur sehr unvollkommen zum Ausdruck, gar nicht zu reden von der Ungerechtigkeit, die jeder Grundlast in Beziehung auf das wirkliche Vermögen des Inhabers des Grundstücks anhaftet.

Die Aufsicht über die Unterhaltung der öffentlichen Wege<sup>283</sup> gehörte zu den Obliegenheiten der Hakenrichter, die ihrerseits dem Gouverneur und dem Oberlandgericht unterstanden. Über die Befugnis der Hakenrichter, Säumige durch Polizeistrafen zur Pflichterfüllung anzuhalten, drücken die Ritter- und Landrechte sich etwas unklar aus.<sup>284</sup> 1737 ermächtigte der Landtag die Hakenrichter, Gütern, die ihre Wege schlecht gebessert hatten, 2 bis 3 Rthlr., solchen, die überhaupt nichts an den Wegen getan hatten, 5 Rthlr. Strafe zum Besten der Ritterkasse aufzuerlegen; die letzte Summe wurde 1753 auf 8 Rthlr. erhöht, auch der Gouverneur gebeten, den Hakenrichtern Soldaten für die Exekution zur Verfügung zu stellen. Die Exekution belastete

---

<sup>283</sup> Die Kirchenwege wurden innerhalb des Kirchspiels verteilt und unterstanden dem Oberkirkenvorsteher.

<sup>284</sup> 1 VI 4: „... und da jemand, auf seine beschehene Anschaff- und Verwarnung, darinnen säumig befunden wird, daß er denselben zu 20 Rthlr. Strafe, vermöge der Landesbewilligung, anzeigen lasse...“

6 VI 2: „... sollen die Hakenrichter... die Säumigen zur Reparation mit Ernst halten, über die Widerspenstigen sich bey der Obrigkeit (scil. Gouverneur und Landräte) zu beschweren, oder da sie selbst in ihrem Amte säumig befunden würden, von ihnen ebenmäßige Strafe unabkömmlich abgefordert und erzwungen werden.“ Über tatsächlich verhängte Geldstrafen gegen in dieser Hinsicht säumige Hakenrichter s. die Riesenkampfsche Marginale zu 1 VI 4 bei Ewers S. 495.

den Leistungspflichtigen nicht allein mit der Unterbringung und Verpflegung der Soldaten bis zum Vollzug der Leistung, sondern darüber hinaus noch mit einer baren Exekutionsgebühr, um deren Erhöhung die Ritterschaft 1777 bat.

Die Wegeaufsicht gehörte zu den dornenvollsten Aufgaben des Hakenrichters, da sie ihn zur Erzwingung von Leistungen nötigte, deren Höhe die Kräfte der beteiligten Grundherren und Bauern oft ganz ungebührlich überstieg.

## Die staatlichen Provinzialbehörden.

„Alle ... livländischen (ständischen) Behörden stehen in einem unablässigen Kampfe mit der Regierung und finden im Falle der Nichterfüllung ihrer Vorschriften Rechtfertigung entweder in der besonderen livländischen Gesetzgebung, die dem Generalgouverneur in allen ihren Winkelzügen unmöglich bekannt sein kann, oder in den alten Privilegien, die in unbestimmten und der Zeit nach verschiedenen Konfirmationen bestehen, deren Grundlagen nicht aufzufinden sind und die niemals erklärt und in Eins gezogen werden konnten, weder zur Zeit der polnischen, noch zu der der schwedischen, noch zu der der russischen Regierung, trotz aller darauf verwandten Mühen und Anstrengungen.“ So urteilt ein hoher russischer Beamter aus der liberalen Periode Alexander I., der Senator und Justizminister D. P. Troschtschinski, über die Autonomie der baltischen Ritterschaften und Städte.<sup>285</sup> Das System von Hemmungen, welches die baltischen Gesetze und Privilegien jeder Regierungswillkür in den Weg legten, entsprach nicht dem Idealbild einer geordneten Verwaltung, das dem selbst wohlmeinenden Bürokraten vorschwebt; es entsprach auch nicht seiner grundsätzlichen Auffassung von Selbstverwaltung; diese konnte ihm nur als abhängiger Faktor der Arbeitserleichterung, nicht aber auch als berechtigte Trägerin von Beschwerden, Wünschen und Widerständen und der damit verbundenen Arbeitsvermehrung annehmbar erscheinen. Fügt man die nationale Abneigung des Russen gegen die Vorrechte der deutschen Ostseeprovinzen hinzu, so ist die Ansicht Troschtschinskis und selbst ihre etwas gehässige Ausdrucksform durchaus verständlich. Umgekehrt wird der baltische Deutsche in den angeführten Sätzen eine ungewollte Bestätigung für die Zweckerfüllung seiner verfassungsmäßigen Schutzeinrichtungen sehen, und der Historiker wird dieser Meinung im großen und ganzen beitreten, ohne damit etwa ein prinzipielles Werturteil über gebundene oder ungebundene Verfassungs- und Verwaltungsformen abgeben zu wollen.

---

<sup>285</sup> B. M. L. V (1903) 312.

Es trifft nicht ganz den Kern der Sache, wenn der Unterschied zwischen der Stellung des Gouverneurs von Estland und der etwa des Gouverneurs von Nowgorod darin gesehen wird, daß der erstere in seiner Tätigkeit sich nach den örtlichen Gesetzen und Privilegien zu richten verpflichtet war,<sup>287</sup> während den anderen nur die allgemeinen Reichsgesetze banden. Ob örtliche Gesetze, ob Reichsgesetze, beide verfolgten schließlich ein gutes Ziel, wenn sie nur wirklich angewandt und erfüllt wurden. Jakob Johann Sievers fand das Gouvernement Nowgorod 1764<sup>288</sup> in einem Zustande, der sicher nicht den Reichsgesetzen entsprach, Estland aber bezeichnete Katharina 1775 selbst „als eine von altersher schon ordentlich eingerichtete Provinz“,<sup>289</sup> und sie nahm die dortigen „Verfassungen der Affairen“ zum Vorbild für ihre Reformen im inneren Rußland. Das vielmehr ist der wesentliche Unterschied: In dem als Beispiel herangezogenen Nowgorod gab es kaum jemand, der die Gesetze kannte, bestimmt aber niemand, der dem Gouverneur gegenüber offen auf ihre Erfüllung zu dringen wagte. In Estland wachte ein bewußt politischer, als Landesvertretung durch uralte Institutionen fest organisierter Adel mit äußerster Hartnäckigkeit über die Einhaltung der Landes- und Reichsgesetze. Auch aus einem innerrussischen Gouvernement konnten Klagen, wenn das Maß der Willkür zu groß wurde, schließlich durch irgendwelche Kanäle bis zum Senat oder an das Ohr des Kaisers dringen und die Abberufung des schuldigen Gewalthabers herbeiführen; das half wohl für den Augenblick, hinderte den Nachfolger aber nur wenig daran, in etwas milderer Form die Mißwirtschaft seines Vorgängers fortzusetzen. Auch die baltischen Stände waren oft genötigt, ihr Recht in der Residenz zu suchen, die eigentliche Garantie der Gesetzmäßigkeit aber fanden sie zu Hause in dem männlichen Widerstand des Alltags. Nicht nur die „Landratore“ Peters des Großen, auch die neugeschaffenen Selbstverwaltungsbehörden Katharina II. waren bald Wachs in den Händen der Gouverneure, die es unter dem Vorwand der aufrechtzuerhaltenden zarischen Selbstherrschaft meisterhaft verstanden, an

---

<sup>287</sup> Grundlagen, II 59.

<sup>288</sup> „die Archive... seit einigen Jahren bedeckt mit dem Schutt der eingestürzten Gewölbe... Keine Polizei im ganzen Umfange des Landes. ... Auf zwei- oder dreihundert Zivilbittschriften an den Gouverneur zwei oder drei Sachen im Jahr abgetan. ... Elf- bis zwölfhundert Verbrecher im Gefängnis und in den Eisen, außer mehr als einem Tausend gegen Sicherheit Freigelassener, ... und in jeder der fünf Provinzen dreißig bis vierzig, sogar fünfzig Unglücklicher unter der Tortur“ (Blum I 154).

<sup>289</sup> Bienemann, Statthalterschaft 32.

die Stelle des Gesetzes ihren Willen und ihr Interesse zu setzen, jede selbständige Auffassung als Auflehnung hinzustellen und ihr Aufsichtsrecht in die Befugnis zu verwandeln, alles allein zu entscheiden.<sup>200</sup> Eine ähnliche Entwicklung war in den baltischen Provinzen unmöglich, weil altgewurzelte Institutionen, denen zu lebendiger Wirksamkeit niemals die geeigneten Persönlichkeiten fehlten, hier den Gouverneur zwangen, die Gesetze „in allen ihren Winkelzügen“ genauestens zu beachten. Nicht das bloße Vorhandensein von Gesetzen, sondern der unablässige Kampf der baltischen Stände um ihre Erfüllung, den Troschtschinski als eine Kette unbilliger und pedantischer Zumutungen charakterisieren zu dürfen glaubt, gibt uns den Schlüssel zu der bekannten, aber schließlich doch nicht so ganz selbstverständlichen Erscheinung, daß die Ostseeprovinzen auch unter russischer Herrschaft sich fortwährend einer geordneten Verwaltung erfreuten; und zwar auch zur Zeit Troschtschinskis, für die hinsichtlich der innerrussischen Gouvernements Schiemann urteilt, daß „kein Land in Europa schlechter und ungerechter regiert worden ist, als das Russische Reich unter Alexander I.“.<sup>201</sup> —

Der Artikel 6 der Kapitulation versprach<sup>202</sup> „dem Lande zur großen Gnade einen Teutschen und Evangelischer Religion zugethanen General-Gouverneur“. Dieses Versprechen ist im 18. Jahrhundert, wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach im allgemeinen eingehalten worden. Bis auf zwei ganz kurze Unterbrechungen (1736 und 1753—1758) war der oberste, wirklich im Lande residierende Vertreter der Reichsgewalt stets ein Deutscher, während langer Perioden dazu noch ein landeseingeborener Deutscher. Wenn die Ritterschaft mit ihrer Forderung den Zweck verfolgte, an der Spitze der Provinz Männer zu sehen, die nach Herkunft und Überzeugungen ihren Einrichtungen Verständnis entgegenbringen mußten, so hat sie diesen Zweck fast vollständig erreicht; Reibungen in Einzelfragen waren natürlich auch dann nicht zu vermeiden. Unrecht wäre es aber zu verschweigen, daß auch nationalrussische Gouverneure, nachdem sie sich erst einmal mit der ungewohnten Notwendigkeit des Handelns innerhalb fester gesetzlicher Grenzen abgefunden hatten, zum Nutzen des Landes gewirkt haben, ja zu warmen Vertretern seiner Interessen geworden sind; zu solcher Wirksamkeit waren sie besonders gut in der Lage, wenn sie, wie etwa der

<sup>200</sup> In Anlehnung an Engelmann, Staatsrecht § 66.

<sup>201</sup> Schiemann, Nikolaus I., I 382.

<sup>202</sup> Bauer: „Diesses wirdt gleichsam völlig accordiret.“

General-Admiral Graf Apraksin, nur nominell die Stellung eines estländischen General-Gouverneurs innehatten, in Wirklichkeit als hohe und einflußreiche Reichswürdenträger sich fast nur in der Residenz aufhielten. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht die Tatsache, daß die Ritterschaft 1751 um die Wiederbesetzung der seit 1728 freien Stelle des General-Gouverneurs mit einem Russen bat, dem General-Adjutanten und Senator Peter Iwanowitsch Graf Schuwaloff (1711—1762):<sup>293</sup> Sie brauchte eine Persönlichkeit, die vermöge ihrer großen Stellung und Verbindungen die Interessen des Landes gegen die Anmutungen der Reichsbehörden und auch lokaler Militärbefehlshaber besser zu vertreten vermochte, als es der in Reval residierende eigentliche Gouverneur oder in seiner Abwesenheit einer der Landräte als Vize-Gouverneur tun konnte.

Die nachfolgende

### Liste der estländischen Gouverneure

gibt in der ersten Spalte ohne Rücksicht auf den Titel diejenigen Personen, die unmittelbar an der Spitze der Provinzialverwaltung standen, in der zweiten Spalte die nominellen, aber nur gelegentlich im Lande sich aufhaltenden General-Gouverneure:<sup>294</sup>

- |  |  |
|--|--|
| <p>1710—11 General - Leutnant Felix Bauer (1667—1717) in seiner Eigenschaft als Befehlshaber der im Lande stehenden Truppen;</p> | <p>1710—19 Feldmarschall Alexander Danilowitsch Fürst Menschikoff, Generalgouverneur von St. Petersburg und aller zarischen Länder an der Ostsee (1673—1729);</p>      |
| <p>1711—36 Landrat Baron Friedrich Löwen zu Schl. Lohde, als Vize-Gouverneur, seit 1730 mit dem Titel Gouverneur;</p>            |  |
| <p>1736 Senator Graf Platon Musin-Puschkin, Gouverneur, wird Präsident des Reichs - Kommerz - Kollegiums;</p>                    | <p>1719—28 General-Admiral Graf Feodor Matwejewitsch Apraksin, Präsident des Admiralitäts - Kollegiums, seit 1726 Mitglied des Obersten Geheimen Rats (1671—1728);</p> |
| <p>1736—38 Generalleutnant Sebastian Ernst v. Manstein, als Oberkommandant von Reval gleichzeitig stellv. Gouverneur;</p>        |  |
| <p>1738—40 General-en-Chef Graf Otto Gustav Douglas zu Alp, Gouverneur;</p>  |  |

<sup>293</sup> R. Prot. 1751.

<sup>294</sup> Vgl. Paucker, Oberbefehlshaber und Arbusow, Grundriß 331, 338.

- 1740—43 General-en-Chef Graf Wal-  
demar L ö w e n d a l, Gou-  
verneur;
- 1743—53 Generalleutnant Prinz Pe-  
ter von H o l s t e i n - B e c k,  
Gouverneur (I.);
- 1753—58 Generalleutnant Fürst Wla-  
dimir Petrowitsch D o l g o -  
r u k i, Gouverneur;
- 1758—75 Feldmarschall Prinz Peter  
v o n H o l s t e i n - B e c k  
(II.), Gouverneur, seit 1762  
mit dem Titel General-  
Gouverneur;
- 1775—78 Generalleutnant Joachim  
v. S i e v e r s, Vize-Gou-  
verneur und stellv. Gou-  
verneur;
- 1775—92 General-en-Chef Graf Ge-  
o r g e B r o w n e, General-  
Gouverneur von Liv- und  
Estland;
- 1778—86 Georg v o n G r o t e n -  
h i e l m, Generalleutnant,  
als Vize-Gouverneur stellv.  
Gouverneur, seit 1783 Gou-  
verneur oder Statthalter;
- 1786—96 Generalleutnant Heinrich  
Johann Frhr. W r a n g e l l  
af Addinal zu Sompäh,  
Gouverneur oder Statt-  
halter.
- 1792—96 General-en-Chef Fürst Ni-  
k o l a i W a s s i l j e w i t s c h R e p -  
n i n, General-Gouverneur  
von Liv- und Estland.<sup>295</sup>

In den ersten Jahrzehnten der russischen Herrschaft war es zweifelhaft, ob die Bewahrung des Zusammenhangs der seit 1584 unter dem Namen Estland vereinigten Territorien und damit der estländischen Ritterschaft gelingen würde. Nach der Eroberung Narwas 1704 wurden auch die angrenzenden Teile Wierlands dem Oberkommandanten dieser Festung unterstellt; seit 1710 bemühte sich die Ritterschaft lange vergeblich um die Wiedervereinigung mit den abgetrennten Gebieten östlich des Semschen Baches,<sup>296</sup> die im wesentlichen aus den Kirchspielen Maholm, Luggenhausen, Jewe, Waiwara (und Isaak) bestanden. Noch 1723 beanspruchte der Oberkommandant von Narwa Verwaltungsbefugnisse über das unmittelbar vor den Toren der Stadt gelegene Kirchspiel Waiwara und verhinderte die Erhebung der Landessteuern.<sup>297</sup> Vornehmlich außenpolitische Gründe bestimmten Peter den Großen 1713, aus dem bis dahin einheitlich verwalteten Ostseegebiet „Reval, Dorpat

<sup>295</sup> 1734—1801, zuletzt Feldmarschall, der bekannte Staatsmann und Feldherr; die Fürsten R. stammen von Rjurik und starben mit dem Feldmarschall aus.

<sup>296</sup> B. M. LXXI (1911) 137, 151.

<sup>297</sup> R. Prot. 1723, Instruktion für den nach St. Petersburg deputierten Geheimrat Reinhold Axel Baron Ungern-Sternberg.



und die angrenzenden Bezirke<sup>298</sup> auszuscheiden; er rechnete nach wie vor mit der Möglichkeit, Livland an Polen abtreten zu müssen und wollte dann wenigstens den Kreis Dorpat behalten.<sup>299</sup> Irrtümlich ist daraus geschlossen worden,<sup>300</sup> daß Dorpat zeitweilig administrativ zu Estland gehört habe (1713—1723 bzw. 1726); die Dörptsche Ritterschaft erfreute sich während dieser Zeit einer ganz eigenartigen, auf Pachtung der fiskalischen Einnahmen beruhenden Selbstständigkeit,<sup>301</sup> der Kommandant von Dorpat unterstand dem Oberkommandanten von Narwa, dieser aber nicht dem Gouverneur von Estland. In der merkwürdigen Provinzeinteilung vom 29. Mai 1719<sup>302</sup> erscheint unter den zwölf Provinzen des bisherigen (Groß-)Gouvernements St. Petersburg auch eine Provinz Narwa, deren Teile gar nicht aneinandergrenzen: Narwa mit Iwangorod und dem Kreis Ssyrensk, 97 Höfe, unter dem Oberkommandanten Generalmajor Busch, dazu Stadt und Kreis Dorpat, 1757 Haken, unter dem Kommandanten Michael Ssuchotin.<sup>303</sup>

Unmittelbar auf diese „Provinz“ folgt in der Liste als Nr. 4 „Reval mit Estland und den Inseln“, 1793 Haken: „Soll ein Gouvernement sein, und in ihm General-Gouverneur der Admiral Herr Graf Apraksin, und unter ihm in Reval der bisherige Vize-Gouverneur“ (Быть Губернію, и въ ней Генераломъ-Губернаторомъ Адмиралу Господину Графу Апраксину, а подъ нимъ въ Ревелѣ прежнему Вице-Губернатору). Dieser bisherige Vize-Gouverneur war Friedrich v. Löwen, der schon seit 1711 ohne eigentliche Ernennung an der Spitze der lokalen Verwaltung des Herzogtums stand. Der damalige General-Gouverneur Fürst Menschikoff hatte sich zwar zur Entgegennahme der Huldigung im Februar 1711<sup>304</sup> einige Tage in Reval aufgehalten,

<sup>298</sup> Grundlagen, II 39, 59 und die dort zitierten Ukase.

<sup>299</sup> Vgl. Richter 2 II 327/28; Immich, Geschichte d. europäischen Staatensystems 1660—1789 (in Below und Meinecke, Handbuch) § 93 S. 236: Preußen garantiert dem Zaren 1714 nur Estland, Karelrien und Ingermannland, nicht aber Livland.

<sup>300</sup> Z. B. Arbusow, Grundriß 261; Gernet, Agrarrecht 4.

<sup>301</sup> B. M. LXXI (1911) 527 f.

<sup>302</sup> V. S. V Nr. 3380 „Über die Einrichtung der Gouvernements und die Bestellung von Verwaltungsbeamten in ihnen“ (Объ устройствѣ губерній и объ опредѣлений въ оныя правителей).

<sup>303</sup> Unter dem sonst unbekannten „Kreis“ Ssyrensk ist wohl wesentlich das Tafelgut des Narwschen Oberkommandanten zu verstehen, welches ursprünglich Wichtisby, später aber nach dem auf seinem Gebiet entstandenen Flecken Syrenetz (Serenity) W.-Syrenetz genannt wurde; der genannte Flecken liegt am Ausfluß der Narowa aus dem Peipus-See, nicht weit von den Ruinen der kleinen schwedischen Feste Nyslot, die 1703 zerstört wurde. Der „Kreis“ Ssyrensk, zu dem vielleicht auch die Narwschen Stadtgüter gerechnet wurden, ist also eigentlich nichts als ein Teil des Kirchspiels Waiwara.

<sup>304</sup> B. M. LXXI (1911) 133.

auch im Dezember des Jahres, ferner 1715 und 1716 besuchte er auf kurze Wochen sein Gouvernement,<sup>305</sup> sonst aber hielten ihn Aufgaben der großen Politik im In- und Auslande gefesselt. Der Generalleutnant Bauer war doch wesentlich Militärbefehlshaber, auch zog er schon im Herbst 1711 mit seinen Truppen nach dem polnischen Kriegsschauplatz ab.<sup>306</sup> Immerhin muß er sich von der Zweckmäßigkeit der Landeseinrichtungen und der persönlichen Eignung der mit ihrer Handhabung betrauten Männer überzeugt haben, denn auf ihn ist die Regelung zurückzuführen, durch die auch die staatliche Provinzialverwaltung für die nächsten vier bis fünf Jahrzehnte wieder in die Hände des Landratskollegiums gelegt wurde. Das Protokoll des Oberlandgerichts verzeichnet unter dem 5. März 1711: „Auf beschene Befragung: Von wem die Gouverneurs-Affaires in Abwesenheit Sr. Hochwohlgeborenen Excellence des Herrn General-Lieutenants Bauer verwaltet werden sollten? gaben hochgedachte Excellence zur mündlichen Antwort: daß solches von zweien Herren Land-Räthen zusamt dem Ober-Landgerichts-Secretario bestellt werden sollte, und zwar dürfte das Beste sein, daß einer von den ältesten Herren Landräthen einen von den jüngsten sich adjungirte und sie solchergestalt alle vier Wochen alternirten.“<sup>307</sup> Aus dieser Beauftragung zweier Landräte entwickelte sich infolge der fast ständigen Abwesenheit des General-Gouverneurs und bei der überlegenen Persönlichkeit des damals ältesten<sup>308</sup> Landrats Friedrich v. Löwen das Amt des Vize-Gouverneurs ohne eigentliche Einsetzung.<sup>309</sup> „Dieser ganze Mann, dem Estland in erster Linie Linderung der Landesnot, Erleichterung des Übergangs in die neuen Formen der Herrschaft zu verdanken hat und der doch immer bescheiden im Hintergrunde geblieben ist, verdiente wohl eine eingehende Biographie... Denn in erster Linie ist er es gewesen, der durch eine immer durchbrechende Heimatliebe, durch sein Verständnis und seine nie ermüdende Arbeitskraft es verstanden hat, die... Gegen-

---

<sup>305</sup> Paucker, Oberbefehlshaber 7 f.

<sup>306</sup> B. M. LXXI (1911) 153.

<sup>307</sup> Vgl. Paucker, Oberlandgericht 60.

<sup>308</sup> Der eigentlich älteste Landrat war Gerhard v. Lode, der sich aber wegen Krankheit von den Geschäften zurückzog und bald darauf starb.

<sup>309</sup> Noch 1714 unterschreiben er und Fabian Ernst Stael v. Holstein einfach als „zu Abhelfung der General-Gouvernements-affaires Verordnete Landt Räte“ (U. B. Stael v. Holstein Nr. 212), 1718 aber heißt Löwen schon „Vice-Gouverneur und ältester Landrat“ (s. Ewers, Ritter- und Landrechte S. XIX). Wesentlich für die Entwicklung seiner Stellung vom gewöhnlichen Regierungsrat zum eigentlichen Gouverneur wurde auch die Tatsache, daß er ständig als Regierungsrat fungierte, während der jüngere Landrat abwechselte.

sätze zu überbrücken und die 200jährige Periode des Friedens einzuleiten...“ Diesem Urteil des letzten estländischen Ritterschafts-Archivars Baron Paul Osten-Sacken<sup>310</sup> kann man wohl im ganzen zustimmen, nicht unerwähnt aber darf bleiben, daß die Zeitgenossen sehr oft anderer Meinung gewesen sind. Überhaupt ist es eine merkwürdige Erscheinung, daß gerade die beiden landeseingesessenen Gouverneure, Löwen und Douglas, besonders häufig Gegenstand von Klagen der Ritterschaft in der Residenz waren. Ganz allgemein ist die Erklärung wohl darin zu suchen, daß die Ritterschaft von einem Mitbruder und Landrat von vornherein eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen erwartete, als von einem Fremden, daß sie überhaupt geneigt war, in ihm nur einen Exekutor ihres Willens zu sehen. Für Löwen war es während des Krieges, aber auch später außerordentlich schwierig, die Ansprüche des Militärs auf Quartierleistung, Fuhren, Baumaterial, Verpflegung und Futter in Einklang zu bringen mit der Leistungsfähigkeit des ausgesogenen Landes. Lehnte er alle über das gesetzliche Maß hinausgehenden Anforderungen ab, machte er sich nur zum Anwalt des Landes, so hätten die Truppenbefehlshaber sich eben mit Gewalt und desto reichlicher versorgt; ein auf die Spitze getriebener Widerstand lag nach keiner Richtung im Interesse der Stände, am wenigsten ein daraus entsprungener Personenwechsel. Wollte Löwen aber seine Stellung zum wohlverstandenen Nutzen des Landes behaupten, so blieb ihm oft nichts anderes übrig, als formale Rechte zu verletzen. War die Ritterschaft bei der trostlosen Wirtschaftslage der Übergangszeit zu außerordentlichen Bewilligungen nur selten geneigt, so doch die Krone erst recht nicht, darauf zu verzichten. Kann man es Löwen, der die Not des Landes und die Unerläßlichkeit der Forderungen gleich gut kannte, verdenken, wenn er gelegentlich gewaltsam und mit zunehmendem Alter auch etwas unziert in der Form vorgeing, dabei doch immer in den Grenzen des Möglichen die Interessen seiner Heimat wahrend? Auch die Ritterschaft hatte nach den Wirren des Krieges ihre innere Haltung noch nicht recht wiedergewonnen, auch sie ließ sich zu Verletzung der ehrwürdigen Verfassungsformen hinreißen, wie die Vorgänge um den Wrangell-Schlippenbachschen Erbstreit bewiesen (s. S. 54). Gerade aus dem gegenüber verleumderischen Beschuldigungen erwiesenen einwandfreien Verhalten Löwens in dieser Angelegenheit darf wohl geschlossen werden, daß auch die sonstigen Klagen über ihn in einer mindestens stark einseitigen Beurteilung der Lage ihren Ursprung gehabt haben; der rücksichtslose und parteiische

---

<sup>310</sup> B. M. LXXI (1911) 129.

Satrap, wie ihn etwa die Instruktion für den nach St. Petersburg deputierten Geheimrat Baron Reinhold Axel Ungern-Sternberg erscheinen läßt,<sup>311</sup> ist er sicher nicht gewesen.

Eher könnte man zu diesem Typ rechnen den Grafen Otto Gustav Douglas, der von 1738 bis 1740 als Gouverneur in Reval residierte. Schon sein Übertritt in russische Dienste mutet nicht sympathisch an; wenn zahlreiche Est- und Livländer trotz dem kapitulationsmäßigen Übergang ihrer Heimat unter russische Herrschaft bis zum Friedensschluß in der sibirischen Gefangenschaft ausgeharrt haben, so hätte man dasselbe wohl auch von dem bei Poltawa gefangenen und nach Wologda gebrachten 22jährigen Leibtrabanten Karl XII. erwarten können, der nach seiner Nationalität durchaus ein Schwede war.<sup>312</sup> Spätestens 1714 ist er in russische Dienste getreten, während sein älterer, ebenfalls bei Poltawa gefangener Bruder tapfer bis 1722 in der Gefangenschaft aushielt, ein jüngerer 1712 bei Gadebusch fiel; für die Schweden ist sein Name als General-Gouverneur der von den Russen besetzten Teile Finnlands verknüpft mit den meisten der dort geschehenen „Gewalttaten, Erpressungen und Grausamkeiten“, ja er gilt als Inspirator der Plünderungsfahrten, die gegen Ende des Krieges die russische Galeerenflotte an den schwedischen Küsten ausführte. Für seinen jähzornigen Charakter zeugt die Tatsache, daß er 1719 in Abo bei einem Essen den General-gewaltigen (Chef der Feldpolizei) der russischen Truppen nach einem Wortwechsel kurzweg niederstach. Dieser Mann, der schon 1715 das estländische Indigenat erhalten und zeitweise an der Spitze der Restitutionskommission gestanden hatte, auch 1716 zum Landrat gewählt und im russischen Dienst zum Generalleutnant aufgerückt war, zeigte als Gouverneur despotische Eigenschaften in einer Zeit, die sachlich zu solchem Vorgehen keine Ursachen mehr bot, in einer kleinlichen Form, die nur geeignet war zu verletzen, ohne irgendeinem vernünftigen Zweck zu dienen.<sup>313</sup> Trotzdem erlaubte er sich bei seinem Abgang im März 1740 die Anfrage, ob er „während der Zeit seines Directorii den Privilegiis des Landes einigen Eindrang getan und ob man Ursache habe, sich in dieser Beziehung zu beschweren?“, worauf ihm durch den Ritterschaftshauptmann Adam Fried-

<sup>311</sup> R. Prot. 1723.

<sup>312</sup> Die Nachrichten über seine Person nach Elgenstjerna II 287.

<sup>313</sup> Etwa wenn er (ohne Erfolg) verlangte, daß alle Eingaben an das General-Gouvernement (die Bezeichnung wird in den Akten fast allgemein gebraucht und bezieht sich auf den Generalsrang des Gouverneurs) durch den Ritterschaftshauptmann persönlich übergeben werden sollten, da es unter seiner Würde sei, „Buchhalter“ (d. h. Ritterschafts-Sekretäre) zu empfangen; R. Prot. 1739, 1740.

rich Stackelberg die Antwort wurde, daß er sich „am besten in den hohen Collegiis informieren könne, was die Ritterschaft daselbst während seines Directorii für Vorstellungen getan“.

Ein weit größeres Verständniß für die Eigenart des Landes und ihrer Stellung zu ihm zeigten die folgenden Gouverneure, Graf Löwendal<sup>314</sup> und Fürst Dolgoruki,<sup>315</sup> das Idealbild eines solchen aber war der Prinz Peter von Holstein-Beck, der über ein Vierteljahrhundert an der Spitze der Provinz stand.<sup>316</sup> Sohn eines preußischen Generals, als entfernter Verwandter des Thronfolgers von der Kaiserin Elisabeth nach Rußland gerufen, zeitweise im aktiven Militärdienst, aber auf diesem Gebiet ohne besondere Talente oder Verdienste und nur dem Namen nach Feldmarschall, zeigte er seine eigentlichen Fähigkeiten auf dem stillen Verwaltungsposten in Reval. Ausgezeichnet durch eine gerade, humane Gesinnung, feinen Takt und gesundes Urtheil, aufrichtig und arbeitsam, mit der natürlichen Würde des deutschen Fürsten die Kunst der Menschenbehandlung und Repräsentation verbindend, den Formen und Ansprüchen ständischer Selbstverwaltung mit Sympathie gegenüberstehend, dabei nicht ohne Einfluß in St. Petersburg und im Besitz des Vertrauens dreier aufeinanderfolgender Monarchen, war er für Estland der richtige Mann. Lag in seinem Amt auch wesentlich die Pflicht zur Vertretung des Kronsinteresses und erfüllte er diese Pflicht zu vollster Zufriedenheit, so verstand es dieser Prinz trotzdem vorzüglich, die Bedürfnisse des Landes damit in Einklang zu bringen. Einer der größten Vorzüge seines im übrigen durchaus nicht schwächlichen Charakters äußerte sich in der Bereitwilligkeit, jederzeit auf vernünftige Vorstellungen gegen übereilt getroffene Entscheidungen einzugehen. Handelte es sich um Befehle der Zentralbehörden, so gab er sie zwar pflichtgemäß weiter; gelang es aber einem Landrat oder dem Ritterschaftshauptmann, ihn von der Fehlerhaftigkeit oder Ungesetzlichkeit der befohlenen Maßnahmen zu überzeugen, so war er der erste, die Ausführung zu inhibieren und die Proteste der Ritterschaft nicht nur in die Residenz weiterzuleiten, sondern sie auch unter Aufbietung seines

---

<sup>314</sup> Woldemar Gr. L., 1700—55, Enkel von Ulrich Friedrich Gyldenlöw, eines natürlichen Sohnes König Friedrich III. von Dänemark (vgl. den Roman „Frau Marie Grubbe“ von I. P. Jacobsen); ging 1743 in französische Dienste, nahm 1747 das für unbezwinglich geltende Bergen op Zoom und wurde Marschall von Frankreich.

<sup>315</sup> Starb als Gouverneur von Livland 1761.

<sup>316</sup> 1697—1775; Stammvater des jetzigen dänischen und norwegischen Königshauses (Ur-Ur-Großvater im Mannesstamm des Königs Christian IX., 1816—1906, des Protokollprinzen).

ganzen Einflusses zu unterstützen. Als er 1775 in Reval starb und in seinem Erbbegräbnis in der Nikolai-Kirche bestattet wurde, betrauerte das ganze Land den Verlust eines Mannes, der die Provinz nicht als Satrapie, sondern fast wie ein ererbtes Fürstentum angesehen und ihr nach bestem Können gedient hatte. Sein Tod schloß eine Epoche ab; was folgte, war schon die Einleitung zu der Periode unruhiger Geschäftigkeit, die mit der Einführung der Statthalterchaftsverfassung ihren glücklicherweise nur vorläufigen Abschluß fand. —

Bei der ausgebreiteten Selbstverwaltung durch die ständischen Organe brauchte der Personalbestand des General-Gouvernements oder Gouvernements als Behörde nur klein zu sein; er beschränkte sich im Normalfall auf den Vize-Gouverneur, zwei Regierungs- oder Gouvernementsräte, zwei Sekretäre, ferner den Commissarius fisci, den Gouvernements-Cammerier und den Gouvernements-Rentmeister. Dem General-Gouverneur oder wirklichen Gouverneur unterstand auch das Revaler Garnisonregiment, dessen Chef, ein älterer General, gleichzeitig Oberkommandant der Festung Reval war und zeitweise auch die Geschäfte des Vize-Gouverneurs versah.<sup>317</sup> Im Notfall standen dem Gouverneur die auf das flache Land verteilten aktiven Regimenter zur Verfügung, deren kommandierender General ihm für gewöhnlich aber nicht unterstellt war. Rein staatliche Lokalbehörden gab es in Estland nicht, als polizeiliche Exekutivorgane fungierten die Hakenrichter und Oberkirchenvorsteher.

Die Arbeit des General-Gouvernements wickelte sich in zwei getrennten Kanzleien ab, der deutschen und der russischen, von denen die erste den Verkehr mit den Landesbehörden und den Kollegien der liv- und estländischen Angelegenheiten in St. Petersburg, die andere den mit dem Senat und den militärischen Dienststellen besorgte. An der Spitze der russischen Kanzlei stand formell der Vize-Gouverneur; da aber praktisch ein solcher nur selten vorhanden war, fiel die Aufgabe meist einem der Sekretäre zu. Einen eigentlichen, d. h. hauptamtlich angestellten und neben dem wirklichen Gouverneur in Reval residierenden Vize-Gouverneur gab es nur zwischen

---

<sup>317</sup> Der Oberkommandant übte für die Stadt und den Dom (auf dem Domberg befanden sich die Gebäude der staatlichen und ständischen Verwaltung, die Landesgerichte und die Privathäuser des Adels; dieser ganze Bezirk, zu dem auch einige Handwerker und Kleinkaufleute gehörten, war von der städtischen Verwaltung und Rechtsprechung seit Urzeiten eximiert, verwaltete sich selbst und unterstand den Landesgerichten) auch gewisse oberpolizeimeisterliche Rechte aus.

1760 und 1775, dann wieder seit 1783;<sup>318</sup> die Vize-Gouverneure Löwen, Sievers und Grotenhielm, 1711—1730 bzw. 1775—1783, waren faktisch Gouverneure. Bei vorübergehender Abwesenheit des Gouverneurs vertrat seine Stelle der älteste Landrat,<sup>319</sup> gelegentlich auch der Oberkommandant von Reval. Die Funktionen der Regierungsräte wurden bis in die vierziger Jahre von zwei Landräten versehen, seit dieser Zeit von hauptamtlich angestellten, mit 600 Rubel jährlich besoldeten Beamten, die aber auch vorwiegend dem immatrikulierten Adel entnommen wurden; einer von ihnen leitete die deutsche Kanzlei. Die Organisation des (General-)Gouvernements als Behörde war kollegialisch, und zwar auch praktisch, im Gegensatz zu der innerrussischen Entwicklung; nachdem während der ersten 40 Jahre durch die Mitwirkung der Landräte staatliche und ständische Verwaltung eng miteinander verflochten gewesen waren, konnte das kollegialische Prinzip aus der selbständig organisierten Gouvernementsregierung nicht mehr verdrängt werden. Gegenüber einer so zäh und so geschickt die Landesrechte verteidigenden Ständevertretung, wie es die estländische war, mußte schließlich auch der Gouverneur in der Deckung durch kollegialisch mitverantwortliche Räte seinen Vorteil finden.

Wenn wir nun angesichts der ausgebreiteten Selbstverwaltung nach dem eigentlichen Tätigkeitsbereich der Gouvernements-Regierung fragen, so mag zuerst ein Zeitgenosse, wieder der unermüdliche Pastor Hupel, darauf antworten, dessen Beschreibung der livländischen Einrichtungen annähernd auch für Estland zutrifft:<sup>320</sup> „General-Gouvernement, des Herzogtums höchstes Forum executivum und Polizey Gericht, vor welchem auch einige contradictorische Rechtsfragen entschieden werden... Hier erlangen die Landtagsbeschlüsse Gesetzeskraft; von hier aus ergehen fast alle Befehle und Bekanntmachungen; hier werden die von der Ritterschaft zu Landesdiensten, von den Magistraten zu Rathsgliedern, von den Gerichten zu Sekretariaten vorgeschlagenen Personen erwählt und bestätigt; die Prediger zu den erledigten Kronpastoraten berufen; die Kontrakte mit der hohen Krone geschlossen und ausgefertigt, es sei über Arrendegüter, oder über verlangte Liefe-

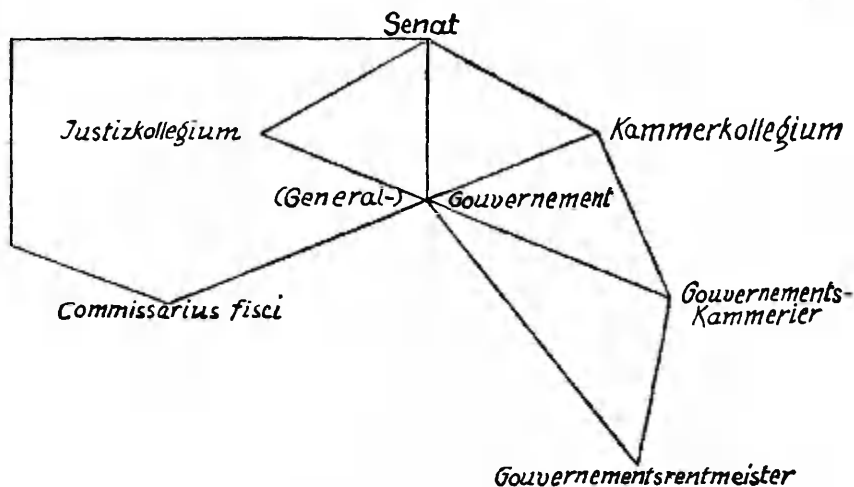
<sup>318</sup> 1760—68: General-Leutnant Karl Gustav v. Cahdeus zu Napküll/Livl.; (1768?) 1773—78 Gen.-Lt. Joachim v. Sievers (1720—78); 1783—86 General-Major Heinrich Johann Frhr. v. Wrangell (1736—1813), wird Gouverneur.

<sup>319</sup> Namentlich die Landräte Hans Frhr. v. Rosen (I.) zu Sonorm († 1767), zwischen 1737 und 1743, und Gotthard Johann Zöge (1690—1763, 1759 Graf Manteuffel) zu Ass, zwischen 1743 und 1760.

<sup>320</sup> Hupel, Top. I 421.

rungen. Von hier aus empfangen die kaiserlichen Ökonomen ihre Verwaltungsbefehle und statten dagegen ihre Berichte ab. Und weil im ganzen russischen Reich die Lebensstrafen aufgehoben sind, so gehen alle in Criminalsachen gefällte Urtheile an das Gen. Gouvernement, welches dann statt nach den alten Gesetzen erkannten Lebensstrafe, eine andere jener Stelle vertretende verordnet..." Als wesentlichste Abweichung von dieser für Livland geltenden Darstellung ist zu nennen, daß in Estland weder die Beamten der Ritterschaft, noch der Stadt Reval, noch der Gerichte einer Bestätigung durch den Gouverneur bedurften. Die Umwandlung der Todesstrafe geschah durch das Oberlandgericht, dem der Gouverneur nur vorsah.

Die staatliche Finanzverwaltung in Estland beruhte auf dem altrussischen Grundsatz „am Wojewoden vorbei“, dessen Sinn wesentlich darin besteht, daß man Einnahmen nie genug vor dem Zugriff Unberufener sichern kann.<sup>321</sup> Als Mittel dienten die scharfe Trennung der einzelnen Funktionen, doppelte Aufsicht durch nebeneinandergeschaltete Organe, dingliche Sicherheiten. Das nachfolgende Schema soll die etwas verwickelten Beziehungen aller an der Finanzverwaltung oder -Aufsicht beteiligten Staatsbehörden veranschaulichen; es gilt für die ganze Zeit bis 1783, einige Abweichungen werden am Schluß behandelt:



Der Kammerier (in Livland pompöser General-Ökonomie-Direktor genannt) nahm an den Hakenrevisionen teil, berechnete alle Kronseinnahmen vom flachen Lande, verfertigte die Liquidationen für jedes einzelne Gut und

<sup>321</sup> Kliutschewskij IV 157 u. a.



war überhaupt bemüht, die Staatsgefälle zu mehren; er unterstand sowohl dem Gouverneur, wie dem Kammerkollegium direkt, von dem er auch ernannt wurde. Die Einziehung, Verwaltung und Weiterleitung der Geld- und Naturalsteuern besorgte auf Anweisung des Kammeriers, sonst aber völlig selbständig, der Gouvernements-Rentmeister; zur Sicherheit gegen Veruntreuungen mußte er der Krone eine bare Kautions- oder Bürgschaft durch einen Gutsbesitzer stellen. Gegen Ende der Periode wurden die Naturalsteuern vielfach direkt durch die Proviantmeister der Truppen eingezogen und in Militärmagazinen gelagert.

Das Amt des *Commissarius fisci* (*advokatus f.*), 1630 von Gustav Adolf errichtet, bestand im 18. Jahrhundert so fort, wie es sich bis zum Ende der schwedischen Zeit entwickelt hatte. Die Aufgabe umfaßte Wahrung des finanziellen Staatsinteresses, Verfolgung von Amtsvergehen in allen staatlichen und ständischen Behörden, Erhebung der Anklage gegen die Übertretung administrativer und polizeilicher Verordnungen, denen kein privates Interesse zugrunde lag, deren Verletzung also auch keinen Privatankläger fand, etwa des Duellverbots; seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war der *Commissarius fisci* im allgemeinen auch Ankläger in Kriminalfällen des Adels, doch blieb daneben das Privatanklageverfahren und, namentlich für die niederen Stände, das inquisitorische Verfahren bei der Prozeßeröffnung bestehen.<sup>322</sup> Die Funktionen des *Commissarius fisci* entsprechen also nicht ganz denen eines modernen Staatsanwalts, unterschieden sich aber auch wesentlich von denen des russischen Fiskals, wie ihn Peter der Große 1711 und 1714 konstituierte.<sup>323</sup> Dessen Aufgabe ist lediglich die Bekämpfung der Korruption, wo und in welcher Form sie sich auch zeigen mag, und zwar soll er alle Angelegenheiten „im geheimen beaufsichtigen“;<sup>324</sup> er ist also ein staatlich angestellter Spitzel und Denunziant und bekämpft die Korruption durch Mittel, die selbst Elemente der Korruption enthalten. Diese Beimischung von Niedrigkeit und Hinterlist fehlt der Tätigkeit des *Commissarius fisci*, auch während der russischen Herrschaft finden sich davon kaum Spuren; angesichts der deutschen Mentalität lag weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit zu solchem Verfahren vor. Die Tätigkeit des *Commissarius fisci* ist aber auch umfassender als die des russischen Fiskals, insofern seiner Verfolgung neben Amtsverbrechen auch ge-

---

<sup>322</sup> Bunge, Gerichtswesen 169, 215 f., 321.

<sup>323</sup> V. S. V 2786, 3081 u. a.

<sup>324</sup> Kliutschewskij IV 174 f.

wöhnliche Kriminalfälle und Gesetzesübertretungen unterliegen; übrigens fielen ihm auch einige rein administrative Aufgaben zu, so die Einweisung der Arrendatoren in die Kronsgüter. Der Commissarius fisci war Organ des Senats und gleichzeitig des Gouverneurs; zur Vornahme von Revisionen in Behörden mußte er von einer dieser Stellen autorisiert sein. Gelegentlich zu russischer Zeit erhobene Forderungen auf Tisch und Stuhl, d. h. ständige Anwesenheit in den Gerichten, hat die Ritterschaft abgewiesen.<sup>325</sup> Unbestritten war sein Recht, die Anklage auch aus eigener Initiative zu erheben. Dem Commissarius fisci stand bis 1729<sup>326</sup> ein Drittel der Straf gelder aus den von ihm eingeleiteten Prozessen zu.

Betrachten wir nun die Wirkungsmöglichkeiten des Gouverneurs in ihrer Gesamtheit, so ergibt sich, daß sie doch auch im 18. Jahrhundert nicht so gering sind, wie es auf den ersten Blick scheint. Zwar, direkt verwaltet der Gouverneur weiter nichts als die staatlichen Einnahmen und Ausgaben, alles andere ist Sache der ständischen Organe. Doch diese sind stark gebunden. Die ständische Gesetzgebung bedarf in jedem Fall der Zustimmung des Gouverneurs, die ständische Verwaltung untersteht seiner Aufsicht, an der Rechtsprechung nimmt er in seiner Eigenschaft als Präsident des Oberlandgerichts teil. Alle diese Funktionen zählt auch Nolde auf, charakterisiert aber im ganzen die Tätigkeit des Gouverneurs als eine liebenswürdig-bereitwillige Erfüllung eigentlich belangloser Pflichten.<sup>327</sup> Ganz so ist es doch nicht. Die Staatsgewalt kann sich überall geltend machen, am stärksten in der Gesetzgebung, weniger stark in der eigentlichen Verwaltung, am wenigsten, wie es dem Wesen einer unparteiischen Justiz entspricht, in der Rechtsprechung. Mehr braucht eine Staatsgewalt nur dann, wenn es sich um die Durchführung radikaler Reformen handelt. Daß in den baltischen Provinzen solche Reformen damals nicht nötig waren, sagt Nolde selbst mit der Feststellung, daß die Verwaltungs- und Gerichtsorganisation dort weit vollständiger und entwickelter war als in Rußland, wo z. B. eine ländliche Polizei zu damaliger Zeit überhaupt nicht existierte.<sup>328</sup> Sehen wir so, daß die Gewalt des

<sup>325</sup> R. Prot. 1769.

<sup>326</sup> Die Straf gelder, „soweit davon einkommt“, wurden durch Namentlichen Ukas vom 21. 3. 1729 der Ritterschaft verliehen. Der Commissarius fisci C. F. Derling petitionierte noch 1760 vergeblich beim Senat um einen Anteil; der Ritterschafts-Ausschuß erklärte 1769, daß der C. F. in allen fiskalischen Aktionen, die er „mit Grund Rechtsens anstelle“, für seine Mühe und Unkosten reichlich (durch die Ritterschaft) entschädigt werde. (R. Prot.)

<sup>327</sup> Nolde, 386; die Charakteristik liegt im Ton.

<sup>328</sup> Nolde, 386, 384.

Gouverneurs keineswegs eine bloß dekorative, vielmehr eine durchaus wirkliche war, so fehlte ihr umgekehrt doch auch die Möglichkeit, nun etwa aus der Selbstverwaltung ein Phäntom zu machen. Auch diese hatte ihre unangreifbaren Positionen. Die formalen, institutiven Möglichkeiten ergeben sich aus der Gegenüberstellung mit den Rechten des Gouverneurs; stärker aber wogen die imponderablen Kräfte, die in dem ehrwürdigen Alter der bewährten Verfassungsorgane, in der von Generation zu Generation vererbten Fähigkeit, sie zum Nutzen des Landes zu gebrauchen, in dem festen Willen, sie zu bewahren, nicht zuletzt auch in dem Bewußtsein ehrlich loyaler Gesinnungen zwischen Ritterschaft und Thron enthalten waren.



Zum Schluß ist es notwendig, einen Blick auf diejenigen staatlichen Zentralbehörden zu werfen, die für das innere Leben Estlands von besonderer Bedeutung waren; einen kurzen Begriff davon gab schon das Schema auf S. 127. Als oberstes Organ der Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz fungierte seit 1711 der „Dirigirende (правительствующий, eigentlich „der regierende“) Senat“; ihm unterstanden als oberste Ressortbehörden seit 1718 die Kollegien, doch waren die des Äußeren, des Krieges und der Marine (Admiralität) fast selbständig. In Beziehung auf die Person des Monarchen hatte der Senat nur die Eigenschaft eines verpflichteten Ratgebers ohne zwingende Kraft. Alle diese Zentralbehörden waren kollegialisch organisiert und blieben es auch in ihrer praktischen Wirksamkeit.

Von den Kollegien hatten nur die des Krieges, der Marine, der Justiz und der Staatseinnahmen (Kammer, anfangs im Gegensatz zu dem für die baren Ausgaben zuständigen Staatskontor) für Estland unmittelbare Bedeutung. Das Kriegskollegium war — da die Rekrutierungspflicht erst 1796 auf Estland ausgedehnt wurde — für das innere Leben des Landes nur insofern bedeutungsvoll, als von ihm die Dislokation der Truppen und die damit zusammenhängenden außerordentlichen Lasten abhingen, Bau von Quartierhäusern und Lazaretten, Stellung von Vorspann, Lieferung von Baumaterial und Arbeitskräften für Befestigungszwecke. Ähnliche Leistungen forderte die Admiralität für den Ausbau der Kriegshäfen Reval und Rogeriek (Baltischport).

Das Reichs-Justizkollegium wurde 1718 errichtet zur „Besorgung bürgerlicher Rechtsangelegenheiten, gericht-

licher und Untersuchungssachen“;<sup>329</sup> es war seinem Wesen nach einerseits Justizministerium, andererseits Revisions- und Appellationsgericht für Kriminal-, Zivil- und Verwaltungssachen. Sein erster Präsident war Graf Matwejeff, erster Vize-Präsident Hermann v. Brevern (1663—1721), bis dahin Vize-Präsident des livländischen Hofgerichts. Seit 1724 wurden die liv- und estländischen Angelegenheiten in einem besonderen Departement unter Vorsitz des Vize-Präsidenten behandelt; aus diesem Departement entstand, schon 1728 in Senatsukasen so bezeichnet, ein selbständiges, mit dem eigentlichen Reichs-Justizkollegium nur durch die Person des Präsidenten verbundenes „Kollegium der liv- und estländischen Rechtssachen“ oder „Justiz-Kollegium der liv- und estländischen Sachen“. Die Trennung scheint sich ganz aus der Praxis vollzogen zu haben, wenigstens war 1764 ein entsprechender Ukas im Archiv des Kollegiums nicht mehr aufzufinden.<sup>330</sup> (Vize-)Präsident und Glieder des Kollegiums waren bis 1775 ausschließlich Deutsche lutherischer Religion, später kommen, doch selten, auch orthodoxe Russen vor. Nachfolger Breverns wurde der estländische Landrat, dann (1718) Vize-Präsident des Reichs-Kammerkollegiums Magnus Wilhelm Freiherr v. Nieroth; ihm folgten (1742) die wirklichen Staatsräte Johann Friedrich v. Emme und (1764) Thimotheus Marzan v. Klingstedt, ein Pommer. Das Justiz-Kollegium der liv- und estländischen Angelegenheiten hatte für sein Gebiet alle Kompetenzen des eigentlichen Reichs-Justizkollegiums, und selbst diese Bezeichnung legt es sich unter Hinzufügung der territorialen Zuständigkeit oft bei. In administrativen und geistlichen (Kirchenzucht, Ehesachen, dogmatische Fragen) Angelegenheiten der evangelischen Kirchen des ganzen Reiches war es seit 1734 unter Hinzuziehung ortsanwesender Pastoren gerichtliche Appellations- und Revisions-Instanz,<sup>331</sup> für die nichtbaltischen Gebiete auch Aufsichtsbehörde. 1739 wurde das Justizkollegium mit dem Kammer-Kontor der liv- und estländischen Sachen zu einem nun auch formell den anderen Reichs-Kollegien gleichgeordneten „Kollegium der liv- und estländischen Sachen“ vereinigt,<sup>332</sup> ohne aber damit, wie in dem amtlichen Werk über die Grundlagen des baltischen Provinzialrechts gesagt ist,<sup>333</sup>

<sup>329</sup> V. S. V 3255 vom 12. 12. 1718; zu vergleichen ferner im gleichen Bande die Nrn. 3133 vom 15. 12. 1717 (Ernennung der Präsidenten u. V. P.), 3196 und 3197 vom 28. 4. 1718, 3333 vom 19. 3. 1719.

<sup>330</sup> Bunge, Archiv V (1847) 61.

<sup>331</sup> Dalton; V. S. X 7352 vom 19. 8. 1737, unter Bezugnahme auf einen Namentlichen Ukas vom 23. 2. 1734.

<sup>332</sup> V. S. X 7957 vom 23. 11. 1739, Namentlicher Ukas.

<sup>333</sup> Grundlagen II 40.

„seine allendliche Gestalt“ zu erhalten; denn schon 1742<sup>334</sup> wurde die Vereinigung aufgehoben und das Justiz-Kollegium formell wieder der Leitung des Präsidenten des Reichs-Justizkollegiums unterstellt. Erst 1764 erfolgte die endgültige Trennung und, bei gleichzeitiger Erweiterung der territorialen Zuständigkeit, die Konstituierung als selbständiges „Justiz-Kollegium der liv-, est- und finnländischen Sachen“.<sup>335</sup>

Das Reichskammerkollegium wurde 1718 gegründet zur „Veranlagung und Verwaltung der Geldeinnahmen des Reiches“;<sup>329</sup> eines seiner Departements besorgte unter der Bezeichnung „Kammer-Kontor der liv- und estländischen Sachen“ die fiskalischen Angelegenheiten der genannten Provinzen. Das Kammer-Kontor blieb, bis auf die kurze Unterbrechung von 1739—1742, mit dem Reichs-Kammerkollegium durch den gemeinsamen Präsidenten verbunden, war aber faktisch bei dem streng durchgeführten System der kollegialischen Beratung und Beschlußfassung völlig selbständig. Überhaupt ist, für das Kammerkotn wie (bis 1764) für das Justizkollegium der liv- und estländischen Sachen, festzuhalten, daß sie als Sach-Departements in vollem Umfange das Gesamt-Kollegium vertraten, infolgedessen ein Rekurs nicht etwa an die Plenarversammlung des betreffenden Reichs-Kollegiums, sondern nur an den Senat möglich war. Wenn also in liv- und estländischen Angelegenheiten von dem Reichs-Justiz- bzw. -Kammerkollegium gesprochen wird, so handelt es sich immer um Beschlüsse oder Befehle der vorbeschriebenen selbständigen und allein für diese Provinzen zuständigen Departements.

Peter der Große hatte den Senat als oberste Regierungsbehörde des Reiches geschaffen und mit umfassenden Vollmachten in bezug auf Politik, Gesetzgebung, Gesetzesauslegung, Verwaltungsexekutive, Kontrolle und Justiz ausgestattet. Bald darauf schuf er das Amt des General-Prokureurs als eines „Sachwalters von des Reiches Angelegenheiten“, bestimmt, den Senat zu beaufsichtigen, gegen Trägheit, gedankenlose Routine und alle Art Korruption hier und überall im Lande einzuschreiten. Damit schon verlor der Senat einen großen Teil seiner Machtfülle, namentlich das unmittelbare Verhältnis zum Monarchen; unter den Nachfolgern Peters des Großen wurde die Stellung des Senats noch mehr gedrückt und von allen wirklich politi-

<sup>334</sup> Bunge, Archiv V 62, Senats-Ukas vom 9. 1. 1742.

<sup>335</sup> Bunge, Archiv V 62 (Bericht des Justiz-Kollegiums L.—E. an den Senat über seine Geschichte, vom 6. 6. 1768, unterschrieben vom Sekretär A. G. Tunzelmann), S. U. vom 23. 4. 1764, N. U. vom 30. 12. 1763; vgl. Grundlagen II 40 Anm. 4.

schen Entscheidungen abgedrängt durch die Herrschaft wechselnder Günstlinge, die bald einzeln, bald in Form amtlich organisierter Cliques unter verschiedenen Bezeichnungen (Kabinetts, Oberster Geheimer Rat, Konferenz) die Regierungsgeschäfte führten. Katharina II. wies dem Senat endgültig die Rolle eines „Bewahrers der Gesetze“ zu und mehr war er, von gelegentlichen, bald wieder aufgegebenen Versuchen zu einer politischen Restaurierung (so am Anfang der Regierungen Annas und Elisabeths) abgesehen, seit dem Tode Peters des Großen auch kaum gewesen. Doch was ihm blieb, war immer noch viel und bedeutungsvoll: Initiative und Beratung der meisten, Verkündung aller Gesetze, auch der namentlichen Ukase des Kaisers, mit dem Recht, sie auf ihre Übereinstimmung mit dem geltenden Recht zu prüfen und Einwendungen zu erheben; zwingende Auslegung dunkler oder kontroverser Gesetzesstellen, Kontrolle der Verwaltung hinsichtlich richtiger, gleichmäßiger und vollständiger Anwendung der Gesetze, Entscheidung von Kompetenzkonflikten; direkte Verwaltung solcher Angelegenheiten, für die kein selbständiges Kollegium bestand, also namentlich der Polizei-, des Verkehrs-, Medizinal- und Bildungswesens; Initiative in größeren Finanzangelegenheiten (Ausgabenanweisung, Anordnung von Seelen-Revisionen, auch der baltischen Haken-Revisionen),<sup>336</sup> allgemeine Finanzkontrolle und -Revision; Ernennung zu höheren Zivilämtern, Adelsangelegenheiten; Entscheidung über Bittschriften und private Beschwerden in Verwaltungssachen; höchste Revisions- und Appellationsinstanz für Kriminal- und Zivilprozesse (jedoch nicht in Sachen der geistlichen Gerichtsbarkeit, für die der Dirigierende Synod oder das Justizkollegium der liv- und estländischen Angelegenheiten zuständig waren). Zur Erfüllung dieser vielseitigen Aufgaben war der Senat schon unter der Kaiserin Anna in fünf Departements geteilt gewesen, Katharina II. machte daraus sechs und bestimmte, daß „ihr Spruch ebenso gültig sein solle, als ob derselbe vom ganzen Senat ausgefertigt worden“; nur für den Fall von Meinungsverschiedenheiten innerhalb eines Departements sollte das Plenum die Entscheidung fällen oder an die Kaiserin selbst appellieren. Das 1. Departement war im allgemeinen zuständig für Gesetzgebung und Verwaltung, namentlich Finanzsachen, das 2. für Justiz, das 3. u. a. für liv- und estländische Angelegenheiten, aber auch für allgemeine Polizei-, Medizinal- und Bildungssachen, das 4. für Militärangelegenheiten; das 5. und 6. Departement befanden sich in Moskau und entsprachen nach ihrer sachlichen Zuständigkeit dem

---

<sup>336</sup> Z. B. V. S. X 7834 vom 12. 6. 1739.

1. und 2. Departement.<sup>337</sup> Der Senat äußerte seine Willensmeinung in Justiz- und Verwaltungssachen, soweit sie auf Grund bestehender Gesetze erfolgte, durch Ukase (Сенатскій указъ, Senats-Befehl). Die Veröffentlichung neuer Gesetze geschah in der Form Namentlicher, auf Grund eigenhändiger Unterschrift oder ausdrücklicher Ermächtigung des Kaisers erlassener Ukase (Именный указъ, письменный или словесный); war die Initiative zur Ergänzung bestehender oder Erlass neuer Gesetze vom Senat ausgegangen, so erfolgte die Bekanntmachung unter dem Namen einer Allerhöchsten Resolution oder einer Allerhöchst bestätigten Unterlegung (Высочайшая резолюція на докладъ сената, Высочайше утвержденный докладъ сената).<sup>338</sup>

Der Senat hat sich, trotz vielfacher Unzulänglichkeit im einzelnen, um das Russische Reich große Verdienste erworben; wesentlich ihm ist es zu verdanken, wenn das Werk Peters des Großen in der Periode der Prätorianer und Günstlinge, der Willkür und der Lethargie zwischen 1725 und 1762 nicht völlig zu Grunde ging. In dieser Zeit der gewalttätigen, böswilligen oder nichtstuerischen Mißregierungen hat er in Verwaltung und Justiz einen Rest von Gesetzmäßigkeit, Stetigkeit und Zusammenhang aufrechterhalten und ist nach seinen allerdings schwachen Kräften das gewesen, was Peter der Große von ihm verlangt hatte: Eine Feste der Gerechtigkeit. Daß er den baltischen Privilegien und Eigenarten weder besondere Liebe noch Verständnis entgegenbrachte, ist nach seinem ganzen Wesen nicht zu verwundern; eine Zentralbehörde wird immer nivellierende Tendenzen zeigen, und hier kam der nationale Gegensatz hinzu. Unter Katharina II. hat er freudig und ohne Bedenken zum Umsturz der alten Verfassung die Hand geboten. Machen wir aber diese, gewissermaßen das politische Gebiet betreffenden Einschränkungen, so gilt für die eigentlich administrative und rechtsprechende Tätigkeit des Senats doch auch in Beziehung auf Estland das, was oben für das ganze Reich gesagt wurde: Er hat nach bestem Wissen zu verwalten, Willkür zu verhindern und ehrlich Recht zu sprechen versucht, und er ist also auch für Estland unter den einmal gegebenen Verhältnissen eine nützliche Institution gewesen.

<sup>337</sup> Repert. II 25 f., N. U. vom 15. 12. 1763. — Die skizzenhafte Darstellung der Senatsentwicklung gründet sich auf Kliutschewskij IV, Bilbassoff II, Mettig, Europäisierung, Brückner, Katharina II., Engelmann, Staatsrecht 47 f.; das Monumentalwerk ist (verschiedene Verfasser) „Istorija prawitelstwujuschtschawo senata za 200 ljet 1711—1911“, St. Petersburg 1911, 5 Bände 4<sup>o</sup>.

<sup>338</sup> Bunge, Repert. I, Einleitung XX—XXVI.

## Die öffentlichen Lasten.

Fast alle öffentlichen Leistungen der Bewohner des flachen Landes waren direkte Steuern, gleichviel ob sie in Geld, Sachgütern oder Arbeit erhoben wurden. Die wenigen indirekten Steuern (Zölle, Stempel-, Wechsel-, Spielkarten-, Kapitalexpportsteuer) waren bis auf die zehnpromzentige Kapitalexpportsteuer<sup>339</sup> unbedeutend; da ihnen jede innere Beziehung zur Landesverfassung fehlt, genügt die kurze Erwähnung. Erst die von Katharina 1783<sup>340</sup> eingeführte vierpromzentige Grunderwerbssteuer (Krepost-Poschlin, Korroborations-Abgabe) wurde auch für das Rechtsleben des Landes insofern bedeutungsvoll, als sie zu einer vermehrten Anwendung des von der Steuer nicht betroffenen Erbpfand-Kaufs Anlaß gab, was wieder die Krone zur praktischen Außerkraftsetzung dieses Instituts bewog (s. S. 62).

### 1. Der Haken als Steuereinheit.

Der Haken war noch im 16. Jahrhundert ein der Hufe verwandtes Flächenmaß, im 17. Jahrhundert wurde er zum Maß der wirklichen bäuerlichen Arbeitsleistung an den Grundherrn, im 18. Jahrhundert bedeutete er das Maß der vorhandenen bäuerlichen Arbeitskraft. Angesichts der erschöpfenden Darstellung dieser Entwicklung durch Gernet in seinem aus den Quellen gearbeiteten Werk über „Geschichte und System des bäuerlichen Agrarrechts in Estland“<sup>341</sup> genügt hier eine Skizzierung der Verhältnisse im 18. Jahrhundert.

Im Punkt 10 der Kapitulation erklärte die Ritterschaft, daß eine Steuerleistung auf Grund der schwedischen Hakenberechnung für das durch Krieg und Pest entvölkerte und verwüstete Land unmöglich sei; Bauer resolvierte darauf, daß dieser Punkt „in der natürlichen Billigkeit bestehe“, die Ritterschaft also Kommissarien ernennen solle, „welche sowohl Bey ausschreibung der Contribution, alß Formirung einer Repartition eine solche methode an der Handt geben Können, dz. das Land dadurch möglichst conserviret und nicht aggraviret werden möge“.

<sup>339</sup> Vgl. Urkunden Stael v. Holstein Nr. 255 Anm. 1, vom 25. Februar 1746.

<sup>340</sup> N. U. vom 3. Mai 1783, s. Repert. II 241, 248.

<sup>341</sup> S. 27, 31, 45.



Es ist nicht mehr zu ergründen, von wem eigentlich der Gedanke ausging, die vorhandene Arbeitskraft der Steuerberechnung zugrunde zu legen. Schließlich war diese rohe Methode jedenfalls die einfachste, um unter Beibehaltung des Hakens als Steuereinheit die Leistungen des Landes mit seiner veränderten Leistungsfähigkeit einigermaßen in Einklang zu bringen, für die Regierung aber die schnellste, um überhaupt wieder Leistungen zu erhalten. Später, 1722 und noch 1740,<sup>342</sup> hat sich die Ritterschaft um die Wiedereinführung der alten Methode bemüht, doch vergeblich. Von Anfang an aber richtete sie ihre Bemühungen darauf, dem neuen Haken wenigstens eine möglichst große Zahl bäuerlicher Arbeitskräfte zu unterlegen, doch ebenfalls mit recht geringem Erfolge. 1712 wurden zwölf, 1716 zehn, 1726 nur vier, seit 1733 fünf arbeitsfähige Kerle von 15–60 Jahren auf den Haken gerechnet. Gezählt wurden nur die in der Landwirtschaft und ihren Nebenzweigen (Forstwirtschaft, Brennerei, Brauerei, Müllerei) tätigen und zu solcher Tätigkeit körperlich auch wirklich fähigen Männer, nicht also freie Wirtschaftsbeamte, Gesinde (Kutscher, Diener usw.), Gebrechliche;<sup>343</sup> ferner blieben auf 15 Haken je ein Schilter (Kleetenkerl, Speicherverwalter), Kubjas (bäuerlicher Arbeitsaufseher, Vogt) und Viehhüter außer Berechnung. An der Küste, wo die Bauern nur im Nebenberuf landwirtschaftlich tätig waren, machten erst zehn arbeitsfähige Kerle einen Haken aus. Die Zählung erfolgte durch eine Kommission aus zwei Landräten, zwei Kreisdeputierten und einem Vertreter der Gouvernementsregierung durch Vergleichung der Wacken- und Kirchenbücher und Befragung der Bauern jedes Gutes, — Inquisitionskommission, die Feststellung des Gesamtergebnisses, der Hakenzahl und der ordentlichen Abgaben jedes Gutes durch eine Regulierungskommission, bestehend aus einem Landrat, einem Kreisdeputierten, dem Gouvernements-Kammerier und dem Commissarius fisci unter Vorsitz des Gouverneurs.<sup>344</sup> Grundsätzlich durfte bei keinem Gut die Hakenzahl der letzten Revision unterschritten werden. Andererseits fand auf Gütern, die sich mit der Annahme der schwedischen Hakenzahl einverstanden erklärten, überhaupt keine besondere Revision mehr statt; dadurch wird die russische Berechnungsart des Hakens als eine Übergangsmaßnahme, die daraus sich ergebende Differenz zwischen

---

<sup>342</sup> R. Prot.

<sup>343</sup> Gernet, Agrarrecht 46; Hupel, Top. II 198 (die Existenz des dort genannten Gutes Tilp bei Weißenstein ist zu bezweifeln!).

<sup>344</sup> In dieser Zusammensetzung 1780 (R. Prot.), sonst vgl. Gernet, Agrarrecht 47/48 (zwei Landräte und ein Kreisdeputierter in der Regulierungs-Kommission).

schwedisches und russisches Steuer als ein vorübergehender, den Folgen des Nordischen Krieges und nur diesen Rechnung tragender Steuernachlaß charakterisiert. Die Gesamtsumme<sup>345</sup> der Haken (einschließlich Domänen) betrug in den Jahren

(schwedische)	8 318
1712	809
1719	1 793
1726	3 089
1733	3 567
1739	4 494
1744	4 891
1750	5 302
1757	5 736
1765	6 241
1774	6 739

1783 führte Katharina unter Aufhebung der bisherigen ordentlichen Reichsabgaben auch in Estland die Kopfsteuer ein, im Betrage von 120 bzw. 70 Kopeken auf jede männliche Seele kleinbürgerlichen oder bauerlichen Standes (nicht Berufes!), ohne Rücksicht auf Alter und Arbeitskraft. Die Einführung der Kopfsteuer diente nach den Worten des Ukases<sup>346</sup> zwar „lediglich zur Bequemlichkeit in der gemeinschaftlichen Reichsberechnung“, praktisch ergab sie eine erhebliche Erhöhung der Gesamtsteuersumme. An der Unterverteilung dieser Summe änderte sich aber nichts, der Haken unter Zugrundelegung der Zahlen von 1774 blieb nach wie vor Steuereinheit.

Der Steuerhaken des 18. Jahrhunderts ist eine Recheninheit ohne dinglichen Sinn, deren Vielfaches als tote Zahl den Steuerquotienten eines Rittergutes darstellt. Innerhalb des Landes waren Träger der Steuerleistung die Rittergüter, innerhalb des Rittergutes theoretisch nur die Bauergesinde, praktisch diese und das Hofsländ zusammen, da angesichts der Haftung des Rittergutes für die Gesamtleistung die sogenannte Steuerfreiheit des Hofsländes nur den Wert einer Fiktion hatte. Eine persönliche, vom Boden losgelöste Steuerpflicht bestand nicht. Alle auf dem Haken aufgebauten Steuern müssen als Grundlasten angesprochen werden.

<sup>345</sup> Die schwedische Zahl nach der (gedruckten) Landrolle 1818 p. 66, die für 1719 nach V. S. V 3380 (vgl. hier im Text S. 120), sonst nach Gernet, Agrarrecht 46. Die von Gernet zwar angegebene, aber bezweifelte Hakenzahl von 1712 wird bestätigt durch Pkt. 3 der Instruktion für den 1723 nach St. Petersburg deputierten Geh. Rat Frhrn. v. Ungern-Sternberg; es soll die Rückzahlung bewirkt werden einer durch den Vize-Gouverneur eigenmächtig beigetriebenen Summe von 1440 Rthlr. für die Restitutions-Kommission, was 1 Rthlr. 64 Kop. auf den Haken ausgemacht habe. Die Hakenzahl betrug demnach genau 800. Vgl. a. Beitr. VII 16, 19.

<sup>346</sup> Report. II 246.

## 2. Die Reichslasten.

Als Reichslasten sind alle Beiträge anzusehen, die das Land zu den Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung zu leisten hatte. Unter der Bezeichnung Provinziallasten sind Leistungen zusammengefaßt, die für die Bedürfnisse der staatlichen Lokalverwaltung oder solcher Einrichtungen verlangt wurden, deren Existenz gleichzeitig staatlichen und privaten Zwecken zugute kam. Zu den ständischen Lasten gehören alle Leistungen, die für Bedürfnisse der ständischen Landesverfassung und -Verwaltung erhoben wurden. Die Kirchenlasten dienten der evangelisch-lutherischen Landeskirche. Aus privatrechtlichen Kontrakten sich ergebende Leistungen zum Besten öffentlicher Institutionen, etwa die Einnahmen der Krone und des Landratskollegiums aus der Verpachtung ihrer Güter, gehören ihrem Wesen nach nicht hierher.

### a) Die ordentlichen Reichslasten.

Bis zur Einführung der Kopfsteuer setzten die ordentlichen Reichslasten sich zusammen aus dem Roßdienstgeld und dem Zollkorn.

Die estländische Adels-, Ritter- oder Roßdienstfahne war militärisch betrachtet ein Miliz-Kavallerieregiment, die Nachfolgerin des ritterlichen Lehnsaufgebots der Vasallen. Seit dem Jahre 1600 waren Stärke und Unterhaltungspflicht dieser Truppe so geregelt, daß je 15 besetzte Gesinde (Vollbauerhöfe oder Haken, s. S. 41) eines Ritterguts einen ausgerüsteten Reiter zu stellen und zu unterhalten hatten; die Führung lag in der Hand einheimischer Offiziere, die von der Krone aus je drei vom Landratskollegium präsentierten Kandidaten ernannt wurden. Daneben blieb theoretisch die persönliche Kriegsdienstpflicht der Vasallen bestehen, wurde aber allmählich durch das Aufkommen der stehenden Heere gegenstandslos und ist, soviel ich sehe, im Rahmen des Lehnsaufgebots zuletzt 1603 erfüllt worden.<sup>347</sup> Im 9. Punkt der Kapitulation behielt sich General Bauer vor, die nach Hause entlassenen Reste der Adelsfahne im Bedarfsfall wieder zusammenzuberufen, doch ist das nie geschehen und die Geschichte der Roßdienstfahne als Truppe daher mit dem für sie rühmlichen Jahr 1710 als beendet zu betrachten. An Stelle des Roßdienstes und des Zollkorns (s. u.) wurde dem Lande 1712 eine Jahreszahlung von 15 000 Rubel aufgelegt, an Stelle des Roßdienstes allein 1726 eine jährliche Zahlung von 60 schwedischen Reichs- oder Speziestalern oder 48 Rubeln auf das Roßdienstpferd (= 4 Rthlr. oder 3,20 Rbl. auf den

<sup>347</sup> Jb. 1911/13 p. 468, auch 447 u. a.

Haken).<sup>348</sup> Die Staatsdomänen, sowie die Hospital- und Kirchengüter waren von der Zahlung dieses Roßdienstgeldes befreit. Entsprechend der Hakenzahl stieg die Gesamtsumme von 8846 Rubel 1727 auf 19275 Rubel 1769 und 20782 Rubel 1782.<sup>349</sup>

Das Zol lk o r n (auch Kontributionskorn oder Roßdienstkorn genannt) hat seinen Namen von einer 1630 nach vierjährigem Widerstand der Ritterschaft eingeführten Accise auf verkaufte Lebensmittel und vermahlenes Getreide, die schon 1635 mit Einverständnis der Ritterschaft in eine feste Jahresabgabe von 1 Last Korn, halb Roggen, halb Gerste, auf 15 Haken (= ein Roßdienstpferd) umgewandelt wurde. Die Estländische oder Revaler Last ist ein Hohlmaß, sie enthält 24 Tonnen oder 72 Lof; 1 Lof enthält 3 Külmet oder 36 Stof oder 44,2 Liter. Rechnet man, wohl kaum zu niedrig, auf 100 Liter ein Gewicht von 60 kg, so entspricht eine estländische Raumtonne einem Gewicht von etwa 80 kg Korn. Die Belastung auf den Haken betrug  $1\frac{1}{3}$  Tonne = ca. 130 kg, in heutigem Geldwert ausgedrückt 20 bis 25 Mark. Die Gesamtmenge des Zol lk o r n s stieg mit der Hakenzahl von 4906 Tonnen 1727 auf 9638 Tonnen 1769 und 10780 Tonnen 1782, was einem heutigen Geldwert von höchstens 75 000, 150 000 und 170 000 Mark entsprechen würde.

Der damalige Geldwert war abhängig von der Kornpolitik der Regierung, über die einiges Nähere zu sagen ist. Bei normaler Ernte produzierte Estland so viel Korn, daß es nicht nur die Städte und das im Lande stehende Militär ernähren, sondern auch bedeutende Mengen, namentlich an Roggen, ausführen konnte. Da schon die Transportverhältnisse eine Ausfuhr in das Innere Rußlands verhinderten, ging der Export über See, vornehmlich nach Schweden und Finnland, aber auch nach Deutschland, Holland und Norwegen.<sup>350</sup> Der Hauptausfuhrhafen war Reval, das wohl zwei Drittel oder mehr der Gesamtmenge ver-

<sup>348</sup> Gernet, Agrarrecht 62; Hupel, Top. I 184 f.; Bericht des General-Gouvernements an das Reichs-Kammerkollegium vom 13. 4. 1727. Der schwedische Reichs- oder Speciesthaler (auch Thaler courant, s. Hupel, Top. II 328) war zu russischer Zeit nur noch eine (viel gebrauchte) Rechnungseinheit, deren Wert ein Senats-Ukas vom 31. 8. 1728 auf 80 Kopeken festsetzte. Im R. Prot. 1775 ist noch die Rede von einem „Thaler Silber“ im Werte von 40 Kopeken.

<sup>349</sup> R. Prot. und Landrollen; vgl. a. Hupel, Top. I 187 (ungenau) und III 411.

<sup>350</sup> Nach Hupel, Top. II 420, 380, der sich augenscheinlich auf die amtlichen Zollberichte stützt, wurden 1768 aus Reval 81 Last Roggen nach Bergen ausgeführt, 1766 aus Riga nach Dänemark 5 Last Weizen, 743 Last Roggen, 23 Last Gerste, 10 Last Hafer. Nach Schmoller, Umriss und Untersuchungen 664, verbot das erst 1771 aufgehobene dänische Korngesetz von 1735 alle Einfuhr nach Dänemark und Südnorwegen; es ist dann jedenfalls nicht ganz streng durchgeführt worden.

schiffte. Ein Teil der Wieck brachte sein Korn nach Hapsal oder Pernau; man schätzte die Menge etwa der gleich, die aus der Dorpater Gegend Livlands nach Reval geführt wurde. Aus Dagden schickte die Gräfin Stenbock mit einem eigenen Schiff Getreide nach Lübeck. Die Ernte von Allentacken (Ostwierland) ging über Narwa wohl vornehmlich nach St. Petersburg oder Wiborg. Über die Menge des Gesamtexports gibt es keine Zahlen; ebenso sind die amtlichen oder privaten Schätzungen der Gesamternte als gänzlich vage und nutzlos zu bezeichnen. Aus Reval wurden nach den Zollbüchern folgende Mengen ausgeführt:

1768	2 130 Last Roggen	(davon 450 nach Russisch-Finnland), Wert 78 000 Rubel
	100 „ Weizen	
1771	5 090 „ Roggen,	Wert 322 000 Rubel
	170 „ Weizen,	„ 15 000 „
	520 „ Gerste,	„ 22 000 „
1767—71	13 512 „ Roggen	(Naudé 420)
1768—71	9 870 „ Roggen	
1775	6 580 „ Roggen	
	70 „ Weizen	
	70 „ Gerste	
1775—78	15 411 „ Roggen	(Naudé 420).

Der Ausfuhrzoll (Lizenzoll  $1\frac{1}{2}$ , Portorienzoll 1 Rubel, von letzterem die Hälfte zugunsten der Stadt) betrug etwa  $2\frac{1}{2}$  Rubel auf die Last; der Export nach Schweden war gemäß Artikel 6 des Nystädter Friedens bis zum jährlichen Wert von 50 000 Rubel zollfrei, doch verteilte sich diese Summe auf Riga, Reval und Arensburg. 1768 wurden aus Reval 620 Last verzollt, 914 Last zollfrei nach Schweden ausgeführt.

In der Getreidehandelspolitik der russischen Regierung sind zwei in ihren Zielen ungefähr übereinstimmende, in den Mitteln verschiedene Perioden zu unterscheiden, die Zeit von Peter dem Großen bis zum Tode Elisabeths und die Zeit Katharina II. Das allgemeine Ziel ist das zeitübliche, Sicherung der Volksernährung zu billigen Preisen; dazu tritt in der ersten Periode aber noch ein starkes fiskalisches Interesse. Bei nicht allzu starker Belegung des Landes mit Truppen reichte das gelieferte Zollkorn zu ihrer Ernährung aus; standen aber, wie häufig, ganze Divisionen im Lande, so mußte die Krone Roggen zu Brot, Gerste zu Grütze hinzukaufen, Hafer immer. Da im Gegensatz zu dem preußischen System der Selbstverpflegung der russische Soldat aus Magazinen auch im Frieden beliefert wurde, hatte der Fiskus ein direktes Interesse an billigen Preisen. Das einzige Mittel zu deren Beeinflussung sah man während der ersten Periode in Exportverboten. Das erste dieser Verbote zu russischer Zeit erging durch Peter

den Großen 1717<sup>351</sup> für St. Petersburg, Riga, Reval und Archangelsk; es sollte solange gelten, bis der Preis für Brotkorn von 2 auf 1 Rubel pro Tschetwert (= 80% und 40% Rubel pro Revaler Last) heruntergegangen sein würde. Später bestanden Ausfuhrverbote 1725—1728, 1743—1744, 1751 bis 1752, 1756—1761; 1741 und 1742 hinderte der schwedische Krieg die Kornausfuhr. Das Mittel der Exportverbote war berechtigt in Jahren ausgesprochener Mißernte. Wurde es aber auf Grund falscher Ernteschätzungen, aus rein fiskalischen oder gar gänzlich unsachlichen, rein persönlichen Gründen angewandt, so mußte es im höchsten Grade unheilvoll für Stadt und Land wirken; es führte dann zu unerhörten Preisstürzen, machte große Mengen Korn überhaupt unverkäuflich und legte den Handel lahm, der etwa in Reval gut zur Hälfte auf Getreide basiert war. 1760, nach vierjähriger Sperre, war die Armut im Lande so groß geworden, daß selbst die Mittel zu einer Gesandtschaft nach St. Petersburg nicht aufgebracht werden konnten und man die Vertretung der Landesinteressen dem livländischen Deputierten Landrat v. Sievers mit übertrug. Später wurde der Ritterschaftshauptmann v. Ulrich hingeschickt, und diesem gelang es im Verein mit den Vertretern Livlands, Rigas und Revals, zuerst den Großkanzler Grafen Michael Woronzoff, dann auch den General-Feldzeugmeister Grafen Peter Schuwaloff und den Großfürsten zu interessieren und so endlich die Aufhebung der Sperre zu bewirken; die Kosten betrugen 5700 Rubel, von denen 2100 Rubel die Städte übernahmen. Nach der Freigabe der Ausfuhr stieg der Roggenpreis von 17½ auf 39½ Rubel, um 1761 nach erneutem Exportverbot wieder auf 20 Rubel zu fallen.<sup>352</sup> Katharina gab 1762 die Ausfuhr endgültig frei, befahl aber gleichzeitig der Ritterschaft, Vorschläge zu machen, wie in Mißwachsjahren eine Hungersnot verhindert werden könne. Die Ritterschaft machte 1763 das Angebot, auf jeden Haken 5 Tonnen Reservat-Korn von Ernte zu Ernte bereitzuhalten, wohl nach dem Vorbild der uralten Revalischen Einrichtung, wonach von jeder ausgeführten Last Korn 1 Lof an das Stadtmagazin abgegeben werden mußte, um von hier aus in Zeiten der Teuerung billig an Arme verkauft zu werden; vielleicht ist aber auch das preußische Magazin-System vorbildlich gewesen.<sup>353</sup> Die Einrichtung des Reservat-Korns wurde durch Namentlichen Ukas vom 24. Mai 1763 sanktioniert und mit der Notwendigkeit ausreichender Ver-

<sup>351</sup> V. S. V 3069 vom 27. 2. 1717, S. U.; danach ist Eckardt, Livl. I 144, wonach Peter der Große keine Korn-Exportverbote erlassen haben soll, zu berichtigen.

<sup>352</sup> R. Prot. 1760—63; mit der Kornausfuhr stand auch in Zusammenhang S. 100 erwähnte Zahlung von 1000 Rbl. an Herrn v. Brockdorff.

<sup>353</sup> Hupel, Top. I 551; Schmoller, Umriss und Untersuchungen 670.

sorgung sowohl der Truppen wie der Bauern begründet. Der Landtag regelte die Durchführung so, daß jedes Gut die seiner Hakenzahl entsprechende Menge, über das Saatkorn hinaus, vorrätig zu halten verpflichtet wurde, unter ständiger Kontrolle der Ober-Kirchenvorsteher. Anträge des Landratskollegiums, das Reservatkorn in einem Zentral-Magazin bei Reval zu lagern, lehnte der Landtag unter Hinweis auf die unnötige Arbeit des Hin- und Hertransports und die hohen Baukosten mehrmals ab;<sup>354</sup> dieser Standpunkt war berechtigt, da der Zweck der ganzen Einrichtung auch ohne die zentrale Lagerung erreicht werden konnte und erreicht worden ist.

Kommen wir nun noch einmal auf die Frage zurück, welchen zeitigen Wert die Abgabe des Zollkorns darstellte (ohne auf die Frage nach dem Wert derjenigen Vorteile einzugehen, die der Fiskus in Jahren mit gesperrter Getreideausfuhr durch unnatürlich billigen Einkauf erzielte und die demnach als eine Sonderbesteuerung des Landes aufgefaßt werden müssen). In Reval kostete 1 Last Roggen

1717	etwas über	80 Rubel	<sup>355</sup>
1739	mindestens	20	„ <sup>356</sup>
1740		32	„ (Gadeb. IV 2 190)
1750	etwas über	18	„ <sup>357</sup>
1756	(Abschluß der Ritterschaft mit der Krone)	24	„ <sup>359</sup>
1760	(Exportverbot)	17½	„ <sup>358</sup>
	(nach Freigabe) fast	40	„
1761	(Exportverbot)	20	„ <sup>359</sup>
1766	(Abschluß der Ritterschaft mit der Krone, unter Preis, ¾ Roggen, ¼ Gerste)	34,30	„ <sup>359</sup>
1771/72	(Hungersnot in Deutschland!)	60—90	„ <sup>360</sup>
1775	(Abschluß der Ritterschaft mit der Krone, unter Preis)	35	„
1776	(wie 1775) über	47	„
1777	(Mehl, sonst wie 1775)	45	„
1780	(wie 1775)	36	„ <sup>361</sup>

<sup>354</sup> R. Prot. 1774, 1780.

<sup>355</sup> Nach V. S. V 3069.

<sup>356</sup> V. S. X 7854 vom 17. Juli 1739, S. U.: Entgegen dem Antrag des Kammer-Kontors L-E., das ganze Zollkorn in Roggen zu erheben, wird nach dem Wunsch der Ritterschaft und unter Beziehung auf ihre Privilegien und Rechte befohlen, nach wie vor die Hälfte in Gerste (Preisdifferenz!) zu nehmen; der Überschuß soll, da auch die Magazine in St. Petersburg und Kronstadt gefüllt sind, am Ort verkauft werden, doch nicht unter 83 Kop. das Tschetwert (= 5 revalsche Lof = 1% Rev. Tonne).

<sup>357</sup> N. M. 4. Stück 240 (Kronstaxe).

<sup>358</sup> R. Prot.; vgl. Hupel, Top. II 334.

<sup>359</sup> R. Prot.

<sup>360</sup> R. Prot.; N. N. M. 17. Stück 182 f.

<sup>361</sup> R. Prot.; seit 1777 halb Silber, halb Papier, obwohl die Krone Zahlungen nur in Silber annahm.

Aus diesen Zahlen kann man schließen, daß der normale Roggenpreis bis in die fünfziger Jahre gut 20 Rubel für die Last, seitdem etwa das Doppelte betrug; zu dieser starken Steigerung hat ganz wesentlich der vermehrte Spiritusbrand beigetragen, den die Krone durch den Abschluß langfristiger, von der innerrussischen Accise befreiter Lieferungsverträge förderte.<sup>362</sup> Damit und mit dem Aufhören der Exportverbote ließen sich auch die Preisschwankungen, die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts oft 100 Prozent und mehr ausgemacht hatten, auf ein erträgliches Maß zurückführen. Legen wir nun ferner der Berechnung zugrunde, daß Gerste durchschnittlich 20 Prozent niedriger im Preise stand als Roggen,<sup>363</sup> so ergibt sich für das Zollkorn etwa in den ersten sechs Jahrzehnten des Jahrhunderts ein Normalwert von 120 Kopeken auf den Haken, in den folgenden Jahrzehnten das Doppelte; in Zeiten außergewöhnlicher Konjunktur, wie 1772, stieg der Wert auf 540 Kopeken. Unter Zugrundelegung der angenommenen Normalwerte ergibt sich schließlich ein Ansteigen des Gesamtwerts der Zollkornlieferung des Landes von 3700 Rubel 1727 auf 15 000 Rubel 1769 und 16 200 Rubel 1782.

Der Gesamtwert der ordentlichen Staatssteuern betrug demnach 1782 (Roßdienstgeld und Zollkorn) rund 37 000 Rubel. 1783 wurde die Kopfsteuer eingeführt: 70 Kopeken + 2 Prozent, das sind auf 80 000 männliche Seelen niederen Standes<sup>364</sup> rund 57 000 Rubel, also 20 000 Rubel mehr! Selbst bei Zugrundelegung der schwedischen Hakenzahl ergibt sich ein Mehr von 10 000 Rubel. Augenscheinlich handelte es sich bei der neuen Steuer doch nicht nur um die „Bequemlichkeit in der gemeinschaftlichen Reichs-Berechnung“. —

<sup>362</sup> Repert. II 47, 53; Hupel, Top. I 181, II 315, III 641.

<sup>363</sup> 1780 (R. Prot.) 6 : 5; vgl. Hupel, Top. II 265, 334.

<sup>364</sup> Hupel, Top. II 12, amtliche Aufstellung des Gouvernements-Sekretärs C. Riesemann, dd. 27. Oktober 1772; danach betrug die Zahl der männlichen Seelen auf dem Lande und in den kleinen Städten 79 868, darunter 35 184 arbeitsame Kerle zwischen 15 und 60 Jahren (letzte Zahl wohl auf Grund der Hakenrevision von 1765). Hupel hält mit Recht die wirkliche Bevölkerungszahl für 10 bis 15 % größer, da „heimlich vorhandene Läuflinge, ... freie und andere lose Leute in den Gesindern und Wäldern“ in den Berichten der Gutsbesitzer nicht veranschlagt seien; für die Kopfsteuerberechnung kamen sie aber ebensowenig in Betracht. Wenn die 1783 der Kopfsteuerberechnung zugrunde gelegte Seelenzahl um einige tausend größer war als 80 000, so ist zu berücksichtigen, daß eine neue Hakenrevision ebenfalls einige hundert Haken mehr ergeben hätte. — Interessant ist in dem erwähnten Bericht die Einwohnerzahl Revels: 3472 männliche, 3482 weibliche, zusammen 6954 Seelen (ohne Garnison). Gesamtbevölkerung von Stadt und Land 158 264.



## b) Die außerordentlichen Reichslasten.

Die außerordentlichen Reichslasten sind Leistungen, die vorwiegend militärischen Zwecken dienen. Während die ordentlichen Steuern auf dem Herkommen, auf der ein für allemal erteilten Zustimmung der Ritterschaft beruhen, werden die außerordentlichen Lasten dem Lande willkürlich von der Krone auferlegt. Bis 1762 handelt es sich überwiegend um Naturalleistungen, die sich aus der strategischen Lage des Landes als gefährdete Küstenprovinz, als Aufmarschgebiet, als Operations- und Nachschubbasis ergeben. Diese Leistungen sind meist gar nicht im voraus berechenbar, oft hängen sie nach Art, Menge und Dauer von dem Ermessen örtlicher Befehlshaber ab; eine gerechte Verteilung der Last auf das ganze Land ist daher selten möglich, sie drückt also besonders schwer. Zur Zeit Katharina II. ist die Last leichter zu tragen: Die geforderte Gesamtleistung wird rechtzeitig mitgeteilt und kann ordnungsmäßig umgelegt werden; zudem hat das Land sich jetzt von den Folgen des zwanzigjährigen Krieges notdürftig erholt, seine wirtschaftliche Lage ist, wenn auch nicht befriedigend, so doch auch nicht mehr die verzweifelte der ersten Jahrzehnte.

Der Krieg war mit dem Abschluß der Kapitulation nicht zu Ende. Die Pest ergriff nun auch die russischen Truppen und breitete sich 1711 über das flache Land aus; in einigen wüstenländischen Dörfern war sie 1712 noch nicht erloschen. 1713 und 1714 wütete eine „horrible Seuche des Hornviehes“, aus Finnland mit Beutevieh durch die Truppen eingeschleppt. 1711 und 1712 kreuzten schwedische Kaper unter Nargen, plünderten Stranddörfer und Höfe, sperrten die lebensnotwendige Salzzufuhr. Erst 1715 gelingt es einem englisch-holländischen Konvoi von 70 Schiffen unter dem Schutz von 24 Kriegsschiffen, Reval zu erreichen und 1500 Last Salz, das erste seit 1711, auszuladen; 4000 Last Korn sind die Rückfracht, 47 Schiffe gehen nach Petersburg und Wiborg weiter. Auch die Waagschale des Seekrieges neigt sich nun gegen Schweden. 1713 fällt Helsingfors, im Sommer 1714 erringt die russische Flotte ihren ersten Sieg bei Hangö-Udde; 95 Galeeren gegen neun schwedische, kein besonders ruhmreicher Sieg, aber ein folgenreicher. Schon vorher, im Februar, hat unter des Zaren persönlicher Leitung der Ausbau Revals zum Kriegshafen begonnen, als Stützpunkt für die Plünderfahrten gegen die schwedische Küste. 1715 soll der Bau fortgesetzt und „eine forteresse mitten auf der Rehde im Fahrwasser, daß der Haafen geschlossen sein könnte, gesenket werden, maaßen zu solchem Ende viele 1000 Balcken von Ehst-, Lief- und Dörptschen Landßeinwohnern

zugeführt wurden, überdem auch unterschiedene Dragouner Regimenter, welche im Lande einquartiert lagen, und ihre Verpflegung von denen armen Einwohnern hatten, ebenfalls Balcken und Steine anschaffen musten“. 1716 fällt das mühsam aus steingefüllten Holzkästen errichtete Hafenbollwerk dem Nordsturm zum Opfer, es sinkt mitsamt seinen 80 Kanonen. Zum Wiederaufbau müssen 1717 wieder Tausende von Balken gestellt werden, durch die Pest herrenlose Bürgerhäuser reißt man ab, um mit den Steinen die Kästen zu füllen, 800 unglückliche Bauern beschäftigen sich bei eisiger Kälte mit dem Auffischen der im Hafen herum schwimmenden Trümmer. Aber trotz aller Mühe wird aus Reval weder ein geräumiger noch ein windgesicherter Kriegshafen. Schon 1712 hat der Admiral v. Sivers die einige 40 Kilometer westlich Reval gelegene, eisfreie Rogewiek (Bucht) als ideale Stelle für einen großen Kriegshafen empfohlen; es ist nur nötig, die Insel Klein-Rogö mit dem Festland durch einen 3 Kilometer langen Damm zu verbinden. 1715 beginnen auch hier die Arbeiten, der große Zar legt eigenhändig den Grundstein. Wieder Tausende von Balken, riesige Mengen Holz für den Kalk- und Ziegelbrand, viele hunderttausend Faschinen, Tausende von Kubikfaden gesprengter Steine, Hunderte von Arbeitern; das Ergebnis besteht in einigen Häusern, einer kleinen Mole, einem in die Felsen gesprengten Fort und 23 Faden (noch nicht 50 m) Seedamm. Aber auch dies wenige verfällt nach dem Tode Peters des Großen. Elisabeth nimmt die Arbeiten zeitweise wieder auf, Katharina II. läßt 1764—1769 durch mehrere tausend Sträflinge unter Leitung des alten Münnich den Damm auf 587 Faden vortreiben, in einer Breite von 2 und einer Höhe von 1 Faden über dem Meeresspiegel (Wassertiefe 10 bis 19 Faden). Doch Wasser und Wind vernichten immer wieder das Menschenwerk, Räuberbanden aus entwichenen Sträflingen durchstreiften die Umgegend, das Verbrecherlager wird zu einem Seuchenherd. Schließlich gibt auch Katharina das Werk auf, dem wohl überhaupt die technischen Mittel der Zeit, jedenfalls aber russische Organisationsfähigkeit nicht gewachsen war. Das Ergebnis fünfzigjähriger Mühen ist ein Fischer- und Krämerfleck mit (1783) 211 Einwohnern, der 1762 den etwas anspruchsvollen Namen „Baltischport“ (Балтійскій Портъ), 1783 Stadtrechte und 1788 ein noch anspruchsvolleres Wappen erhält: „In silbernem Felde einen Teil der Ostsee mit einem Hafen, nebst einem Turm und einer Flagge.“<sup>365</sup>

<sup>365</sup> Provinzialrecht II Beilage IV 15. — Die Darstellung der außerordentlichen Lasten beruht auf den Generalgouvernements- und Ritterschaftsprotokollen, für die Zeit Peters des Großen auch auf Wrangells Chro-

Die Last des Baues der Kriegshäfen und ihrer Befestigung nach der See- und Landseite drückte Estland am stärksten während der Regierung Peters des Großen. Nach seinem Tode „stützte es mit dem Roggerwieckschen Hafenbau, alß welcher zuvor gantz hefftig angefangen, und bey des Kayzers Leben mit großer Beschwerde des Landes zur perfection gebracht werden solte“; das aufgestapelte Material wurde nun zu Schiff nach Reval gebracht, wo die Arbeit eigentlich nie aufhörte. Da es freie Arbeiter kaum gab und die Kräfte des Revaler Garnisonregiments nicht ausreichten, griff man im Bedarfsfall immer wieder zu dem einfachen Mittel, die Stellung der nötigen „Wallarbeiter“ dem Lande aufzuerlegen. Die Ritterschaft hat sich lange, in Reval wie bei den Zentralbehörden, vergeblich bemüht, diese vornehmlich den Bauern persönlich (mangelhafte Unterkunft und Verpflegung, Kälte, Mißhandlung durch die Wachsoldaten), aber auch wirtschaftlich (Verkürzung der an sich schon knappen Arbeitskraft und -zeit zum Felddbau) drückende Last abzuwenden. 1755 endlich erlangte der Ritterschaftshauptmann v. Ulrich einen Senatsukas, der Estland von aller Wallarbeit befreite, doch schon 1757 wurden wieder 500 Mann zu Fuß und 100 mit Pferden verlangt, im Gegensatz zu der früheren Praxis allerdings unter Zusicherung landesüblicher Entschädigung; erst die Regierungszeit Katharina II. hat das Land von dieser Last befreit.

Während des ganzen 18. Jahrhunderts war Estland sehr stark mit Truppen belegt. Die militärgeographische Lage der baltischen Provinzen im 18. Jahrhundert und ihre Bedeutung für das Gesamtreich hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der Polens im 19. Jahrhundert: Einerseits ist sie stark exponiert, andererseits begünstigt sie durch ihre guten Verbindungen (vergleichsweise dichtes und gut ausgebautes Straßennetz; Seetransporte) Offensivunternehmungen gegen Nord- und Mitteleuropa. Der fortdauernde Gegensatz zu Schweden steigerte sich 1726 (auch zu England), 1739—1740, 1747—1750, dann wieder seit 1768 und namentlich 1772—1773 zu drohender Kriegsgefahr und führte 1741—1742 und 1789 zum Ausbruch; 1790 besetzten die Schweden sogar auf einige Tage Baltischport, und die Kanonen der Flotten donnerten vor Reval. Unter Elisabeth waren die Beziehungen zu Preußen fast immer schlecht, namentlich 1745—1747; der Siebenjährige Krieg kündigte sich schon 1754 durch Truppenzusammenziehungen, Aufkäufe für Magazine und Herbeiführung schwerer Artillerie deutlich an. Der englische Sub-

---

nik. Über Baltischport vgl. Hupel, Top. I 340 f., III 457; Repert. II 11, 93; Güteradreßbuch 1913 p. 159, mit einer Abbildung des Wappens. Hochinteressant sind die aphoristischen Ukase Peters des Großen in der V. S., z. B. V 2722 vom 12. September 1713.

sidienvvertrag verpflichtete Rußland 1755, in den baltischen Provinzen 40 000 Mann zu Fuß und 15 000 Mann zu Roß bereitzuhalten. Von hier aus unternahm Apraksin den ostpreußischen Feldzug, um bald wieder zurückzukehren. In den folgenden Jahren nahm die Truppenzahl ab, dafür stiegen die Anforderungen in bezug auf Proviant und Transportmittel. Als Katharina 1764 Estland besuchte, waren im Lager auf dem Laakts-Berg bei Reval sieben Regimenter versammelt. Das blieb seitdem die normale Besatzungsstärke: vier Infanterieregimenter und zwei Kürassierregimenter, zusammengefaßt als „Estländische Division“, dazu das Revaler Garnisonregiment und ein Garnisonbataillon in Narwa. Die aktiven Regimenter waren über das ganze Land verteilt; in Harrien standen zwei Infanterieregimenter (Stabs-Quartiere in Reval), je eins in Wierland und der Wieck (Stabs-Quartiere Wesenberg und Leal), das Kürassierregiment des Großfürsten in Jerwen (Stabs-Quartier Weißenstein), das Kasansche Kürassierregiment in der Wieck (Stabs-Quartier Hapsal). 8000 Mann zu Fuß, über 2000 Reiter, an 2000 Garnisonsoldaten, 14 000 Mann auf 160 000 bis 180 000 Einwohner, im Durchschnitt 8 Prozent Friedensbesatzung, die in Kriegszeiten auf 20 und 30 Prozent stieg!

Es gab keine Kasernen, der Bauer war ohne Entschädigung verpflichtet, dem Soldaten Quartier zu geben. Wenn Kliutschewskij die Verteilung der neuen Armee Peters des Großen auf das Land als eine „Invasion“, als den „Einbruch einer bewaffneten Masse in das örtliche Leben“, den Regimentshof als einen „herrischen und viel-fordernden Mittelpunkt des polizeilich-finanzwirtschaftlichen Distrikts“ schildert,<sup>366</sup> so trifft das sinngemäß und für die ersten Jahrzehnte auch auf Estland zu. Der russische Adel ergab sich in sein Schicksal. Aber auch der baltische Adel, gewöhnt und geübt, sein Recht zu verteidigen, konnte anfangs gegen die rohe Gewalt nicht viel ausrichten; erschwerend wirkte die Sprachverschiedenheit. Der Soldat, ob General oder Musketier, begnügte sich nur ungern mit seinem Kommißbrote. Der Adel mußte unaufhörlich kämpfen, um sich und seine Hintersassen gegen Übergriffe des Militärs zu schützen. Er hat vieles erreicht, doch blieb ein gewisser Rest von Gesetzlosigkeit und Willkür im 18. Jahrhundert immer bestehen. Das persönliche, durch Artikel 11 und 23 der Kapitulation noch besonders bestätigte Recht des Adels auf Quartierfreiheit hatte praktisch wenig Bedeutung. Daß die Generäle und Stabsoffiziere sich mit Bauerquartieren

---

<sup>366</sup> IV 195.

nicht begnügen würden, war vorauszusehen; glücklich, wo sich auf einem Nebengut ein leerstehendes Gutshaus zu ihrer Aufnahme fand. Aber auch die niederen Offiziere steigerten mit der Zeit ihre Ansprüche. Waren die Garde-Kapitäns Peters des Großen noch mit Bauerquartieren zufrieden gewesen (wenigstens behauptete die Ritterschaft das 1748), die Kürassierleutnants der vierziger Jahre nicht mehr. Immer dringender forderten die Truppenbefehlshaber den Bau von Quartierhäusern und Ställen; die Ritterschaft erlangte zwar mehrere Senats-Ukase (11. Juli 1743, 16. September 1764), die das Land von allen derartigen Lasten befreien, aber das praktische Leben war stärker. 1783 gab der Landtag den Widerstand auf und erkannte für Güter über 5 Haken die Verpflichtung an, ein Quartierhaus bereitzuhalten. Einen ähnlichen Verlauf nahm der Streit um den Bau der nötigen L a z a r e t t e; das Kriegs-Kollegium erklärte (1756) ganz einfach, für solche Zwecke keine Mittel zu haben, so daß dem Lande nichts anderes übrig blieb, als den Bau und die Unterhaltung auch dieser Gebäude zu übernehmen. Man wählte notgedrungen das kleinere Übel, um dem größeren einer ständigen Seuchengefahr durch nicht-isolierte Kranke zu entgehen. Bei allen diesen wegen der häufigen Truppenverlegungen oft doppelt und dreifach errichteten Bauten, ebenso bei der Brennholzlieferung war die Waldverwüstung noch nicht das schlimmste, obwohl sie in den Gegenden an der großen Straße (Reval—Narwa—Dorpat) einen bedenklichen Grad erreichte. Am schwersten drückte die Transportlast. Die damalige Armee hatte überhaupt kein organisiertes Fuhrwesen; alles, was sie brauchte, mußte ihr durch requirierte Landeseinwohner zugeführt werden, Proviant, Fourage, Holz und sogar Munition. Wenn die Krone Kornlieferungsverträge unter Marktpreis erzwang, so war der entstehende Verlust doch wenigstens berechenbar und gleichmäßig zu verteilen. Der Bedarf und der Verbrauch an Transportmitteln oder „Schüßpferden“ (von schwedisch skjutsa, fahren) war fast immer eine gänzlich vage und unkontrollierbare Größe. Ganz schlimm aber wurde es, wenn die Truppen sich in Bewegung setzten oder wenn, wie in den ersten Jahren des Siebenjährigen Krieges, einer von Livland aus operierenden Armee Proviant und Munition nachgefahren werden mußten. Die höchste Leistung dieser Art ist 1758 verlangt und durchgesetzt worden: Während die russische Armee unter Fermor neuerdings in Ostpreußen einrückte, erhielt die Ritterschaft unter Drohung schwerster Ahndung für Ungehorsam<sup>387</sup> den Befehl, 1100 Pferde (mit Schlitten und Füh-

---

<sup>387</sup> Der erste Befehl des General-Gouvernements sprach sogar von „Leibes-

rer) nach Narwa, 3000 nach Riga und 2400 nach verschiedenen livländischen Poststationen zu stellen, zum Transport des Proviant für die im Auslande operierende Armee; Mann und Pferd sollten mit Lebensmitteln für vier Wochen versehen sein, ungerechnet die Fahrt zu den Sammelpunkten. Da alle Gegenvorstellungen der Ritterschaft nichts nützten, sind die geforderten 6500 Menschen und Pferde tatsächlich fast vollzählig gestellt worden; über die Zahl der Zurückgekehrten schweigen die Akten.<sup>368</sup> Noch 50 Jahre später hatte das Volk die Leiden der „Großen oder Kuri-schen Schießung“ nicht vergessen. —

Aus dem Bedürfnis nach örtlicher Regulierung der außerordentlichen Leistungen für Truppenzwecke entstand bald nach der Kapitulation das Amt des Kreiskommissars, welches also dem des brandenburgischen Marsch- oder Einquartierungskommissars entspricht. Auf Vorschlag des Generals Bauer ernannte das Landratskollegium im November 1710 für jedes der im Lande kantonierenden Regimenter einen Kommissar aus dem Adel, der gemeinsam mit dem Kommandeur die Lieferungsmöglichkeiten und die Repartition des Proviant untersuchen und regeln sollte. Später stellte die Ritterschaft zur Führung der Regimenter und auch der Wallarbeiter besoldete Unterkommissare an und ernannte für jeden Kreis einen Oberkommissar aus dem Adel. Schließlich beschloß der Landtag 1721, für alle vier Kreise zusammen nur noch einen gemeinsamen Oberkommissar zu besolden, doch ist schon einige Jahre später auch von diesem nichts mehr zu hören. Dafür erscheint nun der Titel „Kreis-Kommissar“ als Bezeichnung für einen Kronsbeamten, der mit der Repartierung der Landesleistungen nichts mehr zu tun hat, dessen Aufgabe vielmehr nur noch in der Führung und Einweisung der Truppen, später auch in dem Empfang der Lieferungen besteht; seinem Stande nach ist er meist ein Landsasse. Gegen Ende der dreißiger Jahre scheinen gelegentlich die Hakenrichter das Amt des Kreiskommissars mitbekleidet zu haben. Zwischen 1741 und 1750 verlangte der Gouverneur mehrmals die Präsentation von Edel-leuten oder „honorablen Leuten“ zum Kreiskommissar, doch

---

strafe“; auf den Protest der Ritterschaft gegen diese Beschimpfung erklärte der Gouverneur Fürst Dolgoruki den Ausdruck für einen Übersetzungsfehler (aus dem russischen Original des Senatsbefehls), zog die ausgegebenen Exemplare seines Patents zurück und ersetzte in dem neuen den Ausdruck durch „schwere Ahndung“ (R. Prot.).

<sup>368</sup> Der livländische Kreis Wenden verlor bei der Großen Schießung 183 Mann und 1131 Pferde (Arbusow 265); nach Gadebusch IV-2 p. 596 f. entstanden die größten Verluste nicht in Livland, wo der Vize-Gouverneur Wojeikoff gute Unterbringungs-vorbereitungen getroffen hatte, sondern in Kurland und Litauen.

lehnte die Ritterschaft den Antrag jedesmal mit dem Hinweis ab, daß die Landsassen ja andernfalls gar nichts für das öffentliche Wohl zu tun hätten. Bei dieser Antwort hat sich der Gouverneur schließlich beruhigt.<sup>309</sup>

Als eine Art Equivalent für die Rekrutierungslast<sup>370</sup> legte Katharina II. 1769 der Ritterschaft, der Stadt Reval, den kleinen Städten oder Flecken und den Staatsdomänen des Herzogtums Estlands für die Dauer des Türkenskrieges eine Sondersteuer im jährlichen Gesamtbetrage von 50 000 Rubel auf; über die Unterverteilung der Summe entstand ein Streit zwischen der Ritterschaft und der Stadt Reval. Die Ritterschaft bot 37 500 Rubel und entrollte bei dieser Gelegenheit vor dem General-Gouverneur ein trübes Bild ihrer wirtschaftlichen Lage; die Stadt Reval wollte aber nur 4000 Rubel zahlen. Nachdem der General-Gouverneur den Beitrag der Flecken (Hapsal, Wesenberg, Weißenstein, Baltischport) und der Dombürger mit 480 bzw. 300 Rubel festgesetzt hatte, bot die Ritterschaft 40 000, Reval 5000 Rubel. Auf die gegen den Willen des General-Gouverneurs seitens der Ritterschaft an die Kaiserin gerichtete Bitte um Entscheidung erfolgte nur der nachdrückliche Rat, sich gütlich zu einigen. Das Ergebnis der weiteren Verhandlungen, bei denen der General-Gouverneur sich auf die Seite der Stadt stellte, war schließlich wie folgt: Ritterschaft 42 127,29 Rubel, Reval 6300, Flecken und Dom 780, Kronsgüter 792,71 Rubel. Die Steuer mußte in zwei Halbjahrsraten am 24. Juni (Johanni) und 1. Januar gezahlt werden und lief vom 1. Januar 1769 bis 17. März 1775, dem Datum des den Frieden von Kutschuk-Kainardsche feiernden Gnadenmanifestes.<sup>371</sup>

---

<sup>309</sup> R. Prot., namentlich 1721, 23, 33, 34, 40, 41, 44, 50, 71. Hupel, Top. I 435, Osten-Sacken, 1. Jahr 19, 23 f., Urkundenbuch Stael v. Holstein Nr. 212, 219, 220. Als ein von der Krone angestellter und besoldeter Beamter zur Unterstützung des Hakenrichters beim Durchmarsch von Truppen wird der Kreis-Kommissar noch im Provinzialrecht von 1845 (I 965) kurz erwähnt.

<sup>370</sup> Bei Beginn des schwedischen Krieges 1741 wurde angeordnet, daß die vielen jungen Edelleute im Lande sich mit möglichst vielen Knechten den im Kreise kommandierenden Offizieren zur Verfügung stellen sollten; diese Maßnahme scheint aber mehr gegen innere Unruhen als gegen den äußeren Feind gerichtet gewesen zu sein (R. Prot.). Die Rekrutierungspflicht führte erst Paul I. ein.

<sup>371</sup> R. Prot. — Obwohl in dem die Steuer einführenden Ukas vom 30. Dezember 1768 gesagt worden war, daß „in der ganzen Zeit des nun angegangenen Krieges, solange selbiger dauern wird, die Provinz Estland Uns 50 000 Rbl. jährlich zahlen soll“, der Friede aber schon am 10./21. Juli 1774 geschlossen und im August amtlich publiziert worden war, verlangte der Senat die Steuer bis zum Tage des sie ausdrücklich aufhebenden Manifests; die Ritterschaft fand das unbillig, remonstrierte aber nicht, obwohl es sich um 50 000 Rbl. handelte.

Gelegentlich der ersten Vermählung des Großfürsten befahl der Senat durch Ukas vom 12. Dezember 1773 dem General-Gouverneur, die Ritterschaft zu einem „freiwilligen“ Geschenk an die Kaiserin zu bewegen; er berief sich dabei auf die Privilegienbestätigungen durch Karl IX. und Gustav Adolf von Schweden, in denen eine Steuer von 20 Rthlr. auf das Roßdienstpferd für den Fall der Vermählung königlicher Prinzessinnen ausdrücklich vorbehalten worden sei (Fräuleinsteuer). Die Ritterschaft gab das zu, betonte aber, daß die Steuer weder zu schwedischer noch zu russischer Zeit erhoben worden; sie hätte noch hinzufügen können, daß der Zweck der Fräuleinsteuer, Sammlung einer Mitgift für die heiratende Prinzessin, bei der Vermählung des Großfürsten gar nicht vorlag. Der Widerstand der Ritterschaft war aber von vornherein nicht sehr ernsthaft, angesichts der schwebenden und für das Land sehr bedeutungsvollen Frage des Güterbesitzrechts (s. S. 49) verständlich; sie gab zwar der Hoffnung Ausdruck, von dieser Steuer als einer ungebräuchlichen und antiquierten verschont zu bleiben, erklärte sich aber zur Zahlung bereit für den Fall, daß sie sich in ihrer Hoffnung getäuscht sehen sollte. Natürlich nahm die Kaiserin unter Bezeugung ihrer besonderen Zufriedenheit mit dem „Eifer“ der Ritterschaft das „Anerbieten“ an, und die Fräuleinsteuer wurde, zum ersten- und zum letztenmal, in einem Betrage von 6431 Rubel und 25 $\frac{1}{2}$  Kopeken gezahlt.<sup>372</sup>

### 3. Die Provinziallasten.

Die Gehälter und die sonstigen Bedürfnisse der staatlichen Provinzialverwaltung wurden aus den allgemeinen Reichseinnahmen gedeckt. Dagegen zwang Katharina II. dem Lande 1765 den Umbau und die fortlaufende Unterhaltung des alten Ordensschlosses, seiner Nebengebäude und Zufahrtswege als eine besondere Provinziallast auf. Das Schloß (castrum minus, im Gegensatz zu dem im 18. Jahrhundert nicht mehr vorhandenen castrum maius des Bischofs), im 13. und 14. Jahrhundert erbaut und seit Urzeiten den staatlichen Behörden als Sitz dienend, natürlich auch aus Staatsmitteln erhalten, schien 1765 dem Einsturz nahe. Durch Namentliche Ukase vom Dezember 1765 und 11. November 1766 befahl die Kaiserin der Ritterschaft und der „Bürgerschaft“, die Reparatur auf eigene Kosten auszuführen; ein Versuch, durch Vermittlung des Grafen Grigorij Orloff, der am 1. März 1766 das Indigenat

<sup>372</sup> R. Prot. 1774. Bei Gernet, Agrarrecht 64, entsteht der falsche Eindruck, als ob die Steuer seit 1600 bei gegebener Veranlassung tatsächlich gezahlt worden sei.



erhalten hatte (und von 1771 bis zu seinem Tode Schloß Lohde in der Wieck besaß), die Last abzuwenden, schlug fehl. Die Teilnahme der Stadt Reval wurde durchgesetzt, nachdem diese zuerst den Ausdruck „Bürgerschaft“ nur auf die Dombürger bezogen wissen wollte; man einigte sich auf ein Lastenverhältnis 1 : 7 (Ritterschaft, Dom, Flecken), und im Winter 1767/68 begann der Umbau; 1774 war er unter Leitung des Majors v. Kaulbars vollendet. Dabei blieb es aber nicht. 1772 mußte das alte Wach- und Arresthaus abgerissen und neuerbaut, 1778—1780 der „Lange Domberg“ (steile Verbindungsstraße zwischen Domberg und Langstraße in der Stadt) verbreitert und neugepflastert werden. Die Unterhaltung aller dieser Bauten blieb als dauernde Last auf Ritterschaft und Stadt haften, es gelang auch nicht, sie durch eine feste Jahreszahlung abzulösen.<sup>373</sup>

Die Postlast und die Wegebaulast sind schon (S. 103 u. 110 f.) behandelt worden.

#### 4. Die ständischen Lasten

haben im Abschnitt (S. 96) über die Finanzverwaltung der Ritterschaft ihre Darstellung gefunden.

#### 5. Die Kirchenlasten.

Im 18. Jahrhundert gab es in Estland 45 Kirchspiele mit 47 Kirchen und 28 Kapellen. Zu jeder Kirchspielskirche gehörte das Pastorat, ein landwirtschaftlicher Großbetrieb mit Bauern, aus dem der Pastor seinen Hauptunterhalt zog (vgl. Anm. 180 a). Einen Vorschlag der Ritterschaft, an die Stelle der Pastoratsnutzung ein festes Gehalt zu setzen, um den Pastor von dem „beschwerlichen Ackerbau“ zu befreien, seine „Gemütsruhe“ zu fördern und „den Appetit zur Abwechslung der Kirchspiele“ durch Ausgleichung des Unterschieds zwischen guten und schlechten Pfarren zu „supprimieren“, lehnte die Priesterschaft 1724 ab.<sup>374</sup> Außer der Pastoratsnutzung stand dem Pastor die Priestergerechtigkeit zu, eine in den einzelnen Kirchspielen verschieden normierte, auf dem Herkommen und namentlich auf einer am 11. Juli 1645 zwischen den Landräten und dem damaligen Landesbischof getroffenen Abmachung (Interimsverordnung) beruhende Natural-Lieferung. Die Priestergerechtigkeit wurde von den eingepfarrten Höfen und Gesinden getragen; sie war in der Kirchenmatrikel festgelegt. Die Priesterschaft hat sich zu schwedischer und russischer Zeit fortwährend bemüht, den Höfen neben der Abgabe ihrer eigenen

<sup>373</sup> R. u. Gen. Gouv. Prot. — Über das Schloß vgl. sonst Löwis, Burgenlexikon 95 u. Skizze 49, Hupel, Top. I 325, Güteradreßbuch 1913 S. bs u. bv.

<sup>374</sup> R. Prot. 1723 u. 1724.

Gerechtigkeit auch die Pflicht aufzuerlegen, die Bauer-gerechtigkeit einzusammeln und abzuliefern; die Ritter-schaft lehnte derartige Anträge und die daraus resultierende Haftung mehrfach ab, beschwerte sich dagegen häufig über Bedrückung der Bauern durch die Pastoren, ungerechtes Maß, zu hohe Accidentien, Mißbrauch der Kommunikanten und Konfirmanden zu persönlichen Dienstleistungen und dergleichen.<sup>375</sup> Erst 1783, gelegentlich der Einführung der liv-ländischen (Kreis-) Oberkirchenvorsteher - Ämter (s. S. 159), wurde den Rittergütern dekretorisch auch die Einsamm-lung und Haftung für die Bauergerichtigkeit auferlegt. Nach ähnlichen Grundsätzen erfolgte die Besoldung der Küster und Schulmeister.<sup>376</sup>

Die zur baulichen Unterhaltung der Kirche, häufig auch der Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Pastro-rats notwendigen Leistungen wurden auf die eingepfarrten Güter repartiert, wobei im allgemeinen den Höfen die baren Auslagen und die Materiallieferung, den Gesinden die Ar-beitsleistung zufiel; in einigen Kirchspielen waren die ein-zelnen Gebäude zur Instandhaltung dauernd bestimmten Gütern zugeteilt.

Alle Kirchenlasten waren Reallasten und sind als solche auch von der russischen Regierung wiederholt (1719, 1723, 1738, 1783, 1811, 1831, 1853, 1863) anerkannt worden („ein dem fundo inhaerirendes onus reale“, „ohne Absicht auf den Besitzer“); daraus ergab sich die sonderbare Tat-sache, daß im ostwierländischen Kirchspiel Jewe-Isaak zahl-reiche Bauern orthodoxer Konfession für die lutherische Kirche Steuern zahlten.<sup>377</sup>

---

<sup>375</sup> R. Prot. 1724, 1744.

<sup>376</sup> Wirtschaftliche Lage und gesellschaftliche Stellung der baltischen Pastro-ren waren damals wie heute (d. h. vor 1918), verglichen mit der ihrer reichsdeutschen Amtsgenossen, sehr gut. 1777 schreibt Hupel, selbst ein Pastor, in seinen Topographischen Nachrichten (II 70): „Sehr schief wäre das Urteil, wenn man einen hiesigen Landprediger mit den sächsischen Dorfpfarrern in eine Klasse setzen wollte. Amt, Ansehen, Einfluß, Macht, Lebensart, geben wichtige Verschiedenheit; nur wenige hiesige möchten sich entschließen mit man-chem dortigen Specialsuperintendenten zu tau-schen, es müßte denn geschehen um zur Erhaltung der Gesundheit mehrere Ruhe zu finden, sparsamere Mahlzeiten zu halten, und die be-queme Kutsche ungenutzt stehen zu lassen.“

<sup>377</sup> Eine ausgezeichnete Darstellung der kirchlichen Reallasten bei Gernet, Agrarrecht 73—83. Vgl. a. N.M. 24. u. 25. Stück p. 439 f. und Hupel, Top. II 107 f. Die Unterhaltung der Domkirche in Reval (Ritter- und Domkirche) war Sache des ganzen Landes; die Krone zahlte einen Zu-schuß, der das Gehalt des Oberpastors deckte.

## Die Organisation der Justiz und Polizei.

Die gemeinsame Behandlung der Justiz und Polizei rechtfertigt sich aus der Erwägung, daß eine scharfe Trennung der beiden Funktionen während der behandelten Periode weder begrifflich noch institutionell besteht. Alle Organe, deren Zweck vornehmlich die Rechtsprechung ist, also die eigentlichen Gerichte (mit alleiniger Ausnahme des Niederlandgerichts), üben gleichzeitig auch eine Beobachtungs-, Initiativ- und Exekutivgewalt aus, andererseits sind diejenigen Organe, deren eigentliche Aufgabe die Sorge für Sicherheit, Ordnung und Wohlfahrt ist, also die Polizei-Institutionen, auch in streitigen Fragen rechtsprechend tätig.

Alle Gerichts- und Polizeibehörden waren zwar nach ihrer Zusammensetzung ständisch, hatten aber nach Stellung und Autorität die Eigenschaft von Staatsorganen: Nicht etwa im Auftrag der Ritterschaft, sondern „im Namen und von wegen“ kaiserlicher Majestät wird Recht gesprochen, gleichwie die Gerichte ihrer Bezeichnung das Prädikat „kaiserlich“ hinzufügen. Die ständisch gebundene Zusammensetzung der Gerichte und das dadurch bedingte Fehlen rechtsgelehrter Richter hat aber auf die Entwicklung des Rechts, nach der institutionellen wie nach der materiellen Seite, insofern einen großen Einfluß gehabt, als das römische Recht einerseits viel später, erst seit Ende des 16. Jahrhunderts, dann in viel geringerem Umfange rezipiert worden ist, als es in den deutschen Territorien der Fall war.

Als Grundlage der Rechtsprechung dienten die „Ritter- und Landrechte“, eine von den Landräten angeregte und approbierte, von dem Assistenzrat und Assessor des Revaler Burgerichts Philipp v. Krusenstern verfaßte und um 1650 vollendete Zusammenstellung des geltenden Rechts. Dieses Gesetzbuch ist niemals bestätigt worden, weder von der schwedischen Krone — da diese fortwährend bestrebt war, das schwedische Reichsrecht in Estland einzuführen —, noch von der russischen Regierung — teils aus ähnlichen Motiven, teils aus Gründen, die man unter dem Ausdruck bürokratische Unfähigkeit zusammenfassen kann. Als einen Beweis solcher Unfähigkeit darf man wohl auch die 1755

und 1764 erhobene Forderung des Senats nach einer vollständigen Übersetzung der Ritter- und Landrechte ansehen,<sup>378</sup> desgleichen die folgende Stellungnahme des Reichs-Justizkollegiums in einem Memorial an den Senat (14. Juli 1764): Die Übersetzung sämtlicher liv- und estländischen Privilegien und Gesetze sei unmöglich, da sie mehrere tausend Bogen umfassen, in lateinischer, deutscher, schwedischer und alter plattdeutscher Sprache verfaßt seien, infolgedessen mehrere Übersetzer viele Jahre daran zu arbeiten haben würden, auch das Kollegium nur einen, übrigens der lateinischen und schwedischen Sprache nicht mächtigen, Translateur habe und dieser mit der Übersetzung der eingehenden Senats-Ukase und der Promemorien anderer Kollegien und der entsprechenden Antwortschreiben vollauf zu tun habe; schließlich seien für die Rechtsprechung überhaupt nur Originale brauchbar, diese aber nur von deutschsprechenden Rechtskundigen zu verstehen. Bis hierher ist die Deduktion durchaus einleuchtend, verblüffend wirkt nur die Schlußfolgerung: Die Ausführung der (für unmöglich und gleichzeitig unnötig erklärten) Arbeit sei den Unterinstanzen in den „conquetirten Provinzen“ zu übertragen!

Obwohl die Kodifikation der Ritter- und Landrechte ausdrücklich und besonders nie bestätigt worden ist, erlangte sie unmittelbar nach ihrer Fertigstellung praktische Geltung, und es trat der merkwürdige Fall ein, daß die Gerichte fortwährend im Namen des Königs aus einem Gesetzbuch Recht sprachen, dessen Bestätigung der König abgelehnt hatte.<sup>379</sup> Durch den ununterbrochenen Gebrauch während 60 Jahren erlangte die Kodifikation aber die Kraft einer wohlhergebrachten Gewohnheit, und wegen dieser Eigenschaft ist sie als in die General-Konfirmation Peters des Großen miteinbegriffen zu betrachten. Über die praktische Geltung der Ritter- und Landrechte hat sich nie ein Zweifel erhoben.<sup>380</sup>

Eine vollständige und erschöpfende Darstellung des Gerichtswesens und -verfahrens zu geben, kann nicht Aufgabe dieser Arbeit sein, um so weniger, als sie aus der berühmten Feder Friedrich Georg v. Bunge bereits vorliegt.<sup>381</sup> Im folgenden ist nur beabsichtigt, Zusammensetzung,

<sup>378</sup> R. Prot.; für 1764 nach Bunge, Archiv V (1847) 60 f.

<sup>379</sup> Zur Geschichte der Ritter- und Landrechte: Grundlagen I 149 f., Richter 2 II 45 f., Ewers IV f., Pauker, Oberlandgericht 45, Bfl. II Nr. 696 Anm. u. 754, Erneuerte Oberlandgerichts-Constitution von 1691, Art. 1, 7, 8 (bei Ewers, Ausgabe der Ritter- und Landrechte p. 578 f.).

<sup>380</sup> Erste und einzige Druckausgabe des Gesamtwerks durch Johann Philipp Gustav Ewers, o. Prof. an der Universität Dorpat, 1821.

<sup>381</sup> (Ordentlicher Professor der Provinzialrechte an der Universität Dorpat, dessen zahlreiche Werke für die gesamte Rechtsgeschichte der Ostsee-

Funktionen und Instanzenzug der Polizei- und Gerichtsorgane soweit zu schildern, als zum Verständnis und zur Abrundung des Bildes der eigentlich ständischen Institutionen notwendig ist.

### 1. Die Patrimonialgerichtsbarkeit.

Von der Patrimonialgerichtsbarkeit oder, wie sie gewöhnlich genannt wird, der Hauszucht handelt Artikel 14 Titel XVIII des 4. Buches der Ritter- und Landrechte ebenso kurz wie eindeutig: „Weil ein jeder Landes-Eingesessener auf seinem Hofe und Eigenem, so weit sich seine Grenze zu Wasser und Lande erstreckt, an Hals und Hand sein Gericht zu gebrauchen hat; so mag ein Herr seinen Bauer nach Beschaffenheit seines Verbrechens richten und strafen. In denen Sachen aber, die Leib und Leben angehen, soll der Mannrichter darinnen nach dieses Fürstenthums Rechten, Sitten und Gebräuchen urteilen und verabscheiden, und was vom Mannrichter gesprochen, nebenst denen Akten, dem königl. Landgerichte (scil. Oberlandgericht) zur Revision gesandt werden“ (vgl. Anm. 12[c]). Der Gutsherr oder Arrendator übte die Hauszucht nach Willkür entweder selbst aus oder übertrug sein Recht dem Amtmann. Irgendwelche Gesetze, Normen für das Verfahren oder Strafmaß, Rechtsmittel bestanden nicht; das Entlaufen stellte die einzige Appellationsmöglichkeit dar. Unverbesserliche konnte der Gutsherr dem Revaler Zucht- und Spinnhaus übergeben, doch geschah es selten, wegen der Unterhaltungskosten.

Über die praktische Handhabung der Hauszucht kann man sich nur schwer ein richtiges Bild machen, jedenfalls wäre es falsch, bekanntgewordene Fälle größten Mißbrauchs für das Normale zu nehmen. Aber ganz abgesehen davon, wie der einzelne die Hauszucht handhabte, das Institut an sich war menschenunwürdig, da es den Bauern ohne oder fast ohne jede Rechtsgarantie der Willkür des Erbherren preisgab. Aus dieser Erkenntnis heraus haben, schon vor der allgemeinen Regelung im Jahre 1802, einzelne Grundherren ihren Untertanen feste, sozusagen verfassungsmäßige Rechte gegeben, diese in Rechtsbüchern niedergelegt und die Handhabung der Patrimonialgerichtsbarkeit bäuerlichen Standesgerichten übertragen. Über das älteste dieser „Bauerrechte“, das von Fickel aus dem Jahre 1789, sei einiges Nähere gesagt, da aus ihm ganz allgemein auf die

---

provinzen grundlegend sind, zuletzt Bürgermeister und Syndikus der Stadt Reval) „Geschichte des Gerichtswesens und Gerichtsverfahrens in Liv-, Est- und Curland“, Reval 1874. Ferner Oswald Schmidt, „Rechtsgeschichte Liv-, Est- und Kurlands“ (Herausg. Eugen v. Nottbeck), Dorpat 1895; Grundlagen, Richter, Ewers u. a.

bäuerlichen Rechtsverhältnisse unter einer wohlwollenden Herrschaft auch für die vorhergehenden Jahre geschlossen werden kann; bemerkenswert ist übrigens, daß gerade derjenigen Bauerschaft, die seit Urzeiten ein und derselben Familie untertänig war (vgl. S. 52), zuerst die Wohltat einer festen Rechtsordnung zuteil wurde. Berend Johann Freiherr v. Uexküll sagt in der Ankündigung seines Gesetzbuches unter anderem:

„Die Besorgung, heilsame und nützliche Einrichtungen zum Besten unsers ganzen Gebiets so wohl als eines jeden Gesindes insbesondere zu treffen, die ermüdende Aufmerksamkeit, selbige in Erfüllung zu setzen und setzen zu lassen, diese Sorge, diese Aufmerksamkeit, welche bisher mir allein überlassen war, will ich mit euch theilen und wir wollen sie miteinander gemeinschaftlich tragen. In dieser Absicht wollen wir aus unsern (estn. teie, euren) Vätern, Brüdern und Söhnen die Redlichsten, Verständigsten und Untadelhaftesten wählen, sie zu euren Ältesten und Richtern (wannemaiks ja kohtomoistiaks) ernennen, ihnen das ehrenvolle Amt anvertrauen, nützliche Einrichtungen einzuführen, gute Ordnung zu treffen und selbige ausüben zu lassen, ferner die Unschuldigen zu schützen, die Irrende zurecht zu führen, als Richter Recht und Gerechtigkeit zu handhaben und Bosheit und Laster zu steuern. Endlich eure Zwistigkeiten und Klagen zu untersuchen, zu entscheiden... und über Alle und Jede Ruhe und Zufriedenheit zu verbreiten. ... Endlich erkläre und verordne ich hiermit und Kraft dieses, daß diese von mir gegebene (nachfolgende) und eigenhändig ge- und unterschriebene Gesetze und Verordnungen (kässud ja seadussed) nicht allein von mir und von meinen Nachkommen (scil. Besitznachfolgern, minno moisa päriatest pärrast mind), sondern auch von dem ganzen Gebieth... unverbrüchlich gehalten und befolgt werden sollen.“

Das Bauerrecht behandelt in fünf Büchern 1. die Pflichten der herrschaftlichen und Gemeindeorgane, nämlich des Aufsehers oder Buchhalters (üllewataia ehk kirjotaia), des Gebiets-Kubjas (wallakubjas; das Gebiet umfaßte etwa 22 000 ha mit über 20 Dörfern und damals wohl 1500 Einwohnern), der Richter und der Dorf-Kubjase, 2. Prozeßverfahren und Privatrecht, 3. Strafrecht, 4. Gebietsfinanzen und 5. innere Angelegenheiten der Gesinde und allgemeine Polizeivorschriften. Die wesentlichsten Züge des Gesetzbuchs sind folgende: Volles Besitzrecht an Mobilien (bis auf das eiserne Inventar der Gesinde), bedingtes Erbpachtrecht am Gesinde, normierte Lasten, kollegialisches Gericht mit

Appellation an den Gutsherrn, Erziehung zu Gemeinsinn und solidarischer Hilfe.

Wenn die Fickelschen Bauern noch im 20. Jahrhundert für die wohlhabendsten und selbstbewußtesten Estlands galten, so ist der Grund dafür gewiß nicht zuletzt in dem Gesetzbuch von 1789 zu suchen.<sup>382</sup>

## 2. Der Oberkirchenvorsteher.

Der estländische Oberkirchenvorsteher war bis 1783, im Gegensatz zum livländischen, ein von den Kirchspielseingesessenen gewählter Gutsbesitzer, dem hauptsächlich die Verwaltung des Kirchenvermögens, Instandhaltung der Gebäude, Repartition der Kirchenlasten, Sorge für die Kirchenwege, Schutz der gottesdienstlichen Handlungen vor Störungen, Unterstützung des Pastors bei Handhabung der Kirchenzucht, Regelung des Armen- und Bettlerwesens (Zulassung zum Almosenbitten an der Kirchentür) und ähnliche kirchlich - administrative und kirchenpolizeiliche Pflichten oblagen. Außerdem fielen ihm noch eine Reihe rein weltlicher Aufgaben zu, nämlich

1. die Bekanntmachung der Plakate der Gouvernements-Regierung unter den Kirchspielseingesessenen, die zum Teil, soweit sie die Bauern angingen, auch durch den Pastor von der Kanzel verlesen wurden,

2. auf Anordnung des Gouverneurs die Vollziehung minderbedeutender Kriminal - Erkenntnisse

---

<sup>382</sup> Das Fickelsche und die Bauerrechte von Kaltenbrunn u. Rawaküll in Jerwen (1791, Landrat Otto Friedrich Frhr. v. Stackelberg), Essemägi in Harrien (zw. 1796 u. 1802, Ebbe Ludwig v. Toll) und Kandel in Wierland (cr. 1801, Major Peter Fromhold v. Löwis of Menar) sind eingeleitet und herausgegeben (deutsch und estnisch) durch G. Olaf Hansen 1896 im 18. Bande der „Verhandlungen der gelehrten Estnischen Gesellschaft zu Dorpat“.

Die hauptsächlichsten Tendenzwerke zur Bauernfrage aus dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts sind verzeichnet bei Gernet, Agrarrecht 97; ruhigere Beurteilungen in den N. M. 4. Stück (1782) 241 f., 5. u. 6. St. (1782) 238, 277, 342, 13. u. 14. St. (1787) 477, 15.—17. St. (1788) 744 f. (die auch von Gernet zitierte Arbeit von W. C. Friebe „Etwas über Leibeigenschaft und Freiheit, sonderlich in Hinsicht auf Lief-land“), 18. u. 19. St. (1789) 524 f. (W. C. Friebe, „Erster Anfang zur Cultur der liefländischen Bauern“), 27. u. 28. St. (1791) 564 f., ferner N. N. M. 3. u. 4. St. (1793) 9—452 und 15. u. 16. St. (1797) 1—470; Heinrich v. Jannau, Prediger zu Lais/Livl., „Geschichte von Lief- und Ehstland, pragmatisch vorgetragen“, I —1561, II 1561—1783; ferner Hupel, Top. I 512, II 121 f., 211 f., III 624 f. Über Beweise rührender Anhänglichkeit der Bauern von Hark zu ihrem verstorbenen Herrn, dem Landrat und ehem. Ritterschaftshauptmann Otto Wilh. Frhr. v. Budberg, s. Alexander Bar. Budberg-Gemauert-Poniemon, „Beiträge zu e. Gesch. d. Geschlechts... v. Bönninghausen gen. Budberg“, Riga 1897 p. 64 f.

des Mann- und Oberlandgerichts (namentlich das Vollziehenlassen der Leibesstrafen am Kirchenpranger);

3. Aufsicht über die Durchführung der zur Verhütung des übermäßigen Saufens der Bauern erlassenen Verordnungen und Vollziehung der angedrohten Strafen: Der Landtag verbot 1741 den Krügern, Gutsbesitzern oder anderen Leuten bei 50 Rubel Strafe, an Bauern Schnaps im Tausch gegen Korn abzugeben und erweiterte dieses Verbot 1765 unter Erhöhung der Strafe auf 200 Rubel (zum Besten der Ritterkasse und der betreffenden Kirche) bzw. 10 Paar Ruten für die Bauern dahin, daß a) der Kornkauf von Bauern überhaupt nur gegen Vorzeigung einer gutsherrlichen Erlaubnis gestattet sein und b) die Feilhaltung von Schnaps zu einem geringeren Preise als 10 Kopeken für das Stof (= 1,23 Liter) in den Krügen verboten sein sollte;

4. Kontrolle über das Vorhandensein des Reservatkorns (s. S. 141).

Auf dem ersten Landtage des Jahres 1783 beantragte der General-Gouverneur die Einführung des livländischen Oberkirchenvorsteher-Amtes, das dort in der Person eines Landrats mit der Aufsicht über die kirchlich-administrativen Angelegenheiten je eines Kreises betraut war, und führte es im Mai 1783 durch Verordnung einfach ein, obwohl der Landtag unter Hinweis auf die Rechte und Gewohnheiten des Herzogtums lebhafte Einwendungen erhob. Seitdem bezeichnete man in Estland die bisherigen Oberkirchenvorsteher als Kirchenvorsteher, die bis dahin Kirchenvorsteher genannten bauerlichen Beisitzer in Kirchenangelegenheiten aber als Kirchenälteste.<sup>383</sup>

### 3. Der Hakenrichter.

Das Institut des Hakengerichts ist mit der Ausbildung der bauerlichen Schollenpflichtigkeit im 15. Jahrhundert entstanden. „Hakenmann“ ist die Bezeichnung für den Inhaber des normalen, spanndienstpflichtigen Bauerhofes (Gesinde, Haken, Hufe), im Gegensatz zu den Einfüßlingen und Lostreibern, das sind Ansiedler auf Wildnisboden oder bauerliche Hintersassen; es ist ein Symptom für das Fortschreiten der Schollenpflichtigkeit zur Leibeigenschaft, wenn auch diese Kategorien von kleinen Landwirten, eigentlich nur Häusler, schon am Anfang des 16. Jahrhunderts an den Boden gefesselt erscheinen (Läuflingsordnung Wolters

<sup>383</sup> R. Prot., namentlich 1737, 1741, 1742, 1747, 1756, 1765, 1769—71, 1774, 1780, 1785; Hupel, Top. I 427, 434, 447 f., 465, III 601; Kirchengesetz § 742; Prozeßakten des Oberlandgerichts, z. B. 1757 Nr. 2572 (Klage d. Pönalschen O.K.V. gegen Commissarius fisci als Vertreter d. Kronguts Taibel wegen Vorenthaltung einer der Kirche gehörenden Wiese).



v. Plettenberg 1509:<sup>384</sup> „... Item, ob jennigen ein Einfoetling oder Losdreywer entgahn were, den sall man glyck den Hackenlüden uthandworden sündler Wedderrede.“

Das Hakengericht bestand aus dem vom Landratskollegium ernannten<sup>385</sup> Hakenrichter und zwei Beisitzern, die er sich von Fall zu Fall aus dem umwohnenden Adel wählte; seine Aufgabe war ursprünglich nur die Untersuchung und summarische<sup>386</sup> Entscheidung von Streitigkeiten, die sich aus dem Entlaufen von Bauern zwischen den Grundherren ergaben, sowie die anschließende Exekution. Der Landtag von Wosel 1595 übertrug den Hakenrichtern als weitere Aufgabe die Aufsicht über die Wegeunterhaltung,<sup>387</sup> in den Ritter- und Landrechten erscheinen sie außerdem als Vollzugsbeamte der Landesgerichte in Zivilsachen.<sup>388</sup> Den Zustand am Beginn der russischen Zeit umschreibt der Bericht des Oberlandgerichts an das Reichsjustizkollegium über die „in Ihro Groß-Czaarischen Maytt. Hertzogtumb Ehistland befindlichen und gewöhnlichen Richter-Stühle“ vom 18. November 1721 wie folgt:

„Eines jeglich von solchen vier (von den Landräten) gewählten Haacken-Richters Ambt und Bestellung nun bestehet vornemlich nach abgelegtem Eyde (vor dem Oberlandgericht) darinnen, daß auf obrigkeitliches Ansinnen er alle in rem judicatam ergangene Urtheile durch die Execution zum wirklichen Effect bringe, Immissiones und Einweisung thue, und dabey von dem Part freye Defrair- und Verpflegung habe, Bauren und Land abnehme, und dem Andern, welcher dazu berechtiget ist, hinwiederumb zuschlage, Immissions-Instrumenta über alles ausfertige, gute Acht und Aufsicht über Strohm- und Land-Brücken, Landstraßen und Kirchenwege halte, auf benöthigten Fall Ausschreibungen thue, auch was für Kirchspielen und Gütern nemlich dergleichen be bessert werden sollen, oder da der eine oder andere sich hierinnen säumhaftig bezeigen, oder ab a. die erforderliche und ausgeschriebene Baumaterialien in vorgelegtem Termin an Ort und Stelle nicht herbey schaffen, oder ab b. die Arbeiter nicht stellen würde, wieder den oder dieselbe durch benahmbte Strafe, mit der militairischen Execution, auf General-Gouvernementlich Geheiß zu verfahren, in Summa alles zu bewerkstelligen, was ihm in Landes-Angelegenheiten von der Obrigkeit übertragen und committiret wird, auch sein eigen Ambt es erheischet.

<sup>384</sup> Ewers, *Ausg. d. Ritter- und Landrechte* 66.

<sup>385</sup> Ernennung zum H. R. 1597, s. *Inland* 1839 p. 772.

<sup>386</sup> Plettenberg 1509 „soll na siener Saligkeit richten“ (Ewers 67); „soll... nach seinem Verstande richten“ (R.- u. L. R. 1 VI 5).

<sup>387</sup> R.- u. L. R. 1 VI 4, *Zitat*.

<sup>388</sup> 1 VI 2, vgl. Bunge, *Gerichtswesen* 169.

Wer demnach von denen Land-Räthen aus der Ritterschaft zum Haacken-Richter ist gewählt und ausersehen worden, kann sich bey Vermeidung 200 Rheinscher Gülden Straffe, gleich auch eine gleichmäßige Straffe denen Mann-Richtern dictirt ist, dieses Dienstes und Function nicht entziehen. Dahingegen ist heilsamlich im Jure Provinciali versehen, daß, weilen die Haacken-Richter anders nicht, als wie Executores im Lande angesehen und genommen werden können, sich niemand in Verricht- und Bestellung ihres Amts, weder mit Worten noch mit Werken an denenselben vergreifen und widersetzen solle, bey Vermeidung und Verhütung Leib- und Lebens-Straffe...<sup>389</sup>

In dieser Darstellung findet sich keine Spur mehr von richterlichen Functionen, wie es doch dem Wortlaut der Ritter- und Landrechte entsprochen hätte, der Hakenrichter ist nur noch Exekutivbeamter der Gerichte und der Gouvernementsregierung; wegen jedes entlaufenen Bauern mußte also das zuständige Manngericht, das nur einmal jährlich und in Reval tagte, angerufen werden, was wieder erhebliche Kosten und Zeitverlust nach sich zog. Auf Landtagsbeschluß erging daher am 6. April 1731 ein Plakat des Gouverneurs, das die richterlichen Befugnisse des Hakenrichters im Sinne der Plettenbergschen Läuflingsordnung wiederherstellte: Auf geschehene Anzeige soll sich der Hakenrichter sofort an den Aufenthaltsort des entlaufenen Bauern begeben, ihn festnehmen und seinem Erbherrn wieder zustellen, auch das Recht haben, alle Schuldigen mit Strafen zu belegen: Den Gutsherrn, der einen fremden Bauer länger als 48 Stunden ohne Anzeige bei sich behält, mit 50 Rthlr., den Amtmann (Verwalter) mit einem Jahreslohn und 14 Tagen Arrest bei Wasser und Brot, den Kubjas (Aufseher bäuerlichen Standes) mit 20 Paar, den Delinquenten selbst mit 10 Paar Ruten bei der Kirche. Dieses Verfahren führte zwar zu gelegentlichen Klagen über Eigenmächtigkeit der Hakenrichter auf den Landtagen, erhielt sich aber im allgemeinen bis zum Ende der behandelten Periode.<sup>390</sup>

Nach den Ritter- und Landrechten<sup>391</sup> war jeder Edelmann bei 10 Thaler Strafe verpflichtet, der Aufforderung des Hakenrichters zum Beisitzer zu folgen, nach dem Bericht des Landratskollegiums von 1721 (s. oben) wurden ihm „zween Adjuncti aus der Ritterschaft, zu desto besserer Bestell- und Wahrnehmung seines Dienstes, mit zugeordnet“. Das Adjunktenamt, als weder einträglich noch besonders ehrenvoll,

<sup>389</sup> Ewers, a. a. O. 14.

<sup>390</sup> R. Prot., namentlich 1731, 1740.

<sup>391</sup> 1 VI 5.

war unter dem Adel sehr unbeliebt, seine Besetzung machte immer größere Mühe und mußte schließlich ganz aufgegeben werden. 1750 bat der Landtag das Landratskollegium darauf zu achten, daß niemand sich dieser Funktion ohne gesetzlichen Grund entziehe, „indem es keinem Mitbruder zur Schande gereiche, dem Vaterlande in den untersten Stufen zu dienen“. 1768 teilte das Landratskollegium der Ritterschaft mit, daß es aus Mangel an Adjunkten gezwungen sein werde, für die drei großen Kreise (Harrien, Wierland und die Wieck) je zwei Hakenrichter zu ernennen. Der Landtag antwortete, daß er zwar gern die weitere Besetzung der Adjunktenstelle aus dem anwachsenden jungen Adel gesehen hätte, sich den Tatsachen aber nicht verschließen könne und daher die Behandlung der Angelegenheit dem Oberlandgericht bei dessen unstreitiger Kompetenz zur Besetzung aller Richterstühle vollkommen überlasse, damit die mit einem jeden Amte verknüpften Endzwecke und Pflichten rechtserforderlich erreicht und dergestalt die Gerechtsame des Landes aufrecht erhalten würden. Seitdem gab es sieben Hakenrichter (statt bisher vier; seit 1798 elf, in Jerwen zwei, in den anderen Kreisen je drei). 1777 regte der General-Gouverneur die Wiedereinführung der Adjunkten an, doch ohne Erfolg; ebenso lehnte der Landtag seinen Vorschlag, jedem Hakenrichter einen Notar beizugeben, wegen der Kosten und fehlender Wohngelegenheit auf dem Lande ab.<sup>392</sup>

Im 19. Jahrhundert hatte der Hakenrichter außer einem Sekretär in jedem Kirchspiel einen Kirchspielspolizeigerichts-Assessor, dazu für den ganzen Distrikt drei Polizeidiener oder Marsch-Kommissare;<sup>393</sup> im 18. Jahrhundert scheint er überhaupt kein etatsmäßiges Unterpersonal gehabt zu haben. Wahrscheinlich bildete er sich für solche Zwecke aus seinen eigenen Leuten einige Hilfskräfte heran und stützte sich im übrigen auf die grundherrliche Polizei der Gebiets-Kubjasse. Außer den Pastoren, einigen Ärzten und deutschen Handwerkern gab es auf dem flachen Lande eigentlich nur Erbbauern, die unter der Hauszucht ihres Gutsherrn standen. Nur so ist es überhaupt zu verstehen, wie ein Land von 20 000 Quadratkilometern Ausdehnung durch eine Polizei von sieben Hakenrichtern in Ordnung gehalten werden konnte; heute pflegt man dazu etwa 500 Gendarme zu brauchen. Gelegentlich teilte ihnen der Gouverneur aus dem Revaler Garnisonregiment einige Soldaten zu; in schwierigen Fällen, wenn es sich um das „Einfangen

<sup>392</sup> R. Prot. 1740, 1750, 1768, 1777.

<sup>393</sup> Dellingshausen 15.

von Räubern und die Vernichtung ihrer Banden“ handelte,<sup>394</sup> halfen wohl auch die auf das Land verteilten Feldregimenter. 1732 beantragte die Ritterschaft von dem Gouverneur zur Kontrolle und Bewachung der Poststationen je zwei Soldaten, doch ohne Erfolg.<sup>395</sup> Später wurde die Bitte in etwas abgeänderter Form erfüllt, nicht gerade zum Nutzen der Sache, wie aus der nachfolgenden Erzählung hervorgeht; diese spielt zwar erst 1798, also nach der Statthalterschaftszeit, ist aber doch geeignet, in die Tätigkeit eines Hakenrichters während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Einblick zu geben. Baron Eugen Rosen - Mehntack, Hakenrichter in Allentacken (Ostwierland), erzählt:<sup>396</sup>

„Es befanden sich in den ersten Jahren meiner Amtsführung auf jeder Poststation zwei Kronspostillions. Diese eigentlich ganz unnützen (!) Menschen notirten die Passanten, sahen die Reisepässe durch, chikanirten Reisende und die Postcommissaire. Unter andern waren auch auf der Chudleischen (Fockenhof) Post-Station zwei solche Subjekte, deren einer einen Postknecht bestohlen und die gestohlenen silbernen Rubel mit Ochsen im nächsten Krüge versetzt und vertrunken hatte. Sowohl der Bestohlene als auch der betreffende Post-Commissair hatten diesen Vorfall bei mir zur Anzeige gebracht und Klage erhoben. An einem Nachmittage hatte ich diese wie die Zeugen nach Chudley bestellt. Alle fanden sich ein, aber der Angeklagte weigerte sich, Rede und Antwort zu stehen. Ich forderte ihn ernstlich dazu auf, allein er steckte die Hände in die Tasche, ging ins Nebenzimmer zu seinem Cameraden und sagte ganz kalt: „Sie haben mir nichts zu befehlen.“ Nochmals forderte ich ihn kraft meines Amtes auf, allein er schien mir und der ganzen Untersuchungsgesellschaft Hohn zu sprechen. Obgleich alle Umstehenden von mir und meiner Autorität die Untersuchung und ein gerechtes Erkenntnis verlangten, fand ich mich doch im Stich gelassen und als Richter zurückgesetzt. Ich ging ins Nebenzimmer und sagte diesem Unholde: „Du mußt mir Red’ und Antwort stehen,“ er kehrte mir aber den Rücken und wiederholte, daß er mir nicht pariren werde. Nun geriet ich in Aufregung und Zorn, packte den Urian bei der Brust und schleppte ihn gewaltsam in die andere Stube. Da er sich sträubte, stieß ich ihn in die Ecke und preßte ihn so an die Wand, daß er um Barmherzigkeit bat. Ich muß ihn dabei lädirt haben, denn er blutete aus dem Munde. Hiermit war der Aufzug zwar beendet, die Untersuchung aber nicht vorwärts gekommen. Der Angeklagte

<sup>394</sup> Ausdruck im Provinzialrecht I § 973 — 7).

<sup>395</sup> R. Prot. 1732—33.

<sup>396</sup> Rosen, 6 Dezennien 174 f.

war stark erschüttert und mein Blut zu sehr in Wallung, als daß die Untersuchung mit kalter Überlegung hätte fortgeführt werden können. Nachdem ich mich erholt hatte, fand ich es für ratsam, über diesen Menschen und seine schlechte Führung an die Gouvernements-Regierung Bericht zu erstatten. Dieser dagegen hatte an den Reichspostmeister in St. Petersburg rapportirt und es an Übertreibungen nicht fehlen lassen. Als Wütherich geschildert, mußte ich mich rechtfertigen; da ich meine Befugnisse überschritten und mich in der Hitze vergessen hatte, so machte mir diese Rechtfertigung nicht wenig Sorge. Der Gouverneur begleitete indeß meine Schritte mit so günstigen Bemerkungen, daß weiter keine Folgen daraus entstanden. Der rebellische Postillion und nicht lange darauf alle dergleichen Kerls, die mir das Leben sauer machten, wurden versetzt oder entfernt.“

Der Hakenrichter erhielt weder Gehalt noch Diäten, Reise- oder Kanzleigelder; nach einem Senatsukas vom 24. September 1798<sup>397</sup> hatte er das „Recht“, auf eigene Kosten einen Schreiber anzustellen. Vergewenigt man sich die Größe der Distrikte, etwa des Hakenrichters der Strand- und Insular-Wieck mit der 20 km vom Festland entfernten Insel Dagden, die Fülle der Aufgaben und die Beschränktheit der Mittel zu ihrer Erfüllung, so kann man der Strenge des selbstgeschaffenen, fordernden Gesetzes ebensowenig die Anerkennung versagen, wie der opferwilligen Pflichterfüllung des einzelnen Amtsträgers, dessen einziger Lohn in der Achtung seiner Mitbrüder und in der Aussicht auf höhere, aber ebensowenig mit materiellen Vorteilen verbundene Landesposten bestand.

Der eigentliche direkte Vorgesetzte des Hakenrichters war der Gouverneur; daneben war er gehalten, den Anordnungen des Oberlandgerichts, in zweiter Linie auch den anderer Gerichte und des Ritterschaftshauptmanns Folge zu leisten. In der deutsch-russischen Kanzleisprache des Provinzialrechts von 1845 ist das<sup>398</sup> so ausgedrückt: „Die Hakenrichter empfangen Befehle, Aufträge und Vorschriften von dem Civil-Gouverneur, der Gouvernementsregierung, dem Oberlandgericht, . . . Vorschriften und Aufträge von dem Ritterschaftshauptmann, dem Niederland- und Landwaisengerichte und von dem Manngerichte ihres Distrikts, . . . den Gutspolizeien erteilen sie Vorschriften, den (1816 errichteten) Gemeindepolizeien Befehle . . .“

Über die Aufgaben des Hakenrichters gab es, ab-

---

<sup>397</sup> V. S. XXV 18 675; vgl. Provinzialrecht I § 963.

<sup>398</sup> I §§ 993—95.

gesehen von dem wenig erschöpfenden Titel VI des ersten Buches der Ritter- und Landrechte, in der Zeit vor dem Umsturz der alten Verfassung keine zusammenfassende Instruktion, sie ergaben sich aus der Praxis wie folgt:

1. Sicherheits-, Ordnungs- und Verwaltungspolizei,
2. Exekution der Verwaltungsanordnungen des Gouverneurs und der gerichtlichen Urteile,
3. Unterstützung des Ritterschaftshauptmanns bei der Einziehung der Landessteuern und bei der Postverwaltung,
4. Summarische Aburteilung von Streitigkeiten über Läufe, mit anschließender Exekution,
5. Untersuchung und summarische Aburteilung geringfügiger Vergehen (Diebstahl, Betrug, Schlägereien usw.) von Personen niederen Standes, mit anschließender Exekution,
6. Untersuchung und summarische Entscheidung von Zivilstreitigkeiten über Gegenstände von geringem Wert (nach dem Provinzialrecht von 1845 nicht über 15 Rubel), mit Exekution, und
7. Voruntersuchung von Kriminalverbrechen.<sup>399</sup>

Das Amt des Hakenrichters hat eine gewisse Ähnlichkeit mit dem des englischen Friedensrichters des 17. und 18. Jahrhunderts, doch fehlt ihm das Recht zum Erlaß allgemeinverbindlicher Verordnungen. Die eigentliche Verwaltung hat nie zu den Obliegenheiten des Hakenrichters gehört, er ist immer nur einerseits polizeilicher Exekutiv- und Aufsichtsbeamter, andererseits Bagatellrichter gewesen und kann daher ebensowenig mit dem preußischen Landrat verglichen werden wie sein Nachfolger, der russische Kreis-Chef (Isprawnik, im Baltikum уѣздный начальникъ). Als 1888 das Amt des ständischen Hakenrichters aufgehoben wurde, gingen seine polizeilichen Befugnisse an den Kreis-Chef und dessen Gehilfen, die richterlichen Funktionen an den Friedensrichter über.

#### 4. Das Manngericht.

Das Manngericht (*judicium vasallorum*) war, wie schon sein Name andeutet, ursprünglich Lehngericht, hatte aber von Anfang an, da es ja echtes Eigen im Lande nicht gab, die Bedeutung des gemeinen Gerichts.<sup>400</sup> Während der Or-

<sup>399</sup> Material über die Tätigkeit der H.R. in fast allen Jahrgängen der Gen. Gouv. Prot., ebenso in den R. Prot. 1728, 31, 37, 40, 41, 47, 50, 51, 53, 56, 65, 68, 77, 80, 82, 83; vgl. Hupe!, Top. I 449 (das livl. Ordnungsgericht zum Vergleich), 460, III 600; Landtagsbeschlüsse von 1803 in der Druckausgabe der Landtagsordnung 50.

<sup>400</sup> Bunge, Gerichtswesen 4.

denszeit ist der Mannrichter nur Verhandlungsleiter und Vollstrecker des Urteils, die Beisitzer dienen als Zeugen, das Urteil finden die Urteiler oder der Urteilsmann; alle diese Ämter werden aus den zum Manntag versammelten Vasallen besetzt. In Kriminalsachen präsidirt der Komtur oder Stiftsvogt als Vertreter des Landesherrn. Im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts verschwindet der Urteilsmann, der Mannrichter und seine beiden Beisitzer übernehmen kollegialisch dessen Funktionen.

Der (S. 160) schon erwähnte Bericht des Oberlandgerichts vom 18. November 1721 sagt über die Manngerichte u. a. was folgt:

„In diesem Hertzogthumb... werden... alle drey Jahre gewisse Mann-Richter von denen Land-Räthen aus der Ritterschaft und Adel erwählet, und werden einem jeglichen... zugleich zween Assessores von gleichem Stande aus dem Adel zugeordnet, welche nebst einem Notario, und zwar ein jeglicher in seinem Districte, das Mann-Gerichte sitzen. Wann nun... drey Mann-Richtere in allen vier Creysen, und zwar der erstere in Harrien, der andere in Wierland und Jerwen, und der dritte in der Wyck, zusamt ihren adelichen Assessoren seynd erwehlet und beeydiget worden, hat ein jegliches Mann-Gerichte in seinem Districte die Macht, auf obrigkeitlichen Befehl, die Criminalia unter der Bauerschaft und andern Landes-Einwohnern,... jedennoch nicht von dem Adel..., vorzunehmen,... zu untersuchen, die Zeugen zu beeydigen und das Urtheil darüber abfassen zu lassen; jedennoch muß mit der Publication eines solchen Criminal-Urtheils eher nicht verfahren werden, bis selbiges, zunebst denen vollständigen Inquisitions-Acten und Protocollo, zu vorhero an das... Ober-Land-Gerichte ist versandt und... die Leuteration, ob... das Mann-Richterliche Urtheil zu bestätigen, oder nach befindenden Umständen zu mindern oder zu schärffen, darunter ist gesetzet worden; wann solches geschehen, wird ein solches Urtheil und die... Leuteration in des Inquisiti Anwesenheit öffentlich publiciret... Übrigens bringet eines... Mann-Richters Function... mit, in Grantz-Streitigkeiten zwischen Höffen und Gütern, auch andern Civilsachen, welche vor das Ober- und Nieder-Land-Gerichte gehören, Citationes auszufertigen, Termine anzusetzen, die vom Ober-Land-Gerichte an die Mann-Gerichte remittirte Liquidationes vorzunehmen,... Aufträge über... Land-Güter zu thun (und im Auftrage des Oberlandgerichts Zeugen zu vernehmen, doch nicht Adlige). ...Geschiehet in Civil-Sachen ein Mannrichterlicher Spruch..., so stehet... die Appellation gegen Erlegung eines

ungarischen Güldens oder Ducatens, innerhalb 24 Stunden, ... an das Ober-Land-Gerichte zu nehmen (frei) ...<sup>401</sup>

Zu dieser Darstellung, die für das ganze 18. Jahrhundert Geltung hat, ist nur wenig zu bemerken. Der Mannrichter und die Assessoren erhielten weder Gehalt noch Diäten oder Reisegelder. Die Notare, 1753 durch das Oberlandgericht mit dem Titel „Sekretär“ ausgezeichnet, sowie der allen drei Manngerichten gemeinsame Aktuar waren Rechtsgelehrte; sie erhielten teils aus der Ritterkasse, teils aus den Erträgen der Landratsgüter ein festes Gehalt.<sup>402</sup> Die Manngerichte traten jährlich einmal zwischen Weihnachten und Ostern gleichzeitig mit dem Oberlandgericht zu ordentlichen Sessionen zusammen. In Kriminal- und Grenzsachen waren sie zu außerordentlichen Sitzungen und Lokalterminen auf Anordnung der Obrigkeit (Gouverneur oder Oberlandgericht) oder auf Antrag eines Privaten auf dessen Kosten jederzeit verpflichtet. In Kriminalsachen waren sie eigentlich nur begutachtend urteilende Untersuchungsgerichte, in Grenzsachen allgemein, in anderen Zivilsachen nur für die niederen Stände (nicht für Adel und Literaten) erste Instanz, im übrigen Hilfsorgan des Oberlandgerichts. Die enge Begrenzung der Kompetenzen des Manngerichts — allein in Grenzsachen, deren Entscheidung nur gesunden Menschenverstand, keine juristische Erfahrung erfordert, ist es selbständig — läßt die Vermutung zu, daß der Dienst in ihm als eine Gelegenheit zum Sammeln richterlicher Erfahrung, als eine Vorbereitungszeit für das eigentliche Richteramt im Oberlandgericht angesehen wurde, als ein Ersatz für das gelehrte Studium.<sup>403</sup>

## 5. Das Niederlandgericht.

Das Niederlandgericht, spätestens 1617 errichtet,<sup>404</sup> bestand unter dem Präsidium des Ritterschafts-

<sup>401</sup> Ritter- und Landrechte I V 1—22; 5 XLII 1; Manngerichtsordnung vom 22. März 1648 (bei Paucker, Oberlandgericht 123 f.); Interims-Ordnung der Manngerichte vom 9. Mai 1653 und Ergänzung der Manngerichtsordnung vom 28. März 1664 (bei Ewers, *Ausg. d. R.- u. L. R.* 585 f.).

<sup>402</sup> Unter Aufhebung der bis dahin von den Parteien (und in Kriminalsachen gegen Bauern von deren Erbherren) erhobenen Gebühren wurde 1771 das Gehalt der Sekretäre von 125 auf 200 Rbl. erhöht (R. Prot.).

<sup>403</sup> Literatur über die Manngerichte: Bunge, *Gerichtswesen*; *Grundlagen* II 17, 56, 59; *Richter* 2 II 31, 98. Vgl. a. *Provinzialrecht* I § 917 f. Den Vorschlag des Landtags, auch im Sommer eine 14tägige ordentliche Session der Manngerichte einzurichten, lehnten die Landräte als wider die „Privilegien“ ab; im Notfall könne das M. G. durch den Gouverneur „einvorschrieben“ werden (R. Prot. 1740). 1780 nahmen die zuständigen Manngerichte an der Feststellung der Grenzen zu Livland und Ingermanland teil, wobei sich ein etwas komischer Rangstreit zwischen dem M. G. der Wieck und dem Pernauschen Landgericht entspann (R. Prot. 1780—82).

<sup>404</sup> Bunge, *Gerichtswesen* 168.



h a u p t m a n n s aus sämtlichen Mannrichtern, Manngerichts-Assessoren und Hakenrichtern; zur Beschlußfähigkeit genügte die Anwesenheit von sieben Gliedern.<sup>405</sup> Seine Kompetenz erstreckte sich auf Schuldforderungssachen, deren Wert 200 Rthlr. nicht überstieg; die Appellation ging an das Oberlandgericht.

## 6. Das Landwaisengericht.

Zur Kompetenz des Landwaisengerichts gehörten „alle Sachen, die aus geführter vormundschaftlicher Administration, so wohl über Witwen und Waisen, als auch über Unmündiger Güter und Vermögen entstehen, und die das Interesse pupillare betreffen“.<sup>406</sup> Die Ernennung und Bestätigung der Vormünder war Sache des Oberlandgerichts, dem zu schwedischer Zeit überhaupt die Funktionen des späteren Landwaisengerichts zufielen.<sup>407</sup> 1715 wurde auf Verordnung des Oberlandgerichts ein besonderes Landwaisengericht errichtet, das unter Vorsitz eines Landrats aus den drei Mannrichtern bestand,<sup>408</sup> 1724 das Niederlandgericht zum Landwaisengericht konstituiert und gleichzeitig eine „Landwaisen-Gerichts- und Vormünderordnung“ erlassen.<sup>409</sup> Die Appellation ging an das Oberlandgericht.

## 7. Das Oberlandgericht und die Revisionsinstanzen.

Das Oberlandgericht (so erst seit Errichtung des Niederlandgerichts genannt) bestand aus dem Gouverneur und den zwölf Landräten (s. S. 81 f.); zur Beschlußfähigkeit genügte die Anwesenheit von sieben Gliedern.

---

<sup>405</sup> Landwaisengerichtsverordnung I 7.

<sup>406</sup> Landwaisengerichtsverordnung II 1.

<sup>407</sup> Landwaisengerichtsverordnung VIII 1; Ritter- und Landrechte 2 VIII—XIII.

<sup>408</sup> Ein besonderes Landwaisengericht ist also nicht erst 1724 errichtet worden, wie Grundlagen II 59 Anm. \*\*\* gesagt ist. Vielmehr beginnen die Landwaisengerichtsprotokolle mit dem Jahre 1715, 22. Februar (Archiv-Nummer E II 1):

„Nachdem zufolge Eines hochpreislichen kaiserlichen Oberlandgerichts Verordnung vom 16. Februar ac. zum Aufnehmen derer pupillen ein Waysengericht hier im Lande constituiret worden, und der Herr Baron und Landrat Nieroth zum Praesidenten... ernannt, dergestalt daß er mit Zuziehung der Herren Mannrichter ein ordentliches Waysengericht formire, so ist im heutigen Tage der Anfang gemacht worden...“

In dieser Zusammensetzung fungirte das Gericht 1715—1724.

<sup>409</sup> Erstes Protokoll in der neuen Zusammensetzung:

„Setzte sich E. Kaiserl. Niederlandgericht, das hirher verlegte Landwaysen-Gericht zu hegen, da dann beysammen waren Praeses Judiciij H. Rrschfts. Hptm. Jacob Hinrich Ulrich, Assessores (2 Mannrichter, 2 Hakenrichter, 4 Manngerichtsassessoren)..., juncto Notario Joh. And. Wilken...“ Über den Landwaisengerichts-Sekretär s. S. 93.

Den Vorsitz führte der Gouverneur,<sup>410</sup> in dessen Abwesenheit der dienstälteste Landrat. Bei Stimmengleichheit entschied das Votum des Vorsitzenden. Diesem stand auch „Im Namen und von wegen des Kaiserlichen Oberlandgerichts“ die Urteilspublikation und überhaupt die gerichtliche Exekutive zu. Die Mitgliedschaft war lebenslänglich, und zwar pflichtmäßig; nur einstimmiger Beschluß des Gerichts konnte beim Vorliegen schwerwiegender Gründe — Alter, Krankheit, Verarmung — den Abschied bewilligen. Die Ergänzung geschah durch Kooptation: „Ein jeder schlägt drey vor, aus welchen derjenige es ist, der die meisten Stimmen hat.“<sup>411</sup> Der Gewählte mußte zur Ritterschaft gehören und angesessen sein; sonstige Beschränkungen bestanden nicht, namentlich war eine paritätische Vertretung der Kreise weder im Gesetz vorgesehen, noch bestand sie praktisch.<sup>412</sup> Für die Spruchszusammensetzung in Zivilsachen konnte der Bestand des Oberlandgerichts vorübergehend durch den Ritterschaftshauptmann, die Mannrichter oder andere Glieder der Ritterschaft ergänzt werden, falls wegen Behinderung oder Befangenheit einzelner Landräte die notwendige Siebenzahl nicht erreicht war.<sup>413</sup> Aus den Einkünften der meistbietend verpachteten Landratsgüter (s. S. 42) erhielten die Landräte recht erhebliche Tafelgelder, deren Höhe bis zu 700 Rubel jährlich betrug. Aus derselben Quelle floß das Gehalt des rechtsgelehrten Sekretärs, des Archivars, des Aktuars sowie des niederen Personals. Zur Vertretung der Parteien in Zivilsachen waren zwölf vereidigte Advokaten zugelassen; für die Gebühren bestanden zum Teil feste Taxen, die Honorarberechnung nach dem Werte des Streitgegenstandes war ausdrücklich verboten.<sup>414</sup> Der Sitzungssaal des Gerichts befand sich im Ritterhaus, die Verhandlungen waren nicht öffentlich; nur die Urteilsverkündung geschah bei geöffneten Türen. Auf Grund eines uralten Rechts hat das Oberlandgericht nach einer Unterbrechung von über 100 Jahren zuletzt am 14. März 1771 in Gegenwart des Re-

<sup>410</sup> Ritter- und Landrechte 1 I 3; d. h. der wirkliche Gouverneur, nicht aber der Vize- oder stellv. Gouverneur. Der Oberkommandant v. Manstein erlangte einen Senats-Ukas, daß ihm als stellv. Gouv. der Vorsitz zustehe, 3. 9. 1737, doch wurde der alte Rechtszustand am 11. 7. 1743 wieder hergestellt (R. Prot. 1737, 1743, Bericht des Landrats Adam Friedr. Frhr. v. Stackelberg über seine Bemühungen in St. Petersburg; Riesenkampfsche Marginale S. 486).

<sup>411</sup> Riesenkampfsche Marginale bei Ewers S. 487.

<sup>412</sup> Damit u. a. wurde auch die Ablehnung des Browneschen Antrages, in jedem Kreise einen Landrat zum Oberkirchenvorsteher zu ernennen (s. S. 159), begründet.

<sup>413</sup> Paucker, Oberlandgericht 65, 134.

<sup>414</sup> Bunge, Gerichtswesen 181.

valer Magistrats die Urteilsverkündung im Hause der Großen (Kaufmanns-) Gilde vorgenommen.<sup>415</sup>

Die Zuständigkeit des Oberlandgerichts erstreckte sich auf ganz Estland, ausgenommen allein die Stadt Reval und das Städtchen Hapsal, von dessen Rat die Appellation an das livländische Hofgericht ging; die Flecken Baltischport, Wesenberg und Weißenstein unterstanden den Manngerichten. Narwa gehörte zum Gouvernement St. Petersburg.

Im Kriminalprozeß vor dem Oberlandgericht war das Staats-Anklageverfahren die Norm (s. S. 128), doch kam auch das Privat-Anklageverfahren in leichten Fällen noch vor. Die Tortur war schon 1686 abgeschafft worden, in den Ritter- und Landrechten wird ihrer gar nicht gedacht.<sup>416</sup> Da der Ukas vom 17. Mai 1744 über die Aufhebung der Todesstrafe in Estland erst am 20. April 1799 publiziert wurde, erkannten die Manngerichte nach wie vor auf Hinrichtung; das Oberlandgericht wandelte die Urteile ukasmäßig in Knutung, Stempelung, Aufreißen der Nasenlöcher und Verschiebung zu Zwangsarbeit um. Die gewiß, und selbst aus Gründen der Humanität berechtigten Bemühungen der Ritterschaft um Herstellung des alten Rechtszustandes hatten keinen Erfolg.<sup>417</sup>

Das Verfahren im Zivilprozeß war schriftlich. Das Gericht prüfte nur die von den Parteien vorgebrachten Beweisstücke, ohne selbst etwas für die Aufklärung des Tatbestandes zu tun. Zum Beweise dienten in erster Linie Urkunden und Zeugen, der Parteieneid nur subsidiär. Die meisten Prozesse wurden während einer Sitzungsperiode erledigt, nur selten schleppten sie sich über zwei oder mehr Juridiken hin.<sup>418</sup>

Das Oberlandgericht war nur in Kriminal- und Zivilsachen des Adels und der Literaten erste Instanz, im übrigen Leuterations- oder Appellationsinstanz. Seit 1651 war es in Zivilsachen, seit dem Ende des 17. Jahrhunderts auch in Kriminalsachen zulässig, gegen Urteile des Oberlandgerichts das Rechtsmittel der Revision beim Stockholmer Hofgericht einzulegen; an dessen Stelle trat unter der russischen Herrschaft das Reichsjustizkol-

---

<sup>415</sup> R. Prot.; vgl. a. Bunge, Gerichtswesen 175.

<sup>416</sup> Brief des Königs an das livl. Hofgericht vom 22. 12. 1686, es sei besser, „die Verdächtigen dem Urteile Gottes zu überlassen, als manche Unschuldige zu peinigen und zu verurteilen,“ zit. nach Bunge, Gerichtswesen 210.

<sup>417</sup> R. Prot. 1747; Schmidt, Rechtsgeschichte § 132.

<sup>418</sup> Bunge, Gerichtswesen 183, 190; Schmidt, Rechtsgeschichte § 134; B. M. XXXVII (1890) 492.

legium.<sup>419</sup> Von hier aus konnte letzstens an den Senat appelliert werden, doch wurde von dieser Möglichkeit wegen der notwendigen Übersetzung sämtlicher Akten ins Russische und der dadurch entstehenden großen Kosten selten Gebrauch gemacht.<sup>420</sup>

## 8. Die kirchliche Gerichtsbarkeit.

Zur Handhabung der Kirchenzucht und zur Aburteilung der delicta contra sexum unter Bauern bestand in jedem Kirchspiel ein Kirchengericht aus dem Pastor und dem Oberkirchenvorsteher.<sup>421</sup> Das ordentliche Gericht in Ehesachen der höheren Stände war das Provinzial-Konsistorium, dem außerdem die allgemeine Aufsicht über das Kirchenwesen und die Amtsführung der Pastoren zustand. Das Provinzial-Konsistorium setzte sich zusammen aus einem weltlichen Präsidenten und zehn geistlichen Gliedern; der Präsident war ein Landrat und wurde vom Oberlandgericht aus drei vom Konsistorium präsentierten Kandidaten ernannt. Als Berufungsinstanz fungierte ein Oberappellationsgericht, bestehend aus dem Gouverneur oder ältesten Landrat als Vorsitzenden, zwei Landräten, zwei Gliedern der Ritterschaft und vier Pröpsten oder Pastoren; jedoch war es nur in Partensachen zuständig, während die allgemeine Aufsicht und die Entscheidung von Beschwerden über das Konsistorium dem Reichsjustizkollegium

<sup>419</sup> Nach Grundlagen II 59 wurde das Oberlandgericht erst 1739 der Revision des Justizkollegiums unterstellt, doch beweist schon der Inhalt der bei Anm. 420 mitgeteilten Resolution das Gegenteil. Die zur Krönung nach Moskau deputierten Landräte erhielten u. a. den Auftrag, für die Errichtung eines baltischen Obergerichts in Pernau zu wirken, damit das Justizkollegium aufhöre, Revisionsinstanz zu sein; zur Salariierung könnten die bisher den deutschen Gliedern d. R. J. K. gezahlten 4000 Rbl. verwendet werden (R. Prot. 1730). Übrigens handelt der in Grundlagen II Anm. \*\*\*\* zitierte Ukas — 7834 vom 12. 6. 1739 — gar nicht vom Justizkollegium, sondern von einer Hakenrevision in Estland.

<sup>420</sup> Das Justizkollegium hielt sich für den Nachfolger des Stockholmer Hofgerichts (вмѣняя себя, якобы Шведскую королевскую ревицію) und daher für inappellabel; demgegenüber wies der Senat darauf hin, daß er nicht das Justiz-Kollegium das Hauptgericht des Reiches (главнѣйшій судъ) und also Rechtsnachfolger des Hofgerichts sei, und erlangte folgende Allerhöchste Resolution (V. S. X 7382 vom 22. 9. 1737):

„Es gebührt sich zu verfahren nach ihren (scil. der Liv- und Estländer) Rechten und Privilegien, und die Appellation zu haben wie früher im Senat“ (надлежить поступать по ихъ правамъ и привилегиямъ, токмо апелляцію имѣть по прежнему въ сенатъ).

Über das Oberlandgericht vgl. außer den zitierten Werken W. Greiffenhagen „Das estl. Oberlandgericht und Präjudicate desselben von Mitte des 17. bis Anfang des 18. Jahrhunderts“, B. M. XXXVII (1890) 488 f., 612 f.

<sup>421</sup> Hupel, Top. I 427, 511, 515, 517.

oblag. Der Revision dieses Kollegiums wurden 1752 auch die Urteile des Oberappellationsgerichts unterworfen.<sup>422</sup>

---

Über die estländische Gerichtsverfassung und Rechtsprechung hat Katharina II. 1777 folgendes Urteil abgegeben:<sup>423</sup>

„Estland hat keinen geringen Vorzug. Die Sitte und Denkungsart ist bei ihnen besser als bei den Livländern. In ganzen 14 Jahren ist kein Kriminalgericht gehegt worden und alsdann betraf es jedoch nur einen geringen Ausländer. Die Streitigkeiten werden teils componiert und was auf diese Weise nicht abgetan wird, nimmt seinen Weg an die gewöhnlichen Gerichte, die nicht von der Krone salarirt werden und dennoch so richtig urteilen, daß nur selten appelliert wird. Ich habe vieles von diesen Einrichtungen in meine Statthalterschaften imitiert und verspreche mir den größten Nutzen davon.“

Diesem Urteil ist nichts hinzuzufügen, es sei denn die Frage, warum die so gelobten Einrichtungen sechs Jahre später aufgehoben werden mußten? —

---

<sup>422</sup> R. Prot. 1725, 26, 28, 29, 38, 43, 52, 65, 66, 1785; Senatsukase vom 15. 12. 1725, 11. 7. 1743 und 1752; Bunge, Gerichtswesen 170, 305; Hupel, Top. I 464, 468, III 604; N. M. 11. u. 12. St. 338 f.: „... Vormalis war in Estland ein eigener Bischof, welcher zuweilen durch seine Zudringlichkeiten dem Adel und der Priesterschaft lästig wurde...“ (der Verfasser ist Hupel, also selbst ein „Priester“); Dalton, Kirchengeschichte.

<sup>423</sup> Bienemann, Statthalterschaftszeit 30, 33: Katharina am 4. 2. 1777 zum Kollegienrat Dahl, nach dessen Memoiren.

## Verzeichnis der abgekürzt zitierten Quellen und Literatur

- Anrep = Gabriel A., Svenska Adelns Ättar Taflors. 4 Bde. Stockholm 1858—64. (Durch Elgenstjerna, s. u., größtenteils überholt.)
- Arbusow, Grundriß = L. A., Grundriß der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands, 4. Aufl., Riga 1918.
- Archiv Stackelberg = Archiv der Familie v. St., 2 Bde., St. Petersburg 1898 u. 1900, herausgegeben von Axel v. Gernet u. Gottlieb Olaf Hansen.
- Below, Rezeption = Georg v. B., Die Ursachen der R. des Römischen Rechts in Deutschland. Historische Bibliothek, Bd. XIX. München 1905.
- Below, Territorium und Stadt = Georg v. B., T. u. St. Aufsätze zur deutschen Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte. 2. Aufl. München 1925.
- Beitr. = Beiträge zur Kunde Est-, Liv- und Kurlands, herausgegeben von der Estl. Literarischen Gesellschaft in Reval, Bde. I—VIII 1—2, Reval 1868—1915.
- Bfl. = Est- und Livländische Brieflade. Eine Sammlung von Urkunden zur Adels- und Gütergeschichte Est- und Livlands. Herausgegeben von Baron Robert Toll u. Friedrich Georg von Bunge. 4 Teile in 6 Bänden. Reval und Riga 1856—67.
- Bienemann, Statthalterschaftszeit = Dr. Friedrich B., Die St. in Liv- und Estland (1783—1796). Ein Capitel aus der Regentenpraxis Katharinas II. Leipzig 1886.
- Bienemann, Vorzeit = Friedrich B., Aus baltischer V. 6 Vorträge. Leipzig 1870.
- Bilbassoff = B. v. B., Geschichte Katharina II. Autorisierte Übersetzung a. d. Russ. von M. v. Pezold. 2 Bde. u. 2 Urkunden-Bde. (1729—64). Berlin 1891—93.
- Blum = Karl Ludwig B., Ein russischer Staatsmann. Des Grafen Jakob Johann Sievers Denkwürdigkeiten zur Geschichte Rußlands. Leipzig 1857, 2. Aufl., 6 Bde.
- B. M. = Baltische Monatsschrift (verschiedene Herausgeber), Riga und Reval 1861—1934.
- Bunge, Archiv = Friedrich Georg v. B., A. für die Geschichte Liv-, Est- und Kurlands, 8 Bde., Dorpat u. Reval 1842—61.
- Bunge, Gerichtswesen = F. G. v. B., Geschichte des Gerichtswesens und Gerichtsverfahrens in Liv-, Est- und Kurland, Reval 1874.
- Bunge, Privatrecht = F. G. v. B., Das liv- und estländische Privatrecht, wissenschaftlich dargestellt. 2 Bde., Dorpat 1838—39.
- Bunge, Repertorium = F. G. v. B., Chronologisches R. der russischen Gesetze und Verordnungen für Liv-, Est- und Kurland. Dorpat 1823 f. I. Bd. 1710—62, II. Bd. 1762—96.
- Bunge, Standesverhältnisse = F. G. v. B., Geschichtliche Entwicklung der St. in Liv-, Est- und Kurland bis zum Jahre 1561. Dorpat 1838.
- Bunge, Zivilprozeß = Theodor v. B., Der baltische Z. nach der Justizreform von 1889. Reval 1890.

- Brückner, Katharina II. = A. B., K. II., Berlin 1883, in W. Oncken, Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen.
- Carlson = Friedrich Ferdinand C., Geschichte Schwedens von 1680—1717. Bd. 4—6 der Geschichte Schwedens in H. Onckens Allgemeiner Staatengeschichte. Gotha 1855—87.
- Dalton, Kirchengeschichte = Hermann D., Zur Gesch. der evangelischen Kirche Rußlands. 2 Bde. Gotha 1887—89.
- Dellingshausen = Eduard Frhr. v. D., Die baltischen Landesstaaten unter russischer Herrschaft 1710—1918. Friedrich Manns Pädagogisches Magazin, Heft 1080. Langensalza 1926.
- Dernburg, Pandekten = Heinrich D., P. Bd. I: Allgemeiner Teil und Sachenrecht. 4. Aufl. Berlin 1894.
- Dolgoruki = Fürst D., Rossijskaja rodoslovnaja kniga. 4 Bde. (unvollendet). St. Petersburg 1845 f.
- Eckardt, Livl. = Julius E., L. im 18. Jahrhundert. (Bis 1765.) Leipzig 1876.
- Elgenstjerna = Gustaf E., Den introducerade Svenska Adels Attar Taflors. Stockholm 1925 f.
- Engelhardt, Gutsherrschaft = Hermann Frhr. v. E., Beitrag zur Entstehung der G. in Livland während der Ordenszeit. Diss. Leipzig 1897.
- Engelmann, Staatsrecht = I. E., Das St. des Kaiserthums Rußland (in Handbuch des öffentlichen Rechts, IV 2). Freiburg i. B. 1889.
- Ewers, Ritter- und Landrechte = Des Herzogthums Ehsten R. — u. L. R. Erster Druck. Mit erläuternden Urkunden und ergänzenden Beilagen, herausgegeben durch Johann Philipp Gustav E., Collegienrat, ordentl. Professor a. d. Universität Dorpat, usw. Dorpat 1821.
- Gadebusch = Fr. Konrad G., Livländische Jahrbücher. (Bis 1761.) Riga 1780—83.
- Gernet, Agrarrecht = Axel v. G., „Geschichte und System des bäuerlichen A. in Estland“. Reval 1901.
- Gernet, harr.-wir. Ritterschaft und livl. Ritterschaften = Axel v. G., Forschungen zur Gesch. d. Baltischen Adels. Reval 1893—95. I. Die harrisch-wirische R. bis 1397. II. Die Anfänge der livländischen R.
- G. G. Prot. = Protokolle der estländischen Gouvernementsverwaltung, im Staatsarchiv Dorpat. Jahresbände.
- Ghillany = F. W. G., Europäische Chronik 1492—1877. Mit besonderer Berücksichtigung der Friedensverträge. 5 Bde. Leipzig 1865—78.
- Gritzner = M. G., Der Adel der russischen Ostseeprovinzen (in J. Siebmachers Wappenbuch). Nürnberg 1898—1901. I. Die Ritterschaft. II. Der nichtimmatrikulierte Adel. — Als genealogische Materialsammlung bei kritischer Benutzung immer noch nützlich.
- Grundlagen = (Emanuel Graf Sievers und Oskar Baron Rahden) „Geschichtliche Übersicht der G. und der Entwicklung des Provinzialrechts in den Ostseegouvernements“. I. Allgemeiner Teil: Geschichte; Rechtsquellen; Kodifikation. II. Besonderer Teil: Behördenverfassung; Ständerecht. — Amtl. Übersetzung durch G. v. Brevern. St. Petersburg, Druckerei der 2. Abteilung S. K. M. Eigener Kanzlei, 1845.
- Güteradreßbuch = Adolf Richters Baltische Adreß- und Verkehrsbücher. Band 5: Estland. Riga 1913.
- Hansen, Uexküll = Gottlieb Olaf H., Geschichte des Geschlechtes derer von Ue. I. Band. Reval 1900.
- Hoetzsch, Cleve-Mark = Otto H., Stände und Verwaltung von Cleve und Mark (1666—97). Leipzig 1909. (Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, Bd. 2.)
- Huene = Woldemar Baron Hoyningen-H., Auszüge aus den Kirchenbüchern des Estländischen Konsistorialbezirks bis zum Jahre 1900. Teil I: Das flache Land und die kleinen Städte. Reval 1913—15.

- (Manuskript des II. Teils, die Stadtkirchen Revels betreffend, im Besitz der Estländischen Literarischen Gesellschaft in Reval.)
- Hupel, Top. = August Wilhelm H., Topographische Nachrichten von Liv- und Estland. 3 Bde., Riga 1774—82.
- H. Z. = Historische Zeitschrift. München.
- Jb. = Jahrbuch für Genealogie, Heraldik und Sphragistik, herausgegeben von der Kurländischen Gesellschaft für Literatur und Kunst. Jahrgänge 1895—1913. Mitau 1896—1914.
- Inland = I. Eine Wochenschrift für Liv-, Est- und Kurlands Geschichte. Dorpat 1836—63.
- Kb. = Kirchenbuch.
- Klingspor = Arvid K., Baltisches Wappenbuch. Stockholm 1882.
- Kliutschewskij = W. K., Geschichte Rußlands. In deutscher Übersetzung herausgegeben von Friedr. Braun und Reinhold v. Walter. 4 Bde., Berlin 1926.
- Lieven = Friedrich Georg v. L., Materialien zu einer ehstländischen Adelsgeschichte. In „Nordische Miscellaneen“ (s. d.), 18. und 19. Stück p. 11—442, 20. und 21. Stück p. 243, 22. und 23. Stück p. 366. Riga 1789—90.
- Livl. Antwort = Livländische Antwort an Herrn Juri Samarin von C. Schirren. Leipzig 1869.
- Livl. Beitr. = Woldemar v. Bock, Livländische Beiträge. 3 Bde. Leipzig 1867—70.
- Livl. Güterurk. = Hermann Baron Bruiningk und Nikolaus Busch, Livländische Güterurkunden. Bd. I: 1207—1500. Bd. II: 1501—45. Riga 1908, 1923.
- Lobanoff-Rostoffski = Fürst A. B. L.-R., Russkaja rodoslow-naja kniga. 2 Bde. 2. Aufl. St. Petersburg 1895.
- Löwis, Burgenlexikon = Burgenlexikon für Alt-Livland, zusammengestellt von Karl v. L. of Menar. Mit 24 Plänen und 56 Ansichten. Riga 1922.
- L. O. = Landtags-Ordnung (1756) und Wahl-Methode des Herzogthums Ehstland, nebst einem alphabetischen Verzeichnisse aller zur Ehstl. Adels-Matrikul gehörigen Familien. Reval 1826.
- Marezoll, Institutionen = Theodor M., Lehrbuch der I. des römischen Rechts. 7. Aufl. Leipzig 1862.
- Mettig, Europäisierung = C. M., Die E. Rußlands im 18. Jahrhundert. Gotha 1913 (Bd. 2 von A. Brückners Geschichte Rußlands bis zum Ende des 18. Jahrh., in K. Lamprechts Allgemeiner Staaten-geschichte).
- Mühlendahl = Arnulf v. M., Die Kapitulationen Estlands und Liv-lands vom Jahre 1710. (Ungedruckte) Dissertation (jur.) Dorpat 1925.
- N. M. = Nordische Miscellaneen, herausgegeben von A. W. Hupel. 28 Stücke. Riga 1781—91.
- N. N. M. = Neue Nordische Miscellaneen, herausgegeben w. o. 18 Stücke. Riga 1792—1797, Leipzig 1798.
- Nolde = Boris E. Baron Nolde, Očerki russkawo gosudarstwennawo prawa. St. Petersburg 1911. Darin: (S. 223 f.) Jedinstwo i neraz-djelnostj Rossij und darin (S. 331—411): Oblastnaja awtonomija... : Pribaltijskij kraj.
- Nordenflycht = Die schwedische Staats-Verfassung in ihrer ge-schichtlichen Entwicklung. Dargestellt von F. O. Frhr. v. N. Berlin 1861.
- Osten-Sacken, 1. Jahr = Paul Baron O.-S., Die estländische Ritter-schaft im ersten Jahr russischer Herrschaft. Vortrag, gehalten in der Estl. Literarischen Gesellschaft zu Reval. Riga 1911 (Sonderdruck aus der B. M. LXXI 122 f.).
- Osten-Sacken, Kapitulation = Paul Baron O.-S., Zur K. der Estl. Ritter- und Landschaft 1710. Festschrift zum 200jährigen Ge-denktage. Reval 1910.



- Pauker, Oberbefehlshaber = (C. J. A. P.), Die Civil- und Militär-Oberbefehlshaber in Ehstland, 1704—1855. Dorpat 1855.  
 Pauker, Oberlandgericht = (C. J. A. P.), Das ehstländische Landraths-Collegium und O. Ein rechtsgeschichtliches Bild. Reval 1855.  
 Provinzialrecht = P. der Ostseegouvernements. I. Behördenverfassung. II. Ständerecht. III. Privatrecht. St. Petersburg, Druckerei der Eigenen Kanzlei, I. u. II. 1845, III. 1864.  
 Repert. = s. Bunge, Repertorium.  
 Richter = A. v. R., Geschichte der dem russischen Kaisertum einverleibten deutschen Ostseeprovinzen bis 1710. 2 Teile in 5 Bänden. Riga 1857—58.  
 Ritter- und Landrechte = s. Ewers.  
 Rosen, 6 Dezennien = Eugen Baron R. (rote), Die 6 D. meines Lebens (1826). Gedruckt Riga 1877.  
 R. Prot. = Protokolle des Landtages und Ritterschafts-Ausschusses, im Staatsarchiv Dorpat. Jahresbände.  
 Rummel = R. und Golubzoff, Rodoslownij sbornik russkich dworjanskich familij. 2 Bde. St. Petersburg 1886.  
 Russwurm, Stael v. H. s. Urkunden St. v. H.  
 Schmidt, Rechtsgeschichte = Oswald S., R. Liv-, Est- und Kurlands. Herausgegeben von E. v. Nottbeck. Dorpat 1895.  
 Schmoller, Umriss und Untersuchungen = Gustav S., U. und U. zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte besonders des Preussischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert. Leipzig 1898.  
 Seraphim = E. S., Geschichte Liv-, Est- und Kurlands (bis 1710). Eine populäre Darstellung. 2 Bde., Reval 1895—96.  
 Spangenberg, Ständestaat = Hans Sp., Vom Lehnstaat zum Ständestaat, ein Beitrag zur Entstehung der landständischen Verfassung. München 1912 (Historische Bibliothek Bd. 29).  
 Spangenberg, Zentralverwaltung = Hans Sp., Hof- und Z. der Mark Brandenburg im Mittelalter. Leipzig 1908 (Veröffentlichungen d. Vereins für die Gesch. der Mark Brandenburg).  
 Samarins Anklage = Juri S. A. gegen die Ostseeprovinzen Rußlands. Übersetzung a. d. Russ. Eingeleitet u. commentirt von Julius Eckardt. Leipzig 1869.  
 Stryk = L. v. S., Beiträge zur Geschichte der Rittergüter Livlands, 2 Bde., Dorpat 1877 u. 1885.  
 Thode = (Th.), Baltischer Wappenkalender. Riga 1902.  
 Tobien, Agrargesetzgebung = A. T., die A. Livlands im 19. Jahrhundert. 2 Bde., Berlin 1899 f.  
 U. B. = Liv-, Est- und Kurländisches Urkundenbuch. Herausg. F. G. v. Bunge u. a. 15 Bde. Reval, Riga, Moskau 1853—1914.  
 U. B. Lieven = Alexander Baron Lieven, Urkunden u. Nachrichten zur Geschichte der Familie v. Lieven. II. Bd. Urkunden. Riga 1911.  
 U. B. Stael v. Holstein = C. Rußwurm, Nachrichten über das Geschlecht St. v. H. II. Bd.: Urkunden. Reval 1877.  
 V. S. = Polnoje ssobranie zakonoff rossijskoi imperij (Vollständige Sammlung der Gesetze des russ. Kaiserreichs). I. Sammlung, Bde. IV—XII (1700—88).  
 Winkelmann, Kapitulationen = Eduard W., Die K. der Estl. Ritterschaft und der Stadt Reval 1710, nebst deren Confirmationen. Dorpat 1861. (Nur Urkunden.)  
 Wrangells Chronik = Landrath W. Chr. von Ehstland (bis 1726). Herausg. C. J. A. Pauker. Dorpat 1845.  
 Wrangell, harr.-wierische Ritterschaft = Baron Georges Wr., Die h.-w. R. und andere historische Aufsätze. Reval 1914.  
 Zöge-Nottbeck = Hermann Zöge v. Manteuffel und Eugen v. Nottbeck, Geschichte der Familie Zöge v. M. ehstländischer Linie. Reval 1894.

Nachzutragen:

3.177	lies noch unter „A“	: Apraksin	S.35
3.177	lies noch unter „B“	: Bassewitz	S.35
		Bibikow	S.35
3.179	lies noch unter „L“	: Löwenstern	S.35

## Verzeichnis der Personennamen.

(Verfassernamen sind im allgemeinen nur aufgenommen, wenn sie nicht in dem alphabetischen Verzeichnis der Quellen enthalten sind.)

### A

Aderkas 34  
 Adlerberg 35  
 Albedyll 34  
 Alexander I., Kaiser von Rußland 115, 117  
 Anna, Kaiserin von Rußland 33, 50, 90, 91, 133, 171  
 Anrep 34  
 Apraksin 69, 118, 120, 147  
 Austermann 94

### B

Baer v. Huthorn 35  
 Baggehufwudt 35  
 Balck 37  
 Baranoff 35, 43, 87  
 Barlöwen 37  
 de la Barre 36  
 Bars 35  
 Bauer 14, 16, 17, 46, 117, 118, 121, 135, 138, 149  
 Baumgarten 37  
 Bellinghausen 27, 34, 87  
 Benckendorff 27, 35  
 Berens v. Rautenfeld 35  
 Berg 34, 55, 56, 76, 87, 95  
 Bibikow 100  
 Biel 35  
 Bielsky 35  
 Biron 35  
 Bistram 22, 35, 47, 54, 56, 87  
 Black 37  
 Bluhm 47, 100  
 Bock 34  
 Bohn 36  
 Borge 37  
 Bornig 37

Bo(u)rghausen 37  
 Brahe 45  
 Brahm 95  
 Brandt 35  
 Bredal 35  
 Brederode Frhr. v. Wesenberg 45  
 Brehm 95  
 Bremen 34  
 Brevern 27, 35, 43, 93, 95, 109, 151  
 Brockdorff 100, 141  
 Brömsen 35  
 Browne 35, 42, 49, 50, 108, 119, 169  
 Brückendahl 35  
 Brüggency gen. Hasenkamp 50, 100  
 Brümmer 34, 67, 87  
 Buchau 37  
 Budberg (Bönningshausen gen. B.) 27, 35, 73, 87, 158  
 Buddenbrock 36  
 Bühl 37  
 Bunge 22, 155  
 Burt 36  
 Busch 120  
 Buxhöwden 27, 34, 47

### C

Cahdeus 35, 100, 126  
 Christian IX., König von Dänemark 124  
 Christine, Königin von Schweden 28, 42  
 Clapier de Colongue 35, 52  
 Clodt v. Jürgensburg 34

### D

Dänemark, Herzog Magnus von 7, 8  
 Dahl 172  
 Dannenstern 37

Dehn 37  
 Dellingshausen 37  
 Delwig 34  
 Derfelden 34, 54, 56, 87  
 Derling 47, 129  
 Dietz 35  
 Dolgoruki 35, 99, 119, 124, 149  
 Douglas 35, 87, 99, 118, 122, 123  
 Drewnik 35  
 Dücker 34

## E

Eberhard 37  
 Ehinger 37  
 Eichhorn 81  
 Elffring 36  
 Elisabeth, Kaiserin von Rußland  
 90, 124, 133, 140, 145, 146  
 Emme 35, 131  
 Engelhardt 34, 73, 87  
 Erdtmann 35  
 Erich VII., König von Dänemark  
 44, 49, 82  
 Erich XIV., König von Schweden  
 2, 4, 5  
 Erlichshausen 58  
 Ermes 34  
 Essen 34, 43, 55, 87 (u. im Vorwort)  
 Ewers 155

## F

Fahrensbach 66  
 Faß 37  
 Fermor 148  
 Fersen 27, 34, 43, 54, 56, 67, 73, 87  
 Fick 35  
 Fischbach 35  
 Fock 35, 73, 87  
 Frensdorff 37  
 Friebe 158  
 Friederici 35  
 Friedrich III., König von Dänemark  
 124  
 Friesell 35  
 Fürstenberg s. Westphalen zu F.

## G

Gantzkauw 36  
 de la Gardie 2, 9, 45, 112  
 Gernet 17, 37  
 Gersdorf 35  
 Götte 37  
 Gottsched 112

Gramann 35  
 Graß 35  
 Greiffenhagen 171  
 Gröning 36  
 Grotenhjelm 35, 119, 126  
 Grünblatt s. Kocken v. G.  
 Grünewaldt 27, 34  
 Guillemot de Villebois 36  
 Gustav II. Adolf, König von Schweden  
 10, 45, 128, 151  
 Gyldenlöw 124

## H

Haffstein 37  
 Hagemann 37, 38  
 Hagemeister 35  
 Hahn 37, 38  
 Handtwig 35  
 Harpe 37, 38, 99  
 Hasselblatt 7  
 Hastfer 34, 67, 75, 87  
 Hausen 37, 60  
 Hedemann 35  
 Helffreich 35, 75  
 Heller 35, 95  
 Helmersen 36, 53  
 Hildebrandt 35  
 Hirschheydt 36  
 Hoetzsch 31  
 Holstein-Beck, Prinz Peter von 35,  
 48, 80, 99, 108, 119, 124, 125  
 Horn af Åminne 8  
 Hoyningen gen Huene 34  
 Hueck 37  
 Hüninkhusen 36

## I

Iwanitzki 14

## J

Järmerstedt 36  
 Jannau 158  
 Joan der Schreckliche, Zar von Moskau 2  
 Jörst 37  
 Johann III., König von Schweden  
 2, 9  
 Jungingen 44, 51, 58

## K

Kalmann 35  
 Karl IX., König von Schweden 9, 151  
 Karl XI., König von Schweden 8, 10,  
 11, 29, 52, 58, 60, 170

Karl XII., König von Schweden 12,  
13, 18, 123  
Katharina I., Kaiserin von Rußland  
47, 49, 94  
Katharina II., Kaiserin von Ruß-  
land 42, 49, 50, 90, 96, 97, 101,  
116, 133—135, 137, 140, 141, 144—  
147, 150, 151, 172  
Kaulbars 35, 152  
Kirchner 35  
Klebeck 36  
Klick 35  
Klingstedt (Marzahn v. K.) 35, 131  
Klostermann 57  
Klugen 35  
Knorring 34, 43, 87  
Kocken v. Grünblatt 36  
Köhler 35  
Königsfelt 37  
Koltowskoi 35  
Korbmacher 35  
Koskull 34  
Krüdener 36  
Krusenstern 35, 154  
Kurakin 35  
Kursell 27, 34, 55, 66, 73, 74, 87, 95,  
102

## L

Lambsdorff s. v. d. Wenge gen. L.  
Lanting 17  
Lantingshausen 35  
Leslie 36  
Leutner 100  
Liebsberg 37  
Lieven 27, 36, 87  
Lilienfeld 35  
Linden 35  
Liphardt 36  
Lode 27, 34, 87, 121  
Loën 37  
Löschern v. Hertzfelt 35  
Löwen 33, 34, 45, 55, 56, 69, 73, 76,  
84, 87, 88, 97, 118, 120—122  
Löwendal 33, 35, 119, 124  
Löwis of Menar 158  
Lübken 37  
Lunggreen 37

## M

Märtens 37  
Manderstern 35  
Manstein 37, 118, 169

Manteuffel s. Zöge  
Marselius 37  
Marzahn s. Klingstedt  
Maßlow 35  
Mathias 37  
Matwejeff 131  
Maydell 27, 34  
Meiners 35, 95  
Melissino 37  
Mellin 17, 34, 87, 110  
Menschikoff 14, 118, 120  
Meyendorff 34, 43, 44  
Meyer 37  
Michelson 35  
Mohrenschildt 35, 43, 87  
zur Mühlen 37  
Mühlendahl 8, 9, 21  
Müller (Kunda) 35  
Münnich 35, 145  
Murawiew 35  
Mussin-Puschkin 99, 118

## N

Nasacken 35, 76  
Nieroth 14, 17, 34, 67, 73, 76, 87,  
131, 168  
Nikolai I., Kaiser von Rußland 38  
Nolden 35

## O

Örten 36  
Olitz 35  
Orloff 35, 101, 151, 152  
Osten-Sacken 54, 122  
Ostermann 35

## P

Pahlen 17, 34, 87  
Panin 35  
Passek 35, 100  
Patkul 11, 14, 16, 17, 23, 34  
Paul I., Kaiser von Rußland (bzw.  
Thronfolger) 101, 147, 150, 151  
Pauli 45  
Payküll 34  
Peetz 35, 95  
Peter I., der Große, Kaiser von Ruß-  
land 13 f., 22 f., 30, 32, 41, 46,  
90, 116, 119, 128, 132—134, 140,  
141, 145—148, 155  
Peter II., Kaiser von Rußland 47, 54  
Peter III., Kaiser von Rußland (bzw.  
Thronfolger) 96, 97, 101, 141

Pfeilitzer gen Frank 34  
 Pfützner 37  
 Pilar v. Pilchau 35  
 Pistohlkors 27, 35  
 Plettenberg 1, 2, 4, 160, 161  
 Pohlmann 35  
 Poppen 37  
 Pröbsting 35  
 Puschkin s. Mussin-P.

## R

Ramm 35, 45, 87  
 Raß 35  
 Rausch s. Trautenberg  
 Rautenfeld s. Berens  
 Rehbinder 17, 47, 56, 71—73, 87  
 Rehekampf 35  
 Reimers 17, 37  
 Rennenkampf 35, 87  
 Renteln 37  
 Repnin 119  
 Reutern 35  
 Reutz 36  
 Richter 35, 67, 87  
 Riesemann 143  
 Riesenkampf 35, 89, 95  
 Ritter 35  
 Rjurik 31, 119  
 Römer 37  
 Römlingen 37  
 Rosen I (rote) 27, 34, 43, 44, 47, 73,  
 76, 84, 87, 100, 104, 126, 163  
 Rosen II (weiße) 23, 35, 87  
 Rosenbach 35  
 Rosenkampf 36  
 Rosenthal s. Wetter-R.  
 Rothkirch 36  
 Rubenau 37  
 Ruckteschell 37, 38  
 Ruden 35  
 Rüssow 7

## S

Sabler 37  
 Saltza 34, 76  
 Samson-Himmelstjerna 52 (u. Einl.)  
 Scharenberg 34  
 Scheurmann 36—38  
 Schiemann 117  
 Schilling I 34  
 Schilling II 44  
 Schlippenbach 34, 54—56, 71, 80, 122  
 Schonert 37, 38, 60

Schoultz v. Ascheraden 10  
 Schreiterfeldt 36  
 Schütz (Skytte af Kurküll) 36, 75  
 Schultz 35  
 Schulmann 34, 73, 87  
 Schuwaloff 118, 141  
 Schwaan 37  
 Schwebs 37, 38  
 Schwengelm 35, 87  
 Seebach 60  
 Sherebzow 35  
 Sievers 35, 80, 81, 100, 116, 119, 126,  
 141  
 Sigismund August, König von Po-  
 len 22, 45  
 Silberarm 35  
 Silberharnisch 35  
 Simolin 35  
 Sivers 35, 145  
 Sotoff 14  
 Spangenberg 86  
 Sparreuter 37  
 Sperbach 95  
 Ssuchotin 120  
 Staal (Stahl) 35, 76, 87  
 Stackelberg 27, 33, 34, 37, 43, 55,  
 60, 67, 71—75, 87, 95, 102, 112,  
 123, 124, 158, 169  
 Stael v. Holstein 17, 27, 34, 73, 87,  
 121  
 Stahl 30  
 Stauden 37  
 Steinheil 37, 38  
 Stenbock 9, 18, 35, 43, 50, 52, 87,  
 109, 112, 140  
 Straelborn 35  
 Stryk 35  
 Sylvester, Erzbischof von Riga 45

## T

Taube 17, 27, 34, 87, 95, 99  
 Taubert 35  
 Tiesenhausen 6, 7, 14, 24, 27, 34, 43,  
 44, 51, 67, 73, 75, 87  
 Toll 34, 52, 95, 158  
 Torstenson 45  
 Tott 45  
 Transehe-Roseneck 28, 44, 51  
 Trautenberg (Rausch v. T.) 35  
 Treyden 36, 87  
 Treitschke 29  
 Troschtschinski 115, 117

## **Berichtigung.**

S. 35 Zeile 11 von unten lies: „Orloff“ statt „Orlow“.

S. 36 Zeile 11 und 12 sollen wie folgt lauten: Burt, Elffring, Gantz-kauw, Gröning, Hüninkhusen, Lieven, Leslie, Orten, Schütz (Skytte af Kurküll), Treyden, Woldeck.

S. 35 Abschnitt C. a) lies: noch „Löwenstern (Rigemann)“, Abschnitt C, b): „Apraksin“, „Bassewitz“ und „Bibikow.“

Tschitscherin 35  
Tunzelmann 132

## U

Udam 37  
Uexküll 6, 14, 17, 27, 34, 43—45, 47,  
52, 66, 87, 157; Uexküll-Gyllen-  
band 34, 43, 75  
Ulrich 33, 35, 48, 50, 67, 72, 73, 75,  
87, 95, 97, 104, 141, 146, 168  
Ungern (-Sternberg) 17, 22, 27, 34,  
44, 87, 119, 123, 137

## V

Vehe 37  
Vietinghoff 34  
Villebois s. Guillemot de V.

## W

Wachtmeister 35  
Waldemar II., König von Dänemark  
43, 49, 82  
Wangersheim 35  
Wartmann 35  
Wasa 8, 12  
Wasemann 35  
v. der Wenge gen. Lambsdorff 37  
Wenndrich 37, 38  
Wesener 94  
Westphalen zu Fürstenberg 37

Wetter gen. Rosenthal 35

Weymarn 37, 38  
Weyrauch 37  
Wieckhardt 37  
Wieckhorst 37  
Wiegand 99  
Wilcken 37, 38, 95, 168  
Wittelsbach 11, 12, 65  
Wojeikoff 149  
Woldeck (Waldeck) 36  
Wolff 35  
Wolkonski 14  
Woronzoff 141  
Wrangell 7, 27, 34, 43, 45, 54, 55,  
71, 73, 75, 80, 87, 119, 122, 126  
Wrede I 35  
Wrede II 37, 60  
Wulff 37

## Y

Yhrmann 37

## Z

Zeddelmann 36  
Ziliacus 37  
Zimmermann 35  
Zöge (Z. gen. Manteuffel, Graf Man-  
teuffel) 27, 34, 35, 43, 67, 84, 87,  
126



„... eine Aufforderung an die junge Generation, die ihren geistigen Bruch mit dem Westen vollzogen hat, sich durch eifrige Forschungsarbeit für eine **Ostpolitik** vorzubereiten, die unser Schicksal bleibt. Darum gehört das Hoetzsche Buch zu den **wirklich wichtigen und wesentlichen Büchern**, die heute in Deutschland erscheinen.“

„Schlesische Zeitung“, Breslau.

Otto Hoetzsch

# Osteuropa und deutscher Osten

Kleine Schriften zu ihrer Geschichte

Gr. 8°, 432 Seiten, Ganzleinen RM. 11,50

„Die einzelnen Aufsätze dieses Buches spiegeln des Verfassers Gelehrtenarbeit aus drei Jahrzehnten wider, die an sich wie **ein packender Roman deutscher Geschichte** wirkt. Denn mit tiefer innerer Ergriffenheit verfolgt man die hier klargelegten Linien des Ringens um den Ostraum, das seit einem Jahrtausend im Gange ist.“

„Leipziger Abendpost“.

„Der bekannte Ostpolitiker und Historiker bringt **eine Gesamtdarstellung** der Geschichte Osteuropas und des deutschen Ostens, **wie wir sie bisher nicht haben.**“

„... die Aufsätze haben grundsätzliche Bedeutung.“

„Heilige Ostmark“.

Fr. K. Kriebel, Führer der Landesgruppe Ostmark  
des Bundes Deutscher Osten.

Ausführlicher Prospekt mit Inhaltsangaben unberechnet!

**Ost-Europa-Verlag**

Königsberg Pr. und Berlin W. 35

herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas:

# Die Wolgadeutschen

**Ihr Staats- und Verwaltungsrecht in alter und neuer Zeit**

Zugleich ein Beitrag zum bolschewistischen Nationalitätenrecht

Gr. 8°, VIII und 192 Seiten. — Kartonierte RM. 5.85

Von Dr. **Manfred Langhans-Ratzburg**

„Abgesehen von der rein geschichtlichen Entwicklung werden die Zuständigkeitsfragen, Schul- und Kirchenangelegenheiten, das Gerichts- und Militärwesen, die Sprachenfrage, das Wahlrecht eingehend behandelt, um im Endergebnisse die Grundzüge der heutigen Staats- und Verwaltungspolitik des Wolgastaates festzustellen.“

„Fischers Zeitschrift für Verwaltungsrecht“.

„Den vielen Untersuchungen, die in den letzten Jahrzehnten über Geschichte, Landeskunde und Volkstum der Wolgadeutschen erschienen sind, reiht sich als wesentliche Ergänzung diese Monographie an, in der zum ersten Male das reiche Material über die staatsrechtliche Stellung der Wolgakolonie selbständig und synthetisch verarbeitet ist. ein Sachgebiet, über das man bisher nur recht unzulänglich orientiert war.“

„Ost-Europa“

# Die Deutschen in Sibirien

**Reise durch die deutschen Dörfer Westsibiriens**

Von Dr. **Helmut Anger**, Königsberg i. Pr.

Gr. 8°, VIII und 104 Seiten, 44 Abbildungen auf Kunstdruckpapier und 7 teils zweifarbige Karten. Kart. RM. 4.80

„Mit Schlitten, Wagen, Booten und auch zu Fuß drang Anger zu den allerletzten Siedlungen deutscher Bauern vor und schrieb eine schlichte, aber um so eindrucksvollere Schilderung ihres Lebens und Denkens. Gute Bilder und ungewöhnlich sicher handgezeichnete Karten sind dem schlichten, broschürenartigen Werk beigegeben.“

„Vossische Zeitung“, Berlin.

**Ausführliche Prospekte über osteuropäische Literatur unbedarft!**

**Ost-Europa-Verlag • Königsberg Pr. und Berlin W. 35**

# **Zeitschrift für osteuropäische Geschichte**

In Verbindung mit

Manfred Laubert, Johann v. Leers, Franz Lüdtkke,  
Theodor Oberländer, Walter Recke, Bolko Frhr.  
v. Richthofen, Karl Stählin, Ernst Otto Thiele

herausgegeben von

**Otto Hoetsch**

9. B a n d 1 9 3 5

Jahrespreis für 4 Hefte zu je etwa 160 Seiten RM. 30,—

Nach 16 jähriger durch den Krieg verursachter Unterbrechung ist die 1910 gegründete „Zeitschrift für osteuropäische Geschichte“ wieder in das Leben getreten und heute wieder das Zentralorgan für Geschichte und Landeskunde Osteuropas, das die Verbindung mit der Wissenschaft Rußlands, Polens und der baltischen Staaten pflegt. Unter Mitarbeit vieler deutscher und ausländischer Historiker, namentlich auch slavischer Fachgenossen, bringen ihre umfangreichen Vierteljahrshefte eine Fülle wertvoller Aufsätze und interessanter Untersuchungen. Ihre Referate über alle wichtigen, besonders ausländischen wissenschaftlichen Zeitschriften geben einen vollständigen und einzigartigen Ueberblick.

Aus dem weiteren Inhalt:

Miszellen, Kritiken, Referate, Selbstanzeigen,  
Bibliographie, Wissenschaftliche Chronik.

Das neueste Heft wird von jeder Buchhandlung gern zur Ansicht vorgelegt!

**Ost-Europa-Verlag**

**Königsberg Pr. und Berlin W. 35**

# Osteuropäische Forschungen

Herausgegeben im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas  
von Professor Dr. Otto Hoetzsch

*Neue Folge.*

---

Zuletzt erschienen:

**Bd. 10: *Die finnische Wirtschaft*** in ihren Beziehungen zu Deutschland während der Nachkriegszeit. Von Dr. Fritz Werner. Gr. 8°, VIII und 120 Seiten. Karton. RM. 5.50.

**Bd. 11: *Rußland und Preußen*** vom Krimkrieg bis zum polnischen Aufstand. Von Dr. Christian Friese. Gr. 8°, VIII u. 392 S. Karton. RM. 14.—.

**Bd. 12: *Das Holzproblem im deutsch-polnischen Zollkriege.*** Von Dr. Gerhard Hayn. Gr. 8°, VII und 72 Seiten. Karton. RM. 3.50.

**Bd. 13: *Das Somjetbankwesen und die Rolle der Banken in der Somjetwirtschaft.*** Von Dr. Alexander Schick. Gr. 8°, IV und 100 Seiten. Karton. RM. 4.50.

**Bd. 14: *Rußland und die Entstehung des Balkanbundes 1912.*** Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Von Dr. Otto Bickel. Gr. 8°, VIII und 176 Seiten. Karton. RM. 6.—.

**Bd. 15: *Die völkerrechtliche Anerkennung Somjetrußlands.*** Von Dr. Peter Kleist. Gr. 8°, VIII und 128 Seiten. Karton. RM. 5.50.

**Bd. 16: *Die dritte Koalition und die Heilige Allianz.*** Nach neuen Quellen. Von Dr. Hildegard Schaeder. Gr. 8°, VIII und 100 Seiten. Karton. RM. 4.50.

**Bd. 17: *Verkehrsgeographie von Russisch-Asien.*** Von Dr. Erich Thiel. Gr. 8°, XII und 308 Seiten und 32 Abbildungen auf Kunstdruckpapier. Karton. RM. 12.—.

**Bd. 18: *Die Estländische Ritterschaft und ihre Institutionen,*** vornehmlich zwischen 1710 und 1783. Von Dr. Hasso von Wedel. Gr. 8°.

Ausführliche Prospekte über osteuropäische Literatur kostenlos  
vom Verlag!

---

Ost-Europa-Verlag, Königsberg Pr. und Berlin W. 35